Donnerstag, 31. Oktober 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 254 - 44. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

Der Weg in die Stabilität

Preissteigerungsrate 1984 Ländervergleich

D 2,4 · USA 4,3 · GB 5,0 · F 7,3 · I 10,8 · GR 18,2

6,3 · 5,3 · 3,3 · 2,4 · 1,7

Kaum noch Inflation in der Bundesrepublik

Die Inflation ist eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten. Ihr Rückgang schafft einen größeren Kaufkraftzuwachs als nur nominal wirksame Lohn- und Rentenerhöhungen. Die Grafik dokumentiert eine der erfolgreichen Leistungen der Bundesregierung: Es ist gelungen, die Preissteigerungsrate auf einen Wert zu bringen, der kaum noch Inflation genannt werden kann.

POLITIK

Italien: Die Regierungskrise ist überwunden, teilte Ministerpräsident Craxi gestern nach abschließenden Verhandlungen mit den fünf Parteien der am 17. Oktober zerbrochenen Koalition mit. Das Bündnis soll in der bisherigen Form wiederbelebt werden. Voraussichtlich am Montag wird Craxi im Parlament die Vertrauensfrage stellen.

Warnung: Nur wenn Bremen und Hamburg „im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bessergestellt werden", lasse sich ein Offenbarungseid der Hansestädte vermeiden, warnt der neue Präsident des Bremer Senats, Wedemeier, in einem WELT-Gespräch. (S. 9)

Antwort: Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat in einem Brief an Kanzler Kohl seine Haltung zu dem bevorstehenden Gipfel mit US-Präsident Reagan erläutert. Über den Inhalt des Schreibens wurde nichts bekannt. Kohl hatte Anfang Oktober Gorbatschow in einem Brief die Bonner Wünsche für die Verhandlungen dargelegt.

Amnestie? In Polen wurde ein erster Schritt zur Amnestierung politischer Häftlinge unternommen. Die regierungsnahe „Bewegung zur nationalen Wiedergeburt" bat die Warschauer Führung, jene Personen freizulassen, die aus nichtkriminellen Gründen inhaftiert sind.

WIRTSCHAFT

Stahlmarkt: Die EG-Mitglieder haben sich auf eine vorsichtige Auflockerung des Krisenregimes auf dem europäischen Stahlmarkt geeinigt. Als erstes werden Betonstahl und beschichtete Bleche aus dem Quotensystem herausgenommen. (S. 15)

Hochseefischerei: Als Start- und Überbrückungshilfe und für den bevorstehenden Zusammenschluß der Flotte stellt Bonn 35 Millionen DM über drei Jahre zur Verfügung. (S. 16)

Börse: Käufe aus dem Ausland führten die Aktienkurse auf einen neuen Höchststand. Auch der Rentenmarkt war erholt. WELT-Aktienindex 248,22 (242,83). BHF-Rentenindex 103,494 (103,409). BHF-Performance Index 106,813 (106,725). Dollarmittelkurs 2,6166 (2,6325) Mark. Goldpreis 326,20 (326,30) Dollar.



Im April 1946 vereinigten sich SPD und KPD in der damaligen Ostzone zur SED. Die Kommunisten hatten die Einheitssehnsucht großer Teile der deutschen Sozialdemokratie ausgenutzt; die SPD wurde überrumpelt. WELT-Korrespondent Bernt Conrad erlebte als junger Zeitungsvolontär im zerbombten Berlin die Ereignisse. Heute der zweite Teil der vierteiligen WELT-Serie. Seite 9

KULTUR

Neue Technik: Computer im Schulunterricht – überwiegen die Vor- oder die Nachteile? Sicher ist, daß es sich mancher Pädagoge mit seiner Kritik an der neuen Technik in den Schulen zu leicht macht. (S. 25)

Film: Nach dem Desaster „Heaven's Gate" versucht das Enfant terrible des amerikanischen Kinos, Michel Cimino, ein Comeback mit „Im Jahr des Drachen". Ob der Streifen ihm zu neuem Ruhm verhilft, ist fraglich. (S. 25)

SPORT

Fußball: Das Stadion in Kaiserslautern erhält den Namen „Fritz-Walter-Stadion". Der frühere Fußballstar wird heute 65. (S. 23)

Tennis: Boris Becker verlor in Barcelona einen Schaukampf gegen den Amerikaner John McEnroe mit 2:6, 5:7. (S. 23)

AUS ALLER WELT

Ärmelkanal: Der Countdown für ein Jahrhundertprojekt läuft. Bis heute müssen die Firmenkonsortien, die eine feste Kanalverbindung zwischen Großbritannien und Frankreich planen, ihre Konstruktionspläne in London und Paris eingereicht haben. (S. 26)

Wetter: Neblig-trüb. Bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

An Allerheiligen, in einigen Bundesländern gesetzlicher Feiertag, erscheint die WELT zur gewohnten Stunde. Sie kann unseren Abonnenten jedoch nicht überall am selben Tag zugestellt werden. Verlag und Redaktion bitten um Verständnis.

Börner spielt Bündnis herunter: Kein Pakt mit allen Grünen

Wirtschaftsminister Steger sieht „Integrationsprozeß" der Umweltpartei

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat versucht, das in Hessen geschlossene rot-grüne Bündnis in seiner Bedeutung zu relativieren. Er habe kein Bündnis mit allen Grünen geschlossen, sondern nur mit denjenigen der Umwelt-Partei, „die das Gewaltmonopol des Staates anerkennen und die sich in mühevollen Sachentscheidungen schon zu uns bekannt haben", sagte Börner anläßlich der Vorstellung hessischer Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und für Naturschutz.

Börner vertrat die Ansicht, die öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung mit Positionen der Grünen könne nicht auf Verhältnisse mit anderen Bundesländern oder den Bund übertragen werden. Deshalb sei die Frage „obsolet", ob die hessische Koalition als Vorbild für den Bund gelten könne. Dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) empfahl Börner, in die „Offensive" zu gehen. Wörtlich meinte Börner: „Ich halte Rau für so intelligent, daß er sich selber helfen kann."

Ausdrücklich warnte der Ministerpräsident davor, seinen „Koalitionspakt zum Bündnis hochzustilisieren". Er halte diesen „Pakt" lediglich „gegenwärtig für den richtigen Weg, unsere Interessen zu vertreten". „In dieser Zeit" habe er sein politisches Schicksal an die Koalition gebunden, notfalls werde er vor den Wähler treten und sagen: „Ich habe mich geirrt." Der Ministerpräsident verwies bei Fragen nach Forderungen der Grünen zum Austritt aus der NATO und zur Entwaffnung der Bundeswehr darauf, daß zwei seiner Söhne Reserveoffiziere seien und daß er das Bündnis für „unverzichtbar" halte.

Auf die Frage, ob Fischer sein Wunschkandidat für das Umwelt-Ministeramt sei, meinte Börner, es gebe für ihn keinen „Lieblingsgrünen". In Personalentscheidungen des gegenwärtigen Partners mische er sich nicht ein. Im übrigen sehe er beruflich Parallelen zu Fischer, der sich auch „durchgeschlagen" habe. Über Äußerlichkeiten seines Auftretens sei er „erhaben".

Der hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach (SPD), dessen Ministerium durch die Schaffung des Ministeramtes für die Grünen praktisch halbiert wird, erklärte, er sei von dieser Lösung „nicht begeistert". „Wenn Fischer den großen Umweltschützer spielt und ich den Ärger mit den Bauern habe, wird er mich auf den Hals bekommen." Görlach wird für den Kompetenzverlust mit dem Amt des Bundesratsministers entschädigt. Die Bevollmächtigte Hessens beim Bund bleibt die Staatssekretärin Frau Christa Czempiel (SPD).

Der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) berief sich darauf, daß die meisten Grünen sich in einem „Integrationsprozeß" befänden, dagegen sei „Wolfgang Roth (der SPD-Wirtschaftsexperte) noch fast revolutionär". Im übrigen sei die Wirtschaftspolitik im 178-Seiten-Koalitionsvertrag mit den Grünen „ein weißer Fleck".

hey. Bonn

Auf ihrem Parteitag Mitte Dezember in Offenburg droht den Grünen eine neue Zerreißprobe. Aus Sorge um ihr politisches Überleben soll bereits dort nach einer Forderung einiger bekannter Grüner eine klare Koalitionsaussage zugunsten der SPD für die Bundestagswahl getroffen und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung erklärt werden. Damit soll eine „neue gemeinsame Linie" zwischen den rivalisierenden Flügeln gefunden werden.

DER KOMMENTAR

Unser Wald

DANKWART GURATZSCH

Der Waldschadensbericht der Bundesregierung ist noch kein Durchbruch, aber ein Hoffnungszeichen. Der Wald hat in der „Streßsituation", die ihm Wissenschaftler bescheinigen, eine Ruhepause gehabt.

Nach den extremen Steigerungsraten der Waldschäden 1983 und 1984 von 26 und 16 Prozent ist die Schadensfläche nun nur noch um zwei Prozent gewachsen.

Das ist zu einem gewiß nicht wegzudiskutierenden Teil auch bereits ein erster Erfolg der Umweltpolitik der christlich-liberalen Bundesregierung. In einigen Regionen, so im „Einzugsgebiet" von Schwandorf, im Bayerischen Wald, beginnen die Luftreinhaltemaßnahmen deutlich zu greifen.

Aber zum Jubeln ist es zu früh. Dazu ist der Zustand der Wälder nach wie vor zu ernst, die Schadensfläche zu groß.

Die Hälfte des deutschen Waldes, jeder zweite Baum, ist von den immer noch rätselhaften „neuartigen" Krankheitssymptomen befallen. Innerhalb der einzelnen Schadstufen ist eine Verschiebung zum Schlechteren, von den leichten hin zu den mittleren bis schweren Schäden eingetreten. Einzelne Baumarten, vor allem der deutsche Symbolbaum, die Eiche, noch dazu ein Gewächs von hohem Holzwert, verzeichnen sogar eine rapide Zunahme der Schäden. Die „Brotbäume" der Forstwirtschaft, Fichte und Buche, sind überdurchschnittlich betroffen, um die Tanne steht es fast hoffnungslos.

Vor allem aber: Übereinstimmend sagen die Fachleute, daß der eigentliche Sanitäter des Waldes im abgelaufenen Jahr der Wettergott gewesen ist. Die extreme Feuchtigkeit von zwei Sommern hat das Ausufern der Schäden eingedämmt. Für eine Entwarnung ist es also noch zu früh.

Bonn erhärtet SDI-Erklärung

Weinberger: Sowjetunion verletzt Verträge, auf deren Einhaltung sie ständig pocht

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat auf einer Tagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel in deutlicher Form zum amerikanischen SDI-Programm für die Erforschung eines Raketenabwehrsystems Stellung genommen. Er faßte seine Ausführungen vor den Ministern in dem Satz zusammen: „Ich habe für die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck gebracht, daß die Luxemburger Erklärung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO volle Gültigkeit behält."

In Luxemburg hatten die in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) zusammengetretenen Verteidigungsminister der Allianz am 27. März die Unterstützung des SDI-Forschungsprogramms durch die NATO-Mitglieder betont. Wörtlich hatten sie dem hinzugefügt: „In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Aufforderung der Alliierten durch die Vereinigten Staaten, eine Beteiligung an dem Forschungsprogramm in Erwägung zu ziehen." Wörner sagte dazu jetzt auf der Herbsttagung der Nuklearen Planungsgruppe, das Luxemburger Kommuniqué behalte seine Gültigkeit, unabhängig von jeder neuen Erklärung, die noch zum SDI-Thema abgegeben werde.

In der NATO wurde die im Namen der Bundesregierung abgegebene Erklärung Wörners mit entsprechendem Aufsehen zur Kenntnis genommen. Allgemein wurde sie als eine indirekte Distanzierung von Außenminister Hans-Dietrich Genscher angesehen, der nach Brüsseler Interpretation in jüngster Vergangenheit die Gelegenheit suchte, die positive Haltung der Bundesregierung zum SDI-Projekt abzuschwächen und insbesondere eine von der Regierung mitgetragene deutsche Beteiligung am SDI-Programm von Bedingungen abhängig zu machen.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger erhob auf der Tagung schwere Anklagen gegen die Sowjetunion wegen der Verletzung bestehender internationaler Verträge. Weinberger sagte, die Vereinigten Staaten hätten durch Satelliten-Aufklärung festgestellt, daß die Sowjetunion an wenigstens drei Stellen die neue Interkontinentalrakete SS-25 in Stellung gebracht habe. Die Sowjetunion hatte zu ihrer Verteidigung angegeben, bei der SS-25 handele es sich um eine nach dem Salt-II-Vertrag erlaubte Modernisierung ihrer Rakete SS-13. Weinberger jedoch verwies auf den Text des Salt-II-Vertrags (Artikel IV), der verbietet, die Nutzlast einer modernisierten Rakete gegenüber dem älteren Modell um mehr als fünf Prozent zu erhöhen. Weinberger sagte vor den Ministern, exakte Feststellungen amerikanischer Fachleute hätten ergeben, dass die SS-25 gegenüber der SS-13 eine um 92 Prozent gesteigerte Nutzlast trage.

Ein anderes von Weinberger hervorgehobenes Beispiel war die Errichtung des phasengesteuerten sowjetischen Rundblick-Radars bei Krasnojarsk in Sibirien. Weinberger sagte, die Errichtung des Radars zeige, wie die Sowjetunion Verträge verletze, auf deren Einhaltung sie öffentlich ständig poche. Die USA konnten sich mit ihrem Wunsch jedoch nicht durchsetzen, in der Schlußerklärung der Tagung sowjetische Vertragsbrüche aufzulisten. (SAD)

Seite 4: Mahnende Worte

Springer-Vermögen in den Dienst des Unternehmens

ms. Bonn

Der Verleger Axel Springer hat in seinem in Berlin eröffneten Testament verfügt, daß sein gesamtes Vermögen in den Dienst seines Lebenswerkes gestellt wird. Er will damit dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftlichen Grundlagen des Unternehmens auch bei möglichen Strukturproblemen gesichert bleiben und notwendige Investitionen jederzeit finanziert werden können. Axel Springer hat deshalb angeordnet, daß sein Vermögen und dessen Erträge bis zum Jahr 2015 nicht unter den Erben aufgeteilt werden dürfen. Dies bezieht sich auch auf die 26,1 Prozent der Aktien der Axel Springer Verlag AG, die jetzt zum Nachlaß gehören.

Testamentsvollstrecker sind Frau Friede Springer, Ernst Cramer und Professor Dr. Bernhard Servatius, den Axel Springer zum Vorsitzenden des Gremiums der Testamentsvollstrecker bestimmt hat. Ersatzvollstrecker ist Peter Tamm.

Seite 3: Interview mit Servatius

Medienvertrag: Weizsäcker-Appell an die Länder

UR. Bonn

Zu einem Appell an die Bundesländer, sich auf einen Medienstaatsvertrag zu einigen, nutzte Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern die Verleihung des Theodor Wolff-Preises auf der Jahreshauptversammlung des Bundes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV). „Als die Träger des Föderalismus können die Bundesländer nicht die Absicht haben, Zäune untereinander aufzurichten", sagte von Weizsäcker mit Blick auf die vorerst gescheiterten Verhandlungen der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz in Saarbrücken über eine bundeseinheitliche Konzeption, die den Zugang privater Anbieter auf den Medienmarkt regeln soll.

Zuvor hatte BDZV-Präsident Rolf Terheyden „Chancengerechtigkeit" für die Tageszeitungen gefordert: „Dort, wo Privatfunk möglich ist, müssen die Zeitungen in ihrem Verbreitungsgebiet als Rundfunkveranstalter zugelassen werden".

Seite 4: In Sorge

Rau versucht sich in der Offensive

CDU spricht von „sozialpolitischer Unbedarftheit" / Politik als Personenkult?

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau versucht, bei seiner Verteidigung gegen die unvermindert heftigen Attacken der CDU und FDP wegen seiner umstrittenen Äußerungen zur Sozialpolitik, jetzt in die Offensive zu gehen. In der Aktuellen Stunde des nordrhein-westfälischen Landtages sagte er gestern in Düsseldorf: „Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, darauf hinzuweisen, daß die Regierung Kohl Sozialabbau betreibt." Er gestand zu, er hätte sich bei seinem kürzlichen Interview, in dem er für seine mögliche Kanzlerschaft angekündigt hatte, „alle sozialen Einschnitte" der vergangenen Jahre zurückzunehmen, „differenzierter" ausdrücken müssen. „Es war falsch zu sagen, man könne die Kürzungen in einer Legislaturperiode zurücknehmen. Dafür sind sie zu gravierend."

Zu seiner Entschuldigung zitierte er den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger: „Keiner ist vor der Gefahr gefeit, einmal unglücklich zu formulieren." Dabei allerdings führte er nicht an, daß seine Staatskanzlei die entsprechende Passage vor Abdruck genehmigt hatte.

Er erhielt Unterstützung von seinem Fraktionschef Friedhelm Farthmann. Dieser warf der Bundesregierung vor, sie konsolidiere den Haushalt allein zu Lasten der Arbeitnehmer. Sie habe „erheblich spürbar ins soziale Netz eingeschnitten". Dies müsse zurückgenommen und nicht vervielfacht werden.

Dagegen warf die oppositionelle CDU Rau „sozialpolitische Unbedarftheit" und den „Gipfel an Heuchelei" vor. Er sei der „unsolidarischste Ministerpräsident in der Bundesrepublik". Wie Rau in acht Jahren als Regierungschef wirke, sei ablesbar an einem kürzlich veröffentlichten Schreiben seines Finanzministers Posser, der darin die Zerstörung der Landesfinanzen zugegeben habe. Sie kreidete ihm weiter an, er nehme zu keinem der 23 sozialpolitischen Gesetze ernsthaft und sachgerecht Stellung. Der CDU-Sozialexperte Hermann Josef Arentz listete die Vorhaben der Bundesregierung vom Erziehungsgeld bis zum Arbeitslosengeld auf und fragte Rau: „Warum versprechen Sie etwas für 1987, was wir für 1986 bereits tun werden?"

Der FDP-Abgeordnete Fritz Schaumann ergänzte: „Eine Vertiefung und eine Auseinandersetzung mit Sachfragen läuft Ihrer Auffassung von Politik ohnehin entgegen. Sie betreiben politisches Handeln als 'social-marketing' in der Kneipe, beim Bier oder Skat." Diese Mischung sei, „wie wir leidvoll erfahren mußten, für Sie durchaus erfolgreich. Sie birgt aber die Gefahr in sich, daß Politik zum Personenkult verkommt."

Welcher Wein ist vergiftet?

R. Z. Bonn

Die Bundesregierung hat gestern die österreichische Regierung um Auskunft über mögliche Auswirkungen des neuen österreichischen Weinskandals auf die Bundesrepublik Deutschland gebeten. Bonn will von den österreichischen Behörden wissen, welche Erzeugnisse davon betroffen und ob sie in die Bundesrepublik exportiert worden seien. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums in Wien sind bisher 1000 Hektoliter des mit den giftigen Chemikalien Natriumazit und Bromessigsäure versetzten Weins sichergestellt worden.

Seite 26: Nachbeben

Streik in Athen nur ein Symbol

DW. Bonn

Streik im öffentlichen Dienst Griechenlands: Die Gewerkschaft zieht gegen die Sparpolitik der Sozialisten zu Felde. Für linke Parteien und Gewerkschaften – historisch, ideologisch und auch organisatorisch nicht selten Zwillingspaare – schlägt die Stunde der Wahrheit, wenn Politiker Arbeitnehmern ins Portemonnaie greifen. Es rächt sich, wenn Sozialisten in der Opposition überhöhte Erwartungen wecken. Auch Frankreich, Spanien oder Schweden machen diese Erfahrung. Linke Parteien – verlängerter Arm der Gewerkschaften? Oder eher umgekehrt?

Seite 6: Die Linke in Europa

Trotz Atempause Sorgen um den Wald

Hoffnungsvolle Akzente im Waldschadensbericht 1985: Ausbreitung geht zurück

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Die Ergebnisse der diesjährigen Waldschadenserhebung widerlegen diejenigen, die der Bevölkerung immer wieder einzureden versuchen, daß der Wald nicht mehr zu retten ist". Mit dieser Feststellung kommentierte der Parlamentartische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CDU), am Mittwoch vor der Presse in Bonn die Auffassung verschiedener Umweltverbände, die einen Tag vor der Billigung des „Waldschadenserhebung 1985" aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bundeskabinett die Lage des deutschen Waldes insgesamt als „katastrophal" bezeichnet hatten.

Demgegenüber wird in dem Bericht festgehalten: „Die rapide Zunahme der Waldschäden, wie sie seit 1982 zu beobachten war, hat sich insgesamt gesehen nicht fortgesetzt." Spranger meinte, die in mehreren Gebieten feststellbare Erholung der geschädigten Wälder gehe „offenbar" auf die sich infolge der Maßnahmen der Bundesregierung deutlich abzeichnende Verbesserung der Luftqualität zurück. Das werde auch durch das Gutachten „Waldschäden und Luftverunreinigungen" des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen bestätigt. Bundesinnenminister Zimmermann hat zu hier gegebenen Empfehlungen dem Kabinett einen Bericht vorgelegt, der gebilligt wurde.

Für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten meinte sein Parlamentarischer Staatssekretär Georg Gallus (FDP) vor der Presse: „Jeder kann mit gutem Gewissen einen Weihnachtsbaum kaufen – der kommt sowieso aus Weihnachtsbaumplantagen, und das schadet nicht dem Wald."

Im Waldschadensbericht 1985 wird durch 7300 Stichprobenpunkte und mit über 200 000 Probebäumen als Basis festgestellt: Seit 1984 haben die Schäden um zwei Prozent zugenommen, das bedeutet eine Schadensquote von nunmehr 52 Prozent. Verbesserungen konnten in tiefer gelegenen Gebieten zwischen Donau und Alpen, in Oberfranken, in der Niederrheinischen Bucht, dem Bergischen Land, dem Weserbergland und dem niedersächsischen Küstenraum festgestellt werden. Am stärksten geschädigt sind die Rhön, ostbayerische Grenzgebirge, der Schwarzwald und die Alpen.

Bei der Eiche haben die Schäden um 12 Prozent ihrer Fläche auf 55 Prozent zugenommen, bei der Kiefer nahm sie um 1,4 Prozent auf 58 Prozent ab. Auch die starken Fröste des letzten Winters hätten zum Eichensterben beigetragen.

Den Haag schlägt NATO Tauschgeschäft vor

Cruise Missiles gegen Reduzierung des Kernwaffenarsenals

H. HETZEL, Den Haag/Brüssel

Falls sich die Haager Mitte-Rechts-Regierung am Freitag für eine Aufstellung der im Rahmen der NATO-Nachrüstung vorgesehenen 48 amerikanischen Cruise Missiles aussprechen sollte, will sie als Gegenleistung von der NATO eine wesentliche Verminderung des derzeit in den Niederlanden vorhandenen Kernwaffenarsenals durchsetzen und die momentan sechs mit Atomsprengköpfen ausgestatteten Waffensysteme der niederländischen Streitkräfte auf zwei verringern. Diesen Vorschlag habe Verteidigungsminister Job de Ruiter seinen NATO-Ministerkollegen während des jüngsten NATO-Verteidigungsministertreffens in Brüssel bereits mitgeteilt.

In Brüsseler NATO-Kreisen soll man diesen holländischen Vorschlag zunächst mit Verständnis registriert haben und geneigt sein, diesen „politischen Preis" an die Haager Regierung zu zahlen, weil man die Realisierung der Nachrüstung in Holland insgesamt für wichtiger hält als das Beibehalten des gegenwärtigen niederländischen Atomwaffenpotentials. Geprüft werde in Brüssel derzeit, ob das holländische Ansinnen mit dem sogenannten Montebello-Beschluß, den die NATO 1983 auf einem Treffen in Kanada festlegte, in Einklang zu bringen sei. Dieser Beschluß sieht vor, die Anzahl der Atomsprengköpfe in Westeuropa schrittweise um 1400 zu verringern, wenn die Sicherheit Westeuropas über eine Verbesserung neuer Kernwaffensysteme gewährleistet werden könne. Bei den aus Holland im Falle einer Stationierung der 48 amerikanischen Marschflugkörper abzuziehenden Atomwaffen soll es sich um das Nike-Luftabwehrsystem, die ADM-Atomminen sowie die mit Atomsprengköpfen bestückten Raketen für die F-16-Kampfflugzeuge (Luftwaffe) und die Orion-Flugzeuge (Marine) handeln. Im Haager Kabinett soll es im Prinzip schon zu einer Einigung in dieser Frage gekommen sein. Die Haager Regierung will dieses „Kompensationsgeschäft" mit der NATO aber erst am Freitag zusammen mit der Entscheidung zur Nachrüstung bekanntgeben.

G

DIE 🌐 WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Meer des Friedens

Von Herbert Kremp

Das schwedische Aufklärungsboot „Orion" beobachtete in internationalen Gewässern die Ostsee-Manöver der Warschauer Paktstaaten, wurde von sowjetischen Schiffen verfolgt und östlich von Gotland gerammt. Nach offizieller schwedischer Lesart handelte es sich um eine „Kollision". Der Sachschaden sei gering, man wolle das politische Klima nicht belasten. Das Barometer wird in Stockholm auf Schönwetter fixiert, denn Außenminister Andersson und sein Ministerpräsident Palme bereiten sich für 1986 auf Moskau-Reisen vor.

Die „Kollision" entspricht ohnehin der entschiedenen Tatsache, daß die Sowjetunion die Ostsee als ihr Hoheitsgewässer betrachten. Entsprechende Erklärungen hat der sowjetische Sicherheitsexperte Arbatow Ende April 1983 in Washington abgegeben. Im Carnegie-Institut erklärte er, die sowjetische Balkanflotte betrachte die gesamte Ostsee als ihr Operationsgebiet. Es sei „naiv", zu glauben, Schweden könne durch Proteste oder durch Hinweise auf seine Neutralitätspolitik in der Sowjetunion Eindruck machen. Howgh – die Weltmacht hat gesprochen.

Die Sowjets bezeichnen die Ostsee als „Meer des Friedens" und verleihen diesem Wort durch die Präsenz einer großen, mit Atomwaffen bestückten Über- und Unterwasserflotte Nachdruck. Als im Herbst 1981 ein sowjetisches U-Boot vor Südschweden strandete, wurde für einen Moment peinlich sichtbar, was die Sowjetmacht in der Ostsee seit langem und immerdar treibt: Ihre großen und kleinen Einheiten tummeln sich, wie der Bericht einer schwedischen Untersuchungs-Kommission (1983) akribisch beschreibt, überall in schwedischen Hoheitsgewässern. Was tun die Klein-U-Boote vor der schönen Silhouette von Stockholm? Sie beobachten Königin Silvia. Durchs Periskop, versteht sich.

Alle Proteste der Schweden, die scharfe Note Palmes im Zusammenhang mit den U-Boot-Zwischenfällen, die wenig professionellen Jagden in den Hoheitsgewässern, die eilfertige Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa (Palme klammerte dabei die Ostsee aus) – nichts konnte die Sowjets zum Einlenken bewegen. Mit jedem Zwischenfall, den sie provozieren, melden sie ihren Hoheitsanspruch an.

Arafat auf der Flucht

Von Peter M. Ranke

Was ist ein Kamel, fragen die Araber und antworten: der mißlungene Versuch arabischer Politiker, ein edles Rennpferd zu schaffen. Daran muß man denken, wenn man die geradezu hektisch erscheinende „Friedenssuche" arabischer Politiker in diesen Tagen beobachtet. Es geht ihnen dabei gar nicht um wirkliche Friedensverhandlungen mit Israel, sondern um Frieden untereinander. Schließlich ist ein Kamel ja auch ein nützliches Tier.

Assad in Damaskus, Hussein in Amman und Mubarak in Kairo haben fast übereinstimmend festgestellt, direkte Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen mit Israel, wie Regierungschef Peres sie anbot, könne es und dürfe es nicht geben. Mubarak setzte noch hinzu: auch nicht ohne die PLO. Aber welche PLO? Während Damaskus und Amman aus verschiedenen Gründen darin übereinstimmen, PLO-Chef Arafat ins endgültige Abseits zu schicken, tritt Mubarak neuerdings als dessen Schutzherr auf. Arafat selbst suchte Trost und Vermittlung beim sowjetischen Botschafter in Amman.

Daß die Syrer nichts mehr mit Arafat im Sinne haben, vor allem keine Verständigung, gaben sie wieder einmal zu erkennen, als sie die Leiche des von PLO-Terroristen ermordeten Amerikaners Klinghoffer sehr schnell fanden und auslieferten. Bei Hussein ist das anders, er ist von Arafats Doppelspiel „enttäuscht". Zunächst einmal verbannte der König Arafat aus dem Gästehaus der Regierung und läßt alle PLO-Büros scharf überwachen. Ein „Komitee" soll die unergiebige Aussprache Hussein–Arafat fortsetzen, von einer gemeinsamen Delegation ist vorerst nicht mehr die Rede.

Hussein weiß, daß er die aus regionalen Gründen (Golfkrieg) wünschenswerte Verständigung mit Syrien nicht mit Arafat im jordanischen Hause erreichen kann. Deswegen ist Arafat mal wieder auf der Flucht, heute in Kairo, morgen in Algier. Übermorgen – wer weiß, wo? Da er kein Verhandlungspartner für die Syrer und Jordanier mehr ist, kommen er und seine PLO auch nicht mehr für den Westen in Betracht. Es gibt friedliche und ehrliche Palästinenser, nicht nur die Arafats.

Gluck-Gluck-Gluckol

Von Joachim Neander

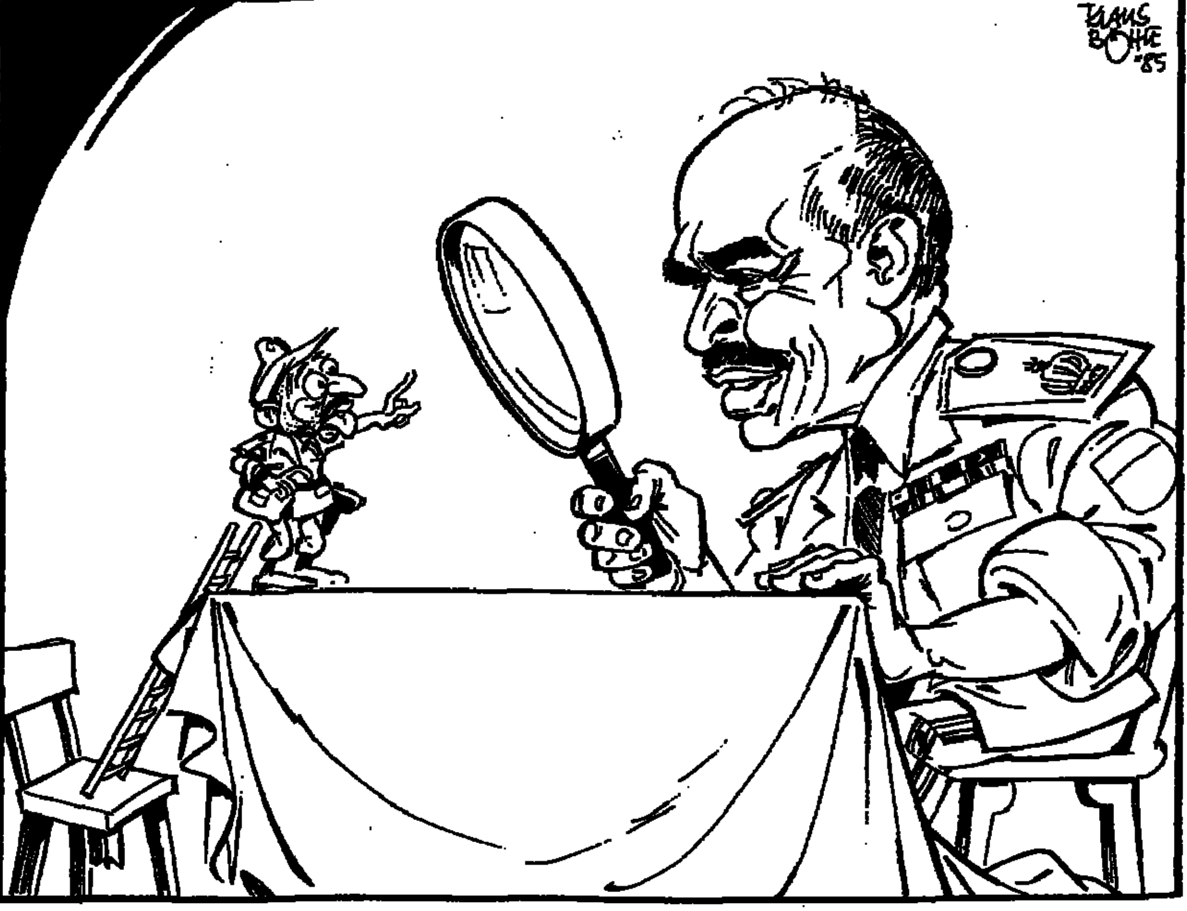
Manche sagen den organisierten deutschen Karnevalisten und Fasenachtwächtern nach, sie seien erst dann wirklich zum Lachen, wenn sie es ernst meinen. Aber das ist, wie so vieles heutzutage, die reine Verleumdung. Was die Kunst der unfreiwilligen Komik angeht, werden die offiziellen Obernarren häufig von ihren Untertanen, also dem unbemützten Normalvolk, weit übertroffen.

Da kriegt also neulich der Bund Deutscher Karneval einen Brief vom Bund der Weinhandelsverbände in Rheinland-Pfalz auf den Tisch, hochoffiziell, sozusagen von Briefkopf zu Briefkopf, Präsident zu Präsident. Der Weinpräsident bittet den Juxpräsidenten ganz ernsthaft, dafür zu sorgen, daß in den Büttenreden der bevorstehenden Kampagne „das Negativ-Thema Wein und Diethylenglykol weitestgehend aus der Schußlinie herausgehalten" wird. Den Winzern und Kellereien drohe durch die Sache sowieso schon große Not. Und es gehöre doch wohl nicht zum Selbstverständnis deutscher Narren, „sich an der Not und dem Leid Dritter zu weiden".

Lassen wir mal den Gedanken beiseite, welch ungeahnte Möglichkeiten hier die Öffentlichkeitsarbeit der geplagten Bundesregierung bisher versäumt hat. Die Vorstellung, ein Karnevalistenpräsidialbeschluß könne landauf, landab sämtliche Frostschutzkalauer und alle denkbaren Reime auf Glykol (neue gibt es da sowieso nicht mehr) unterbinden, ist von einer Komik, die kein Büttenredner je erreichen wird. Da liegt es nahe, statt dessen gleich den Bittbrief zu verlesen.

Gleichwohl, den Briefschreibern sei auch etwas Trost gegönnt. Nach allem, was man jetzt weiß, haben die erfahrenen Weintrinker die Sache mit dem Diethylenglykol längst bewältigt. Sie haben das süßlich-ölige Zeug nie gemocht.

Und da zumindest im deutschen Süden diese Spezies Genießer unter den Narren die Mehrheit stellt, ist eigentlich damit zu rechnen, daß in den Karnevalssitzungen jeder Glykolwitz von einem kräftigen Schluck deutschen Weines begleitet wird. Mit ganz ähnlichen Überlegungen könnte sich im übrigen auch der Bundeskanzler (ohne Bittbrief) über den bevorstehenden Spott der Narren hinwegtrösten.



Minimalkonsens KLAUS BÖHLE

Der neue Ausweis

Von Manfred Schell

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz, in dem die „informationelle Selbstbestimmung" zum Grundrecht erhoben wurde, der Koalition in Bonn eine schwere Aufgabe aufgebürdet. Die Materie, die es hier zu regeln gilt, ist für CDU/CSU und FDP gleichermaßen politisch sensitiv (jede Seite muß auf ihre Klientel achten), und sie ist rechtlich äußerst kompliziert.

Den Politikern obliegt es nun, die Belange des Datenschutzes mit dem Anspruch an die Sicherheitsbehörden zu vereinbaren, auf gesetzlich gefestigter Grundlage effiziente Arbeit zu erbringen. Angesichts der Interessengegensätze ist noch nicht sicher, ob die Koalition ihr mutiges Vorhaben verwirklichen kann, ein großes Paket zu schnüren. Wahrscheinlich müssen wichtige Punkte wieder von den Parteivorsitzenden entschieden werden. Aber der Anfang ist gemacht.

Die ersten Übereinkünfte tragen zwar die Züge des Kompromisses, aber sie sind konkreter als erwartet. Man kann sie, verkürzt, so beschreiben: Bei der Novelle zum Datenschutzgesetz hat die Union die Position der FDP übernommen. Umgekehrt hat die CDU/CSU, soweit die Neuregelungen die Nachrichtendienste betreffen, nichts zugelassen, was deren Arbeit erschweren könnte – es sei denn, man sieht eine Erschwernis darin, daß in diesem Bereich überhaupt bürokratische Wege gegangen werden. Aber die Verantwortung dafür liegt bei den Karlsruher Richtern.

Beim Datenschutzgesetz hat die Union eine Rechtsöffnung akzeptiert: Der Datenschutzbeauftragte wird künftig auch Einblick in Akten erhalten. Er kann Akten anfordern und dabei auch für Bürger handeln, denen von Behörden diese Akteneinsicht verweigert wird. Auch darf er „Anlaßkontrolle" ausüben. Bisher war sein Kontrollrecht auf personenbezogene Daten begrenzt, soweit sie in Dateien festgehalten waren.

Die FDP konnte darauf verweisen, daß schon bisher, zumindest in Einzelfällen, so verfahren worden ist. Dahinter wollte sie nicht zurückgehen. Allerdings wird es, wenn die Koalition dabei bleibt, zwei Tabu-Zonen für den Datenschutzbeauftragten geben: Er wird keine Informationen aus dem Bereich der Kontrolle des Post- und Fernmeldegeheimnisses erhalten (Artikel 10 des Grundgesetzes), und er wird nicht das Recht haben, auch Handakten – zum Beispiel bei den Verfassungsschutzbehörden – zu überprüfen. Hätte die Union hier nicht eine Eingrenzung durchgesetzt, hätte er auch Notizbücher von Beamten zur „Kartei" erklären und dann einsehen können.

Im klassischen Sicherheitsbereich hat die Union, soweit dies vor dem Hintergrund des Urteils möglich war, Linie gehalten. Der automatische Datenverbund zwischen den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, in den jede Seite einspeist und abruft, wird nicht mehr in Frage gestellt. Es geht dabei nicht nur um Daten über eine Person, sondern auch um deren Äußerungen. Damit wird eine Ergänzung zum Nadis-System geschaffen, in dem Namen und eine dazu passende Akten-Suchkartei enthalten sind.

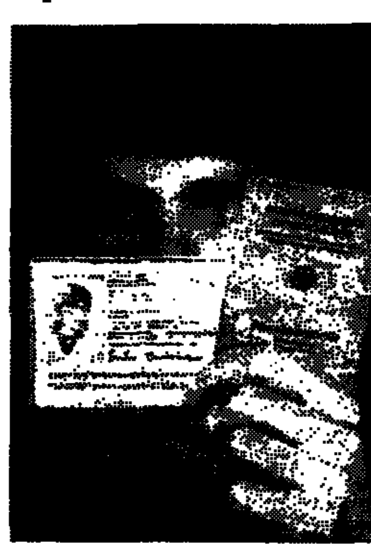
Der Militärische Abschirmdienst (MAD) wird auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Seine Erfordernisse wurden berücksichtigt – bis auf einen wichtigen Punkt: Der MAD soll nicht an den automatischen gemeinsamen Datenverbund des Verfassungsschutzes angeschlossen werden. Die Länder, auch unionsregierte, haben Einspruch erhoben. Allerdings kann der MAD jeweils einzelne Erkenntnisse abfragen.

Beim Bundesnachrichtendienst (BND) fingen die Probleme schon bei der Formulierung von dessen Aufgabengebiet an, denn hierbei müssen auch völkerrechtliche Aspekte beachtet werden. Jedenfalls aber war man sich einig, daß der BND im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland existiert. Natürlich fallen bei einem Auslandsnachrichtendienst auch Daten mit inländischem Bezug an, etwa bei übergreifender Spionageabwehr und bei dem Bemühen des BND, die eigene Sicherheit zu garantieren. Für den Nachrichtendienst ist es außerdem eine Existenzfrage, daß er „Tips" gewinnt, und zwar durch die Mithilfe des Zolls und des Bundesgrenzschutzes. Die datenschutzrechtliche Problematik hierbei liegt darin, daß der Dienst dadurch Nachrichten erhält, die er aus eigener Kraft nicht beschaffen könnte und dürfte. Richtschnur muß aber sein, daß die Sicherheit des Landes, und um nicht weniger geht es, Vorrang vor Bestimmungen des Datenschutzes hat. Es wird auch kein spezielles BND-Gesetz geben, das den ohnehin schweren Dienst der dort arbeitenden Beamten zusätzlich strangulierte.

Ein wesentlicher Fortschritt zeichnet sich nach den bisherigen Informationen über die Beratungen der Koalitionspolitiker bei der Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten und anderen Behörden ab. Hier ist durch politische Vorgaben viel Unsicherheit entstanden. In einer neuen Amtshilferegelung sollen Behörden zum Beispiel auf den Feldern der Spionageabwehr und des Terrorismus zu Auskünften gegenüber dem Verfassungsschutz „verpflichtet" werden. Außerdem wird den Nachrichtendiensten das Recht eingeräumt, Anfragen an andere Behörden zu stellen, und zwar ohne weitschweifige Begründung.

Beschlossene Sache ist die Einführung des maschinenlesbaren Ausweises und auch die rechtliche Grundlage, daß die abgelesenen Daten in einen Computer eingespeist und binnen Sekunden mit der Datei des Bundeskriminalamtes verglichen werden können. Daraus ergibt sich ein Fahndungsinstrument ersten Ranges.

Insgesamt scheint die Einsicht zu wachsen, daß der Datenschutz der Sicherheit des Bürgers zu dienen hat. Zu viel Faktensammlung kann ihr abträglich sein – zu wenig auch, wenn es um Kriminelle geht. Die neuen Regelungen können, trotz datenschutzrechtlicher Einschränkungen, ein Mehr an Sicherheit bringen.



Ausweise jetzt und später (links: der fälschungssichere Ausweis) FOTO: POLY-PRESS

IM GESPRÄCH Jean-Louis Rouè

Fulda, Zaire und anderswo

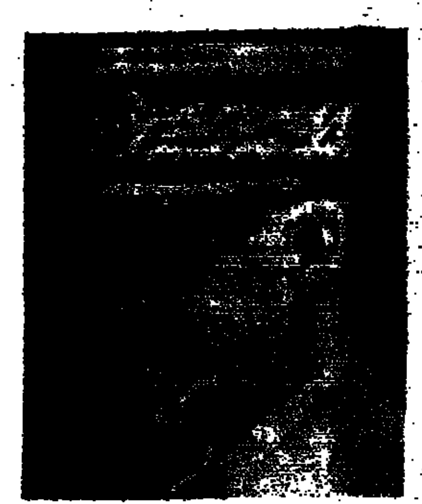
Von Peter Hornung

Nur noch wenige Unteroffiziere der Fremdenlegion kämpften in Dien Bien Phu, waren an der Front der Forts mit den schönen Mädchennamen Liliane, Elaine und Annemarie. Die „Legion Etrangère" hat sich gewandelt. Das zeigt auch der Wandel an der Führung. Der neue Oberkommandierende der knapp 10 000 Mann starken Legion, Brigadegeneral Jean-Louis Rouè, ist Jahrgang 1933. Anders als sein Vorgänger General Coullon war er nicht in Indochina. Auch den Algerienkrieg erlebte er nur in seiner Schlußphase. Das „Gelbe Fieber" erfaßte ihn nie. Das galt für die Offiziere in Dien Bien Phu, die dann eine neue Anti-Guerrilla-Strategie mit den Gedanken Maos in Algerien entwickelten.

General Rouè ist von der Militärtechnik der NATO geprägt. Aber er weiß, daß die Legion auch die Lehren des subversiven Krieges beherrschen muß. Dazu gehört eine Blitzaktion wie 1978 in Kolwezi. Unter General Coullon wurde ein Manöver im Senegal geübt, das die Brückenkopfbildung über dreitausend Kilometer zum Ziel hatte. An den Erfahrungen Coullons kann Rouè anknüpfen. Unter General Coullon begann die Eingliederung der Legion in die neue 27 000 Mann starke „Rasche Eingreiftruppe" (FAR), eine Einheit, die für den Kampf in der Fuldaer Senke ebenso vorgesehen ist wie für einen Konflikt in den Urwäldern von Zaire.

Rouè ist ein kühler Planer. Er will die sechs Regimenter der Legion in die Eingreiftruppe eingliedern und dafür die Luftbeweglichkeit erhöhen. Außerdem bekommen die Infanterie-Regimenter leichte Panzer oder Panzeraufklärer. In seinem ersten Tagesbefehl sagte Rouè: „Der Legionär muß sich der bisherigen Tradition verpflichtet fühlen. Aber er muß mit den neuesten Methoden der Kriegführung vertraut sein ... Es geht um die Entwicklung neuer operativer Konzepte. Und die Legion wird sie ganz entscheidend erarbeiten."

Vor unkonventionellen Lösungen scheut sich die Legion nicht. Das 6. Sturmpionier-Regiment in Avignon lehnt sich im Modell an ähnliche Regimenter in der Sowjetarmee an. Es soll vor allem hinter den Frontlinien des Feindes kämpfen.



Neue operative Konzepte: General der Fremdenlegion Rouè FOTO: DIE WELT

General Rouè wurde 1933 an der Côte d'Azur geboren. Sein Charakter ist eher herb. Dem „schönen Leben" rings um Saint Tropez steht er ablehnend gegenüber. Aber er ist auch kein sturer Soldatenvater. Ihm schwebt der Typ eines Legionärs vor, der nicht auf der Flucht vor seiner Vergangenheit ist, sondern eine Aufgabe sucht. 1957 absolvierte Rouè die Infanterie-Schule von Coequidian. Danach kam er 1960 zur Legion.

Algerien erlebte er in den Endkämpfen beim 2. Fallschirmjägerregiment der Legion. 1965 besuchte er die Generalstabsschule. 1967 wurde er in den Planungsstab der französischen Truppen in der Bundesrepublik versetzt. Es folgten Versetzungen zu den Stäben der 3. Militärregion in Rennes und der 4. Militärregion in Toulouse. Er kam 1972 zum 2. Fallschirmjägerregiment und rückte 1978 zum Regimentskommandeur auf. Dann wurde er in das Heeresministerium versetzt. Zuletzt kommandierte Rouè an der „Grünen Grenze" in Beirut.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie schreibt zur SPD nach dem Hessen-Bündnis:

Wenn die SPD tatsächlich alles daransetzen will, bei den Bundestagswahlen 1987 eine Regierungsmehrheit zu bekommen und der alternativen Konkurrenz das Wasser abzugraben, dann müßte Börner aus übergeordneten Gesichtspunkten heraus in den kommenden eineinhalb Jahren ständig demonstrieren, daß ein Regieren mit den Grünen unmöglich ist. Dauerkrach in Wiesbaden als Notopfer für Bonn – dies ist schwer vorstellbar. Und genau aus diesem Grund stellt die hessische Lösung eben doch mehr als ein nur singuläres und auf ein einziges Bundesland begrenztes Ereignis dar. Gar dann, wenn sich bei den Landtagswahlen in Niedersachsen im Juni eine Konstellation ergeben sollte, die zur Nachahmung des Wiesbadener Musters einlädt.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie geht auf den neuerlichen Weinskandal ein:

Man sollte meinen, der Glykolskandal hätte schon genug Sprengstoff enthalten. Doch weit gefehlt. Den österreichischen Weinpanschern hat es jedenfalls nicht gereicht. Sie mischten noch puren Sprengstoff in ihren Rebsaft, auf daß bei diversen Festgelagen auch garantiert eine Bombenstimmung aufkomme und der eigene Geldsack berste ... Der Niedertracht und Erfindungsgabe gewisser gewinnsüchtiger Weinproduzenten scheint jedenfalls keine Grenze gesetzt. Als geeignet zur Weinherstellung wird jeder Stoff gefunden, der erstens möglichst schwer nachweisbar und der zweitens so weinfremd ist, daß die Analytiker nicht im Rebensaft danach suchen.

Hamburger Abendblatt

Es kommentiert den Bhagwan in Haft:

Für Verdrossene unserer Gesellschaft war das Leben im Ashram zum Aussteigermodell geworden. Wer aber jetzt glaubt, mit dem Finger auf jene zeigen zu müssen, die auf der Suche nach einer besseren Gesellschaft auf der falschen Fährte sind, handelt blindlings. Die Bhagwan-Jünger, in der Regel sensibel, umweltbewußt und mit sozialem Takt, benötigen unser aller Hilfe, wenn das, an dem sie sich orientiert haben, verweht wie welkes Laub im Herbst. Jenen Menschen, die sein Bildnis auf der Brust tragen, die vor ihm knien, gab der fernöstliche „erleuchtete Meister" den guten Rat, sich nicht von ihm abhängig zu machen. Sie waren es längst geworden.

ПРАВДА

Die sowjetische Parteizeitung meint zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO:

Angesichts der Gefahr neuer Differenzen innerhalb der NATO hat die amerikanische Regierung allem Anschein nach die Absicht, eine Offensive gegen die besorgten Verbündeten zu starten. So haben die Abgesandten Washingtons mit dem Pentagonchef an der Spitze die nächste Runde einer verstärkten Bearbeitung der zweifelnden Verbündeten begonnen. Dies ist eine Bearbeitung, die auf eine vollständige Unterordnung der Interessen der NATO-Partner unter den verantwortungslosen und gefährlichen Kurs des Pentagon gerichtet ist.

Die Juden und die angeblich aufgeklärte linke Politik

Von Marx bis Fassbinder: Der Antisemitismus ist dem Sozialismus nicht fremd/ Von Peter Dittmar

Heute abend findet in Frankfurt die Uraufführung von Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" statt. Gestern konnte man lesen, Gorbatschow habe angedeutet, die Sowjetunion wolle wieder mehr Juden ausreisen lassen. Beide Meldungen haben scheinbar nichts miteinander zu tun, und doch verraten sie denselben Geist: Die „Instrumentalisierung" der Judenfrage zur Beförderung linker Politik.

Die Sowjetunion will den „Geist von Genf" als humanitäres Mäntelchen umhängen; schließlich fällt es ihr leichter, auf ein paar Juden als auf ein paar SS 20 zu verzichten. Fassbinder und seine Vollstrecker gerieren sich als Tabubrecher, obwohl sie sich nur an den schicken Antisemitismus der Achtundsechziger anhängen, der die Unfähigkeit zu vernünftiger Betrachtung der Nahostpolitik durch Emotionalisierung (hie böse Juden, da gute Palästinenser) kompensiert.

Das mag manchen neu erscheinen. In Wahrheit hat diese Linie ihre Wurzeln bei Karl Marx. In „Zur Judenfrage" hat er die Identität von Judentum und Kapitalismus proklamiert, obwohl er es schon aus der eigenen Familie hätte besser wissen müssen. Die Nachwirkung ist bis heute zu spüren.

Linke Politiker leugnen das gern und behaupten, der Antisemitismus sei dem Sozialismus a priori fremd. August Bebel wird gern mit dem Satz zitiert (der tatsächlich von einem österreichischen Abgeordneten stammt), der Antisemitismus sei „der Sozialismus des dummen Kerls". Auch Engels, der in dem Briefwechsel mit seinem Freunde Marx über Jahrzehnte gewetteifert hat, das Repertoire der Schimpfwörter für Juden drastisch zu erweitern, warnte im Alter die Sozialdemokratische Partei vor dem Antisemitismus. Dennoch erwiesen sich der Apparat und die Mitglieder immer wieder als anfällig. Edmund Silberner, Hans-Helmuth Knütter und einige wenige andere haben das wissenschaftlich dokumentiert.

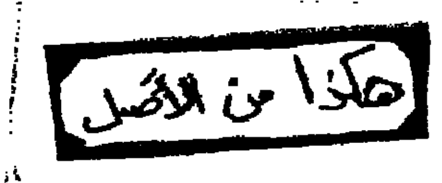
Rosa Luxemburg hatte es in der SPD oft schwer, weil auch in dieser Partei die Vorurteile gegen die Ostjuden grassierten; in der KPD hätte sie es später kaum leichter gehabt. Erinnert sei nur an Karl Radeks Schlageter-Rede, die den Versuch einleitete, aus taktischen Gründen – und auf Kosten der Juden – die internationalistische Linie durch eine nationalistische zu ersetzen. So waren die Juden bereits vor dem Ende Weimars schutzlos. Professor Werner Mosse ließ das bei der Historikertagung des Leo-Baeck-Institutes in Berlin anklingen, als er davon sprach, daß in der Krise alle gegenüber den Juden versagten, der Reichspräsident wie der Stahlhelm, die katholische und besonders die evangelische Kirche, Gewerkschaften, SPD und KPD.

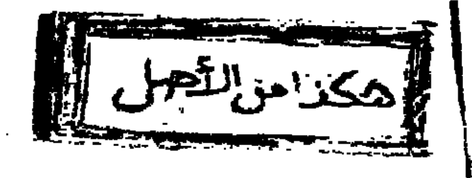
Stalin verwies bei der Ausschaltung seiner Rivalen gern auf deren jüdische Herkunft. Das begann bei Trotzki und setzte sich bei der „großen Säuberung" gegen Bucharin, Sinowjew, Radek und andere fort. Nur im Zweiten Weltkrieg unterbrach Stalin diese Politik. Da ließ er das „jüdische antifaschistische Komitee" gründen, um in Amerika Geld und Hilfsgüter für die Sowjetarmee zu mobilisieren. Nach dem Krieg war es damit vorbei. Im „Kampf gegen den Kosmopolitismus" ließ er 450 jüdische Schriftsteller und Künstler ermorden; der „Fall Noël Field" wurde zum Auslöser für die Prozesse und Hinrichtungen von Slansky in Prag und Rajk in Budapest, die von einer zynischen antisemitischen Propaganda begleitet wurden; in der „DDR" gab es um den „Fall Merker" eine antijüdische Kampagne; Stalin entdeckte eine „Verschwörung der weißen Kittel" (jüdischer Kreml-Ärzte) gegen ihn.

Chruschtschow hat diese „Verschwörung" in seiner Geheimrede auf dem 20. Parteitag als ein Phantom entlarvt – aber auf antisemitische Vorurteile als Mittel der Politik sollte auch er nicht verzichten. Der jahrzehntelange Streit um ein Denkmal für die in Babi Jar von Deutschen mit ukrainischer Hilfe ermordeten Kiewer Juden ist nur ein Beispiel dafür. Nachfolger im Kreml erkannten dann, daß die Juden nicht nur als Sündenbock für innenpolitische Krisen gut sind, sondern auch als Exportobjekt, um die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit Amerika zu gewinnen oder um in Genf gut Wetter zu machen.

Die westdeutsche Linke entdeckte nach dem Sechstagekrieg ihr Herz für Marx' Antisemitismus, wenngleich er jetzt als „Antizionismus" getarnt wurde. Zugleich denunzierte sie (wie einst Marx) die Juden wieder als den Prototyp des Kapitalisten (jetzt: als Knechte des US-Imperialismus). Dieses Klischee greift auch Fassbinder auf.

Mit dem „richtigen politischen Bewußtsein" hat das kaum etwas zu tun. Es ist eher pubertäres Spiel, die Vernünftigen durch demonstrative Unvernunft zu schockieren – unter Inkaufnahme fataler politischer Folgen. Es geht nicht um Menschen. Die Juden sind lediglich eine politische Münze. So bestätigt sich erneut der bittere Satz des Polen Stanislaw Jerzy Lec: „Ich weiß, woher die Legende vom Reichtum der Juden kommt: Sie zahlen alles."





Der letzte Wille Axel Springers: die Sicherung seines Lebenswerkes

Der Verleger Axel Springer hat in seinem in Berlin eröffneten Testament verfügt, daß sein gesamtes Vermögen in den Dienst seines Lebenswerkes gestellt wird. Er will damit dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftlichen Grundlagen des Unternehmens auch bei möglichen Strukturproblemen gesichert bleiben und notwendige Investitionen jederzeit finanziert werden können. Axel Springer hat deshalb angeordnet, daß sein Vermögen und dessen Erträge bis zum Jahr 2015 nicht unter den Erben aufgeteilt werden dürfen. Dies bezieht sich auch auf die 26,1 Prozent der Aktien der Axel Springer Verlag AG, die jetzt zum Nachlaß gehören.

Testamentsvollstrecker sind Frau Friede Springer, Ernst Cramer und Professor Dr. Bernhard Servatius, den Axel Springer zum Vorsitzenden des Gremiums der Testamentsvollstrecker bestimmt hat. Ersatzvollstrecker ist Peter Tamm. In einem Gespräch mit WELT-Chefredakteur Manfred Schell beantwortet Professor Dr. Bernhard Servatius Fragen zu dem Testament Axel Springers.

WELT: Herr Professor Servatius, wie beschreiben Sie den Charakter des Testaments?

Servatius: Was den Charakter und den Geist des Testaments betrifft, so antworte ich am besten mit den Worten des Verlegers selbst. Den Testamentsvollstreckern hat Axel Springer nicht nur aufgetragen, für die wirtschaftliche Sicherung seiner Unternehmen zu sorgen, sondern er hat es ihnen auch nachdrücklich zur Pflicht gemacht – ich zitiere – „mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Fortführung der Grundsätze hinzuwirken, unter die ich meine eigene publizistische Tätigkeit und die meiner Unternehmen ausdrücklich gestellt habe".

WELT: Wann wurde das Testament Axel Springers in der jetzt vorliegenden und gültigen Fassung niedergelegt?

Servatius: Ich habe hier zitiert aus einer Urkunde, die die Ordnung der Testamentsvollstreckung regelt. Diese Urkunde stammt vom 13. August 1983. Ich darf an dieser Stelle hinzufügen, weil ich das für sehr bemerkenswert halte: Nach der Neuordnung des Unternehmens und der Abgabe von 49 Prozent der Aktien der Axel Springer Verlag AG hat Axel Springer noch einmal sein Testament überdacht und die Frage gestellt, ob es jetzt in bezug auf Veränderungen im Hause, in bezug auf die Veränderungen der Beteiligungsverhältnisse unter Umständen notwendig sei, im Sinne gewisser Feineinstellungen Anpassungen vorzunehmen. Er hat am 2. September 1985 nach Erörterung dieser Frage ausdrücklich festgestellt, daß es bei der Unternehmensbedingtheit seiner Verfügungen unter allen Umständen bleiben müsse. Diese Vorsorge sollte unabhängig vom Umfang seiner Beteiligung, beziehungsweise der des Nachlasses an der Axel Springer Verlag AG gelten.

WELT: Wie groß ist der Ermessensspielraum der Testamentsvollstrecker?

Servatius: Es gibt im Testament die Bestimmung, daß die Testamentsvollstrecker bei Ausübung ihres eigenen pflichtgemäßen Ermessens in erster Linie die Sicherung der Zukunft des Unternehmens, die „betrieblichen Erfordernisse", zu beachten haben. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß nach menschlichem Ermessen auch zu späterer Zeit notwendige Investitionen finanziert werden können. Das Privatvermögen Axel Springers ist als gewissermaßen Ressource des Unternehmens zu betrachten; zum Beispiel für den Fall, daß gravierende Strukturprobleme zu bewältigen sind. Der Vorstandsvorsitzende Peter Tamm hat ja erst kürzlich darauf hingewiesen, „daß die Verlagsbranche erst am Beginn einer Verschärfung ihrer Strukturprobleme steht".

WELT: Was hat der Verleger seinen Erben hinterlassen?

Servatius: Axel Springer hat im letzten Abschnitt der Urkunde vom 13. August 1983 an seine Erben einen Appell gerichtet, der durch das Motto zusammengefaßt werden kann: Firma geht vor Familie. Er appellierte an die Erben, „stets dessen eingedenk zu sein, daß der wesentliche Gegenstand des Nachlasses mein berufliches Lebenswerk ist. Dieses Werk ist mir Verpflichtung, die mit meinem Leben nicht endet und die auch nicht nur meiner Familie gegenüber besteht. Die Bedeutung meiner Unternehmen und die in ihnen vertretenen Grundsätze verlangen Rücksichten, denen auch meine Erben unterworfen sind." Das heißt: Wie er das sein ganzes Leben lang getan hat, so haben sich auch die Erben den Erfordernissen einer gesunden Weiterentwicklung des Unternehmens unterzuordnen.

WELT: Welche Position haben konkret die Erben Axel Springers?

Servatius: Die Erben haben, rechtzeitig beteiligt an den Erwägungen des Verlegers, allesamt auf ihren Pflichtteil verzichtet. Sie sind testamentarische Erben ohne Pflichtteilanspruch. Die Erben erhalten Beträge, die sie für eine, wie Axel Springer formulierte, „angemessene Lebensführung" benötigen, die der Verleger bei aller Priorität, die er der Sicherung seiner Unternehmen gegeben hat, natürlich auch gewährleistet sehen wollte. Zur Stellung der Erben im Unternehmen verfügte Axel Springer: „Die Testamentsvollstrekker haben das berufliche Fortkommen meiner Erben in den von der Testamentsvollstreckung betroffenen Unternehmen zu fördern und sie ebenso wie deren Abkömmlinge in Stellungen – insbesondere solche mit leitender Funktion – zu berufen, für die sie persönlich und sachlich qualifiziert sind."

WELT: Zum Nachlaß gehört auch das Axel Springer verbliebene Aktienpaket von 26,1 Prozent ...

Servatius: Ja, es gehört heute zum Nachlaß und es unterliegt wie das Privatvermögen insgesamt für die Dauer der Testamentsvollstreckung dem Auseinandersetzungsverbot. Mit Auseinandersetzungsverbot im Rechtssinne ist das Teilungsverbot gemeint.

WELT: Und wie lange unterliegt der Nachlaß der Testamentsvollstreckung?

Servatius: Dreißig Jahre, das heißt bis zum Jahre 2015. Das ist die gesetzlich äußerste Frist.

WELT: Wie hoch ist das Privatvermögen, die 26,1 Prozent einmal ausgenommen?

Servatius: Ich verstehe, daß Sie danach fragen. Ich bitte aber umgekehrt um Verständnis, daß ich diese Frage nicht beantworten kann. Sie berührt die Sphäre der Erben, und die Antwort darauf unterliegt der Schweigepflicht der Testamentsvollstrecker.

WELT: Wie ist die Stellung der einzelnen Testamentsvollstrekker?

Servatius: In einer „Soll-Vorschrift" hat Axel Springer die Testamentsvollstrecker gebeten, sich zu Beginn ihrer Tätigkeit selbst eine Geschäftsordnung zu geben, und bestimmt, daß die Testamentsvollstrecker zwar nach außen hin allein-vertretungsberechtigt sind, sich im Innenverhältnis aber abzustimmen haben und an Mehrheitsbeschlüsse gebunden sind.

WELT: Axel Springer hat viele kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen gefördert, auch in Israel. Gibt es auch hier Verfügungen für die Zukunft?

Servatius: Er hat uns hierzu Leitlinien hinterlassen. Auch hier müssen wir im übrigen nach unserem pflichtgemäßen Ermessen handeln.

WELT: Von welchem Gedanken sind diese Grundsätze bestimmt?

Servatius: Wir haben uns auch da, so wie das Axel Springer immer gehalten hat, nach den vier Grundsätzen des Hauses zu richten. Diese Grundsätze, die der Verleger für seine publizistischen Bemühungen aufgestellt hatte, verpflichteten nicht nur die Journalisten seines Hauses, sie bestimmten auch seine praktische, auch seine mäzenatische Tätigkeit. Insofern geben diese Grundsätze auch in diesem von Ihnen angeführten Punkt die Richtschnur ab.

WELT: Das kulturelle Engagement, zum Beispiel, wird also fortgeführt ...

Servatius: In den Grenzen, in denen dies einer Testamentsvollstreckung möglich ist. Diese Grenzen sind auch durch das Gesetz bestimmt, das den Testamentsvollstreckern grundsätzlich unentgeltliche Verfügungen verbietet.



Axel Springer und Testamentsvollstrecker Bernhard Servatius FOTOS: NICO NAGEL/HANS-W. HÖFT



Jugend im Herbst: adrett, gepflegt und optimistisch FOTO: HANS-W. HÖFT

Deutsche '85 – Saison für Heine, Zweireiher und Boris Becker

Hat sich die Bundesrepublik Deutschland verändert, haben die Menschen sich geändert, hat die Stimmung gewechselt? Für Werner Thomas, Korrespondent der WELT für Lateinamerika und nur noch gelegentlicher Besucher deutschen Bodens, keine Frage.

Von WERNER THOMAS

Dezente Modefarben dominieren, Schwarz, Weiß und Grau. Die Männer tragen Zweireiher, Hosen mit Umschlägen und Lederjacken in bayerischem Trachtenschnitt. Boris Becker und Götz George sind die Helden der Stunde. Man schimpft über Beckenbauers lasche Fußballriege. Man diskutiert die Fernsehserien „Dornenvögel" und „Schwarzwaldklinik", und man liest ein wenig ängstlich die täglichen Horrormeldungen über Aids.

Deutschland im Herbst 1985. Die Nation ist innerhalb eines Jahres anders geworden. Sie wirkt ruhiger, gelassener, weniger polarisiert. Viele Gesprächspartner meinen, daß sie entpolitisiert ist. Das Volk scheint andere Interessen entdeckt zu haben.

Vor einem Jahr drehten sich viele Gespräche noch um Raketen und Reagan, um die Umwelt und die Tierversuche, um Nicaragua und Oscar Lafontaine. Kohl-Witze machten die Runde. Die Grünen fühlten sich stark. Demonstrationen, pessimistische Prognosen, Null-Bock und No Future.

Was ist geschehen? „Wir sind nach einer Periode politischer Paranoia zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt", erläutert ein Berliner Freund. Er will die Vermutung nicht gelten lassen, daß der grünen Welle nun ein Rechtsruck folgen kann. „Ich sehe keinen radikalen Stimmungsumschwung, lediglich eine Normalisierung."

Eine Hamburgerin stuft ihre Töchter im Teenager-Alter als „konservativ" ein und findet eine Erklärung dafür, die andere Eltern ähnlich formulieren: „Diese Jugend steht unter einem enormen Leistungsdruck. Sie muß um Noten und Studienplätze kämpfen. Da bleibt wenig Zeit für eine politische Freizeitbeschäftigung."

Sie sieht ihre Meinung bestätigt, daß Schüler gern gegen ihre Lehrer rebellieren. Die Lehrer ihrer Töchter, zwischen dreißig und vierzig, seien „ziemlich links". Der Kleiderkontrast illustriere bereits die Situation: „Die Lehrer tragen Jeans, Bärte, lange Haare und Sandalen. Die Kinder kommen geschniegelt zum Unterricht."

Eine Buchhändlerin aus Karlsruhe erklärt den Gegensatz der Generationen auf ihre Weise: „Auffallend viele Jugendliche Anfang zwanzig lesen wieder Klassiker. Hölderlin, Heine, von Kleist, Thomas Mann und Hermann Hesse. Das neue Wallraff-Buch (‚Ganz unten') wird dagegen vorwiegend von Kunden über dreißig gekauft."

Der Trend zu konservativeren Werten ermöglichte die Demonstration patriotischer Gefühle. Die Fernsehanstalten spielen nach Sendeschluß die Nationalhymne. Die Beckenbauer-Elf singt vor jedem Match das Deutschlandlied mit. Keine Nation feierte dieses Jahr einen Nobelpreisträger überschwenglicher als die Bundesrepublik den jungen Physiker Klaus von Klitzing. Die Medien-Berichterstattung reflektierte Stolz und Euphorie.

Das Becker-Phänomen verblüfft am meisten. Noch nie hat ein 17jähriger Bursche diesen Staat in eine ähnliche Faszination versetzt. Unglaublich, daß sich ein Volk der Fußballfans plötzlich so für Tennis begeistert. Manche Gesprächspartner erklären sich die Becker-Euphorie mit einer doppelten Sehnsucht der Nation: der Sehnsucht nach einem Idol und leichter Unterhaltung.

In die Kategorie „leichte Unterhaltung" fällt der Schimanski-Darsteller Götz George. Fassbinder ist tot. Mit ihm scheint das kritische Kino gestorben zu sein. Die Programme der Lichtspielhäuser weisen kaum einen Film auf, der Probleme wälzt. Auffallend auch, daß die Fernsehanstalten weit weniger kontroverse Sendungen bieten wie früher. Ein Bonner Freund, der den Christdemokraten nahesteht, lobt: „Die politischen Kommentare sind heute viel abgewogener."

Es geht abwärts mit den Grünen. Vor einem Jahr blickten viele konservative Bundesbürger noch besorgt in die Zukunft, heute sind es weit weniger. Die neue Stimmung kommt den Christdemokraten gelegen. Auch deshalb, weil die Bundesbürger weniger klagen über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Überfüllte Kaufhäuser signalisieren das günstige Konjunkturklima. Das Arbeitslosenproblem ist zwar noch unverändert da, verbreitet aber überraschenderweise nicht mehr die gleiche Aufregung wie vor zwölf Monaten.

Der Kanzler scheint auch unter Christdemokraten eine umstrittene Persönlichkeit geblieben zu sein. Noch immer fällt das Stichwort Führungsschwäche. Ein Bonner Kollege glaubt jedoch: „Kohl konnte an Statur gewinnen. Er wächst in seinem Amt." Die Kritik an ihm ging zurück. Der Bonner Regierungschef muß nicht mehr ständig als Witzfigur dienen. Die Deutschen lachen heute mehr über makabren Aids-Humor.

Erstaunlich, welch breiter Popularität sich ein anderer christdemokratischer Politiker erfreut: Bundespräsident Richard von Weiszäcker. „Weiszäcker hat dafür gesorgt, daß die Entpolitisierung nicht die Abkehr von der Politik bedeutet", sagt ein Freund aus München, der gewöhnlich sozialdemokratisch wählt. Deutschland im Herbst 1985: Der Bundespräsident spielt eine Schlüsselrolle.

In Sorge über die Zukunft der Tageszeitungen

ULRICH REITZ, Bonn

Mit einem Bekenntnis zur Tagespresse sicherte sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zunächst den Applaus der Zeitungsverleger und Journalisten, die zur Verleihung des Theodor Wolff-Preises nach Bad Godesberg *gekommen waren*: „Wenn ich mit nur einem Medium auskommen müßte und die Wahl hätte, dann könnte dies nur die Morgenzeitung sein". Dann dämpfte der Bundespräsident die Sorgen des Präsidenten des Bundes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Rolf Terheyden, der zuvor von einem „drohenden Vertei*lungskampf* im Werbegeschäft" zwischen elektronischen und Print-Medien zu Lasten besonders der kleineren Tagseszeitungen gesprochen hatte. Von Weizsäcker: „Die Zeitungen haben ihren Markt im Kopf und im Herzen der Menschen", sie könnten daher „mit Selbstvertrauen" dem strukturellen medienpolitischen Wandel entgegensehen.

Terheyden hingegen zeigte sich vor dem Hintergrund des Anteils-Rückgangs der Zeitungen am Werbeaufkommen besorgt über die Möglichkeiten, die Existenz der Tagespresse langfristig zu sichern. Dagegen verstärkten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die sich ohnehin auf ein „sicheres Gebührenpolster" stützen könnten, ihre Werbung. Terheyden nannte in diesem Zusammenhang die Einführung von Werbung im dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks. Die Zeitungen müßten daher die Möglichkeit bekommen, sich an den elektronischen Übertragungstechniken zu beteiligen, sagte Terheyden weiter.

Die Preise gingen an Rudolf Strauch (Hannoversche Allgemeine), Marianne Wichert-Quoirin (Kölner Stadt-Anzeiger), Thomas Kielinger (*Die Welt*), *Claudia Michels* (Frankfurter Rundschau) sowie an Walter Schmühl und Daniel Salber (Dürener Zeitung). Zwei Förderpreise wurden an Angela Steffan (Fränkische Nachrichten) und Susanne Mayer (Stuttgarter Zeitung) vergeben.

Ein Markstein für die Darstellung Deutschlands in einem Schulbuch

Westermann-Verlag in der Vorreiterrolle / Ganzheitliches Bild der Nation entworfen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Darstellung des Themas Deutschland in Schulbüchern bereitet Autoren und Verlagen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unverändert Probleme. Unsicherheiten, aber auch grobe Fehler, die beim Durchblättern ins Auge fallen, erwecken bei Lehrern und Eltern immer noch regelmäßig Verdrossenheit. *Doch nicht wenig trägt dazu auch der* jeweilige Umgang mit dem Thema Deutschland durch die einzelnen Kultusminister bei, die letztendlich für die Genehmigung der Schulbücher in jedem Bundesland zuständig sind.

Noch bevor ernsthaft die überparteiliche Anregung aus Nordrhein-Westfalen (von *Kultusminister* Schwier, SPD, und Oppositionsführer Worms) aufgenommen worden ist, deutsch-deutsche Schulbuchgespräche nach dem Vorbild gleichartiger Unternehmungen mit Polen und Sowjets zu beginnen, zeigt sich, daß zumindest für den Geographie-Unterricht bessere Zeiten beginnen. Der renommierte Braunschweiger Westermann-Verlag hat jetzt in seiner „Colleg"-Reihe „Raum + Gesellschaft" für die Sekundarstufe II einen Markstein gesetzt. Der Titel lautet *einfach „Deutschland"*.

Auch Fehler unterlaufen

„Dieses Heft will nicht nur informieren", heißt es im Vorwort für die 104 Seiten, „sondern zugleich ein Problembewußtsein schaffen. Der Schüler soll ein Verständnis gewinnen für die Faktoren, die die Situation unserer Nation in Europa bestimmen. Dazu gehört ein ganzheitliches und dennoch differenziertes Deutschlandbild." Diesem Anspruch muß in der *Tat ein gutes Schulbuch genügen, in* dem die Nation behandelt wird.

Daß Deutschland seit der bedingungslosen Kapitulation von 1945 „in den Grenzen vom 31. 12. 1937 als völkerrechtliches Subjekt weiterbesteht", ist ebenso vermerkt wie die Tatsache, daß „die Oder-Neisse-Linie (die) gegenwärtige Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen" ist. Eine Skizze der innerdeutschen Grenzanlagen macht ebenso wie ein kurzer, nachkriegshistorischer *Abriß vieles* von der *politischen* Gegenwart Deutschlands deutlich, ergänzt durch wichtige Passagen aus dem Warschauer Vertrag und der Präambel des Grundlagenvertrags.

Allerdings unterlaufen auch den Autoren und Lektoren dieses Buches Schlampereien, die hoffentlich in einer weiteren Auflage getilgt werden. So heißt es entgegen der tatsächlichen Rechtslage unter dem Stichwort Berlin: „Die westlichen Alliierten besitzen Vorbehaltsrechte, die den politischen und militärischen Status von Berlin-West betreffen; sie dokumentieren dadurch ihre politische und militärische Verantwortung für diesen Teil der Stadt." Hätten die Machthaber in Ost-Berlin und Moskau gerne, muß da wohl gesagt werden...

Nach einer Infratest-Umfrage aus dem Jahre 1983 sehen 43 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland die „DDR" als Ausland an. Daß 77 Prozent ihre mangelnden Kenntnisse über Deutschland auf Mängel im Schulunterricht zurückführen, brachte diese Studie ebenfalls an den Tag. Und: 1983 waren von den Einwohnern beider deutscher Staaten mehr als 55 Prozent nach 1945 geboren. Sie haben keine persönlichen Erfahrungen und Anschauungen mehr von Deutschland als ganzem. Dies bedeutet vor allem für Jugendliche in der Bundesrepublik einen Hang dazu, als Deutschland nur noch den westlichen Teil anzusehen.

Daraus folgt – neben den zweifellos wichtigen politischen und historischen Fragen – der Zwang, im Geographie-Unterricht vor allem erst einmal über Deutschland zu informieren, über gewachsene bzw. nach dem letzten Krieg veränderte Wirtschafts- und Verkehrsstrukturen, über die Geschichte des Eichsfeldes in der Mitte Deutschlands wie über die wichtigsten Grunddaten der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR". Dazu gehört, daß ein Schüler etwas über West- und Ostpreußen erfährt wie darüber, daß die Stadt Guben an der Neiße erst seit 1945 an der Grenze zu *Polen liegt, während sie zuvor* fast 800 Jahre lang Knotenpunkt der Handelsstraßen von Leipzig nach Posen und von Frankfurt/Oder nach Görlitz war. Dies hat ebenso wenig etwas mit Revanchismus zu tun wie die Erwähnung der Tatsache, daß Wilhelm-Pieck hier geboren wurde und inzwischen der Stadt sein Name mit aufgezwungen wurde.

Neue Bande knüpfen

Im November 1978 hatte die Kultusministerkonferenz mit einem eigenen Beschluß über „Die deutsche Frage im Unterricht" erneut das Gewicht dieses Themas betont. Daß *dennoch – entsprechend* der Infratest-Umfrage von 1983 – 81 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland wenig oder gar kein Interesse an Realität und Entwicklungen in der „DDR" zeigen, beweist, wie notwendig die Erinnerung an den Kultusminister-Beschluß ist.

Im Kapitel „Untersuchung des Heimatraums" werden die Schüler nicht nur dazu angeregt, ihre engere Umgebung zu erforschen und darzustellen. Es wird auch an sie appelliert, falls ein Lehrer dies nicht tun sollte, aktiv etwas für den Zusammenhalt der Nation mit ganz einfachen Mitteln zu tun: „Deutsche Landschaften in der DDR können Sie so nicht untersuchen. Aber Sie könnten sie bei einer Reise in die DDR erleben. Sie könnten direkt erfahren, wie die Menschen dort leben und arbeiten." Dies ist eben auch Unterricht im Fach *„Deutschland": Schüler zu motivieren*, menschliche Bande zu den Deutschen östlich der Elbe zu knüpfen, sich selbst ein Bild der Wirklichkeit vor Ort zu machen und so dazu beizutragen, den Bestand der Nation mitzusichern.

„Gewalt ist zur Tugend geworden"

des. Bonn

Die Herausgeber einer rot eingebundenen Broschüre, die sich mit den Menschenrechten in Mittelamerika befaßte, waren in ihrem Urteil über den von der CDU veranstalteten „Nicaragua-Report" überraschend schnell: „Der ‚Nicaragua-Report' *im* Stil eines Tribunals der CDU vom 29. Oktober", schrieb Autor Helmut Frenz, ehemaliger Generalsekretär von Amnesty International, „führt uns allen vor Augen, wie heuchlerisch die Menschenrechtspolitik dieser Partei ist". Das 80 Seiten starke Heft war vor der CDU-Veranstaltung *gedruckt* worden und wurde bereits während der Tagung im Konrad-Adenauer-Haus verteilt. Als Herausgeber zeichnen unter anderen die Grünen im Bundestag verantwortlich.

Zum Nicaragua-Report, der von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler initiiert wurde, waren christlich orientierte Politiker und Publizisten aus *Zentralamerika* nach Bonn eingeladen worden, um ihre Einschätzung zur Lage der Region zu geben.

Schwerere Verstöße gegen die Grundrechte als unter Somoza warf José Esteban Gonzalez, Gründer der „Ständigen Menschenrechts-Kommission Nicaraguas", den Sandinisten vor. So seien in den Monaten nach deren Machtübernahme mehr als 2000 Menschen hingerichtet worden. Zur Zeit gebe es rund 9000 politische Gefangene. Geräte zur elektronischen Überwachung stammten aus der „DDR", *berichtete* Gonzalez. So würden Besucher der internationalen Hotels in Managua durch Kameras aus der „DDR" observiert. Aristides Calvani, langjähriger Generalsekretär der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas, sagte, in Nicaragua sei ein „messianischer Imperialismus" entstanden, der die Länder *der Region bedrohe. „Gewalt ist zu* einer Tugend geworden, bei der es nur noch um die Vernichtung der politischen Gegner geht." Teilnehmer am „Nicaragua-Report" befaßten sich mit der Lage der Kirche und Verstößen gegen die Pressefreiheit.

Mahnende Worte an die Adresse der FDP

Todenhöfer: Beim SDI-Programm an Absprachen halten

GÜNTHER BADING, Bonn

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, hat den freidemokratischen Koalitionspartner ge*mahnt, sich in der Diskussion um* eine deutsche Beteiligung an der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative SDI an gemeinsame Beschlüsse zu halten. „Große Sorge" äußerte Todenhöfer im Gespräch mit der *WELT*, „daß das Rahmenabkommen zu SDI von seinen Gegnern systematisch kaputtgeredet wird." Ihm sei unverständlich, daß sich „führende Politiker der FDP an der Dauerkritik an dem in Aussicht genommenen Rahmenabkommen beteiligen". Dies sei um so unverständlicher, als in anderen Bereichen, wie etwa in der Wirtschaftspolitik, die Zusammenarbeit zwischen Union und FDP „vorzüglich funktioniert".

Der CDU-Abgeordnete nannte folgende „klare gemeinsame Beschlüsse" mit der FDP, die sich grundsätzlich positiv zu einer staatlichen Mitwirkung am SDI-Forschungsprojekt aussprechen:

- Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. April dieses Jahres: „Technologische Mitwirkung an dem amerikanischen Forschungsprojekt würde es der Bundesrepublik Deutschland und unseren europäischen Verbündeten erleichtern, auch in den wichtigen Fragen einer eventuellen Fortentwicklung der Bündnisstrategie Einfluß und Gewicht zu behalten, ja zu vermehren." Todenhöfer: „Diese Regierungserklärung war Wort für Wort mit Außenminister Genscher abgestimmt."
- Der Auswärtige Ausschuß habe am 24. April „mit den Stimmen der CDU/CSU und der FDP die Bundes*regierung aufgefordert* zu *prüfen*, wie eine grundsätzlich wünschenswerte deutsche Forschungsbeteiligung an einem strategischen Defensivsystem gegebenenfalls im Zusammenwirken mit anderen Mitgliedstaaten der Allianz sowohl aus bündnispolitischen als auch aus wirtschaftlich-technologischen Gründen zu fairen und dem gegenseitigen Nutzen dienenden Bedingungen sichergestellt werden kann, und danach in dieser Frage eine angemessene Entscheidung zu treffen'. Auch diese Beschlußvorlage ist zwischen CDU/CSU und FDP Wort für Wort abgestimmt worden."

Sowohl in der mit der FDP abgestimmten Regierungserklärung *als* auch in dem Beschluß im Auswärtigen Ausschuß „liegt ein klares grundsätzliches Bekenntnis zu einer staatlichen *Mitwirkung* vor, falls bestimmte Voraussetzungen gewährleistet seien". Die wichtigste Bedingung sei eine faire Partnerschaft mit den USA gewesen. Die Bereitschaft der USA dazu stehe außer Frage. *Nicht* festgelegt worden sei, wie weit die staatliche Beteiligung gehen solle. Eine Rahmenvereinbarung über Geheimschutz und Technologietransfer liege wohl an der „untersten Grenze der denkbaren und gemeinsam beschlossenen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bundesregierung".

Angesichts der klaren *Beschlußla*ge in Regierung und Parlament sei es daher völlig unverständlich, daß diese Minimalbeteiligung der Bundesregierung von Teilen der FDP plötzlich angegriffen werde. „Wenn trotz der klaren Beschlüsse jetzt nicht einmal mehr ein technologisches Rahmenabkommen möglich wäre, dann müsse man sich fragen, *welchen Sinn* Absprache und Beschlüsse in der Koalition noch haben."

Zu der Erklärung Außenminister Genschers vom Wochenende, die Ankündigung einer Zusammenarbeit von Dornier mit einer US-Firma in der SDI-Forschung zeige, daß ein Abkommen wohl nicht notwendig *sei, sagte der CDU-Abgeordnete*, ohne ein Rahmenabkommen würden sich die US-Firmen in Deutschland „die Rosinen herauspicken", wobei die Frage des Rücktransfers der Forschungsergebnisse zur Nutzung bei uns offen bleibe.

Große Hilfe mit „kleiner Technik"

Von MICHAEL JACH

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche hat Niedersachsen hochrangigen Besuch aus dem Sudan. Sadik el Mahdi, als populärer Führer der islamisch-nationalistischen Umma-Partei eine innenpolitische Schlüsselfigur im Sudan, hält sich derzeit zu mehrtägigen politischen Gesprächen in der Bundesrepublik auf und wird heute in Hannover erwartet. Fast auf dem Fuße folgt er damit dem sudanesischen Premierminister El Ghizouli Dafallah.

Dieser hatte seinen dreitägigen Staatsbesuch nicht wie üblich in Bonn, sondern in der niedersächsischen Landeshauptstadt begonnen. Für diese ungewöhnliche Programmfolge hatte Dafallah gute Gründe – nämlich Dank abzustatten für Niedersachsens Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe-Partnerschaft, die vor drei Jahren auf persönliches Betreiben von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) in einem der ärmsten Länder Afrikas geschlossen wurde.

Sadik el *Mahdi*, dem eines Tages erneut – wie schon 1966/67 – die Macht im Sudan zufallen könnte, scheint die Zeit für reif zu halten, sich in Niedersachsen einzuführen. Immerhin hat das Einvernehmen zwischen Khartum und Hannover schon den Sturz des ursprünglichen Vertragspartners Numeiri unbeschadet überstanden. Denn für den Sudan wurde die Partnerschaft angesichts der 1983/84 über Zentralafrika hereingebrochenen Hungerkatastrophe zur Garantie für wirksame Nothilfe. Bun*despräsident Richard* von Weizsäcker äußerte sich Anfang Oktober bei seinem Besuch in der westsudanesischen Sahel-Notstandsprovinz Dharfour annerkennend über das niedersächsische Hilfsprogramm (WELT vom 27. 9.).

Allein zur Nothilfe in Zusammenarbeit mit Welthungerhilfe hat das Bundesland seit 1984 bisher annähernd vier Millionen Mark aufgebracht, davon gut die Hälfte aus dem Landeshaushalt, den anderen Teil durch Spenden der Bevölkerung. Die ersten Spendenaufrufe der Regierung Albrecht ergingen im Spätherbst und zur Vorweihnachtszeit vorigen Jahres. Sie werden stetig wiederholt und verfehlen, wenngleich der Wellenkamm der breiten Hilfsbereitschaft

Landesbericht Niedersachsen

mittlerweile überschritten ist, weiterhin nicht ihre Wirkung. Im Haushaltsplan 1986 ist nochmals eine niedersächsische Million für Hilfsgüter nach Dharfour vorgesehen, darüber hinaus – entsprechend den Leistungen der Vorjahre – sechs Millionen für eigentliche Entwicklungshilfe.

Am Beginn der Partnerschaft hatten entwicklungspolitische Ziele gestanden, die von der Lawine akuter Not wohl beiseite geschoben, nicht aber aus den Augen verloren wurden. Im Elan des Vertragsschlusses vom November 1982 war gar die Rede davon, mit Niedersachsens Beistand werde es gelingen, daß der Sudan sich zum „Brotkorb Arabiens" aufschwinge. Jenseits ehrgeiziger Politikerreden nahmen sich die tatsächli*chen Vorhaben schon damals* realistischer, bescheidener aus – dafür aber dann wirksam.

Ernst Albrecht selbst beschwor seinerzeit in Khartum die abschreckend-nutzlos verschleuderten Milliarden für Prestigeobjekte, die angesichts der zivilisatorischen und sozialen Wirklichkeit in den Empfängerländern buchstäblich in den Sand gesetzt werden. Niedersachsen setzt dagegen das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe", auch zu beschreiben als praktische Vernunft. Was im übrigen den begrenzten Möglichkeiten eines nicht eben schwerreichen Bundeslandes entspricht.

So wird besonderes Gewicht gelegt auf Ausbildung und Weiterbildung in Handwerks- und Versorgungsberufen. Sudanesen eigneten sich in Niedersachsen Fachwissen an in Zuckerrübenverarbeitung oder Hafenverwaltung. Statt Traktoren, deren Pflüge, solange intakt, am Ende die Bodenerosion beschleunigen, schickte Hannover Werkzeugsätze nach Khartum für die Ausbildung von Mechanikern in den Berufsschulen des Landes. Oder einfache Operationsausstattungen für Krankenstationen in unterversorgten Gebieten, begleitet von medizinischem Fachpersonal zur Unterweisung sudanesischer Helfer an Ort und Stelle.

Das Prinzip der „kleinen Technik", wodurch vermieden wird, den Empfängern Wohltaten überzustülpen, die sie kaum zu handhaben wissen, findet inzwischen die Beachtung internationaler Entwicklungshilfe-Experten. Klaus-Otto *Naß*, *Sudan-Beauftragter* und früherer Wirtschafts-Staatssekretär der Regierung Albrecht, berichtet mit einigem Stolz davon. Allerdings, muß Naß sogleich einschränken, zögen Milliardenbeträge wohl doch andere Eigengesetzlichkeiten nach sich als eben bescheidene Millionen...

„Heimatgefühl im Norden stärken"

Die CDU in Schleswig-Holstein stellt ihr Programm für die Kommunalwahlen vor

GEORG BAUER, Kiel

Für die anstehende Kommunalwahl am 2. März in Schleswig-Holstein richten sich die Christdemokratn des nördlichsten Bundeslandes auf einen Wahlkampf ein, der im wesentlichen von bundes- und landespolitischen Themen beherrscht wird. Wie der Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt bei der Vorlage des Rahmenprogramms für die Kommunalwahl erklärte, soll die Partei den Angriffen der SPD, die sich in erster *Linie* auf die *Sozialpolitik* der Bundes- und Landesregierung konzentrieren werden, mit einer „Doppelstrategie" begegnen.

Zum einen gelte es, die Leistungen der Regierungen in Bonn und Kiel deutlich sichtbar zu machen, andererseits müßte auch die positive Arbeit der mehr als 4000 CDU-Kommunalpolitiker des Landes gewürdigt werden, zeichnete Reichert die Richtung der Diskussion vor.

Das Programm, das unter dem *Motto* „Lebendige *Städte* und Gemeinden in Schleswig-Holstein – In gesunder Umwelt wohnen und arbeiten" steht, rückte die Situation der Frau in der Gesellschaft an die erste Stelle. Als gleichberechtigte Partner müßten die Frauen aktiver die Politik in den Kommunen mitgestalten. Ferner *sollen Bildungsangebote* gefördert werden, die es den Frauen erlauben, „während der Kindererziehung den Kontakt zum erlernten Beruf zu erhalten und später ins Arbeitsleben zurückzukehren".

Breiten Raum nimmt auch die Förderung der Wirtschaft im Lande ein. Nach Ansicht von Innenminister Claussen, Vorsitzender der Programmkommission, sind die Gemeinden gefordert, für ein wirtschaftsfreundliches Klima zu sorgen. Die kommunalen Mandatsträger werden daher gemahnt, geeignete und umweltverträgliche Gewerbe- und Industriegebiete anzubieten und durch eine geeignete Bauleitplanung die Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit im Ort ansässiger Betriebe zu sichern.

Als weiteren Punkt nennt das Programm die Sicherung einer wettbewerbsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft und die Gestaltung der Städte und Gemeinden.

Als Argumentationshilfe für die Parteimitglieder sind unter dem Stichwort „Gesunde Umwelt – Gesunde Lebensbedingungen" die *Maßnahmen* aufgelistet, die die Landesregierung zur Erhaltung der Lebensgrundlagen ergriffen hat. Um die Abfallmengen in den Griff zu bekommen, werden die Gemeinden unter anderem angehalten, Abfallbeseitigungsanlagen einzurichten.

Wie aus dem Papier hervorgeht, ist es auch die Absicht der CDU, das „Heimatgefühl" im Norden der Republik zu stärken. Die Christdemokraten verfolgen dabei offenbar das Ziel, ähnlich der CSU in Bayern mit dem Lande zu verwachsen. So formulierte etwa Innenminister Claussen: „Schleswig-Holstein ist unsere kulturelle Heimat. Daher wollen *wir die* Zeugnisse unserer Geschichte und Kultur pflegen und sie uns und unseren Kindern bewahren."

Die CDU gehe, wie der Generalsekretär meinte, mit „Zuversicht" in die Kommunalwahl, aus der sie 1982 mit 50,2 Prozent der Stimmen als Sieger hervorgegangen war.

Fabius' Schlappe wirkt sich auf Wahlkampf aus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Drei Tage nach dem Fernsehduell Fabius-Chirac erweist sich der erste Eindruck als der richtige: einwandfreier Sieger des eineinhalbstündigen Schlagabtauschs ist der Oppositionspolitiker Jacques Chirac. Das bestätigen dem Gaullistenchef nicht nur Meinungsumfragen (44 von 100 Franzosen fanden ihn überzeugender als den Premier), das ist auch einhelliges Urteil der Medien.

Fabius' Niederlage wiegt schwer vor allem auch, weil er sich noch auf dem Parteitag der Sozialisten Anfang Oktober mit einer großen Rede als das zugkräftigste Pferd des Regierungslagers im Kampf um die Wählerstimmen empfohlen hatte. Mehrere führende Sozialisten bedauern die „mangelnde Substanz in den programmatischen Ausführungen" des Regierungschefs und seine oft am Wesentlichen vorbeigehenden Stellungnahmen zu den großen Problemen Arbeitslosigkeit und Einwanderung.

Vor allem wirft man Fabius vor, nicht scharf genug zu der wachsenden Furcht der Franzosen vor einer allmählichen Überfremdung Frankreichs durch eine unbegrenzte illegale Einwanderung afrikanischer Fremdarbeiter gewesen zu sein.

Der Regierungschef hatte nur zögernd seinem Gegner zugestimmt, als dieser eine schärfere Kontrolle der Einwanderung und energischere Maßnahmen zur Rückwanderung von Fremdarbeitern forderte. Gerade hier drohen die konventionellen Parteien Terrain an den Rechtsextremisten Le Pen zu verlieren, der die Einwanderung zum Hauptthema seines Wahlkampfes macht. Das Problem der Einwanderung wird in letzter Zeit auffallend häufig und umfangreich in der Presse abgehandelt. Nicht nur das rechtsstehende „Figaro-Magazin" fragte unlängst, ob Frankreich im Jahre 2000 noch Frankreich sei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

USA: Moskaus Angebot ist nicht annehmbar

Umstrittene Radarstation gilt als taktisches Manöver vor Genf

FRITZ WIRTH, Washington

Das amerikanische Außenministerium bestätigte Berichte, nach denen die Sowjets ihre umstrittene Radarstation in der Nähe von Krasnoyarsk in Sibirien bei den Abrüstungsgesprächen in Genf vor drei Wochen zum Verhandlungsobjekt gemacht haben. Ein Sprecher des Ministeriums äußerte sich zugleich sehr kritisch über das Angebot, ohne es jedoch in striktem Sinne abzulehnen.

Die Radarstation steht seit einigen Jahren im Mittelpunkt heftiger Polemiken und Auseinandersetzungen zwischen Washington und Moskau. Die Reagan-Administration ist überzeugt, daß ihr Bau eine eindeutige Verletzung des ABM-Vetrags darstellt, der solche Radaranlagen nur an den Landesgrenzen zuläßt. Die sibirische Station aber liegt weit im Landesinnern und ist nach amerikanischer Ansicht ein wesentlicher Bestandteil eines potentiellen sowjetischen landgestützten Raketenabwehrsystems.

Die Sowjets haben diese Beschuldigungen bisher stets zurückgewiesen und erklärt, daß die Anlage lediglich für ihr Weltraumprogramm gebaut werde. Um so überraschender war es für die amerikanische Regierung, daß die Sowjets bei den Abrüstungsgesprächen in Genf vorschlugen, den Bau dieser Radarstation einzustellen unter der Voraussetzung, daß die USA von der Modernisierung ihrer Radarstationen in Thule (Grönland) und in Fylingdales Moor in Großbritannien absehen.

Bernhard Kalb, der Sprecher des State Departments, erklärte gestern, daß die sowjetische und die westlichen Anlagen nicht miteinander vergleichbar seien und das Angebot einen unakzeptablen Präzedenzfall schaffen würde. Die Radaranlagen in Grönland und in Großbritannien hätten bereits vor dem Abschluß des ABM-Vetrages im Jahre 1972 bestanden. Die Modernisierung dieser über 20 Jahre alten Anlagen verletzen diesen Vertrag nicht, während der Bau der Anlage in Krasnoyarsk eindeutig dem Buchstaben und dem Geist des Abkommens widerspreche.

Trotz aller negativen Kommentare hat die Reagan-Administration das Angebot zumindest öffentlich noch nicht eindeutig und klar zurückgewiesen. Das State Department enthüllte nicht, ob über das Angebot bereits in Genf gesprochen wurde oder ob es ein Thema bei der jüngsten Begegnung des Präsidenten und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in New York gewesen ist. Bemerkenswert ist nach amerikanischer Ansicht, daß die Sowjets mit ihrem Angebot zumindest indirekt die Unzulässigkeit des Baus ihrer Anlage in Krasnoyarsk eingestanden haben.

Die „Washington Post" zitiert am Mittwoch einen leitenden Angestellten der Administration mit der Äußerung, daß die Anlagen in Grönland und in Großbritannien für den Westen von „vitaler Bedeutung" seien. „Die Sowjets müssen wissen, daß sie uns ein Angebot machen, daß wir nicht akzeptieren können."

Tatsächlich verstärkt sich der Eindruck in Washington, daß das sowjetische Angebot nicht viel mehr als ein taktisches Manöver im Vorfeld des Genfer Gipfels ist. Der Kreml wußte, daß die amerikanische Seite in Genf das Thema Krasnoyarsk hochspielen würde und versucht nun offensichtlich, den USA vorweg eine Trumpfkarte aus der Hand zu nehmen.

Die letzte Meinungsumfrage der Fernsehgesellschaft ABC zeigt im übrigen, daß die Public Relationskampagnen Moskaus in den letzten Wochen die beabsichtigte Wirkung erzielen. Danach haben 39 Prozent der befragten Amerikaner einen vorteilhaften und 35 Prozent einen unvorteilhaften Eindruck vom neuen Kremlchef. Es ist das erste Mal seit vielen Jahren, daß der Anteil der positiven Reaktionen gegenüber einem sowjetischen Regierungschef den der negativen übersteigt.

Andererseits stimmten 64 Prozent der Befragten der Art zu, wie Ronald Reagan mit Moskau umgeht und 62 Prozent billigten ausdrücklich seine Außenpolitik. Das ist die bisher höchste Zustimmungsrate der letzten vier Jahre. Wesentlich knapper dagegen ist die Zustimmung für das von Reagan geplante strategische Verteidigungssystem, das von den Befragten nur in einem Verhältnis von 48 zu 46 begrüßt wird.

USA fordern von Athen Gewißheit über Stützpunkte

E. ANTONAROS, Athen

Eine Verbesserung der seit gut vier Jahren immer wieder gestörten Beziehungen zwischen Athen und Washington sollen die Gespräche einleiten, die der Staatssekretär im US-Außenministerium, Michael Armacost, jetzt in Athen führte. Nach Angaben von griechischer Seite wurde das „gesamte Spektrum" der Beziehungen erörtert. In erster Linie ging es allerdings um die Zukunft der US-Stützpunkte in Griechenland und die Form der künftigen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.

Die Amerikaner fühlen sich verunsichert, weil Papandreou immer wieder droht, daß die US-Basen entfernt werden sollen, wenn das 1983 vereinbarte fünfjährige Stützpunktabkommen ausläuft. Daher verlangen sie von der sozialistischen Regierung in Athen konkrete Zusagen, daß die vier Stützpunkte auch nach 1988 fortbestehen werden. Sonst sind sie dem Vernehmen nach nicht bereit, die dort untergebrachten Installationen durch Investitionen in Millionenhöhe zu modernisieren.

Vor kurzem sagte Papandreou vor dem ZK seiner Partei, daß wichtige Entscheidungen „nicht von heute auf morgen" verwirklicht werden können. Beobachter sehen in dieser Formulierung eine Bereitschaft zu einer realistischen Außenpolitik.

Daß die Griechen möglicherweise den Amerikanern entgegenkommen, ist auf zwei Gründe zurückzuführen: Erstens hat Papandreou inzwischen gemerkt, daß die ständige Konfrontation mit Amerika nur Nachteile einbringt. So hat die US-Administration ihre Zustimmung für die Lieferung von 40 Kampfflugzeugen vom Typ F-16 bisher nicht erteilt, weil Papandreous Liebäugeln mit dem Ostblock ein großer Unsicherheitsfaktor ist. Auch im Umgang mit der Türkei ist Washington, was Militärhilfe und Waffenlieferung betrifft, großzügiger als mit Griechenland.

Zweitens wissen Athens führende Sozialisten, daß sie ohne amerikanische Kredite die griechische Wirtschaft nicht sanieren können. Daher hält sich unter Diplomaten in Athen hartnäckig das Gerücht, daß Papandreou gegen mehr Geld bereit wäre, seinen Anti-Amerikanismus ganz aufzugeben. (SAD)

Nach 15 Jahren geben Guatemalas Militärs der Demokratie eine Chance

Wahlen trotz schwieriger Wirtschaftslage / Acht Bewerber für das Präsidentenamt

Von WERNER THOMAS

„Si, hay un camino", verkünden die Christdemokraten Guatemalas, jawohl, es gibt einen Weg. Auch Kandidaten der anderen Parteien konzedieren, daß dies der beste Slogan ist. Er reflektiert die hoffnungsvolle Stimmung dieses leidgeprüften Volkes.

Am Sonntag finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Guatemala statt. Nach 15 Jahren Militärherrschaft kehrt das Land zur Demokratie zurück. Vinicio Cerezo, 42, der christdemokratische Bewerber, versichert: „Die Streitkräfte ziehen sich diesmal in die Kasernen zurück."

Der junge Politiker personifiziert die neue Situation. Noch Ende der siebziger Jahre lebte Cerezo in ständiger Todesangst. Er überlebte drei Attentatsversuche. Er mußte sich in 17 verschiedenen Wohnungen verstecken. Das Haus seiner Eltern glich einer Festung. 327 Christdemokraten starben in den letzten zehn Jahren unter den Kugeln eines Mörders. Eine Plakette in der Parteizentrale gedenkt „unseren Gefallenen."



Vinicio Cerezo ist Favorit bei den Wahlen FOTO: STUDIO X-PAOLO BOSIO

Cerezo, einst als „links" eingestuft, heute ein Mann mit moderaterem Image, spielt unter den acht Bewerbern um das Präsidentenamt die Favoritenrolle. Der Anwalt kann die erste Runde gewinnen, aber nicht die 50-Prozent-Hürde schaffen. Eine Stichwahl am 8. Dezember ist daher wahrscheinlich.

Der Zeitungsverleger Jorge Carpio Nicolle („El Gráfico") von der „Union des Nationalen Zentrums" (UCN) scheint der schärfste Rivale zu sein. Auch dem konservativen Politiker Jorge Serrano Elias (47), der die „Demokratische Partei der Nationalen Kooperation" (PDCN) vertritt, werden Chancen auf den wichtigen zweiten Platz eingeräumt. Der Bauingenieur, ein Protestant wie schon 27 Prozent aller Guatemalteken, führte in der Endphase einen besonders energischen Wahlkampf.

Dagegen fiel der vierte, einst aussichtsreiche Kandidat, Mario Sandoval Alarcon, 63, in den letzten Wochen zurück. Der Chef der rechtsgerichteten „Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN), ein ehemaliger Vizepräsident, der unter den Folgen eines Kehlkopfkrebses leidet und nur mühsam sprechen kann, wird jedoch bereits als Koalitionspartner für den entscheidenden Wahlgang im Dezember umworben. Selbst Cerezo stellt sich gut mit ihm.

Die Wirtschaftskrise, die jeden Bürger belastet, dominierte diesen Wahlkampf. Selten kursierten so düstere Statistiken: 70 bis 80 Prozent Inflation (inoffizielle Schätzungen). 60 Prozent arbeitslose oder unterbeschäftigte Menschen. Nullwachstum. Leere Devisenkasse. Der Parallelmarkt handelt die Landeswährung Quetzal, bis November 1984 noch soviel wert wie der Dollar, im Verhältnis 3,80:1. Diplomatische Beobachter schätzen den Kaufkraftverlust in diesem Jahr auf 50 Prozent.

Auf den Gebieten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unterscheidet sich Vinicio Cerezo am meisten von seinen drei Hauptrivalen. Während Carpio, Serrano und Sandoval keine dramatischen Veränderungen anstreben, betont der Christdemokrat die Notwendigkeit sozialer Reformen. Seine Gegner verweisen warnend auf das Beispiel El Salvador, wo unter dem Einfluß einer anderen christdemokratischen Partei das Land verteilt und die Banken und der Außenhandel verstaatlicht wurden. Cerezos Kontakte zu lateinamerikanischen und europäischen Christdemokraten, die ihm Wahlkampfmittel verschafften, waren ein weiteres Diskussionsthema. Dagegen blieben die Militärs von Kritik verschont.

Kein Präsidentschaftskandidat verlangt Maßnahmen à la Argentinien. Prozesse gegen Offiziere wegen Menschenrechtsvergehen wird es nicht geben. Nach offiziellen Schätzungen kamen zwischen 1981 und 1983 in dem blutigen Krieg gegen die marxistischen Rebellen 4000 Personen ums Leben. Manche Diplomaten nennen eine weit höhere Zahl: 15 000. Obgleich die Sicherheitskräfte oft mit brutalen Mitteln vorgingen, sollen auch Exzesse ungesühnt bleiben. Das Wort „Versöhnung" fehlte in keiner Wahlkampfrede.

Die Politiker empfinden Dankbarkeit. „Sie haben Wort gehalten", erinnert Jorge Carpio Nicolle. Der General Oscar Humberto Mejia Victores, im August 1983 durch einen Putsch gegen General Efrain Rios Montt an die Macht gekommen, gilt als Garant des Demokratisierungsprozesses. Niemand weiß jedoch, ob die Uniformträger auch nach dem 16. Januar 1986, dem Tag der Amtseinführung des zivilen Präsidenten, ganz auf ihren politischen Einfluß verzichten. „Das sollte von den Aktivitäten der Extremisten abhängen", meint Kandidat Serrano.

Die politische Gewalt, die diese Nation noch länger erschütterte als andere mittelamerikanische Länder, wurde bisher nicht gebrochen. Die geschlagene Guerrilla-Armee tritt seit einigen Monaten wieder öfters im Grenzgebiet zu Mexiko in Aktion.

Dennoch ist der Wahlkampf überraschend ruhig verlaufen. Die Kandidaten wagten sich in alle Teile des Landes, wenn auch nur in Begleitung schwer bewaffneter Leibwächter. Die Parteien werben mit Liedern, die fröhlich klingen und pausenlos im Rundfunk ertönen.

„Die schlimmsten Zeiten sind vorbei", sagt Vinicio Cerezo, der eine „neue Ära" verspricht, eine Ära der Demokratie, des Friedens und des Fortschritts. (SAD)

Iran und Syrien driften auseinander

Islamische Fundamentalisten in Libanon als Ursache / Neue Konstellation im Golfkrieg

PETER M. RANKE, Athen

Trotz beruhigender Zusicherungen des syrischen Präsidenten Hafes el-Assad, daß Syrien weiterhin Iran im Golfkrieg unterstützen werde, mißtraut Teheran der syrischen Politik. Es befürchtet, daß die Verbesserung der Beziehungen Syriens zur arabischen Nachbarschaft auf seine Kosten geht und daß Syrien aus dem Golfkrieg ausschert.

Dieses Fernziel wird vom saudiarabischen Kronprinzen Abdallah anvisiert. Die Saudis wollen die für Ende November geplante Gipfelkonferenz in Riad zu einer Demonstration arabischer Einheit machen. Für Teheran würde der Bruch mit Damaskus wahrscheinlich eine Niederlage im Golfkrieg bedeuten.

Das Mißtrauen in Teheran ist so gewachsen, daß Iran nach Mitteilung westlicher Diplomaten schon mit einer Einstellung der lebenswichtigen Öl-Lieferungen nach Syrien gedroht hat. Damaskus erhält jährlich 8,7 Millionen Tonnen persisches Rohöl, davon eine Million Tonnen geschenkt, den Rest verbilligt. Syrien liefert dafür sowjetische Raketenwaffen wie SAM-5 und SS 21 und anderes Material.

Einmal dringt die Sowjetunion in Damaskus darauf, daß diese Waffenlieferungen an Iran aufhören, zum anderen könnten Kuwait und Saudi-Arabien die persischen Öllieferungen an Syrien ersetzen. Eine Aussöhnung zwischen den verfeindeten Baath-Regimes in Syrien und Irak halten die saudischen Vermittler für wenig wahrscheinlich, aber auch nicht für unbedingt erforderlich, um das syrische Kriegsbündnis mit Teheran zu sprengen. Zunächst sollen Syrien und Jordanien sich aussöhnen, was bereits weit gediehen ist.

Im harten politischen Alltag sind Iran und Syrien vor allem in Libanon aneinandergeraten. Seitdem die syrische Armee die islamischen Fundamentalisten in der Hafenstadt Tripoli im September durch prosyrische Milizen niederkämpfen ließ und dann die Stadt besetzte, liegen Damaskus und Teheran auf Kollisionskurs. Denn Teheran unterstützte die „Islamische Einigungsbewegung" von Scheich Said Schaabane mit Waffen, die ausgerechnet von der PLO Yassir Arafats kamen, was die Syrer zusätzlich herausforderte.

Jetzt hat Scheich Schaabane die Losung für Tripoli ausgegeben, man werde Syrien mit dem Islam schlagen, nicht mehr mit Waffen.

Auch die politische Einigung der Christen, Drusen und Schiiten in Beirut unter Leitung der Syrer mißfällt dem Ayatollah-Regime.

Teheran fürchtet um seinen Einfluß auf die libanesischen Schiiten und konnte bisher das Bündnis zwischen Amal-Miliz von Nabih Berri und Damaskus nicht aufbrechen. Westliche Diplomaten weisen darauf hin, daß Syrien in der libanesischen Flanke unter keinen Umständen eine „Islamische Republik" nach iranischem Vorbild dulden wird. Denn jede Stärkung des islamischen Fundamentalismus in Libanon muß Gleichgesinnte in Syrien, also die oppositionellen Moslembrüder, stärken, auch wenn das Sunniten sind.

Auch die Gefahr, daß die PLO Arafats und die Moslembrüder gegen Damaskus zusammenarbeiten, veranlaßt Assad, die Annäherung an Jordanien zu suchen. Er will unbedingt verhindern, daß sich Arafat mit seinem Hauptquartier in Amman niederläßt. Die Syrer verlangen für eine Aussöhnung mit Jordanien sogar, daß König Hussein mit Arafat bricht und keine einseitigen Verhandlungen mit Israel aufnimmt.

Der König hat in den letzten Tagen signalisiert, daß er darauf einzugehen gedenkt. Das Bündnis mit Arafat vom Februar wurde bisher nicht förmlich bekräftigt. Dagegen setzt der jordanische Regierungschef Zeid el-Rifai, dem man eine prosyrische Haltung nachsagt, seine Kontakte mit Damaskus fort. Auch diese neue Konstellation Damaskus und Amman wird in Teheran kritisiert, da Jordanien als Verbündeter Iraks praktisch ein Kriegsgegner des Ayatollah-Regimes ist. (SAD)

China beargwöhnt Hongkongs Reform

JOCHEN HEHN, Hongkong

Im 143. Jahr seiner Existenz als britische Kronkolonie und nur zwölf Jahre vor seiner Wiedereingliederung in das Reich der Mitte hat Hongkong jetzt einen Schritt in Richtung Demokratie getan. In den Räumen des altehrwürdigen, mit einem Kostenaufwand von umgerechnet 13,5 Millionen Mark restaurierten Obersten Gerichtshofs trat der neue Legislativrat (Legco), die parlamentarische Vertretung Hongkongs, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Unter den 56 Mitgliedern befinden sich zum ersten Male in der Geschichte der Kronkolonie Abgeordnete, die ihr Mandat nicht durch die Gunst der britischen Krone, sondern durch Wahlen erlangt haben. Überschattet wurde der glanzvolle Akt der Konstituierung und der Vereidigung der neuen Mandatsträger durch warnende Kommentare aus Peking, das befürchtet, eine überhastet durchgeführte politische Reform könnte Hongkong in ein Chaos stürzen.

Bei dem Demokratisierungsprozeß handelt es sich jedoch keineswegs um einen großen Sprung nach vorn. Die Zusammensetzung des Legislativrats zeigt, daß die Machtposition des Gouverneurs unverändert stabil ist. Gegenüber den 24 Gewählten garantieren die 22 vom Gouverneur ernannten Legco-Mitglieder zusammen mit den zehn „offiziellen" hohen Regierungsbeamten immer noch klare Mehrheitsverhältnisse. Dennoch ist ein Anfang gemacht, und für die Zukunft zeichnet sich durchaus eine Verschiebung des politischen Gewichts ab. Die britische Kolonialregierung hat schon zu erkennen gegeben, daß sie in den verbleibenden zwölf Jahren bis zur Übernahme Hongkongs durch die Volksrepublik China ihre Machtbefugnisse nach und nach an die Chinesen in Hongkong übertragen möchte.

Da dies im Grunde auch die erklärte Absicht der Volksrepublik China ist, wurden die warnenden Einwürfe chinesischer Politiker mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Wie kann Hongkong nach 1997 erfolgreich eine Selbstverwaltung praktizieren, wenn jetzt nicht, und zwar ohne Verzögerung, das bürokratisch-koloniale System abgeschafft wird, fragen sich viele politische Beobachter.

Die Warnung, ausgesprochen vom Direktor des Büros für Angelegenheiten in Hongkong und Macao, Ji Pengfei, gegenüber einer Delegation aus Hongkong, hat zusammen mit anderen kritischen Stimmen aus Peking die Zahl der Skeptiker erhöht, die sich nur schwer vorstellen können, daß China sein Versprechen erfüllen wird, dem „Sonderverwaltungsgebiet Hongkong" (ab 1997) einen „hohen Grad an Autonomie" einzuräumen und das gesellschaftliche und wirtschaftliche System ebenso wie die Lebensweise der 5,5 Millionen Einwohner zählenden Stadt für einen Zeitraum von 50 Jahren (bis 2047) unverändert zu belassen.

Auch die Anmerkung des Direktors des Hongkonger Büros der chinesischen Nachrichten-Agentur Neues China, Xu Jiatun, die Veränderungen in Hongkong sollten graduell sein, und China sei auf jedes „unerwartete Ereignis" vorbereitet, beruhigen die Gemüter nicht gerade.

Die Tatsache, daß China schon jetzt fühlbar auf den politischen Entscheidungsprozeß einzuwirken versucht, muß eine Stadt wie Hongkong verunsichern, wo Flüchtlinge und deren Nachkommen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Nicht wenige haben bei ihrer Flucht aus der Volksrepublik ihr Leben riskiert und hegen noch ein tiefes Mißtrauen gegenüber allem, was kommunistisch ist. Die Zukunft Hongkongs wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es China gelingt, das Vertrauen dieser Menschen zu gewinnen.

Die Gewerkschaften und die politische Linke in Europa – ein Verhältnis mit wachsenden Spannungen

Beinahe ein Körper, doch nicht ein Herz und eine Seele

Von REINER GATERMANN

Die Delegierten des diesjährigen Kongresses der Labour Party wurden in Bournemouth auf großen Plakaten von einem politischen Gegner begrüßt: „Willkommen zum Kongreß der Gewerkschaften, Norman Tebbit." Norman Tebbit wechselte vor ein paar Wochen vom Stuhl des Industrieministers auf den Posten des Vorsitzenden der Konservativen Partei, und eine seiner ersten Amtshandlungen war, auf die ihm eigene zynische, aber treffende Art einen Finger tief in eine weit klaffende Labour-Wunde zu legen. Er reizte Labour-Chef Neil Kinnock damit dermaßen, daß dieser zornig die Plakat-Kampagne als Verschandelung des Stadtbildes anprangerte.

Labour Party und Gewerkschaften sind in Großbritannien – zumindest organisatorisch – untrennbar. Die Partei wurde 1918 von den Gewerkschaften als deren politisches Sprachrohr gegründet. Ihr gehören heute zwar nur knapp 325 000 individuelle Mitglieder an, die ihr kollektiv angeschlossenen Gewerkschaften bringen jedoch weitere 5,8 Millionen mit, deren Beiträge schließlich auch für drei Viertel der Parteieinnahmen stehen.

GROSSBRITANNIEN

Diese enge Verknüpfung geht bis in die Wahlkreise, in denen die örtlichen Arbeitnehmer-Organisationen bei den Unterhauswahlen Patenschaften für die Labour-Kandidaten übernehmen. Sie stellen Geld und Wahlhelfer zur Verfügung. Ungefähr 60 Prozent der derzeit 209 Labour-Abgeordneten können sich auf eine solche Patenschaft stützen.

Für diese finanzielle und politische Schützenhilfe gibt es keinen Ersatz, von der Partei fordert sie allerdings auch politischen Tribut. Für die Konservativen ist Labour nur die Gewerkschaftspartei. Und einer der Gründe, warum 1981 die „Viererbande" die Labour Party verließ, um die Sozialdemokratische Partei zu gründen, war die „unerträgliche Abhängigkeit" von den Gewerkschaften. Sie ist auch Neil Kinnock nicht in jeder Hinsicht angenehm, und er macht vorsichtige Versuche, politische Eigenständigkeit zu gewinnen. Als jedoch kürzlich ein gemeinsames arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitisches Aktionsprogramm vereinbart wurde, präsentierte man es im Hauptquartier des zentralen Gewerkschaftsbundes TUC.

Neil Kinnock betont, er werde sich auch nach einer Regierungsübernahme nicht von den Gewerkschaften gängeln lassen. Welchen Freiraum er hat, zeigen ihm die Vorgänge des Jahres 1979, als sich die Gewerkschaften von Labour-Premierminister James Callaghan abwandten. Er mußte daraufhin 10 Downing Street der Konservativen Margaret Thatcher überlassen. Sie brach die Gewerkschaftsmacht, der sich, zum Beispiel 1974, auch konservative Regierungen beugen mußten. Mit Gesetzeshilfe „demokratisierte" sie die Organisation, „nahm sie den Funktionären weg und gab sie den Mitgliedern zurück", wie es regierungsamtlich hieß. Vieles fand – hinter den Kulissen – auch die Zustimmung gemäßigter Labour-Kreise, und ein Premierminister Neil Kinnock würde sicherlich nicht daran denken, trotz des Geredes von einer Wiederherstellung gewerkschaftlicher Rechte, das Urabstimmungsverfahren für Arbeitskämpfe wieder abzuschaffen.

Einerseits kann sich der Labour-Führer derzeit darüber freuen, daß sich die Mitglieder einer Gewerkschaft nach der anderen in geheimer, gesetzlich verordneter Abstimmung für die weitere Entrichtung ihres Obolus an die Labour Party entscheiden – entgegen der Hoffnung Margaret Thatchers – andererseits gefährden die jüngsten Spaltungstendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung erheblich seine Aussichten auf einen Wahlsieg.

Da ist nicht nur die Gründung der Union der demokratischen Bergleute (UDM) – besonders beachte man das Wort demokratisch – auch der Zentralverband TUC steht vor einer Zerreißprobe. Schon jetzt steht die Labour Party vor dem Dilemma, daß sich die UDM ihr gern anschließen möchte, dies satzungsgemäß jedoch kaum möglich sein wird. Andererseits braucht die Partei die Stimmen der UDM-Mitglieder in einigen heißumkämpften Wahlkreisen. Sollte es darüber hinaus auch noch zur Bildung einer zweiten Zentralorganisation kommen, wäre dies eine Tragödie für Neil Kinnock, der sich mit gewissem Erfolg bemüht, der Partei das verlorengegangene Vertrauen – 1983 wählten über 60 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder nicht Labour – zurückzugewinnen.

Die größte Gefahr für die Labour Party erwächst aus ihren eigenen Reihen, und zwar von der militanten Linken und von unbelehrbaren Gewerkschaftern mit dem marxistischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill an der Spitze. Kurz vor dem Parteikongreß sagte im privaten Kreis einer der führenden Labour-Strategen: „Schießt sich die Partei bei der nächsten Wahl wie 1983 wieder selbst in den Fuß, wird Scargill die Pistole halten." Hinter ihm stünden jedoch etliche, die ebenfalls dazu in der Lage wären.

Von oben wird gebremst, von links kommt Druck

Von ROLF GÖRTZ

Noch haben die Gewerkschaften in Spanien ihren Platz in der Gesellschaft nicht gefunden. „Bis jetzt hatte immer die Politik den Vorzug. Aber heute fehlt uns bereits der Rahmen, in dem wir uns entwickeln könnten." Dieser Stoßseufzer eines Sprecher der sozialistischen Gewerkschaft UGT (Allgemeine Arbeiter-Union) deutet die Frustration an, in die sich die sozialistische Gewerkschaft hineinmanövriert. Sie steht unter dem Druck der etwa gleichstarken, politisch sehr aktiven kommunistischen Gewerkschaft Comisiones Obreras (Arbeiter-Kommissionen). Die Kommunisten haben den Vorteil, ganz offen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung opponieren zu können. Sie konnten sogar einen „Generalstreik gegen die sozialistische Regierung" inszenieren.

SPANIEN

Die sozialistischen Gewerkschaften aber müssen für eine Regierungspolitik geradestehen, die sie selber als „neoliberal" und „neokapitalistisch" ablehnen. Da sie auf der sozialwirtschaftlichen Ebene den ideologischen Bruch mit den Technokraten an der Spitze in Partei und Regierung scheut, setzt sich die UGT auf anderen Feldern von der Regierung ab. So ist sie ganz entschieden gegen den Verbleib in der NATO. Zum ersten Mal durchbrach UGT-Chef Nicolas Redondo die Fraktionsdisziplin, als er im Parlament als sozialistischer Abgeordneter gegen das NATO-Programm votierte.

Als es 1973, noch im französischen Exil, um die Wahl des Generalsekretärs der PSOE ging, mußte Redondo erst noch von den Fähigkeiten des jungen Felipe Gonzalez überzeugt werden. Gonzalez, der junge Andalusier, erschien dem älteren Nordspanier zu radikal, zu weit links – damals jedenfalls. Außerdem stand Redondo selber als Kandidat zur Auswahl. Jetzt droht ihm die Gefahr, von den Technokraten unter Felipe Gonzalez auf einen Ehrenposten ins Abseits geschoben zu werden.

Für die Comisiones Obreras bildet die Personalunion ihres Chefs Marcelino Camacho mit einem Sitz im ZK der Kommunistischen Partei eine enge Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft. Die UGT ist als eigene Organisation der Sozialistischen Partei angegliedert, doch nicht unterstellt. Insgesamt verfügen Spaniens Gewerkschaften, einschließlich der kleinen Splittergruppen, unter der Arbeiterschaft aber nur über 20 Prozent eingetragene Mitglieder.

Der Kampf um die Spitzenposition zwischen den beiden großen Gewerkschaften ist eine der Triebfedern der sozialistischen Gewerkschafter in der Auseinandersetzung mit den Parteigenossen. Die Kommunisten beziehen eine klare klassenkämpferische Position, haben aber den Vorzug, von vielen Unternehmern als zuverlässiger betrachtet zu werden. Die Sozialisten haben den Klassenkampf längst aus ihren Statuten gestrichen. Der „Marxismus" spielt nur noch als historische Lehre eine Rolle. Das beruhigt die umworbenen Wähler der Mitte, erbost aber die alte Garde der Gewerkschafter.

Zu dem in den ersten zwei Regierungsjahren aufgebrochenen Gegensatz zwischen der pragmatischen Führung auf der einen und den Ideologen und Gewerkschaftern auf der anderen Seite sagte Partei- und Regierungschef Gonzalez: „Die leidige Debatte, die wir unter uns Sozialisten über den Vorrang der wirtschaftlichen oder der sozialen Effektivität führen, sollten wir rasch überwinden. Glaubt mir Genossen, ohne eine effektive Wirtschaft gäbe es keinen sozialen Fortschritt."

Beim 30. Kongreß seiner Partei verwies Gonzalez auf die technologische Revolution: „Wenn wir diese Revolution der Bürokratie überlassen wollen, würden wir Unmögliches verlangen. Die technologische Revolution muß von der Gesellschaft ausgehen." (SAD)



Ob wie hier in Frankreich oder anderswo in Europa: Gewerkschaften und Arbeitnehmer protestieren gegen rigorose Sparmaßnahmen FOTO: DPA

Kontakt zur Arbeitswelt verloren

Von A. GRAF KAGENECK

In Frankreich häufen sich die Anzeichen für eine Art Götterdämmerung der Gewerkschaften. Es scheint, als sei den Arbeiter-Organisationen von der Krise das Rückgrat gebrochen geworden. Einer Krise, die unter einem ständigen Rückgang von Arbeitsplätzen zu einer grassierenden Existenzangst geführt hat. Das weitverbreitete Gefühl in der Bevölkerung, daß Streiks nicht mehr stattfinden und anachronistisch geworden sind, wird statistisch bestätigt.

An dieser schleichenden Veränderung ändern auch nichts die hektischen Aktivitäten, mit denen sich die von den Kommunisten gesteuerte Gewerkschaft CGT zur Zeit den Arbeitern als einzige Interessenvertretung empfiehlt. Ihr Chef Henri Krasucki, Mitglied des Politbüros der KPF, legitimiert seine Streikaufrufe mit dem „weitverbreiteten Unbehagen" unter den Arbeitern an der Sparpolitik der sozialistischen Regierung. Aber weder die Arbeiter noch die beiden übrigen Gewerkschaften CFDT (sozialistisch) und FO (gemäßigt) folgen ihm.

FRANKREICH

Mit der künstlich vom Zaun gebrochenen Fabrikbesetzung bei Renault holte sich die CGT kürzlich eine Niederlage, die in der Öffentlichkeit ein endgültiges Urteil über ihre jahrzehntelang unangefochtene Position als Speerspitze im französischen Arbeitskampf herbeigeführt haben dürfte.

„Reformismus" ist das Wort, das seit Monaten in Frankreich nicht nur in den politischen Parteien, im Unternehmertum und in den Medien, sondern auch in der Arbeitswelt in aller Munde ist. Nicht von ungefähr geht der Niedergang der traditionell konservativen Arbeiterorganisationen einher mit dem Erscheinen zweier Bücher, die, aus kompetenter Feder, nach einem radikalen Umdenken unter den Arbeitern verlangen. Die Autoren, der ehemalige Fernsehjournalist und Selfmade-Soziologe François de Closets und das frühere KPF-Politbüromitglied Pierre Juquin, genießen bei Unternehmern und Gewerkschaftern gleichermaßen hohes Ansehen.

Closets wagte es als erster in Frankreich, vom „Archaismus" der Gewerkschaftsbewegung des Landes zu sprechen, den eine völlige Trennung der etablierten Gewerkschaftsfunktionäre von der Arbeiterbasis und ihren eigentlichen Sorgen kennzeichne. Eine allmächtige und engstirnige „Syndicratie" stütze sich auf institutionelle Vorrechte statt auf das Vertrauen der Arbeiter, habe eine „Legitimierung aus den Betriebsratswahlen" an die Stelle täglicher Fürsorge am Arbeitsplatz gesetzt und habe folglich „mit der Arbeiterbewegung, von der sie sich ableitet, nichts mehr gemein".

Pierre Juquin, der seiner „progressistischen Ideen" wegen beim letzten Parteitag im Februar 1985 aus dem Politbüro der KPF gestoßen wurde, ergänzt die Kritik des aristokratischen Klassengegners. In der Arbeiterklasse sei eine „positive Kulturrevolution" im Gange, die völlig an CGT und KPF vorbeigehe. Die KPF sei Opfer ihrer Verankerung in „einer Arbeiterkultur, die mit der Realität der Arbeitswelt von heute nichts mehr gemein" habe. Juquin verlangt wie de Closets nach einer „dritten Phase" in der Arbeiterbewegung.

Der „Schulterschluß" kam in der realen Politik nur selten zum Tragen

Von GÜNTHER BADING

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Richtungsgewerkschaften mehr. Bei allen Gewerkschaftstagen, bei Jubiläen der Einzelgewerkschaften im DGB und bei historischen Konferenzen wird die Abkehr von den früheren parteipolitisch ausgerichteten Gewerkschaften vor der Nazizeit und die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach dem Kriege als eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung bezeichnet.

Tatsächlich aber haben sich die inzwischen 17 einzelnen Organisationen unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes seit den frühen fünfziger Jahren doch wieder in eine Richtung entwickelt, die den DGB heute als Parallelorganisation zur Sozialdemokratischen Partei erscheinen läßt. Deutlich geworden ist dies in den siebziger Jahren, als der DGB sich von einer SPD-geführten Bundesregierung die Umsetzung von Gewerkschaftspolitik reinen Wassers erhofft hatte.

Mit den Jahren allerdings mußten auch die Funktionäre der Gewerkschaften erkennen, daß der „Schulterschluß" mit den Sozialdemokraten zwar ständig von den Parteigenossen im Munde geführt wurde, sich in der realen Politik allerdings gewerkschaftliche Vorstellungen nur selten niederschlugen.

Seit die SPD wieder Opposition ist, fällt es dem DGB und seinen Spitzenleuten – nur in Ausnahmefällen ist unter ihnen ein Mitglied von CDU oder CSU – wieder etwas leichter, zum Schulterschluß aneinanderzurücken. Im Gewerkschaftsrat der SPD arbeiten die DGB-Funktionäre eng zusammen mit den Parteipolitikern.

DEUTSCHLAND

So sind Gewerkschafter wie der IG-Chemie-Vorsitzende (und SPD-Bundestagsabgeordnete) Hermann Rappe und der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, mit eigenen Papieren an der Diskussion um die Fortschreibung des Grundsatzprogramms der SPD beteiligt. Und die Aktionswoche des DGB, der traditionelle Antikriegstag am 1. September sowie der Tag am 1. Mai sind Veranstaltungen, auf denen ein SPD-Redner aus DGB-Sicht einfach mit dazugehört.

Bei aller verbalen Beteuerung des Gedankens der Einheitsgewerkschaft ist die Nähe des DGB zur SPD nicht zu leugnen. Eine Abgrenzung, zwar nicht durch konkrete Beschlüsse, aber in der Praxis, gibt es allerdings gegenüber dem orthodoxen Kommunismus. Die DKP versucht beim DGB beharrlich, die gewerkschaftliche Basis zu unterwandern. Hier und da sind die Kommunisten damit auch erfolgreich. So gelingt es seit Jahren einem DKP-Mitglied immer wieder, in den erweiterten Vorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) gewählt zu werden. Realen Einfluß in der Gewerkschaftsführung allerdings haben die orthodoxen Kommunisten bisher nicht.

Manche Gewerkschaften, etwa die IG Bergbau und Energie, wehren sich vehement auch in ihren Mitgliederzeitungen dagegen, daß die Kommunisten auf örtlicher oder betrieblicher Ebene versuchen, DGB-Veranstaltungen mit ihren eigenen Zielen zu verquicken. Bestes Beispiel dafür ist die „einheit". Diese Zeitung der IG Bergbau widmete den Versuchen der DKP, die Aktionswoche des Gewerkschaftsbundes gegen angeblichen Sozialabbau der Bundesregierung zu unterwandern und mit dem Protest gegen eine mögliche Beteiligung an der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) zu verquicken, eine ganze Sonderseite.

Der hohe Preis der Abhängigkeit

Von E. ANTONAROS

Als die sozialistische Pasok-Partei von Andreas Papandreou 1981 die Macht eroberte, nannten die Athener Genossen die „Demokratisierung" der griechischen Gewerkschaften als eine ihrer wichtigen Aufgaben.

In einem Land, wo parteipolitisch unabhängige Gewerkschafter seltene Ausnahmen sind, praktizierte Papandreou dann das, was auch seine konservativen Vorgänger weitgehend ähnlich gemacht hatten: Teilweise durch Gerichtsbeschlüsse von kooperationswilligen Richtern setzten sozialistische Gewerkschafter die bisherigen Vorstände ab. In anderen Fällen nahmen sie scharenweise bislang ausgeschlossene linke Werktätige als Mitglieder auf und schufen dadurch völlig neue Mehrheiten. Die Folge: Parteigenossen von Papandreou stehen seither an der Spitze des Gewerkschaftsbundes GSEE und der Beamtengewerkschaft ADEDY.

Diese systematische Erstürmung der Gewerkschaften hatte einen Haken: Die Sozialisten mußten die Macht mit den Kommunisten teilen. Für die duldsame Haltung der Kommunisten mußte Papandreou einen hohen Preis zahlen: Außenpolitisch geriet er immer wieder, zur Genugtuung Moskaus, auf Kollisionskurs mit den westlichen Partnern. Aber auch wirtschaftspolitisch erfüllte er durch eine betont arbeitnehmerfreundliche Haltung fast jeden Wunsch der linken Gewerkschaftsbosse.

GRIECHENLAND

Dieses friedliche Miteinander ging vor zwei Wochen abrupt zu Ende, als Papandreou unter dem Druck der von ihm mitverantworteten Wirtschaftskrise ein radikales Stabilisierungsprogramm verkündete, das unter anderem ein Einfrieren aller Löhne und Gehälter bis Ende 1987 vorsieht. Keine 24 Stunden später hatten sich die Gewerkschaften gegen den Regierungschef gerichtet und ihn ultimativ zur Rücknahme der unpopulären Maßnahmen aufgefordert.

Es muß für Papandreou äußerst schmerzhaft gewesen sein, daß nicht nur die Kommunisten und die Konservativen, sondern auch einige der mächtigsten sozialistischen Gewerkschafter mit massiver Kritik an seinen Sparbeschlüssen auftraten und Streikaufrufe formulierten. Ihm blieb nur die Flucht nach vorn: Im Schnellverfahren ließ er acht Gewerkschaftsführer aus der Partei ausschließen, drei von ihnen gehörten sogar dem Zentralkomitee an.

Zumindest in einem wichtigen Punkt hatte sich der Taktiker Papandreou verrechnet: Die Tatsache, daß er die Gewerkschaften bereits vor Jahren an die kurze Leine gelegt hatte, machte ihn nicht immun gegen Streiks und Massenproteste. Sie erleichterte ihm nicht einmal die Anwendung des rigorosen Austerity-Programms. Im Gegenteil: Er hatte die Gewerkschaftsführer zu Gefangenen seiner eigenen Großzügigkeit, etwa in der Einkommenspolitik, gemacht, so daß diese nun unter dem Druck der Basis, die ja in ihrer Mehrheit aus Papandreou-Wählern besteht, handeln müssen. (SAD)

Der Konflikt ist nicht mehr tabu

Von GOTTFRIED MEHNER

In Olof Palmes 20köpfigem Kabinett bekleiden zwei ehemalige Gewerkschaftsführer Ministerrang: Bildungsminister und Ex-Außenminister Lennart Bodström war früher erster Vorsitzender der einflußreichen schwedischen Zentralorganisation für Angestellte und Beamte (TCO), in der rund 70 Prozent des gesamten öffentlichen Dienstes organisiert sind. Und der neue Verteidigungsminister Roine Carlsson hatte es bis zum ersten Vorsitzenden der Papierindustrie-Gewerkschaft gebracht.

Daneben verfügen sechs weitere Minister über eine gewerkschaftliche Laufbahnerfahrung oder waren bei gewerkschaftsnahen Organisationen angestellt. In Schweden ist zudem der kollektive Anschluß von Mitgliedern des schwedischen Gewerkschaftsbundes (LO) an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Usus.

Zweifellos ist der Einfluß der Gewerkschaften seit den siebziger Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies läßt sich an der Diskussion um die Einführung der Arbeitnehmerfonds belegen. Deren Einführung zum Jahreswechsel 1983/84 war eine langjährige innergewerkschaftliche Debatte vorausgegangen. Daß Palme schließlich diese Fonds verankern mußte, die zu einer ungewohnten und anhaltenden innerschwedischen Polarisierung geführt haben, illustriert, welche Rücksichten er auf die gewerkschaftlichen Interessen zu nehmen bereit ist.

SCHWEDEN

Aber während zu Beginn dieser Debatte noch davon die Rede war, daß die „Macht des Privatkapitals gebrochen" werden sollte, ist nun vorgesehen, daß diese Fonds Risikokapital für die Wirtschaft bereitstellen. Diese Wende könnte symptomatisch sein für die jüngeren Gewerkschafter, die weg wollen von der Vielzahl regulierender Einflüsse und vom Mißtrauen gegen freie Märkte.

Doch zwischen Regierung und Gewerkschaften herrscht nicht nur ein harmonisches Geben und Nehmen. Als etwa im Mai 20 000 Staatsbedienstete Schweden weitgehend lahmlegten, sperrte die Regierung, wenig zimperlich, gleich 80 000 Mitarbeiter aus.

Normalerweise meidet die schwedische Regierung ein Eingreifen in Tarif-Auseinandersetzungen und versucht eher über Aktivitäten auf Nebenschauplätzen die Lohnrunden in die gewünschten Bahnen zu lenken. Beispielsweise hat Palme zu den Mitteln des Preisstopps und zu Steuergeschenken gegriffen, um niedrigere Abschlüsse zu erreichen.

Auch die Arbeitnehmerfonds sollten ja dazu führen, daß die Tarifpartner eine Art Null-Runde einlegen. Aber in der Regel kassierten die Gewerkschaften Nebenleistungen plus Erhöhungen.

Der Tarifkonflikt im Mai markiert nichts anderes als den Zusammenbruch dieser Art von Lohnverhandlungen. Die Regierung wird künftig stärker eingreifen müssen und kann dem Konflikt mit den Gewerkschaften nicht länger ausweichen.

Die Partei zwingt zum politischen Balanceakt

Von F. MEICHSNER

Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der stärksten Arbeiterpartei unterscheidet sich in Italien in einem wesentlichen Punkt von der Situation in anderen Ländern Europas: Den radikaleren Part spielt hier nicht die Gewerkschaft, sondern die Partei.

In erster Linie liegt das daran, daß in Italien die Vorrangstellung in der politischen Vertretung der Arbeiterschaft nicht von einer sozialistischen, sondern von der Kommunistischen Partei eingenommen wird. Und es liegt daran, daß die führenden kommunistischen Gewerkschafter dem Minimum an Einheit immer wieder Tribut zahlen müssen, das in der italienischen Gewerkschaftsbewegung in der losen Konföderation von CGIL (kommunistisch-sozialistisch), CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialistisch-sozialdemokratisch-republikanisch) existiert.

Sobald sie radikalere Parolen aus der Parteizentrale übernehmen, gefährden sie nicht nur den Bestand dieser Konföderation, sondern auch die Geschlossenheit ihrer eigenen CGIL, in der die sozialistische Minderheit sehr allergisch ist gegen alles, was nach Fernsteuerung durch die KP-Zentrale aussieht.

Zuletzt hat sich das sehr deutlich Anfang dieses Jahres gezeigt, als die Kommunistische Partei, um die Regierung Craxi in Schwierigkeiten zu bringen, ein Referendum über die Aufhebung eines Gesetzes erzwang, mit dem 1984 die automatische Lohn- und Gehaltsanpassung an die Lebenshaltungskosten eingeschränkt worden war.

ITALIEN

Den kommunistischen Gewerkschaftern blieb in diesem Fall keine andere Wahl, als sich in der Kampagne vor diesem Volksentscheid uneingeschränkt für die Forderung der Partei einzusetzen. Die Folge war, daß der sozialistische Flügel in der CGIL in das gegnerische Lager wechselte und sich gemeinsam mit der CISL und der UIL für die Beibehaltung des Gesetzes einsetzte. Das führte zu schweren Spannungen in der Gewerkschaftsbewegung, die nach der Referendums-Niederlage der KP nur mühsam wieder überwunden werden konnten.

Der kommunistische Spitzenfunktionär in der Gewerkschaftsbewegung, CGIL-Generalsekretär Luciano Lama, war über die Konfrontation alles andere als glücklich. Er zählt innerhalb seiner Partei, wo er dem Vorstand angehört, zum „rechten Flügel", dem eher demokratisch-sozialistische Tendenzen nachgesagt werden.

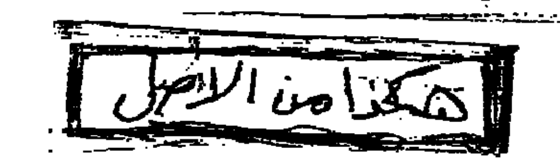
Ihm ist es sicherlich wesentlich mitzuverdanken, daß in letzter Zeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ein Sinneswandel eingesetzt hat. Die meisten führenden Gewerkschafter fragen sich heute, ob nicht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hinter den absoluten Lohnkampf zurückzutreten habe. Sie lassen ihre Bereitschaft erkennen, mit Lohnforderungen für diejenigen, die Arbeit haben, maßvoll zu sein zugunsten der Arbeitslosen. Unter diesem Motto wurde die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit erhoben, wobei CISL und UIL die Möglichkeit eines Verzichts auf vollen Lohnausgleich offenlassen.

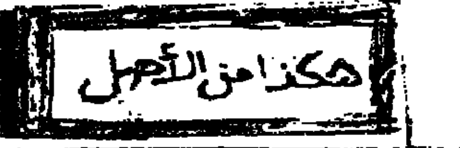
Diese Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsführung stoßen freilich auf deutlichen Widerstand bei Teilen der Gewerkschaftsbasis. Viele Fabrikräte sind wesentlich radikaler als die meisten Spitzenfunktionäre; sie repräsentieren die „Privilegierten", die Arbeit haben, gut verdienen und noch besser verdienen möchten. Solidarität mit den „Unterprivilegierten" hört bei ihnen oft dort auf, wo die eigene Lohntüte ins Spiel kommt.

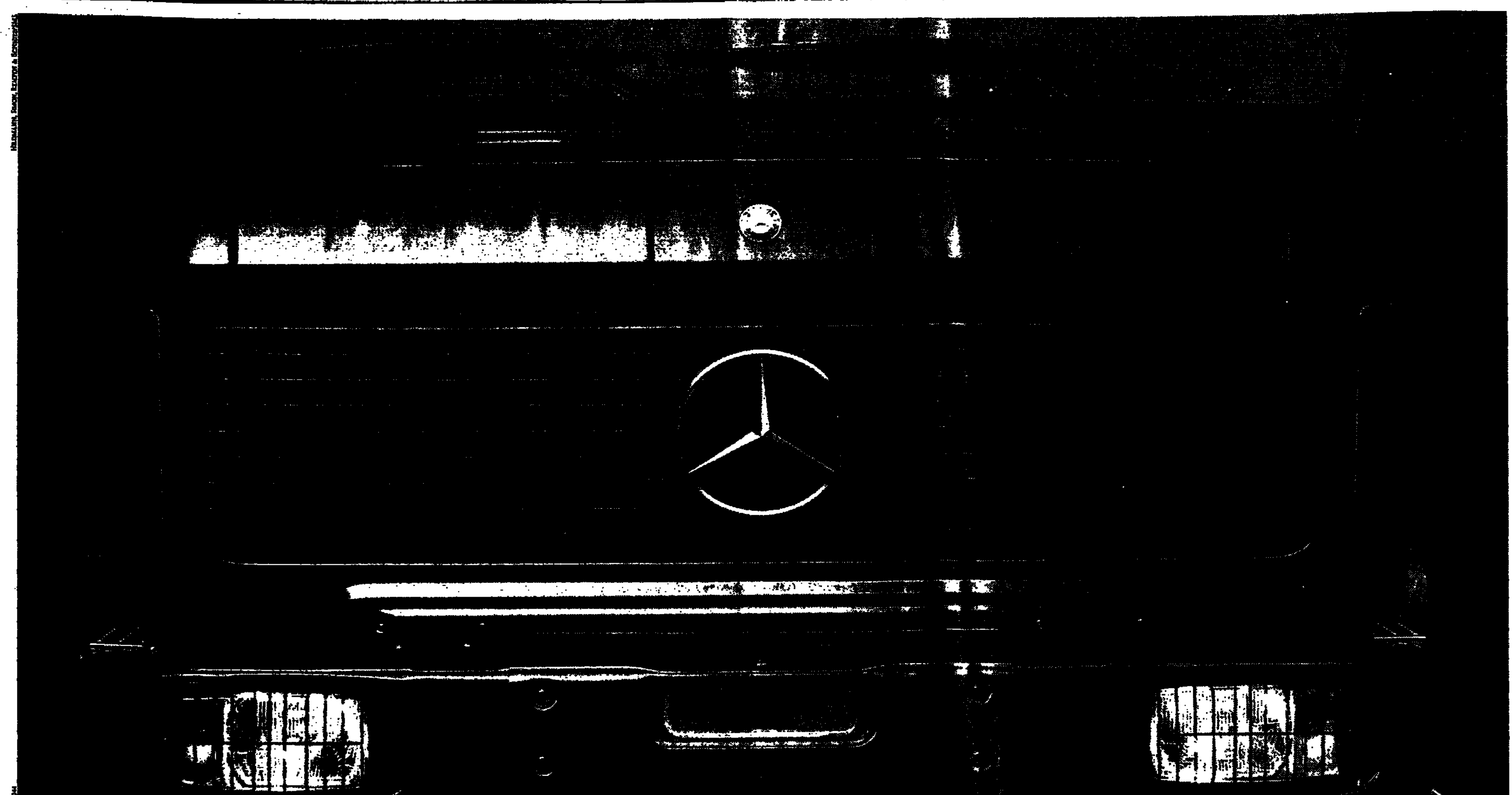
Gewerkschaftsfunktionäre, die unter Hinweis auf das Gemeinwohl der Arbeiterschaft zum Maßhalten mahnen, haben es nicht leicht. Der sozialistische UIL-Generalsekretär Giorgio Benvenuto beispielsweise ist schon mehr als einmal ausgepfiffen worden, als er auf Gewerkschaftskundgebungen die Regierungspolitik der Inflationsbekämpfung verteidigte.

Für die drei großen, in der Konföderation zusammengeschlossenen Gewerkschaften ist die Stimmung an der Basis um so gefährlicher, als sich zahlreiche autonome Gewerkschaften mit einer radikaleren Lohnkampf-Politik als Sammelbecken für Unzufriedene anbieten.

So muß die Gewerkschaftsführung ständig lavieren und dem Druck von unten, der im Falle der CGIL auch aus der KP-Zentrale kommt, immer wieder ein Ventil öffnen – in jüngster Zeit durch Streikaktionen gegen das Haushalts-Finanzierungsgesetz der Regierung Craxi, mit dem versucht werden soll, die untragbar gewordene Verschuldung der öffentlichen Hand durch Ausgabenkürzungen, unter anderem im nationalen Gesundheitsdienst, etwas einzuschränken.







Ein starker Motor unserer Wirtschaft.

Laufen die Autos, läuft die Wirtschaft.

Nur den wenigsten mag bewußt sein, daß das Automobil über seine praktischen Vorteile hinaus noch eine ganz besondere Bedeutung hat:

Als Wirtschaftsfaktor.

Dank ihrer internationalen Wettbewerbsstärke konnte die deutsche Automobilindustrie zu einer Schlüsselindustrie werden. Sie hat entscheidenden Anteil an der allgemeinen Konjunkturentwicklung, an der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und damit an unserem Wohlstand.

Investitionsbereitschaft und -fähigkeit sind die treibenden Kräfte für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Jede Milliarde, die in der Automobilindustrie investiert wird, schafft rund 16.500 neue Arbeitsplätze in inländischen Wirtschaftszweigen. Gerade unter diesem Aspekt ist Daimler-Benz zu einem starken Motor unserer Wirtschaft geworden.

In den vergangenen fünf Jahren hat Daimler-Benz über 15 Milliarden DM investiert. Der überwiegende Teil davon entfiel auf die Neuordnung unserer inländischen Produktionswerke und die konsequente Weiterentwicklung unserer Produkte.

Die typischen Mercedes-Benz-Merkmale – ausgewogene Spitzentechnik, höchste Qualität und Fortschrittlichkeit – verleihen unseren Fahrzeugen – ob Pkw oder Lkw – nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt einen hervorragenden Ruf.

Wir exportieren mehr als die Hälfte unserer Produktion in über 170 Länder.

In diesem Jahr wird Daimler-Benz so viel an Devisen erlösen, daß damit etwa ein Drittel der gesamten Ölrechnung der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von über 60 Milliarden DM beglichen werden könnte.

1984 haben wir in unseren inländischen Werken 6.600 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt. In diesem Jahr kommen weitere 3.800 Arbeitsplätze hinzu – in zwei Jahren also mehr als 10.000.

Im Vertrauen auf die Zukunft des Automobils leisten wir unseren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Mit seinen 99 Jahren ist das Automobil jung und dynamisch genug, um auch in Zukunft ein starker Motor unserer Wirtschaft zu bleiben.



DAIMLER-BENZ AG

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fuchs-Latein

„Leserbrief: Anke Fuchs zu Ulf Fink“: WELT vom 19. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anke Fuchs hat mit ihrem Leserbrief Eingang in die WELT gefunden. Wenn man ihre Darstellung liest, fragt man sich als Betroffener: Was ist davon wahr? Wer hier schreibt, kann nur seine eigene Perspektive wiedergeben, vor der allerdings alles Fuchs-Latein verzerrt und lügenhaft wirkt. Ich bin ein 75jähriger Rentner mit einer 70jährigen Frau, und es geht uns so gut wie noch nie im Leben. Das ist die Wahrheit, alles andere wäre Lüge. Das Rentenniveau hält jeden Vergleich im Weltmaßstab aus, wir fühlen uns als die wohlhabendsten Rentner der Welt.

Sicher gibt es aber auch Härten. Was aber bedeutet „neue Armut“? Wenn man sie zu einer „verschämten Armut“ nach dem Muster der Frau Fuchs umfunktioniert, tut man den Betroffenen keinen Gefallen. Armut war und ist nie eine Schande. In der Antike so wenig wie heute. Es gab in Griechenland und Rom Philosophien der freiwilligen Askese, deren Anhänger auf ihren geistig-seelischen Reichtum stolz waren, aber auf materielle Güter herabblickten.

In Wirklichkeit sind diejenigen, die von der „neuen Armut“ faseln, von dem Zeitgeist besessen, der materielle Werte bei weitem überschätzt. Wir leben auch nicht, wie Kardinal Höffner richtig ausführt, in einem kapitalistischen System mit Unterversorgung der sozial Schwachen. Im Gegenteil, nirgends in der Welt, am wenigsten im real existierenden Sozialismus, geht es den sozial Schwachen besser als in unserer sozialen Marktwirtschaft. Auch die Dienstpflicht, die in Schweden geübt wird, ist bei Arbeitslosen keine „Zwangsarbeit“, sondern eine selbstverständliche Dankespflicht für Leistungen Dritter. Sie ist keine „Strafe“ und eines Kulturstaates nicht „unwürdig“, wie Anke Fuchs behauptet.

Niemand braucht sich der Armut zu schämen, sowenig wie jene Eifel-Bäuerin, die mir sagte: „Früher waren wir arm, aber glücklich.“ Denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern auch von der inneren Würde, die ihm eigen ist. „Stimmungstiefstapler“, wie CDU-MdB Kroll-Schlüter es richtig formuliert, können die Wahrheit nicht verfärben, die Volksstimmung ist besser, als ihre „Kassandrarufe“ es darstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Strech,
Wissen (Sieg)

Aufmerksamkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

das in der WELT vom 17. Oktober veröffentlichte eindrucksvolle und aufschlußreiche Interview mit dem früheren französischen Ministerpräsidenten Raymond Barre verdient gebührende Aufmerksamkeit über den Kreis von Politikern und politisch Interesssierten hinaus.

Graf Kageneck und Joachim Schaufuß dürfen wir für dieses wertvolle und ausführliche Gespräch sehr dankbar sein.

Mit freundlichen Grüßen
Alfred Toepfer,
Hamburg 1

Ohne Makel

„Geld für frische Leichen“; WELT vom 17. Oktober

Der Bundesverband des Deutschen Bestattungsgewerbes e. V. legt Wert auf die Feststellung, daß die in Zeitungsartikeln der letzten Tage erwähnte Berliner Firma GBG Bestattungsgesellschaft mbH dem Verband nicht angehört.

Bei den ca. 2400 Mitgliedsfirmen des Bundesverbandes handelt es sich durchweg um kleinere und mittlere Familienbetriebe. Die der Gewerkschaft nahestehenden Bestattungs-Großfirmen, wie zum Beispiel die erwähnte GBG Bestattungsgesellschaft mbH, sind im Verband Deutscher Bestattungsunternehmen e. V., Hamburg, zusammengeschlossen.

Die von der Staatsanwaltschaft in Berlin untersuchten Praktiken der Schmiergeldzahlung an Bedienstete der Polizei, von Krankenhäusern und Altersheimen verstoßen nicht nur gegen gesetzliche Regelungen, sondern insbesondere auch gegen die von unserem Verband seit langem vertretene Standesauffassung, die zum Beispiel auch in den Verleihungsbedingungen des als Warenzeichen und Dienstleistungsmarke eingetragenen Fachzeichens zum Ausdruck kommt.

Der in einigen Zeitungen zitierte Prozeß beim OLG Nürnberg Az 4 HK O 2683/80, in dem Schmiergeldzahlungen der GBG Bestattungsgesellschaft in Nürnberg verurteilt wurden, wurde im übrigen von unserem Verband geführt und gewonnen.

Die in Berlin untersuchten Praktiken sind nur bei Großunternehmen denkbar und durchführbar. Von den in Berlin und West-Deutschland ansässigen Mitgliedsfirmen unseres Verbandes werden diese Praktiken nicht ausgeübt.

Dipl.-Kfm. J. Bethke,
Bundesverband des Deutschen Bestattungsgewerbes e. V.,
Düsseldorf 1

Gleich begabt

„Wie gut sind die Frauen in Mathe?“: WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel von Sigrid Hunke spricht ein differenziertes Problem an. Sie hat recht: Frauen sind gut in Mathe!

Als Senatorin für Schulwesen, Berufsausbildung und Sport erlebe ich zum Beispiel bei meinen Schulbesuchen oder bei Auszeichnungen für weibliche Lehrlinge, wie die Vorurteile über festgelegte Fähigkeiten – Männer fürs Handeln, Mädchen für Gefühle – durchbrochen werden, wie beide Bereiche zum Menschen als Mann und Frau gehören. Allerdings fällt auf, wie die Fächerfixierungen immer noch vorherrschen. Im Fremdsprachenwettbewerb dominieren die Mädchen; in „Jugend forscht“, im naturwissenschaftlichen Bereich, die Jungen.

Offensichtlich fällt es in den Schulen schwer, bei der Entscheidung für Wahlpflicht- oder Wahlfächer das Geschlechtsklischee zu durchbrechen, wenn nicht Lehrer helfen. Welche Rolle dabei das Geschlecht des Lehrenden spielt, ist bisher so gut wie gar nicht untersucht. Frau Hunke macht hier auf Zusammenhänge aufmerksam, die das Nachdenken lohnen und dem Lehrenden zu kritischer Selbstprüfung Anlaß sein können.

Die Reihe von bedeutenden Frauengestalten läßt sich vermehren, auch jenseits der Mathematik, für welchen Bereich die Autorin Beispiele nennt. Hildegard von Bingen, Karoline von Günderode, Bettina von Arnim, oder – politisch in der Gegenwart – Golda Meir, Indira Ghandi oder Maggie Thatcher setzen Zeichen, daß es nicht „widernatürlich“ ist, als Frau, als Mensch, in diesen Bereichen etwas zu leisten.

Nicht die Chauvis oder die Emanzen, nicht der Softie oder das Heimchen am Herd sind Lebensvorbild. Die Entfaltung aller menschlichen und beruflichen Möglichkeiten als Frau und als Mann, die von ungerechtfertigten geschlechtsspezifischen Restriktionen freie Begegnung der gleichrangigen Ungleichen wird uns – übrigens auch in der katholischen Kirche – weiter voranbringen!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hanna-Renate Laurien,
Senatorin, Berlin

Alte Legende

„Titanic“-Kapitän ist wieder „in“: WELT vom 24. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Märchen vom Einsatz der „Titanic“ um die Erringung des „Blauen Bandes“ wird immer wieder kritiklos nacherzählt.

Es war nie geplant, dieses Schiff dafür einzusetzen. Die „Titanic“ hatte gegen die Schnelldampfer „Mauretania“ und „Lusitania“ nicht die geringste Chance. Diese Schiffe waren um ca. 30 Prozent kleiner als die „Titanic“, ihre Maschinenanlage aber um die Hälfte stärker, so daß sie um mehr als vier Knoten schneller waren und für England nach den deutschen Schnelldampfern das „Blaue Band“ errangen.

Fachlich unkundige Reporter erfanden damals dieses „Märchen“, das auch heute noch ohne entsprechende Nachprüfung von Quellen den Lesern vorgesetzt wird.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Lochmann,
Plettenberg

Eine Diktatur

„Dankbar huldigen die Malawis ihrem Erlöser“: WELT vom 2. Oktober

Sehr geehrte Herren,

Malawis greiser und strenger „Erlöser“ Kamuzu Banda hat natürlich auch in der Nachfolgefrage das entscheidende letzte Wort. Der Jubel einer auf hohem Lebensstandard lebenden winzigen Elite ist ihm weiter sicher, die Huldigungen des bitterarmen, drangsalierten Bauernvolkes verkamen zu Pflichtübungen.

Der oppositionelle Ruf nach politischer Freiheit, ein schlecht getarnter, offiziell als „Verkehrsunfall“ bezeichneter politischer Mord von vier angesehenen malawischen Spitzenpolitikern fand Aufmerksamkeit. Ein Nachfolger von Bandas Gnaden dürfte aus dem Lande gejagt werden. Die zahlreichen sozialen und gesellschaftlichen Konflikte könnten in Gewalt umschlagen.

Meine Sorge ist, daß sich dann die Ausbildung malawischer Militärpiloten in Bremens Fliegerschule verhängnisvoll auswirken könnte.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Krukenberg,
Bremen 71

Wort des Tages

„Die geistige Unterwerfung beginnt dort, wo man die Fragestellung aufnimmt, gleichviel welche Antworten man findet.“

Ernst Jünger, deutscher Autor (geboren 1895)

Zimmermann: Einfluß in Paraguay nutzen

Innenminister sprach mit Stroessner über Menschenrechte

gba. Bonn

Die Bundesregierung wird in der Drogenbekämpfung mit Brasilien, Paraguay und Argentinien künftig verstärkt zusammenarbeiten. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gab gestern vor dem Kabinett einen Bericht über seinen Besuch in diesen drei Ländern, bei dem er mit seinen Fachkollegen das Problem der „neuen südamerikanischen Front" in der Rauschgiftkriminalität besprochen hatte. Ein Viertel bis ein Drittel des nach Europa geschmuggelten Rauschgiftes kommt inzwischen aus Südamerika, wobei vor allem Paraguay und Brasilien als Transitländer für als Scheintouristen auftretende Kuriere eine Rolle spielen.

Mit Brasilien bestehen schon seit geraumer Zeit enge Verbindungen. So ist ein deutscher Kriminalbeamter in Brasilia tätig, um mit den örtlichen Behörden zusammenzuarbeiten. Im Laufe des kommenden Jahres soll geklärt werden, ob auch nach Paraguay ein Verbindungsbeamter entsandt wird. Schon Anfang 1986 wird eine Gruppe paraguayischer Kriminalbeamter zur Schulung beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden erwartet. Obwohl Paraguay zunehmende Bedeutung als Transitland für Rauschgiftkuriere bekommt, sind die dortigen Behörden derzeit nicht in der Lage, mit modernen kriminaltechnischen Methoden diesen Zustrom zu unterbinden. Die Drogen kommen zumeist aus Kolumbien, Bolivien und dem Amazonasgebiet Brasiliens. Wegen akuter Gefährdung sind dort jedoch keine deutschen Verbindungsbeamte stationiert.

Zu seinen Unterredungen mit dem paraguayischen Präsidenten Alfredo Stroessner sagte Zimmermann vor dem Kabinett, die Deutschfreundlichkeit in diesem Land und damit die hohe Einflußmöglichkeit sollten genutzt werden, um in Richtung Demokratisierung und voller Gewährung der Menschenrechte zu wirken. Zimmermann hatte die Menschenrechtsfrage in seinem Gespräch mit Stroessner angeschnitten. Er hatte dabei auch den konkreten Fall des *wegen angeblicher Aufhetzung von* Landarbeitern inhaftierten Marcelino Corazon Medina angesprochen. Der paraguayische Präsident sicherte Innenminister Zimmermann zu, daß er sich des Falles annehmen werde. Fünf Stunden später war Medina, der vier Wochen lang inhaftiert gewesen war, wieder auf freiem Fuß. Der SPD-Abgeordnete Ulrich Klose sowie die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International hatten sich vor der Reise Zimmermanns nach Paraguay brieflich an den Minister gewandt und ihn gebeten, sich für Medina und drei weitere politische Häftlinge einzusetzen. Diese drei anderen Personen waren allerdings schon auf freiem Fuß. Vertreter der evangelischen Kirche in Paraguay versicherten dem Minister, daß Medina der letzte derzeit in paraguayischen Gefängnissen einsitzende politische Gefangene gewesen sei.

Alarmruf aus Bremen

Wedemeier: Föderalismus leidet unter der Steuerverteilung

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Präsident des Bremer Senats, Klaus Wedemeier, hat in Richtung Regierungschefs des Bundes und der übrigen Bundesländer einen Alarmruf ausgestoßen: In einem WELT-Gespräch hat er die Gefahr angedroht, daß „Hamburg und Bremen in den neunziger Jahren finanziell handlungsunfähig sein werden". Er setze aber darauf, „daß die Bundesregierung und die anderen Bundesländer nicht tatenlos zusehen werden, wenn die beiden großen Hansestädte ihre Aufgaben für die Bundesrepublik Deutschland in Form der Hafenpolitik nicht mehr erfüllen können, die bei uns in Bremen sogar Verfassungsrang hat". Es gebe zwar bisher kaum Anzeichen von Unterstützung für die ansonsten notleidend werdenden Metropolen, aber: „Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die Bundesregierung zusehen wird, wie der Föderalismus über eine ungerechte Steuerverteilung kaputtgeht."

Rund einen Monat, nachdem der 41jährige Sozialdemokrat von Vorgänger Hans Koschnick die Regierungsgeschäfte im kleinsten Bundesland übernommen hat, bilanziert er: Der Offenbarungseid lasse sich nur vermeiden, „wenn die beiden Hafenstädte im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bessergestellt werden". Die schlechte finanzielle Lage des Etats, die nur mit der saarländischen zu vergleichen ist, sei „keine Folge falscher Politik, sondern eine Folge falscher Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern". Als „Oberzentrum" müsse Bremen zwar für eine ganze Region „Infrastruktureinrichtungen vorhalten, kann aber die Steuerkraft, die bei uns erarbeitet wird, nicht behalten".

Gegenüber der WELT rechnet Wedemeier vor: „Bremen verliert über die Zerlegung der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer im Jahr 436 Millionen Mark – Millionen, die bei uns erarbeitet, aber in und an Niedersachsen gezahlt werden. Wenn wir nur unsere eigenen Steuern behalten könnten, dann wären unsere Probleme schon sehr viel geringer."

Zwar erhält Bremen ebenso wie Hamburg im Rahmen des Länderfinanzausgleichs wegen des fehlenden Umlands als Stadtstaat einen gewissen Bonus, aber diesen will der neue Bürgermeister angehoben sehen: „Die Einwohner werden im Rahmen des Länderfinanzausgleichs in allen Flächenländern mit dem Quotienten 100 veranschlagt, für Bremen und Hamburg mit 135. Wir wollen 150." Wedemeier zieht zum grundsätzlichen Vergleich die Gemeindefinanzausgleichs-Gesetze heran: Dort stellten die Länder ihre Groß- und Landeshauptstädte auch besser, „Stuttgart etwa liegt beim Faktor 186. Wenn sich auch beides nicht unmittelbar vergleichen läßt, so zeigt sich doch, daß die Flächenländer ihre eigenen Großstädte anders behandeln, als sie Bremen und Hamburg im bundesstaatlichen Finanzausgleich behandelt wissen wollen".

SERIE (II): Wahlniederlagen für Kommunisten – Prügel für SPD-Sekretär – Pieck fühlt sich provoziert





Gespannte Gesichter bei einer Kundgebung der KPD 1946 auf dem Theaterplatz in Dresden (links). Der Mann hinter Wilhelm Pieck: Oberst Sergej Tulpanow, der die politischen Fäden der sowjetischen Besatzungsmacht in der Hand hielt. Das rechte Foto entstand im Juni 1946 bei der Beerdigung Gerhart Hauptmanns auf Hiddensee. FOTOS: DROSTE-VERLAG/JÜRGENS

Sowjet-Zensur unterdrückt Grotewohls Rede

Von BERNT CONRAD

Der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD mußte das wachsende Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten mißfallen. Eine kommunistisch gelenkte Propagandawelle gegen neue „reaktionäre Gefahren" rollte an. Nur eine einheitliche Arbeiterklasse, so hieß es mit drohendem Unterton, könne dagegen *wirkungsvoll Front machen.*

Währenddessen verliefen erste Kontakte Grotewohls mit Kurt Schumacher, dem führenden westdeutschen Sozialdemokraten, nicht sehr positiv. Dabei mögen – neben der von Grotewohl als zu schroff empfundenen Abgrenzung Schumachers von jeder Berührung mit Kommunisten – auch persönliche Rivalitäten eine Rolle gespielt haben. Immerhin vereinbarte man regelmäßige Begegnungen.

Ende Oktober 1945 wollte die KPD ein Zeichen der „Aktionseinheit" setzen und schlug der SPD eine gemeinsame Berliner Feier zur Erinnerung an *die November-Revolution* von 1918 vor. Das paßte Grotewohl und seinen Freunden nicht. Deshalb berief die SPD zum 11. November eine eigene Kundgebung in den Friedrichstadtpalast ein.

Allmählich wurde es ernst mit dem Drängen der Kommunisten nach Vereinigung. Daran ließ KPD-Chef Wilhelm Pieck keinen Zweifel, als er seine Revolutionsfeier – zwei Tage vor dem SPD-Treffen – mit dem Ausruf schloß: „Es lebe die brüderliche Zusammenarbeit der Kommunisten und Sozialdemokraten mit dem Ziel ihrer Vereinigung in einer einheitlichen Arbeiterpartei!"

Darauf antwortete Grotewohl am 11. November in Gegenwart Piecks vor mehr als 3000 Menschen, die das riesige Oval des Theaterpalastes dicht am Bahnhof Friedrichstraße bis auf den letzten Platz füllten. Obwohl fast alle froren, denn es gab keine Heizung, kam sofort Stimmung auf, als Grotewohl feststellte: „Die Einheit der Arbeiterbewegung kann kein Beschluß von Instanzen, sie muß der eindeutige und überzeugte Wille aller deutschen Klassengenossen sein. Die Einheit der Arbeiterbewegung kann *unmöglich auch nur im geringsten* das Ergebnis eines äußeren Drucks oder indirekten Zwanges sein. Die schnelle Schaffung einheitlicher Reichsparteien der deutschen Arbeiterklasse ist eine gebieterische Notwendigkeit. Eine zonenmäßige Vereinigung würde vermutlich die Einigung im Reichsmaßstab nicht fördern, sondern nur erschweren und vielleicht das Reich zerbrechen."

Das war eine klare Absage an den kommunistischen Plan einer sowjetzonalen Einheitspartei. Von dem immer wieder aufbrandenden Beifall fortgerissen, fügte Grotewohl hinzu: „Hier stehe ich; ich kann nicht anders!"

Einige Wochen später konnte er anders. In jener Stunde aber war sein Bekenntnis eine Sensation, von der die Zeitungsleser in Ost-Berlin und der Sowjetzone allerdings nichts erfuhren. Die sowjetischen Zensoren verboten dem SPD-Organ „Das Volk" den Abdruck und untersagten eine Ausstrahlung der vom Ostberliner Rundfunk aufgenommenen Rede. Oberst Sergej Tulpanow, der hinter den Kulissen die Fäden der russischen Besatzungspolitik in der Hand hielt, urteilte hart: „Grotewohl vertieft die Spaltung." Pieck polterte: „Eine Provokation!"

Erschwerend kam hinzu, daß am gleichen 11. November 1945 die Kommunisten bei Wahlen im sowjetisch besetzten Ungarn fatal schlecht abschnitten: Sie bekamen 18 Prozent, gegenüber rund 60 Prozent für die nichtsozialistische Partei der Kleinen Landwirte. Noch schlimmer sah es am 25. November bei Wahlen in Österreich aus: Dort brachte es die KPÖ auf vier Abgeordnete gegenüber 85 der Österreichischen Volkspartei und 76 der Sozialdemokraten.

Für die Kommunisten drängte sich der Schluß auf: Genauso verheerend könnte die KPD bei Wahlen in der deutschen Ostzone abschneiden, falls sie gegen die SPD antreten müßte. Darum mußte die Einheitspartei jetzt auf Biegen oder Brechen Wirklichkeit werden.

Grotewohl und andere Mitglieder des SPD-Zentralausschusses wurden *zu tage- und nächtelangen „Sitzungen"* in die Sowjetische Militäradministration nach Karlshorst beordert. Dabei arbeiteten die Russen, wie stets in solchen Fällen, mit Zuckerbrot und Peitsche. Es gab Geschenke (Fechner erhielt einen BMW), Wodka und freundliche Aufmunterung, verbunden mit finsteren Andeutungen. Nach den Alleingängen der letzten Monate wolle man nun endlich ein Zeichen des guten Willens der SPD sehen, erfuhr Grotewohl unmißverständlich.

> **WELT SERIE**
> SPD-KPD
> Vereinigung unter Zwang

Erheblich schwerer lastete der Druck auf den SPD-Funktionären in der mitteldeutschen Provinz. Aus allen Bezirken liefen in der SPD-Zentrale Berichte über offensichtlich erzwungene Einheitsaktivitäten ein. Ein Beispiel: Im mecklenburgischen Kröpelin wurde ein Beschluß zugunsten einer Vereinigung „unter Führung der KPD" gefaßt. Im Protokoll hieß es: „Zeugen sind sämtliche Mitglieder beider Parteien. Behördliche Zeugen: der 1. und 2. Bürgermeister. Polizeiliche Zeugen: Polizeichef Lade."

Für die Sozialdemokraten in den Städten und Dörfern der sowjetischen Besatzungszone wurde die Lage zum Ende des Jahres 1945 immer prekärer. Mit Überredung, Drohungen und Gewalt erpreßten Russen und deutsche Kommunisten von ihnen zunehmend Bekenntnisse zu einer Sozialistischen Einheitspartei. In Ost-Berlin setzte die KPD-Führung für den *20.* und *21.* Dezember eine Konferenz von je 30 Vertretern beider Parteien durch, um „eine neue Phase der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung" einzuleiten.

Tagungsort war die SPD-Zentrale in der Ostberliner Behrenstraße. Ursprünglich hatte sich Parteichef Otto Grotewohl mit dem Zentralausschuß im Sommer 1945 in der Zietenstraße in Schöneberg (amerikanischer Sektor) niederlassen wollen. Aber ein überraschend dort erschienener Sowjetoffizier „empfahl" dringend, sich doch noch vor dem Einrücken der Amerikaner unter die Fittiche der „sozialistischen Besatzungsmacht" im Ostsektor zu begeben. Zu diesem Zweck wurde unter russischer Aufsicht im Eiltempo das halb ausgebombte Gebäude der Dresdner Bank in der Behrenstraße komfortabel instand gesetzt.

In diesem „Goldenen Käfig", wie die Berliner das SPD-Hauptquartier nannten, tagte nun, nach außen abgeschirmt und mit Speis und Trank wohlversehen (die Russen waren spendabel, wenn es um ihre Interessen ging), die „Sechziger-Konferenz". Grotewohl, den die Sowjets nach seiner Aufsehen erregenden Rede vom 11. November nachdrücklich in die Mangel genommen hatten, suchte sein unabhängiges Image zu wahren und hielt den Kommunisten in der Sitzung vor, wie lange sie sich selbst gegen das anfängliche Einheitswerben der SPD gesträubt und ihrerseits Sozialdemokraten schikaniert hätten. „In unseren Mitgliedschaften ist eine tiefgehende Mißstimmung gegen die kommunistische Bruderpartei zutage getreten und Zweifel sind aufgetaucht, ob die von der Kommunistischen Partei angestrebte Einheit von denselben Gefühlen der Kameradschaftlichkeit getragen ist, wie sie die Sozialdemokratische Partei bewegen", gab der SPD-Mann zu Protokoll.

Aber dann fügte er den verhängnisvollen Satz hinzu: „Unser Zentralausschuß läßt sich von solchen Stimmungen nicht leiten." Was das bedeutete, sollte sich bald herausstellen. Immerhin blieb der redegewandte Braunschweiger dabei, daß „die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse allein in der Sowjetzone in der Welt den Eindruck erwecken würde, daß die Sozialdemokratische Partei nicht aus freier Entscheidung, sondern aus einem gewissen Druck gehandelt habe".

Tatsächlich war dieser Druck schon so groß, daß der SPD-Zentralausschuß die Bezirksleitungen in der Zone aufforderte, detaillierte Beschwerden für die Erörterungen der Sechziger-Konferenz einzureichen. Doch das unterblieb – aus Angst vor drohenden persönlichen Konsequenzen?

Der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck lief rot an, als ihm der Sozialdemokrat Gustav Klingelhöfer in der Diskussion vorhielt: „Freunde von der KPD, ihr könnt reden, ihr habt nichts zu befürchten, euch zieht niemand zur Verantwortung. Bei uns aber ist es so, daß viele unserer Genossen von dem, was sie auf dem Herzen haben, nicht sprechen, weil sie schon ihre Erfahrungen machen mußten. Sie wurden in einer Weise zur Verantwortung gezogen, die schon sehr weit ging." Von der KPD kam die Zwischenfrage: „Was meinst du damit?" Klingelhöfer verwies als Beispiel auf den schwer mißhandelten SPD-Unterbezirkssekretär Grunwald aus Haldensleben.

Doch was nutzten diese Hinweise? Am Ende stimmten die SPD-Vertreter einer Entschließung zu, die im wesentlichen den kommunistischen Textvorschlägen entsprach und die „Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit" als „Auftakt zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse" pries.

Morgen lesen Sie:
Grotewohl nimmt Piecks Hand und hofft, „*daß sie sich nicht mehr trennen*". *Schukow befiehlt: „Einheit sofort!"* Einige Sozialdemokraten fordern die Parteiauflösung. Der Vereinigungsdruck wird gewaltig.

Personalien



FOTO: HANS-W. HÖFT

PRÄSIDIALAMT

In der diplomatischen Sprache würde man es „Antrittsbesuch" nennen, journalistisch war es eher ein lockeres Informationsgespräch: Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** empfing die beiden neuen Chefredakteure der WELT, **Peter Gillies** (links im Bild) und **Manfred Schell** (rechts im Bild). Er sei ein leidenschaftlicher und manchmal „süchtiger" Zeitungsleser, bekannte der Gastgeber. Richard von Weizsäcker zeigte sich hochinteressiert an den journalistischen Plänen der verjüngten WELT-Chefredaktion, die ihrerseits das Staatsoberhaupt zu seiner Einschätzung aktueller innen- und außenpolitischer Probleme befragte. Mit dem Wunsch „Erfolg und eine glückliche Hand" verabschiedete der Bundespräsident die beiden Journalisten.

GEBURTSTAG

Der aus Heilbronn am Neckar stammende Film- und TV-Fachmann, Professor **Helmut Jedele**, einer der Gründerväter der Bavaria-Atelier GmbH in München-Geiselgasteig, feiert heute in Grünwald seinen 65. Geburtstag. Jedele begann seine Laufbahn als Reporter beim Süddeutschen Rundfunk (SDR). 1953 wurde er SDR-Fernsehbeauftragter und Fernsehdirektor des Senders. Zusammen mit **Martin Walser**, **Hans Gottschalk** und **Franz Peter Wirth** begründete er am SDR die bekannte „Stuttgarter Schule". Nach einer Zeit als Koordinator des deutschen Fernsehens kam Jedele 1959 als der für die Produktion verantwortliche Geschäftsführer zur Bavaria an die Isar. Unter Jedele als Generaldirektor (von 1966 bis 1979) stieg die Bavaria zur größten und erfolgreichsten TV-Produktionsgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland auf. Als Direktor und Präsident der Hochschule für Fernsehen und Film kümmerte sich Jedele, der seit 1979 als freier Produzent tätig ist, auch um den Nachwuchs.

AUSZEICHNUNGEN

Dr. **Josef Nassauer** (38), akademischer Rat am Lehrstuhl für Lebensmittelverfahrenstechnik und Molkereitechnologie der Technischen Universität München in Weihenstephan, ist mit dem Arnold-Eucken-Preis ausgezeichnet worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis, der seit 1965 für hervorragende technisch-wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Verfahrenstechnik verliehen wird, ist erstmals für eine wissenschaftliche Arbeit aus dem Bereich der Lebensmittelverfahrenstechnik vergeben worden. Dr. Nassauer wurde der Preis für seine richtungweisenden Untersuchungen über die physikalischen Vorgänge der Haftung und beginnenden Produktanlagerung an Oberflächen im Bereich der Lebensmittelverfahrenstechnik zuerkannt.

*

Als erstem Solointerpreten der Unterhaltungsbranche wird dem Schlagersänger **Peter Maffay** heute in Bremen der Deutsche Musikpreis verliehen. Die Auszeichnung ist eine Stiftung der deutschen Musikverbände; dazu gehören der Gesamtverband deutscher Musikfachgeschäfte und der Deutsche Musikverleger-Verband. Bisher konnten so renommierte Orchester wie das Bundesjugendorchester und das RIAS-Jugendorchester den Preis entgegennehmen. Die Auszeichnung ist mit 25 000 Mark dotiert.

VERANSTALTUNG

Mit 1000 Gästen feierte die Türkei in Bad Godesberg ihren Nationalfeiertag. Gastgeber Botschafter **Oktay Iscen** konnte sich eine solche Vielzahl von Gästen einladen, da er über die größte aller Residenzen verfügt. Der Nationalfeiertag erinnert an die Gründung der modernen Türkei durch den großen Staatsmann **Kemal Atatürk** im Jahr 1923. Die Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte Verkehrsminister **Werner Dollinger**. Unter den vielen deutschen Gästen der frühere Außenminister **Gerhard Schröder**, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, **Andreas Meyer-Landrut**, der Parlamentarische Staatssekretär im Kanzleramt und Berlin-Bevollmächtigte **Peter Lorenz** und wie in früheren Jahren beim NATO-Partner Türkei eine Vielzahl deutscher Militärs, unter ihnen der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral **Dieter Wellershoff**, der Inspekteur des Sanitätswesens, Generaloberstabsarzt **Hans-Joachim Linde**, der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant **Horst Jungkurth**, und der Bonner Standortälteste Oberstleutnant **Dieter Goebel**. Der türkische Gastgeber hatte unter anderem die Botschafter seiner Nachbarstaaten im Haus, den griechischen Missionschef **Nicolas Katapodis** und den iranischen Botschafter **Mohammad Djavad Salari**.

VERÄNDERUNG

Der bisherige Präsident der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV) in St. Augustin, Dr. **Ernst Kuntze**, wird Ende des Jahres sein Amt niederlegen. (Der ATV in St. Augustin ist der Dachverband der bundesweit arbeitenden Abwassertechnischen Vereinigungen.) Nachfolger im Präsidentenamt wird Professor Dr. **Klaus R. Imhoff**, seit 1974 technischer Geschäftsführer des Ruhrverbandes und Ruhrtalsperrenvereins in Essen. Dr. Kuntze ist seit 1954 Mitglied der Abwassertechnischen Vereinigung. 1969 übernahm er das Präsidentenamt. Professor Imhoff hatte seit 1977 bereits das Amt des stellvertretenden Präsidenten der Abwassertechnischen Vereinigung inne und ist langjähriger Vorsitzender des ATV-Hauptausschusses „Gewässerschutz und Abwasserreinigung".

WAHL

Mit einer unveränderten Führungsspitze geht die DGB-Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in die nächsten vier Jahre. Der 51jährige GHK-Vorsitzende **Horst Morich** wurde von dem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag seiner Organisation ebenso in seinem Amt bestätigt wie der 57jährige **Peter Riemer** als Stellvertreter.

Die Sopranistin **Coba Wackers** ist im Alter von 76 Jahren in Frankfurt am Main gestorben. Die Sängerin war Anfang der 30er Jahre von **Clemens Krauss** an die Frankfurter Oper engagiert worden, deren Ensemble sie bis 1959 angehörte. Die Künstlerin machte sich bei Gastspielen im europäischen Ausland sowie an der Berliner, Dresdner und Bayerischen Staatsoper in München in großen Partien des lyrisch-dramatischen Fachs einen Namen. Ferner trat sie in den Opern-Uraufführungen von **Hermann Reutters**, **Werner Egk** und **Karl Orff** hervor. In den letzten Jahren war Coba Wackers als Pädagogin tätig.

Der Bundespostminister informiert:

LINTAS 5.536

Die Gebühren für Briefe, Päckchen und Pakete bleiben auch 1986 stabil.

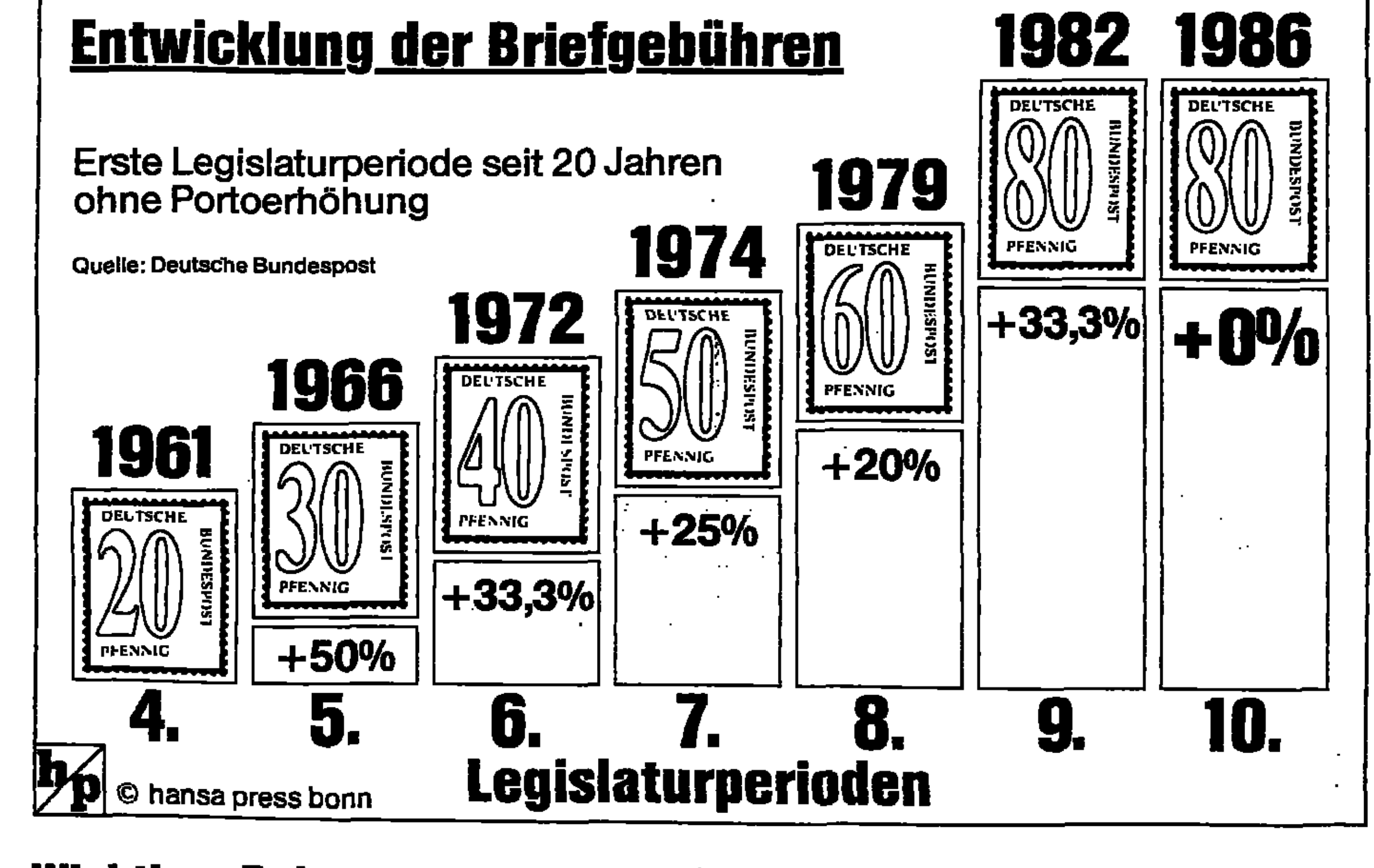
Bundespostminister Schwarz-Schilling verkündete die gute Nachricht dieser Tage in Bonn: Auch im kommenden Jahr brauchen Sie als Postkunde für alle Arten von Briefen, Päckchen und Paketen keinen Pfennig mehr als bisher zu bezahlen.
Damit ist es seit der Amtsübernahme des Ministers im Oktober 1982 gelungen, diese Postgebühren „einzufrieren".

Erste Legislaturperiode seit 20 Jahren ohne Portoerhöhung.

Jetzt ist es amtlich: Nach 1983, 1984 und 1985 werden die Gebühren für Briefe, Päckchen und Pakete auch 1986 stabil bleiben.
Übrigens – eine Legislaturperiode lang unverändert stabiles Briefporto – das hat es schon seit 20 Jahren nicht mehr gegeben.

Erfolg vorausschauender Gebührenpolitik.

Nur durch eine konsequente Sparpolitik bei gleichzeitiger Erhaltung des international anerkanntem hohen Dienstleistungs-Standards konnten die Voraussetzungen für die heutige stabile Gebührenpolitik geschaffen werden. Der vorbildliche Einsatz aller Post-Mitarbeiter und vernünftige Lohnabschlüsse trugen das ihre dazu bei.



Wichtiger Beitrag zur Stabilitätspolitik.

Mit dem „Einfrieren" der Postgebühren im Oktober 1982 leistet die Post einen wichtigen Beitrag zur Stabilitätspolitik der Bundesregierung und für den allgemeinen konjunkturellen Aufschwung. Denn die Absender von 83% der im Jahr verschickten Briefe, Päckchen und Pakete kommen aus gewerblicher Wirtschaft und Verwaltung. Sie haben durch die frühzeitige Gebühren-Garantie schon heute eine sichere Planungsgrundlage für 1986.

Ertragslage der Post deutlich verbessert.

Der vor 3 Jahren begonnene Erfolgskurs trägt weiter Früchte: Belief sich die Kostenunterdeckung im Postwesen 1981 noch auf fast 4 Milliarden DM, so konnte sie 1984 auf 1,7 Milliarden DM gesenkt werden.
Und besonders erfreulich ist, daß dieser Fehlbetrag durch ansehnliche Überschüsse aus anderen Bereichen mehr als ausgeglichen wird.

Briefdienst schreibt seit 1969 erstmals wieder schwarze Zahlen.

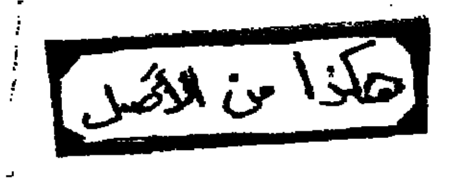
Fünfzehn Jahre lang schloß dieser Bereich mit roten Zahlen ab. Jetzt konnte zum erstenmal wieder mehr eingenommen als ausgegeben werden.
Dazu der Bundespostminister:
„Wir haben in den letzten 3 Jahren gut gearbeitet. Daran sollen auch unsere Kunden Anteil haben."

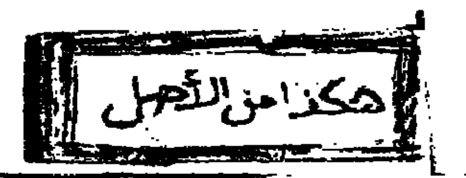
Telefonieren 1986: Weitere Vergünstigungen möglich.

Auch Telefonkunden können beruhigt in die Zukunft sehen. Schon aufgrund der letzten Gebührensenkungen – insbesondere im internationalen Verkehr – wird in unserem Land günstig telefoniert. Ein direkter Vergleich mit den EG-Ländern beweist das (Stiftung Warentest, Heft 10/1985).
Und auch für 1986 ist hier nicht an Gebührenerhöhungen, sondern eher an weitere Vergünstigungen und Serviceverbesserungen gedacht.

Post – Partner für Kommunikation.

Post





„Keiner sorgt besser für dich als du selbst. . ."

Bericht von der Münchner Tagung für Präventivmedizin

Von INGRID ZAHN

Ernst L. Wynder, Mediziner der *American First Foundation* in New York, verblüfft seine Zuhörer auf der Münchner Tagung für Präventivmedizin durch griffige Formulierungen: „Eßt weniger, raucht weniger, dann kriegt ihr keinen Lungenkrebs." Oder auch: „100 000 Bypass-Operationen bringen den amerikanischen Ärzten jährlich zwei Milliarden Dollar ein. Aber wenn einer von ihnen den Cholesterinspiegel seiner Patienten *senkt, geht er fast* leer aus."

Und weiter: „Wenn wir nur den Kindern beibringen, wie man gesund lebt, werden sie auch ihre Eltern dazu erziehen." Sein Fazit: „Keiner sorgt besser für dich als du selbst."

35 Jahre im Dienste der Gesundheitsvorsorge im Zusammenhang mit der Raucherforschung haben den amerikanischen Wissenschaftler davon überzeugt, *daß* auch pragmatisches Vorgehen gerechtfertigt ist, wenn die Fakten auf der Hand liegen, ohne die wissenschaftliche Abklärung auf allen Ebenen abzuwarten.

*Nicht nur in New York gibt es Ak*tionswochen gegen ungesunde Ernährung, gibt es einen Gesundheitspaß und ein Lehrbuch für jugendliche Leser, das übrigens unter dem Titel „Mein Körper, meine Gesundheit" auch an den Münchner Grundschulen im Rahmen eines Pilotprojektes ausprobiert werden soll.

Ähnliche Kampagnen laufen in Israel, in China, in Italien. Tatsächlich leiden bereits zehn Prozent der 10- bis 15jährigen an arteriosklerotischen Veränderungen der Gefäße, bei fünf Prozent ist der Blutdruck ungesund erhöht. Herz-Kreislauf-Erkrankungen im Erwachsenenalter sind damit vorprogrammiert, wenn deren Ursachen nicht bekämpft werden: Zu fettreiches Essen, zu wenig Bewegung, Inhalation des Rauches schon ab zwölf Jahren. Ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen sind regelmäßige Raucher, Mädchen ab 13 noch häufiger als Jungen.

Für Wynder ist der Zusammenhang zwischen langjährigem starken Rauchen und Lungenkrebs eindeutig gegeben. Auf die Randbedingungen, wie zum Beispiel psychosomatische Einflüsse bei der Entstehung von *Krebs, mochte er nicht eingehen.* Wenn er davon ausgehe, daß Lungenkrebs im Gegensatz etwa zu Brustkrebs keine genetischen Ursachen habe, sondern erworben sei, *wenn er sehe, daß von 1200* untersuchten Personen mit Lungenkarzinom nur 1,8 Prozent nicht geraucht hätten, so könne ihm das genügen, um beim Rauchen als dem Risiko*faktor Nummer eins von Lungen*krebs anzusetzen. Der Mensch sei so jung wie seine Gefäße, meinte Wynder. Die Ärzte sollten ihm helfen, jung zu sterben, aber das so spät wie möglich.

In diesen Tenor stimmt auch Frau Prof. Dr. Renate Huch von der Frauenklinik der Universität Zürich ein. Sie weist insbesondere auf die Gefahren für Mutter und Kind durch Rau*chen und Alkohol hin. In diesem Be*reich begänne die Gesundheitsvorsorge schon vor der Zeugung. Frau Huch unterstreicht den Appell der „Aktion Sorgenkind": „Sie können auf alles verzichten, nur nicht auf ein gesundes Kind."

Erste Hinweise über die Schädlichkeit des Rauchens in der Schwangerschaft stammen aus dem Jahre 1957. Renate Huch beschreibt aus heutiger Sicht Fakten und begründete Annahmen, die kaum umstritten sind. Sie gehen die vielen jungen Frauen unter den starken Raucherinnen und Konsumentinnen von Alko*hol an. Negative Einflüsse auf das* werdende Kind sind bereits ab fünf Zigaretten pro Tag feststellbar. Die Fertilität von Mann und Frau wird durch das Rauchen beeinträchtigt.

Geburtshilfliche Probleme wie die vorzeitige Plazentaablösung, Blutungen oder ein vorzeitiger Blasensprung sind bei Raucherinnen häufiger. Sie erleiden vermehrt Fehlgeburten. Rauchen verzögert das Wachstum des ungeborenen Kindes. Rauchen wird als Risikofaktor bei Mißbildungen mit herangezogen, weiterhin könnte das ungeborene Kind für eine spätere Krebserkrankung prädisponiert werden. Die Sterblichkeitsrate von Kindern rauchender Mütter vor, während und nach der Geburt ist erhöht. Das Gewicht des Kindes ist in Abhängigkeit vom täglichen Zigarettenkonsum um jeweils mehrere 100 Gramm reduziert.

Kinder, deren Mütter während der Schwangerschaft stark geraucht haben, können noch in der Schulzeit *Leistungsdefizite* im Vergleich zu anderen Kindern aufzeigen. Renate Huch bezeichnet Nikotin und Kohlenmonoxid als hauptverantwortliche Schadstoffe bei der Beeinträchtigung *des werdenden Kindes durch das* Rauchen.

Erfreulich bei der Beratung einer rauchenden Schwangeren sei allenfalls, daß man zu jedem Zeitpunkt in *der Schwangerschaft noch damit auf*hören könne und dies eine Minderung der Gesamtschädigung bedeute.



Das Forschungsschiff Meteor hat nach seiner 72. Fahrt ausgedient FOTO: PETER REIMERS

Ein Stern geht unter

Das Forschungsschiff „Meteor" hat endgültig ausgedient

Von ILKA HEINER

Von seiner 72. Forschungsfahrt aus dem Nordatlantik kehrte gestern das Forschungsschiff „Meteor" in den Hamburger Hafen zurück. Aufgabe dieser Fahrt war die Fortsetzung der Felduntersuchungen des Deutschen Hydrographischen Instituts (DHI) im Meßprogramm NOAMP (Nord-Ost-Atlantisches Monitoring-Programm).

Es handelte sich hierbei um die letzte vom Bundesminister für Forschung und Technologie geförderte NOAMP-Fahrt der jetzigen „Meteor". Mit dieser Fahrt sind von 1983 bis 1985 insgesamt fünf Felduntersuchungen mit der „Meteor" im Westeuropäischen Tiefseebecken durchgeführt worden. Abgesehen von weiterlaufenden Messungen der Strömungen und Wassertransporte in der Tiefsee mit Hilfe verankerter Strömungsmesser und Tiefseedrifter wurden die geplanten Feldarbeiten abgeschlossen.

*Hauptziel der NOAMP-Untersu*chungen war die Beschreibung der regionalen Wassertransporte in der Tiefsee. Von besonderer Bedeutung waren die Untersuchung der Transportwege suspendierter Stoffe im Meerwasser innerhalb der bodennahen Schicht sowie mögliche Transporte vom Meeresboden in höhergelegene Wasserschichten im Ozeaninnern.

Auf dieser Fahrt wurden neun sogeannte Strommesserketten, die während der Fahrt im März verankert worden waren, ausgewechselt. Es ist beabsichtigt, die Verankerungen für die Dauer der Tiefseedrifter-Untersuchungen *(Mai 1985 bis Mai 1986)* für Vergleichszwecke und für eine bessere Absicherung der statistischen Strömungsmeßergebnisse aufrechtzuerhalten und sie auf einer technischen Erprobungsfahrt der 99 Millionen Mark teuren neuen „Meteor" im Mai/Juni 1986 endgültig zu bergen.

Bis zu 29 Wissenschaftler werden auf dem Nachfolgeschiff dann zusammen mit 33 Besatzungsmitgliedern Fragen der Ozeanographie, Meeresbiologie, Meteorologie und Geologie bearbeiten. Das neue Schiff unterscheidet sich von seinem Vorläufer u. a. durch einen strömungsgünstigen *Wulstbug und durch den Einbau der* Kommandobrücke in der Schiffsmitte. Die „Meteor II" wird zunächst auf zwei Erprobungsreisen in die norwegische See und in das Kap-Verde-Becken vor der Küste Westafrikas auslaufen.



Wird bald ein Computer Schachweltmeister?

Mit dem *Siegeszug* von EDV-Anlagen, Industrierobotern, Mikroprozessoren und Home-Computern gewinnt die Diskussion um die Künstliche Intelligenz, kurz KI genannt, neue Brisanz. Zu den KI-Skeptikern der ersten Stunde gehört der Existentialphilosoph Hubert L. Dreyfus. Er nämlich bestreitet, daß Denken maschinell simuliert werden kann. Er ist der Überzeugung, daß die außerordentlich komplexen Prozesse von Wahrnehmen, Verstehen und Schlußfolgern – ein Zusammenspiel von sinnlicher Wahrnehmung, Analogien, Bildern, *Begriffen und Gefühlen* – weder in Regelsysteme mit logischen Elementen zergliedert, noch nach vorhersehbaren Regeln zu einer Synthese zusammengefügt werden können. D. T.

„Die Grenzen künstlicher Intelligenz – Was Computer nicht können", von Hubert L. Dreyfus. Deutsche Erstausgabe, 1985, 376 Seiten, DM 38,-. Athenäum Verlag GmbH, Königstein/Ts. ISBN 3-7610-8369-6.



Rotierendes Auge im All

„Giotto" liefert Bilder aus 20 Millionen Kilometer Entfernung

Von GÜNTER GOEBEL

Die im Max-Planck-Institut für Aeronomie in Katlenburg-Lindau (Harz) unter Leitung von Dr. Horst Uwe Keller entwickelte und gebaute elektronische Mehrfarbenkamera (Halley Multicolour Camera) auf der Raumsonde „Giotto" hat jetzt die ersten Fotos geliefert.

Am 18. und 23. Oktober wurden Bilder der Erde zum ersten Male aus einer Entfernung von 20 Millionen Kilometer aufgenommen. Vorher, am 30. September, war der Planet Jupiter aus einer Entfernung von etwa 750 Millionen Kilometer mit der Kamera beobachtet worden. *Die* eigentliche Aufgabe der Mehrfarbenkamera ist jedoch die Beobachtung des Kerns des Halleyschen Kometen während des nahen Vorbeifluges der Giotto-Sonde am 13. März nächsten Jahres.

Die Mehrfarbenkamera ist eines der zehn Meß- und Beobachtungsgeräte, die seit dem 2. Juli 1985 dem Kometen entgegenfliegen. Bis Ende dieses Jahres ist ein wöchentlicher Probebetrieb aller Instrumente geplant.

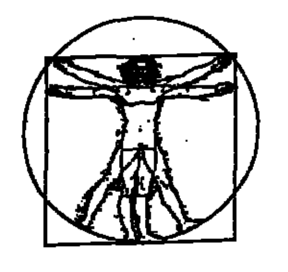
Die Kamera ist auf der rotierenden Raumsonde befestigt und kann ferngesteuert in alle Richtungen gelenkt werden. Bei der großen Entfernung braucht ein Signal für den Hin- und Rückweg ungefähr zwei Minuten. Die Kamera wiegt lediglich zwölf Kilogramm; *davon entfallen fünf* Kilogamm auf die Elektronik. Hochempfindliche Detektoren führen zu Belichtungszeiten von weniger als einer zehntausendstel Sekunde.

Das Teleskop hat eine Brennweite von einem Meter bei einem Durchmesser von 16 Zentimeter. Pro Bildpunkt wird noch ein Bereich von 20 *Meter* aus einer Entfernung von *1000 Kilometer abgebildet.* Ein vergleichbares Auflösungsvermögen ist von einer Raumsonde aus bisher noch nie erreicht worden.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Rheumamittel „ruht"

Berlin (dpa) – Das Bundesgesundheitsamt (BGA) hat mit Wirkung vom 29. Oktober das „Ruhen der Zulassung" für sieben isoxicamhaltige Arzeimittel der Firma Adenylchemie, Berlin, angeordnet. Der Bescheid des BGA ist bis zum 1. März 1986 befristet und betrifft



die verschiedenen *Darreichungs*formen des Präparates „Pacyl". Die Entscheidung des Amtes beruhe auf einer Häufung von Auslandsmeldungen über schwerwiegende Nebenwirkungen, hieß es. Diese Nebenwirkungen seien als sehr seltene Erscheinungen auch in der deutschen Packungsbeilage aufgeführt.

Mammut-Schiffsdiesel

Bonn (DW.) – Die Lloyd-Werft Bremerhaven hat von der Reederei Cunard Line Ltd., London, den Auftrag zum Umbau des weltbekannten Passagierschiffes „Queen Elizabeth 2" und zur Umrüstung der Antriebsanlage mit neun M.A.N.-Viertakt-Dieselmotoren erhalten. Die Gesamtleistung der Motoren beträgt 130 000 PS (94 500 kW). Jeder dieser neun Motoren ist elastisch gelagert und mit einem Generator gekuppelt. Es handelt sich bei diesem dieselektrischen Antrieb um *die leistungsfähigste* Antriebsanlage in der Handelsschiffahrt. Der Auftragswert beläuft sich auf über 90 Millionen Mark.

Geld für Laser-Medizin

Düsseldorf (lnw) – Zur Erforschung der Grundlagen für den Laser-Einsatz in der Medizin hat das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium der Kölner Fachhochschule 65 000 Mark aus Landesmitteln zur Förderung der Spitzenforschung *zur Verfügung* gestellt. Um die Laser-Technik noch mehr als bisher in die praktische Medizin zu integrieren, müssen – nach Ansicht der Geldgeber – noch Probleme bei der Wechselwirkung mit unterschiedlichen biologischen Geweben geklärt werden.

Apparatschik auf schmalem Grat

Die Memoiren des Sowjet-Botschafters Abrassimow

So ungewöhnlich die Figur des Autors, so ungewöhnlich seine Memoiren über fast 18 Jahre in der „DDR“. Interessant vor allem die Schilderung der sowjetischen Deutschlandpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte. Die Persönlichkeit des Autors tritt hinter alledem weitgehend zurück.

Man erfährt nur wenig über persönliche Kontakte oder Begebenheiten im Laufe jener knapp 18 Jahre, selbst die Führung der „DDR“ wird fast nur beiläufig erwähnt. Lediglich Gerald Götting, früherer Vorsitzender der Ost-CDU, erfährt das Prädikat „alter Freund“. Alles dies bewegt den Leser kaum.

Auch Abrassimow kaschiert schamhaft die Vereinbarungen zwischen Molotow und Ribbentrop von

Pjotr Abrassimow:
300 Meter vom Brandenburger Tor
Erinnerungen eines Botschafters. Quadriga Verlag, Berlin. 240 S., 39,80 Mark.

1939. Hinsichtlich des Nichtangriffspakts wird lediglich davon gesprochen, daß man dies in der Erkenntnis der heranwachsenden Gefahr zwecks eigener Rüstung habe tun müssen – über das geheime Zusatzprotokoll zur Abgrenzung der territorialen Interessensphären wird nicht gesprochen, und der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom September 1939, der jene Gebiets- und Grenzregelungen und die damit verbundenen großen territorialen Gewinne der Sowjetunion ermöglichte, wird schlicht verschwiegen.

Manch ähnliche Färbung und Selektion charakterisiert die im Mittelpunkt des Buches stehende Schilderung der Deutschlandpolitik der Sowjetunion und ihrer Alliierten in der Nachkriegszeit. Grundtenor dieser Passagen ist zum einen die Behauptung, daß die Teilung Deutschlands ausschließlich das Werk der Westmächte sei, und zum anderen die Gründung der „DDR“, die als „Wendepunkt in der Geschichte Europas“ gefeiert wird.

Schon in Teheran hätten allein die Westmächte für die Teilung Deutschlands gestritten, das gleiche sei in Jalta der Fall gewesen. Indessen, daß namentlich die Sowjetunion auf diesen Konferenzen für die Zerstückelung Deutschlands eintrat, ist sehr wohl bekannt.

Ähnlich argumentiert Abrassimow zum Londoner Protokoll und zum Potsdamer Abkommen. Bedeutsam ist hier vor allem der Versuch, den bis auf den heutigen Tag fortdauernden alliierten Status von (ganz) Berlin in Zweifel zu ziehen. Obwohl schon in London festgelegt wurde, daß Berlin zu keiner der drei (später vier) Besatzungszonen gehören, sondern ein unter gemeinsamer Besatzungshoheit zu stellendes Sondergebiet werden solle, behauptet Abrassimow heute, daß „Berlin in keinem Abkommen der Kriegs- und Nachkriegszeit aus der sowjetischen Besatzungszone ausgesondert wurde“ bzw. daß die Westmächte kein „ursprüngliches Recht auf den Aufenthalt in der Stadt“ hätten. Ausgehend von dieser absurden Verfälschung der Geschichte, versucht der Autor anschließend, den Inhalt des Viermächteabkommens von 1971 umzuwenden.

Die Blockade West-Berlins wird mit dem Versuch der Westmächte, „das einheitliche Wirtschaftsleben Berlins zu spalten“, erklärt. Die noch zuvor als herausragendes geschichtliches Ereignis gefeierte Gründung der „DDR“ erscheint plötzlich nur noch als Reaktion auf die von den Westmächten „spalterisch“ gegründete Bundesrepublik. Wen will es da verwundern, daß auch der 17. Juni 1953 als vom Westen initiierter Putschversuch deklariert wird – ein Putschversuch, der im übrigen und merkwürdigerweise auf den Beschluß des Ministerrats der „DDR“ erfolgt sei, „den Anteil der Schwerindustrie zu verringern und durch Mittelumverteilung den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung merklich anzuheben“.

Daß für die Schilderung des 13. August 1961 ähnliches gilt, liegt auf der Hand. Auch hier sei es nur um den Schutz der „DDR“ vor westlicher Subversion gegangen. Den Weg der „DDR“ zum „souveränen Staat“ sucht Abrassimow über die Stationen des 20. 9. 1955, die Aufnahme der „DDR“ in die UNO, den Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik, der auch „die Unverletzlichkeit der bestehenden europäischen Grenzen, darunter auch jener zwischen der DDR und der BRD, anerkenne“, das Viermächteabkommen von 1971 und den Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der „DDR“ vom 7. 10. 1975 zu begründen.


Sie küßten sich, aber sie mochten sich nicht: Pjotr Abrassimow (rechts) im Gespräch mit SED-Chef Erich Erich Honecker FOTO: ADN

Ausführlich schildert Abrassimow das Zustandekommen des Viermächteabkommens vom 3. 9. 1971. Verschiedener Richtigstellungen bedarf es jedoch auch hier. Dies beginnt bereits mit der Wiedergabe des Textes des Abkommens im Anhang, wo Abrassimow vom „Viermächteabkommen über Berlin (West)“ spricht, obwohl der tatsächliche Text keineswegs eine solche Beschränkung auf Berlin (West) vornimmt. Im Gegenteil, das Abkommen heißt in allen offiziellen Vertragstexten nur „Viermächteabkommen“, es beschränkt sich eindeutig nicht auf Regelungen über Berlin (West) – eine Ausnahme gilt nur für die ausdrücklich auf die Westsektoren Berlins bezogenen Bestimmungen im Teil II –; folgerichtig wird gebietsmäßig lediglich von „the relevant area“ (bzw. entsprechend im französischen und russischen Vertragstext) gesprochen. Indessen, aus dem gesamten Vertragstext sowie aus der ausdrücklich bekräftigten Viermächteverantwortung ergibt sich eindeutig, daß hier ganz Berlin, also auch der östliche Teil der Stadt, gemeint ist. Das gleiche gilt für die Behauptung, daß das Viermächteabkommen „die Anerkennung der souveränen Rechte der DDR“ impliziere.

Abrassimow nennt das Viermächteabkommen „einen vernünftigen, sehr feinen, genau abgewogenen Kompromiß“, versucht ungeachtet dessen jedoch, die für den westlichen Teil Berlins günstigen Ergebnisse nachträglich zu verkürzen. So wird unter Berufung auf Teil II b nicht anerkannt, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik aufrechterhalten und entwickelt werden.

Welche Rolle spielte Abrassimow in der „DDR“ tatsächlich? Die Ausführungen hierzu sind zurückhaltend und sparsam. Dennoch, nur allzu deutlich betont der Autor die angeblich totale Gleichheit der Interessen. von „DDR“ und Sowjetunion, die daraus folgende Gleichheit ihrer außenpolitischen Ziele und das sich hieran anschließende (notwendige) Erfordernis der „Koordination“: „Koordinierender“ Statthalter, dies war er wohl wirklich, und dies zu verdeutlichen war wohl auch der Sinn dieser Memoiren.

RUPERT SCHOLZ

An der Militärgrenze

Das abenteuerliche Leben des Marschalls Boroevic

Daß die Zerstörung des übernationalen Habsburger Reiches durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges alles andere als weise war, ist inzwischen eine in Europa weitverbreitete und von manchen Nationen des einstigen österreichischen Kaiserstaates bitter bezahlte Erkenntnis. Das Interesse an diesem Vielvölker-Imperium erlebt in der Gegenwart eine überraschende Renaissance. In die Reihe der Habsburg-Erinnerungsbücher gehört auch die nun vorliegende Biographie des österreichischen Feldmarschalls Svetozar Boroevic von Bojna, der im Ersten Weltkrieg als „Löwe vom Isonzo“ die österreichischen Truppen an einem der entscheidenden Frontabschnitte gegen Italien führte.

Wer das heutige italienisch-jugoslawische Grenzgebiet um Görz (Gorizia) bereist, wird immer wieder auf Zeugnisse der seinerzeitigen Schlachten am Ufer des Isonzo-Flusses stoßen – bis hin zu einem schlichten Gedenkstein, der auf jugoslawischem Boden alle politischen Wechselfälle überstand und auf dem in deutscher Sprache zu lesen ist: „Den Helden des Flitscherbeckens – 1915–1917“.

Feldmarschall Boroevic war Südslawe. Ernest Bauer bezeichnet ihn als Kroaten, was allerdings ein gewisses Fragezeichen verdient, denn Boroevic stammt aus einem orthodoxen Elternhaus. Seine Vorfahren waren auf der Flucht vor den Türken in das Gebiet der österreichischen „Militärgrenze“ gekommen, die bis ins 19. Jahrhundert als Schutzkordon gegen die damalige Türkei existierte. Die katholische Bevölkerung dieses Gebiets bezeichnete und fühlte sich als „kroatisch“.

Die Orthodoxen aber waren ursprünglich Serben. Es zeigt den übernationalen Charakter der alten österreichischen Armee, daß in einem Krieg, der durch das Attentat serbischer Nationalisten gegen den österreichischen Thronfolger ausgelöst worden war, ein Serbe Feldmarschall und wichtiger Militärbefehlshaber der k. und k. Armee werden konnte.

Hinzu kam, daß der erste „slawische“ Feldmarschall des österreichischen Kaisers aus ganz kleinen Verhältnissen stammte. Sein Vater war Feldwebel. Boroevic schaffte den Aufstieg ohne Protektion, ohne den Vorteil „hoher“ Geburt, einzig durch Ehrgeiz, Tüchtigkeit und Begabung.

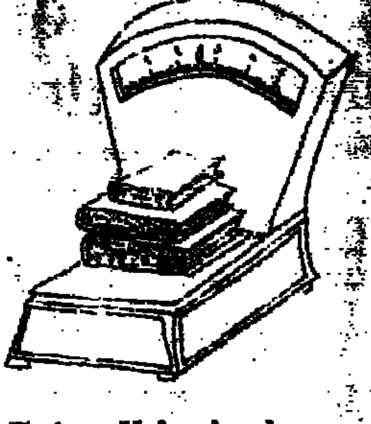
Boroevic fühlte sich als Österreicher und Wiener des Kaiserhauses. Eine Zusammarbeit mit den nationalistischen Kräften der Südslawen, die auf der alliierten Seite standen und bereits die Zerschlagung Österreichs

Ernest Bauer:
Der Löwe vom Isonzo
Styria Verlag, Graz/Köln. 159 S., 39,80 Mark

als ihr Ziel proklamiert hatten, lehnte er ab. Nach dem Zusammenbruch 1918 wollte Boroevic sogar mit zuverlässigen Truppen nach Wien marschieren, um dort für Kaiser Karl den Thron zu retten.

Seine jugoslawischen Landsleute betrachteten ihn als Abtrünnigen, obwohl seine Truppen am Isonzo auch Slowenien und Kroatien vor einer italienischen Eroberung geschützt sowie damit ungewollt den Grundstein für den jugoslawischen Staat gelegt hatten. Auch das republikanische Österreich wußte ihm nicht zu danken. Der Feldherr starb wenige Jahre nach Kriegsende verarmt und einsam in Klagenfurt.

ASTAF DOMBERG



Ewiger Krisenherd

Mit der „Machtpolitik der USA in Mittelamerika“ setzt sich James Chace im Paperback „Krieg ohne Ende“ (Kindler Verlag, München. 160 S., 16,80 Mark) auseinander. Ulrich Wicket schrieb ein pronounciertes Vorwort. Von der Monroe-Doktrin vor 160 Jahren über die amerikanische Interventionspolitik um die Jahrhundertwende bis zum Containment der Reagan-Administration, so sieht es Chace, habe Washington aus „Angst vor einer vermuteten Bedrohung“ in Mittelamerika stets gegen Phantome gekämpft. Diese „traditionelle Unfähigkeit“, die tatsächlichen Ursachen der Instabilität in dieser Region zu erkennen, verschärfe die Krisen, in die es sich selbst verstricke. Der Journalist Chace erteilt „militärischen Lösungen“ eine Absage und bestreitet die These, wonach die Glaubwürdigkeit der USA als Supermacht davon abhänge, ob die Sandinisten in Nicaragua in die Knie gezwungen werden. m. n.

Auf neuen Wegen

Aussagen über die eigene Zeit sind auch immer Symptome der eigenen Zeit. Da die Geschichte wie der einzelne Mensch gegenwartsblind sind, bietet z. B. das platonische Verständnis der Sorge eine Möglichkeit der Annäherung an das eigene Zeitalter. Sich um etwas sorgen heißt, immer und überall tätig-suchend sein für das, was gut ist für den Gegenstand der Sorge, trotz des Bewußtseins, daß die Unwissenheit nur Stück um Stück überwunden werden kann. In diesem Sinne der Sorge um die Kirche in unserer Zeit stellt Helmut Kuhn in seinem Buch **„Die Kirche im Zeitalter der Kulturrevolution“** (Verlag Styria, Graz/Köln. 171 S., 34 Mark) die Frage, was wir unter den von der Zeit gegebenen Umständen zu tun haben. Die seit der Jahrhundertwende in die Kulturrevolution eingetretene revolutionäre Tradition, die die Irreligiösität zu ihrem Prinzip erhoben hat, ist „Revolution in Gestalt von Korrosion, geistige Bewegung zu einem ungeistigen Klima gerinnend“, die Zukunft und Hoffnung verneint. Wie dieser Trostlosigkeit zu entrinnen, wie sie zu überwinden ist, dies ist das Thema des vorliegenden Buches. mafi

Zu einseitig

Die Vereinigten Staaten und Japan haben auf wichtigen Gebieten der Hochtechnologie – vor allem in der Mikroelektronik und der Biotechnik, der Gen-Technologie – einen großen Vorsprung vor der deutschen Industrie erlangt. In seinem Buch **„Baisse made in Germany“** (Quadriga Verlag, Berlin. 254 S., 38 Mark) gibt Thomas S. Engelmann eine Reihe von Beispielen für die Überlegenheit der Amerikaner und der Japaner – geschrieben in flottem Illustrierten- und Magazin-Stil. Jeden Hinweis auf die schwierigen Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie hält er für abwegig. Wie heute fast jeder, zieht Engelmann über falsch ausgerichtete Subventionen her und dabei über die Hermes-Versicherungen für Exportlieferungen. Er meint, daß man Ausfälle im Export mit einer Ausdehnung des Binnenmarktes kompensieren oder sogar überkompensieren könnte. H. P.

Neue Preußen-Legende?

Zur Geschichte der deutschen Parlamente vor 1932

Die Tatsache ist im allgemeinen wohlbekannt, daß es auch im Deutschland der Weimarer Republik einen funktionierenden Parlamentarismus gegeben hat, nämlich in Preußen. Während im Reich schon vor 1930 häufig ohne eine parlamentarische Mehrheit regiert wurde, war dies in Preußen anders: Hier blieben die drei Weimarer Koalitionsparteien, SPD, Zentrum und Demokraten, von 1919 bis 1932 zur parlamentarischen Mehrheitsbildung fähig, d. h. sie hatten von 1919 bis 1925 und von 1928 bis 1932 eine absolute Mehrheit, und auch in der Zwischenzeit erwiesen sie sich nach einigen Anfangsschwierigkeiten als regierungsfähig. Es gab also in der Weimarer Zeit zur dauernden Funktionsschwäche und zum schließlichen Scheitern des parlamentarischen Systems auf Reichsebene durchaus ein bedeutendes Gegenbeispiel.

Die Hintergründe dieser Rolle des Parlamentarismus im demokratischen Preußen sind aber weit weniger bekannt und auch noch nicht näher untersucht. Dies holt jetzt Horst Möller, Historiker in Erlangen und gründlicher Kenner der Probleme der neuesten Geschichte Preußens, in einer umfassenden Studie nach. Sie ist ein Porträt Preußens in seiner letzten, von der Identifikation der demokratischen Kräfte mit dem preußischen Staat gekennzeichneten Geschichtsepoche; diese Ära endet nicht erst 1933 und danach, sondern schon mit dem „Preußenschlag“ von 1932 und der damit eingeleiteten Liquidation der demokratischen und föderativen Verfassungsstrukturen.

Möllers Studie ist keine Ereignisgeschichte, sondern, wie dies den bisherigen Bänden des Handbuchs der Geschichte des deutschen Parlamentarismus entspricht, vornehmlich strukturgeschichtlich angelegt. Die Bedingungen für die erfolgreiche Entwicklung des parlamentarischen Systems in Preußen werden umsichtig monographisch erörtert, so der Entstehungsprozeß der erst verhältnismäßig spät zustande gekommenen Verfassung, die Bedeutung der Gesetzgebungsarbeit des preußischen Landtags oder die Umschichtung in der Zusammensetzung der parlamentarischen Führungseliten.

Abschließend stellt Möller zu Recht zwei Wege des deutschen Parlamentarismus gegenüber: Preußen und das Reich. Aber er orientiert sich dabei zu sehr an der unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Gestaltung des Parlamentarismus und verwertet zu wenig seine eigenen Ergebnisse in den vorangegangenen Untersuchungen über die besonderen Politik-Bedingungen im bedeutendsten Gliedstaat des Reiches.

Die Schlußthese, daß der Weg zur parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik über Preußen geführt hätte, verdient ein kräftiges Fragezeichen. Möller stützt sich dabei

Horst Möller:
Parlamentarismus in Preußen 1919–1932
Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Droste Verlag, Düsseldorf. 662 S., 148 Mark.

darauf, daß in der preußischen Verfassung das Fehlen eines Staatspräsidenten zu einer engeren Verbindung von Regierung und Parlament und insbesondere einem größeren Einfluß des Parlaments auf die Regierungsbildung als in der Reichsverfassung geführt hätte, und daß hieran die Väter des Grundgesetzes hätten anknüpfen können.

Aber damit wird nicht nur daran vorbeigesehen, daß die Einstellung der preußischen Verfassung zu den plebiszitären Verfassungselementen völlig anders als die des Grundgesetzes ist, sondern daß vor allem die durch das Fehlen eines Staatsoberhaupts bedingte, vom Weimarer Verfassungsmodell abweichende Gestaltung des parlamentarischen Systems für alle deutschen Länder nach 1918 und nach 1945 zutrifft.

Möller webt hier an einer neuen Preußenlegende.

MANFRED FRIEDRICH

Verräter und Revolutionäre wider Willen

Vier politische Romane von Milovan Djilas über die kommunistische Umgestaltung des Balkans

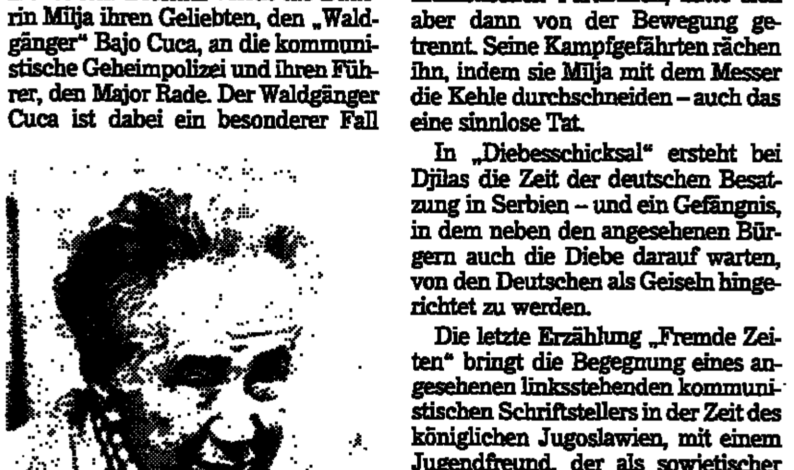
Ein Revolutionär und Macht ausübender Politiker, der sich zum politischen Analytiker und schließlich zum Schriftsteller von hohem literarischen Rang entwickelt – diese Entwicklung im Verlauf eines Menschenlebens ist selten und ungewöhnlich. Milovan Djilas, der einstige kommunistische Revolutionär, Mitstreiter Titos, Chefideologe der jugoslawischen KP, später Dissident und politischer Häftling seiner früheren Gesinnungsgenossen, tritt mit seinen unter dem Titel „Menschenjagd“ zusammengefaßten vier Romanen den Beweis an, daß aus einem politischen Tatmenschen ein feinfühliger, Sprache und Erzählkunst meisternder Beobachter menschlichen Lebens werden kann.

Djilas – zuletzt mit einer kritischen Tito-Biographie und seinen Erinnerungen „Jahre der Macht“ hervorgetreten – schildert jetzt die Verstrikkungen und Irrungen, das Leid und die vergeblichen Hoffnungen der Menschen in seiner Heimat Jugoslawien in den Kriegs- und Nachkriegsjahren. Vor den Augen des Lesers läßt er sein Land im Herzen des Balkans erstehen: Das Dreiländereck zwischen Bosnien, Serbien und Montenegro, wo sich nach dem Sieg der Kommunisten die antikommunistischen Freischärler festsetzen, und wo die Bevölkerung zwischen den Fronten der Auseinandersetzung nur die Wahl hat, ob sie die kommunistische Staatsmacht an die Rebellen oder die Rebellen an die Kommunisten verraten will. Djilas, der ja selbst als Handelnder in den Partisanen- und Bürgerkrieg eingriff, beschreibt die Dramen, die sich mitten im Alltagsleben hier vollziehen. In der Erzählung „Die Schwester“ spricht in der Ich-Form ein gelernter Klempner, der nach dem Sieg von den Kommunisten zum Sicherheitschef seiner Heimatstadt ernannt wurde. Als solcher muß er das Mädchen Zorka, die Schwester zweier gesuchter „Konterrevolutionäre“, die sich in den Wäldern versteckt halten, foltern. Sie allein weiß nämlich, wo die Brüder zu finden sind. Während er das Mädchen

Milovan Djilas:
Menschenjagd
Vier Romane. Nymphenburger Verlagshandlung, München. 333 S., 32 Mark.

foltert, kommt dem Sicherheitschef plötzlich der Gedanke, „daß möglicherweise alles Menschliche wertlos ist“. Vor allem der Kampf der Menschen gegeneinander erscheint ihm sinnlos. Das Mädchen gibt trotz aller Qualen das Versteck der Brüder nicht preis und erweist sich damit als den Methoden der Polizei überlegen. Erst der Verrat einer anderen Frau, die das Vertrauen Zorkas gewinnt, in Wirklichkeit aber im Dienst der Polizei steht, stürzt Zorkas Brüder ins Verderben. Am Ende ist der Polizeichef ein Pensionist, der feststellen muß, daß das Leben alle Wahrheiten und Ideale ins Wanken bringt, und daß für ihn nur die Verzweiflung über die Zukunft bleibt.

Im zweiten Roman geht es wieder um das Phänomen des Verrats unter Menschen: Diesmal verrät die Bäuerin Milja ihren Geliebten, den „Waldgänger“ Bajo Cuca, an die kommunistische Geheimpolizei und ihren Führer, den Major Rade. Der Waldgänger Cuca ist dabei ein besonderer Fall




Milovan Djilas
FOTO: FOLKE HELLBERG

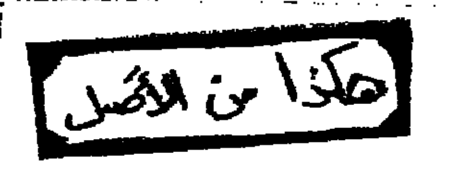
von „Konterrevolution“: Früher einmal war er einer der tapfersten kommunistischen Partisanen, hatte sich aber dann von der Bewegung getrennt. Seine Kampfgefährten rächen ihn, indem sie Milja mit dem Messer die Kehle durchschneiden – auch das eine sinnlose Tat.

In „Diebesschicksal“ ersteht bei Djilas die Zeit der deutschen Besatzung in Serbien – und ein Gefängnis, in dem neben den angesehenen Bürgern auch die Diebe darauf warten, von den Deutschen als Geiseln hingerichtet zu werden.

Die letzte Erzählung „Fremde Zeiten“ bringt die Begegnung eines angesehenen linksstehenden kommunistischen Schriftstellers in der Zeit des königlichen Jugoslawien, mit einem Jugendfreund, der als sowjetischer Agent mehrere Morde an „Verrätern“ beging, nur um dann festzustellen, daß er ein blindes Werkzeug in den Händen einer bösartigen Macht gewesen war – und daß Henker und Opfer letztlich „im selben Kessel sitzen“.

In all diese Erzählungen oder kurzen Romanen hat Djilas auch etwas von seinem eigenen Lebensschicksal hineingearbeitet. Dennoch reicht das alles über das Autobiographische weit hinaus. Hier wird durch Literatur menschliches Schicksal in der Geschichte sichtbar. Es stimmt traurig, daß dieses meisterhafte Werk in Jugoslawien nicht gedruckt werden darf – weil die dortige Führung den Autor für einen Verräter hält.

CARL GUSTAF STRÖHM



Weil den Schweden nichts über Sicherheit geht, haben sie jetzt dem Ford Scorpio den Automobil-Sicherheitspreis 1985 verliehen. Für die serienmäßige ABS-Bremse.

Serienmäßig: Das integrierte Anti-Blockier-System. Der Scorpio bleibt auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.

Nu har Ford slag på hemmaplan. Motormännens utmärkelse för bilsäkerhet går i år till Ford Scorpio för att modellen har låsningsfria bromsar som standard.



"Sverige är bilsäkerhetens hemland", sa Robert Lutz, Fords Europachef, som själv kom till Sverige för att ta emot Motormännens guldmedalj. Ford har fått medaljen för att Scorpion utrustats med låsningsfria bromsar som standard, efter det så kallade ABS-systemet, utan att det funnits lagstadgade krav på åtgärden.

Dagens Industri, Schweden, 4.10.85/Foto: Ford

Scorpio Ford

Schwedisches Schiff kollidiert mit Sowjet-Kriegsschiff

dpa, Stockholm

Das mit modernster Elektronik ausgestattete schwedische Aufklärungsboot „Orion" ist in der Nacht zum Mittwoch mit einem sowjetischen Minensuchboot östlich der Insel Gotland kollidiert. Wie es hieß, befanden sich die beiden Schiffe in internationalen Hoheitsgewässern. Das schwedische Außenministerium wollte zu dem Vorfall zunächst keine Stellung abgeben. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte jedoch auf Anfrage, daß man den Vorfall nicht dramatisieren solle. Es könne keine Rede davon sein, daß die „Orion" „absichtlich" gerammt worden sei.

An den beiden Schiffen entstand nur geringer Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt. Die „Orion" (1 400 BRT) konnte kurz nach der Kollision ihre Fahrt forsetzten. Sie wurde von mehreren kleineren Militärschiffen begleitet. Dem Vernehmen nach folgten zwei sowjetische Militärboote mit größerem Abstand bis zu den schwedischen Hoheitsgewässern. Die „Orion" hat in der Regel den Auftrag, Flottenbewegungen der Warschauerpakt-Staaten in der Ostsee zu beobachten. Es blieb offen, ob sie auch diesmal in besonderer Mission unterwegs war.

Die ungewöhnliche Zurückhaltung seitens der schwedischen Regierung ist nach Ansicht von Beobachtern damit zu erklären, daß der neue schwedische Außenminister Sten Andersson im Frühjahr 1986 zu einem offiziellen Besuch nach Moskau reist.

Genscher kritisiert Kleinmütigkeiten

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat nach seinen Gesprächen mit der chinesischen Führung in Peking scharfe Kritik an „manchen zwergenhaften Wichtigtuereien" geübt, „die wir in Europa erleben". Er zielte damit offensichtlich auf Kritiker des Eureka-Projets für eine engere technologische Zusammenarbeit Europas und auf Widerstände gegen die politische Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft ab. Mit seinen Pekinger Gesprächspartnern, vor allem mit dem „starken Mann" Chinas, Deng Xiaoping, war sich Genscher in der Bejahung der Eureka-Pläne einig.

Geht es mit „Vorwärts" immer weiter abwärts?

Verlagsleiter Merz zurückgetreten / Steigendes Defizit

PETER PHILIPPS, Bonn

Wie ein ehrenwerter Minister, der für die Fehler seiner Untergebenen geradesteht, ist Friedheim Merz zurückgetreten. Doch Merz war nicht Minister, sondern Verlagsleiter (und von 1976 bis 1979 Chefredakteur) des hochdefizitären SPD-Traditionsblattes „Vorwärts" sowie des angeschlossenen Spiele-Herstellers „Argo". Und Merz übernimmt auch nicht die Verantwortung für Untergebene, sondern ist in die Wüste gegangen worden, weil er als Verlagsleiter nicht unschuldig an der Lage des Blattes ist.

Auch das befreiende Durchatmen, das meistens eintritt, wenn einer Verantwortung für Fehlentwicklungen mit persönlicher Konsequenz demonstriert, mag sich im Fall „Vorwärts" nicht einstellen: Dem neuen Anlauf zur Gesundung des Blattes, mit dem vor wenigen Wochen noch viele Hoffnungen verknüpft waren, wird nun keine große Chance mehr eingeräumt.

Nur eines scheint sicher zu sein: Weitere personelle Konsequenzen, auch im redaktionellen Bereich, sind genauso wie ein Fortdauern des Siechtums zu erwarten.

Vor wenigen Wochen war der Hamburger Wirtschaftsanwalt (und ehemalige Justiz- und Innensenator) Frank Dahrendorf vom Bonner Parteivorstand mit Blanko-Vollmacht ausgestattet worden, den „Vorwärts" zu sanieren und auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

Kurz zuvor war Hans-Jürgen Wischnewski auch wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten über eine *Zukunft der Parteizeitung mit* Aplomb als Schatzmeister zurückgetreten.

Neue Richtung

Die Richtung, in die die Sanierung laufen sollte, war klar: Nur eine weitgehende Unabhängigkeit der Redaktion von der Parteiführung bei gleichzeitiger Übernahme der Verlags-Service-Leistungen wie Anzeigen, Vertrieb, Werbung und Druck eröffneten Zukunftschancen. Ein Genossenschafts-Stiftungsmodell war im Gespräch, erste Verhandlungen mit potenten Großverlagen geführt worden.

Alles schien auf bestem Weg. Doch am Montag, dem 15. Oktober war, in alter Tradition sozialdemokratischer Verleger-Tätigkeit, alles wieder ganz anders: Der neu ernannte Schatzmeister Hans Matthöfer hatte plötzlich ein ganz anderes Konzept entwickelt, für das Dahrendorf nur die Worte fand: „dilettantisch" und „unprofessionell".

Der mit allen Vollmachten ausgestattete Sanierer hatte plötzlich nichts mehr in der Hand, nachdem in seiner Abwesenheit von Matthöfer mit der Frankfurter Union-Druckerei ein Vertrag über die „Vorwärts"-Herstellung abgeschlossen worden war. „Wenn mir das Fundament genommen wird, muß Matthöfer allein weitermachen", sagte der erfahrene Sanierer und gab dem Präsidium seinen Auftrag zurück.

Alles beim alten?

Außer Veränderungen am Format, einer neuen Werbekampagne und ähnliche Doktoreien an Symptomen statt der gründlichen Behandlung der Defizit-Ursachen des „Vorwärts" bleibt im wesentlichen alles beim alten. Neue Leute, die auch den erfolgversprechenden Neuanfang nach außen signalisieren sollten, sind dafür kaum noch zu bekommen, wie man inzwischen festgestellt hat.

Friedhelm Merz jedenfalls hat sich nun von der 109 Jahre alten Zeitung mit den Worten verabschiedet, daß sein „Rücktritt" nicht „mit einer Kritik an irgendjemand verbunden" sei, sondern allein aus „arbeitsökonomischen Gründen" erfolge. Die Auflage ist jedenfalls inzwischen bei wöchentlich 46 500 angelangt – 5000 weniger als im Vorjahr. Und das Defizit liegt nun wieder bei 1,7 Millionen Mark jährlich mit steigender Tendenz.

In den Verlagsräumen geht nach dem Scheitern des mit so viel Hoffnung begleiteten Dahrendorf-Versuchs schon der böse Spruch um: „Verboten unter Bismarck, verfolgt unter den Nazis, eingestellt unter Brandt und Glotz." Das Blatt stände dann allerdings in der Tradition vieler anderer SPD-Zeitungen vom Hamburger Echo bis zum Berliner Telegraf.

Reagan ist mit Etatentwurf jetzt zufrieden

DW. Washington

Das US-Repräsentantenhaus hat den Entwurf des Verteidigungshaushalts für das Etatjahr 1985/86 verabschiedet, der Ausgaben in Höhe von 302,5 Milliarden Dollar vorsieht. Der in einem Vermittlungsausschuß zustande gekommene Entwurf hatte bereits vor drei Monaten den Senat passiert.

Ursprünglich wollte das Repräsentantenhaus die Militärausgaben auf 292 Milliarden Dollar begrenzen und sie damit auf derselben Höhe belassen wie im vorangegangenen Haushaltsjahr. Auf 292 Milliarden lautet auch der Entwurf des für die Inkraftsetzung notwendigen Haushaltsgesetzes, über das seit gestern beraten wird. Präsident Ronald Reagan hat sich mit dem 302,5-Milliarden-Entwurf einverstanden erklärt, obgleich er ursprünglich etwa 320 Milliarden Dollar beantragt hatte.

Aus Afghanistan Druck auf Indien

AP, New York

Vertreter afghanischer Widerstandsgruppen haben in New York die indische Regierung beschuldigt, sie habe zur Unterstützung des linksgerichteten afghanischen Regimes Militärberater nach Afghanistan entsandt. Ferner warfen sie Indien vor, als Spielzeug getarnte Bomben zu liefern. Zahlreiche Kinder seien diesen Bomben bereits zum Opfer gefallen, sagte ein Sprecher der Widerstandskämpfer, Gulbudin Hekmatyar.

Vor Journalisten erläuterte er, in Afghanistan seien mehr als 100 indische Militärberater tätig. Die Zahl der auf der Seite des afghanischen Regimes kämpfenden ausländischen Soldaten bezifferte der Sprecher auf 230 000. Neben Soldaten aus der Sowjetunion sollen in Afghanistan Einheiten aus Kuba, Südjemen und Bulgarien kämpfen. Den Rebellen zufolge üben diese Länder Druck auf Indien aus, ebenfalls Truppen nach Afghanistan zu schicken. Die derzeit unter Vermittlung der Vereinten Nationen geführten indirekten Gespräche zwischen Pakistan und Afghanistan über eine Beilegung des Konflikts lehnte Hekmatyar ab. Er bezeichnete die an den Gesprächen Beteiligten als die falschen Verhandlungspartner in dieser Sache.

Streikrecht: Die Union zweifelt an Tarifparteien

Seiters im WELT-Gespräch: Notfalls wird Gesetzgeber handeln

GÜNTHER BADING, Bonn

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist noch keine Vorentscheidung über eine Änderung des umstrittenen Streikparagraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) gefallen, wie sie vom Koalitionspartner FDP verlangt ist. Man wolle und werde erst abwarten, ob die Sozialpartner „bereit und in der Lage sind", der Aufforderung des Kanzlers Folge zu leisten, und eine einvernehmliche Regelung zu schaffen, die die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in künftigen Arbeitskämpfen sicherstelle, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Rudolf Seiters, gegenüber der WELT.

In der Frage der Neutralität der Nürnberger Anstalt im Streikfall gebe es „nach wie vor Rechtsunsicherheit und Handlungsbedarf. Der Kanzler hat in den Dreiergesprächen – und das ist nach wie vor gültig – erklärt, der Gesetzgeber werde auf eine Regelung verzichten, wenn die Tarifpartner und die Selbstverwaltung in der Lage wären, die strittigen Punkte unter sich zu klären," sagte Seiters. Die Union würde es „begrüßen, wenn die Sozialpartner bei der schwierigen Problematik der Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in der Lage wären, künftige Tarifkonflikte zu entschärfen. Es wäre ohne jeden Zweifel gut, wenn sich Arbeitgeber und Gewerkschaften im Wege freiwilliger Vereinbarungen auf eine Beschränkung der Arbeitskampfmittel verständigen könnten." Ob es dazu komme, müsse jetzt abgewartet werden. Die Union sei nicht bereit, sich nervös machen zu lassen.

„Allerdings werden wir im November zu entscheiden haben, ob die Tarifpartner und die Selbsteverwaltung bereit und in der Lage sind, das Arbeitskampfrecht neu zu ordnen. Wenn sie dazu nicht in der Lage sind oder nicht bereit sind, muß der Gesetzgeber handeln. Wir werden darüber am 5. November in einer Koalitionsrunde sprechen." Ob dann schon Entscheidungen getroffen würden, sei noch offen, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer. Aber der November ist ein wichtiges Datum."

Zu Vorhaltungen aus der FDP, die sich erst am Montag in einer Präsidiumssitzung erneut für eine sofortige gesetzliche Regelung ausgesprochen hatte, dementierte Seiters, daß es mit ihm Verhandlungen oder Absprachen für ein solches Vorgeben ohne Rücksicht auf die Sozialpartner gegeben habe. „Es gibt natürlich in beiden Koalitionsparteien, auch bei uns, eine gehörige Portion Skepsis, ob sich die Tarifparteien hier bewegen. Und ich sage noch einmal: wenn es hier keine Bewegung gibt, muß der Gesetzgeber handeln." Man müsse die Antwort der Tarifparteien abwarten, wobei es „nicht auf einen Tag oder eine Woche ankommt."

In einer gestern in Bonn verbreiteten Pressemitteilung des FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann heißt es, Nach der Koalitionsrunde über 116 AFG kommenden Dienstag werde „das Gespräch des Bundeskanzlers mit den Tarifparteien zu dieser speziellen Regelung abgewartet." Erst danach werde enstchieden, wobei Bangemann davon ausgehe, daß angesichts der bekannten Positionen der Tarifpartner eine Regelung durch den Gesetzgeber notwendig sei.

Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Hansheinz Hauser, betonte gestern in Bonn, daß „in der Fraktion zu dieser Problematik noch keine Entscheidung getroffen worden ist."

Hauser wies Vorwürfe der Gewerkschaften zurück, eine gesetzliche Regelung sei ein Angriff auf die Tarifautonomie. „Ausgerechnet diejenigen, die sonst mit Recht bei jeder Gelegenheit das hohe Gut der Tarifautonomie beschwören, wollen sich ganz selbstverständlich *aus einem staatlichen* Topf zur Stärkung ihrer Kampfkraft bedienen."

UR. Bonn

Der Wirtschaftsrat der CDU hat die Bundesregierung aufgefordert, „noch in dieser Legislaturperiode" eine Entscheidung zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit zu treffen und den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zu novellieren. „Die Tarifparteien sind und bleiben überfordert, an die Stelle des Gesetzgebers zu treten", sagte der Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates, Rüdiger von Voss. Er warnte die Gewerkschaften davor, „mit tarifpolitischen Entscheidungen und neuen Taktiken den Gesetzgeber zu unterlaufen". Dies sei nichts anderes als eine Absage an die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes, sagte Voss weiter.

Medien: Läßt Hessen private Anbieter zu?

D. GURATZSCH, Wiesbaden

In der hessischen SPD deutet sich ein Schwenk in der Medienpolitik an. Eine halbe Woche nach den Beratungen der Ministerpräsidenten über einen Medienstaatsvertrag in Saarbrücken, die an der kompromißlosen Haltung Hessens gescheitert waren, hat die SPD-Landtagsfraktion bei einer Klausurtagung in Wetzlar beschlossen, daß nun doch Möglichkeiten geprüft werden sollen, ein Gesetz für die Einspeisung privater Programme auszuarbeiten.

Nach Angaben von SPD-Fraktionschef Ernst Weltecke plädierte die Mehrheit der Abgeordneten für ein derartiges Gesetz, obwohl „niemand in der Fraktion" tatsächlich für eine Verkabelung sei.

Das entscheidende Argument in der Diskussion sei gewesen – so berichtete Weltecke –, daß Parabolantennen auf Grund der technischen Entwicklung ohnehin bald so billig sein würden, daß der Empfang privater Stationen auch in Hessen auf Dauer nicht verhindert werden könne.

Haushaltsberatungen unter Vorbehalt

Nea. Mainz

Die laufenden Beratungen des rheinland-pfälzischen Landeshaushalts 1986 werden von den beiden Fraktionen CDU und SPD im zuständigen Ausschuß nur noch unter Vorbehalt geführt. Der Grund: Die jetzt bekanntgewordenen neuerlichen Millionenverluste der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL), an der die zur Hälfte dem Land Rheinland-Pfalz gehörende Landesbank Rheinland-Pfalz mit über 26 Prozent beteiligt ist.

Übereinstimmend verlangten die Fraktionsvorsitzenden Wilhelm (CDU) und Scharping (SPD) von den *Verantwortlichen schnellstmögliche* Aufklärung über die endgültig zu erwartenden Verluste, damit die mit Sicherheit entstehende Zusatzbelastung des Landeshaushalts berücksichtigt werden könne.

In Mainz wird damit gerechnet, daß das Land zusätzlich über 50 Millionen Mark wird aufbringen müssen, um die DAL zu sanieren.

Hoher Realzins

cd. – Mancher Bundesbürger mag sich verschaukelt fühlen. Denn ausgerechnet in jenen Wochen, in denen der Kapitalmarktzins zu steigen begann, kappte die Kreditwirtschaft den Spareckzins um einen halben Prozentpunkt auf 2,5 Prozent. Da haben die Bankmanager ihr Schäfchen gerade noch rechtzeitig ins trockene gebracht, so scheint es; denn jetzt, nachdem die Kapitalmarktzinsen innerhalb weniger Wochen um mehr als einen halben Prozentpunkt geklettert sind, wäre die Reduzierung des besonders in der veröffentlichten Meinung so stark beachteten Spareckzinses wohl nicht mehr so leicht zu „verkaufen" gewesen.

Zum Weltspartag sei aber daran erinnert, daß der optisch dürftige Eckzins so übel gar nicht ist, wenn man nur einmal einen Blick auf die Inflationsrate wirft, die mit 1,7 Prozent im Jahresvergleich *die* niedrigste seit langem ist. Dann zeigt sich nämlich, daß der Realzins für den Normalsparbuchbesitzer, also das, was nach Abzug der Geldentwertungsrate vom Eckzins übrigbleibt, so hoch ist wie nie zuvor. Und das ist sicher mehr als nur ein schwacher Trost, nachdem die Inflation über Jahre hinweg nicht nur den Zins total aufgezehrt, sondern auch noch Teile des Ersparten vernichtet hatte.

Im übrigen hat es sich inzwischen längst herumgesprochen, daß andere Anlagen mehr als doppelt so hohe Zinsen abwerfen wie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist – auch ohne Börsenkursrisiko. Wer daraus immer noch nicht die Konsequenzen gezogen hat, der sollte es tun.

Flottenpolitik

Mk. – Die Kapriolen, die zur Begründung von Subventionen geschlagen werden, sind häufig schon beachtlich. Dies ist auch bei den Hilfen für die deutsche Hochsee*flotte der Fall*. Warum der Bund – die Kapitalbeteiligung der Länder mag wegen des unmittelbaren Bezugs zu den Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen *noch* eher verständlich sein – Mittel bereitstellt, um die Zusammenarbeit von Firmen zu ermöglichen, ist kaum einsichtig. Vielfalt und Sicherheit der Versorgung wird genannt. Dazu sind aber wohl nicht unbedingt deutsche Schiffe notwendig. Wer die Abhängigkeit vom Ausland ins Feld führt, verdrängt, daß wir auch bei anderen Produkten sehr gut von Importen leben. Das „Ausland" *ist* auch kein Monopolist, der unangemessene Preise erzwingen kann. Und wenn es darum gehen sollte, daß Fangquoten auch ausgenutzt werden, so ist dieses doch wohl *Aufgabe der Firmen. Lohnt* sich dies nicht, dann sollten selbst zeitlich befristet keine Steuergelder eingeschossen werden. Die Anpassung kann dann auch *nur* hinausgezögert werden.

Schrecken ohne Ende

Von JOACHIM GEHLHOFF

Gemischte Gefühle erzeugt der Beschluß des EG-Ministerrates zur Verlängerung des Stahlkrisen-Managements über das Jahr *1985* hinaus vor allem in einem Punkt. Entgegen dem zuvor harten Widerstand von Bundesregierung und deutscher Stahlindustrie wird der oft feierlich beschworene Stopp aller Subventionen mit dem Ende dieses Jahres nun noch einmal durchlöchert. Schließungsbeihilfen, so lautet nun der Kompromiß, sollen den EG-Stahlunternehmen auch über 1985 hinaus noch aus öffentlichen Kassen gewährt werden dürfen.

Das Trostpflaster, daß solche weiteren Subventionen angeblich nur noch einen Umfang von kaum 1,5 Milliarden DM ausmachen werden, verdeckt nur notdürftig eine schwärende Wunde. Erstens weiß man aus bisheriger und für die Deutschen leidvoller EG-Subventionspraxis nur zu gut, daß solche Vorab-Schätzungen in aller Regel von den nachfolgenden Untaten weit übertroffen werden.

Zweitens und vor allem ist bei dieser Gelegenheit wieder einmal darauf hinzuweisen, daß die lange Dauer der nun elfjährigen europäischen Stahlkrise ihren Hauptgrund in den zum schieren Wahnsinn ausgeuferten Subventionen hat: Notwendiger Kapazitätsabbau im Zuge der Neuorientierung europäischen Stahlpotentials an die weltweite Verlagerung der Produktionsstandorte zugunsten Dritter und Vierter Welt wurde immer wieder durch Subventionen verzögert, abgemildert, im Endeffekt nicht zügig genug vorgenommen.

Bis Ende dieses Jahres werden die für EG-Stahlunternehmen gezahlten oder bewilligten Subventionen bereits die aberwitzige Summe von 114 Milliarden DM erreicht haben. Die deutsche Stahlindustrie, die ein Drittel der EG-Stahlproduktion stellt, ist an diesem Segen aus staatlichen Füllhörnern mit 6,9 Prozent und ohne den Sonderfall Arbed-Saarstahl gar nur mit 3,5 Prozent beteiligt.

Das ist nicht der Schnee von gestern, über den man ab 1986 getrost zur Tagesordnung übergehen könnte. Allein in diesem Jahr sind über 30 Milliarden DM (davon in der Bundesrepublik nur eine Milliarde) von dieser Subventionslawine ins Rollen gekommen. Zumal in solchen Größenordnungen wirkt das Mißverhältnis der Subventionen zum Nachteil der Deutschen wettbewerbsverfälschend. Dies deshalb, weil Subventionen erfahrungsgemäß nicht nur in „marktneutrale" Umstrukturierung fließen, sondern in erheblichem Umfang in die Produktpreise übergehen und zumindest das europäische Stahlpreisniveau zu Lasten der Nichtsubventionierten drücken.

Anders als mit diesen Subventionsfolgen können es sich die deutschen Stahlproduzenten beispielsweise überhaupt nicht erklären, daß die Preise für ihr Hauptprodukt Flachstahl auch bei einem Dollarkurs von 2,60 DM in den beiden anderen großen Stahlregionen der freien Welt (USA und Japan) um 40 und 15 Prozent höher als auf dem gemeinsamen Europamarkt liegen.

Nur solche Folgen der Subventionslawinen haben denn auch die in der deutschen Stahlindustrie dominierenden und auf Marktwirtschaft eingeschworenen Privatunternehmen bestimmt, über 1985 hinaus auf eine Fortsetzung des strengen amtlichen Krisenmanagements der Produktions- und Lieferquoten für weitere drei Jahre zu plädieren. Diese Schonfrist bis zur Rückkehr in den freien Leistungswettbewerb scheint ihnen unerläßlich, um das Versickern der Subventionsfolgen abzuwarten und nicht von den Hochsubventionierten aus dem Markt gepustet zu werden.

Diese Schonfrist hat der Ministerrat jetzt im wesentlichen gewährt. Ärgerlich für die Deutschen dabei, daß neben Betonstahl, der nur noch drei Prozent der deutschen Walzstahlerzeugung ausmacht, auch die wichtigeren oberflächenveredelten Feinbleche ab 1986 aus dem Quotenkorsett herausgenommen werden. Denn gerade auch bei diesen Qualitätsprodukten tobt der subventionierte Verdrängungswettbewerb.

Einen notwendigen politischen Kompromiß mit „erheblichen Mängeln" nennt denn auch der deutsche Stahlproduzentenverband den Ministerratsbeschluß. Wie gravierend die Mängel zu Lasten der deutschen Stahlwerke ausfallen werden, wird in den nächsten Jahren entscheidend davon bestimmt, wieviel Subventionen bei den Nachbarn noch durch die jetzt offen gebliebenen Schlupflöcher strömen.

EUROPÄISCHER STAHLMARKT / Vorsichtige Lockerung der Krisenregelungen

Bonner Einlenken ermöglicht eine unerwartete Einigung im Ministerrat

WILHELM HADLER, Luxemburg

Über eine vorsichtige Auflockerung des Krisenregimes auf dem europäischen Stahlmarkt haben sich die Wirtschaftsminister der EG jetzt verständigt. Gleichzeitig legten sie fest, daß öffentliche Beihilfen an die Stahlunternehmen vom 1. 1. 1986 an nur noch für Umwelt- und Forschungsaufwendungen so wie zur Finanzierung von Sozialplänen und zum Ausgleich für ein endgültiges Ausscheiden von Unternehmen aus der Stahlproduktion gezahlt werden dürfen.

Die Einigung kam für die Experten überraschend. Sie soll die europäische Stahlindustrie schrittweise wieder den Bedingungen des freien Wettbewerbs aussetzen. Zunächst allerdings werden nur zwei Erzeugnisse (Betonstahl und beschichtete Bleche) aus dem System obligatorischer Pro*duktionsquoten herausgenommen*.

Beide Produkte haben derzeit zusammen einen Anteil von knapp 15 Prozent an der dem Krisenregime unterliegenden Gemeinschaftserzeugung. In einem Jahr will der Ministerrat entscheiden, ob von 1987 weitere Erzeugnisse (Walzdraht und verzinkte Bleche) von der Produktionsbegrenzung befreit werden können.

Der Einigung waren wie üblich langwierige Beratungen vorausgegangen. Dabei ging es vor allem um die Sicherung einer gerechten Verteilung der bestehenden Quoten auf die einzelnen Mitgliedsstaaten. Beschlossen wurde unter anderem, daß die EG-Kommission aus einer dreiprozentigen „Reserve" bestimmte Aufbesserungen bei den Unternehmensquoten vornehmen kann. Dabei soll sichergestellt werden, daß kein Land mehr als ein Prozent seines gegenwärtigen Marktanteils verliert. Überrascht hat vor allem die Kompromißbereitschaft der Bundesregierung. Dadurch daß Bonn zunächst entschieden gegen jede Fortführung von Stillegungsbeihilfen Front gemacht hatte, erreichte es jedoch wenigstens eine strikte Eingrenzung der auch *über den 1. Januar 1986 hinaus zulässigen* Subventionen.

Eigentlich hätten diese Zahlungen voll verboten werden müssen. Mehrere Mitgliedsländer haben aber keinen Hehl daraus gemacht, daß bei ihnen der Prozeß der Umstrukturierung der Stahlindustrie noch nicht abgeschlossen ist. Die vereinbarte Regelung ist nach deutscher Darstellung jedoch „wasserdicht". Die Kriterien für die Genehmigung seien so eingeengt, daß von vornherein jedem Mißbrauch ein Riegel vorgeschoben worden sei.

Nach dem Text des Beschlusses dürfen Beihilfen zur Übernahme von bis zu 50 Prozent der Zahlungen an freigesetzte oder vorzeitig in den Ruhestand getretene Arbeitnehmer noch bis Ende 1988 gezahlt werden, wenn diese nicht die üblichen Kosten überschreiten und tatsächlich durch die Schließung von Stahlwerksanlagen verursacht werden. Beihilfen für die endgültige Einstellung von Aktivitäten, die unter die Bestimmungen des Montan-Vertrages fallen, können ebenfalls für drei Jahre als mit dem ordnungsmäßigen Funktionieren des Gemeinsamen Marktes vereinbar angesehen werden, falls der Subventionsbetrag eine bestimmte Höhe nicht übersteigt und von unabhängigen Gutachtern überprüft wurde.

Die EG-Kommission rechnet mit *einem* Beihilfevolumen *in der* Größenordnung von nur 500 bis 600 Millionen Ecu (rund 1,3 Mrd. DM). Auch die Subventionen für den Umweltschutz und für Investitionen im Bereich von Forschung und Technologie dürfen künftig bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten. Griechenland würden zusätzlich regionale Beihilfen zugestanden, soweit sichergestellt ist, daß diese nicht zu neuen Produktionskapazitäten führen.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der wegen Krankheit nicht an der Sitzung teilnehmen konnte, begrüßt, daß mit der Entscheidung den Stahlunternehmen der Gemeinschaft rechtzeitig eine klare Grundlage für ihre Dispositionen geschaffen worden sei. Dieser Stahl-Kompromiß sei ein Erfolg für Europa und gebe Hoffnung für eine weitere positive Entwicklung mit dem Ziel der Herstellung von normalen Marktverhältnissen für die europäische Stahlindustrie.

STEINKOHLENTAG

Riesenhuber: Sparen trifft auch Kohle-Subventionen

HANS BAUMANN, Essen

„Wenn diese Bundesregierung den Haushalt sanieren und Steuern senken will, dann muß sie auch die Sub*ventionen auf das unverzichtbar Not*wendige beschränken." Mit dieser Feststellung antwortete der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, auf „zarte Wünsche" des Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG, Heinz Horn, auf dem Steinkohlentag 1985 in Essen. Horn hatte in seiner Ansprache Bund und Land aufgefordert, die vorgesehene Kürzung der Zuschüsse für Investitionen und Kohleheizkraftwerke noch einmal zu überprüfen.

Riesenhuber verwies den Steinkohlenbergbau darauf, daß es für tüchtige Unternehmer reizvoller sein müsse, die Kosten in den Griff zu bekommen, als auftretende Lücken von außen schließen zu lassen. Für die deutsche öffentliche Hand sei es auch mit Blick auf die EG und die Subventionsgebaren mancher Nachbarn überzeugender, wenn sie die Subventionen im eigenen Land fest im Griff habe.

Der Minister hatte aber auch Lob für die deutsche Steinkohle. So bescheinigte er ihr, daß sie auch in schwierigster Situation eine „schmerzhafte Anpassung" ihrer Kapazitäten an den geänderten Bedarf vorgenommen und nicht nur reine Kohleinteressen vertreten habe. Der Rückgang der Förderung von 120 auf 80 Mill. Tonnen ist für ihn eine „phantastische Leistung", die mit Hilfe einer „kundigen Gewerkschaft mit Augenmaß" erbracht worden sei.

In einer sehr pragmatischen Rede stellte Heinz Horn fest, daß die Kohlepolitik des Bundes prinzipiell kontinuierlich fortgeführt werde. Doch zu Sorgen gebe es dennoch Anlaß genug. So beklagt Horn die Stahlsubventionen der übrigen EG-Länder, die 1985 eine Größenordnung von 30 Mrd. Mark hätten. Dadurch werde die Position der deutschen Steinkohle unmittelbar bedroht. Demgegenüber hätten sich die Schatten aus Brüssel aufgelöst, die sich mit der Androhung auf die deutsche Steinkohle gelegt hätten, in Europa 40 Mill. Tonnen Förderkapazität stillzulegen. Nichts sei bei diesem Vorschlag bedacht gewesen.

Aber auch an die heimische Adresse wandte sich Horn, an „wirtschaftsferne Schreibtische", die forderten, „daß man die traditionellen Industrien ruhig eingehen lassen könne", nach fünf Jahren verfüge man dann über eine Million neuer Arbeitsplätze.

Sollen wir, so fragt Horn, den deutschen Steinkohlenbergbau weiter schrumpfen lassen. „Sollten wir gesellschaftspolitische, sollten wir soziale Ungereimtheiten aus Südafrika importieren, oder auch aus Polen?", will Horn wissen. Kohlepolitik darf sich nach seiner Ansicht nicht von Alltagsfragen irre machen lassen.

AUF EIN WORT



„Die Gefahr wächst, daß jeder nur noch jene Wirklichkeit in Form von Zeitungen, Politikerreden, dienstlichen *und privaten Kontakten* zur Kenntnis nimmt, die er für richtig hält. Dies ist die Gefahr einer sich mehr und mehr polarisierenden Gesellschaft."

Hermann Haboch, Präsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, Frankfurt

FOTO: WOLFGANG ECKHARDT

Baker-Plan macht Fortschritte

DW. Washington

Die internationalen Kreditinstitute unterstützen grundsätzlich den Plan des US-Finanzministers Baker, in einer gemeinsamen Aktion mit den Entwicklungsländern, den multinationalen Organisationen und den Geschäftsbanken die Verschuldungsprobleme in 15 Staaten zu lösen. Allerdings wollen sie die Regierungen der westlichen Industriestaaten in das Konzept einbeziehen, verlautete nach einer Sitzung internationaler Banken in Washington. Der Baker-Plan sieht vor, daß die Geschäftsbanken in den nächsten drei Jahren für 20 Mrd. Dollar zusätzliche Kredite gewähren; Weltbank und Entwicklungsbanken neun Mrd. Dollar.

MASCHINENBAU

Fachkräftemangel hemmt das Wachstum der Branche

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Maschinenbau, mit gut einer Million Mitarbeiter größter deutscher Industriezweig, läuft zur Zeit auf vollen Touren. Die Kapazitäten sind zu fast 90 Prozent ausgelastet, die Auftragsbestände sichern die Beschäftigung für 6,2 – vor Jahresfrist waren es noch 5,5 – Monate. Die Zahl der Kurzarbeiter ist per Ende September auf 4000 (1984: 21 000; Durchschnitt 1983: 120 000) zusammengeschmolzen, und die meisten Betriebe suchen händeringend Facharbeiter, so der Branchenverband VDMA.

Für das Gesamtjahr 1985 erwarten die Maschinenbauer ein Produktionsplus zwischen acht und neun Prozent. Bis Ende August war ein Zuwachs von knapp neun Prozent erreicht. Ohne die Engpässe am Arbeitsmarkt, so meinen die Unternehmen, wären Produktion und Beschäftigung wahrscheinlich noch stärker gestiegen. Dabei hatte die Branche schon im *August 34 000 Arbeitsplätze* mehr besetzt als ein Jahr zuvor.

Noch sehen die Konjunkturbeobachter des VDMA kein Ende des Aufschwungs: Auch 1986 soll die Produktion um mindestens fünf Prozent zunehmen. Dann wird sich auch bei Absatz und Umsatz eine Verschiebung bemerkbar machen, die in diesem Jahr erst bei den Auftragseingängen deutlich wurde.

Während nämlich die bis Ende 1984 wachstumsbestimmende Auslandsnachfrage seit Jahresbeginn an Dynamik verlor, haben die Inlandsbestellungen spürbar Fahrt aufgenommen. So ergab sich die reale Auftragszunahme von zehn Prozent bis Ende September aus einem Inlandsplus von 14 und einem Auslandszuwachs von sieben Prozent. Dieser Trend wird sich nach Einschätzung des Verbands auch 1986 fortsetzen.

ARBEITSMARKT

Befristete Verträge werden immer häufiger angeboten

S. SCHUCHART, Düsseldorf

Das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz (BFG) hat nach Worten des Geschäftsführers der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln, Ernst-Günther Mager, vor allem durch die Erleichterung des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge zu greifen begonnen. Erste Umfragen hätten ergeben, daß gerade kleine und mittlere Unternehmen von dieser Möglichkeit zunehmend Gebrauch machten, während größere Unternehmen häufig an der ablehnenden Haltung der Betriebsräte scheiterten, erklärte Mager auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Personalführung, Düsseldorf.

Mager kritisierte, daß der Gesetzgeber die mit dem BFG verfolgten Intentionen nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht habe. So sei zum Beispiel das Verhältnis des BFG zu bestehenden Tarifverträgen im Gesetz nicht eindeutig geregelt. Die dringlichen Appelle seines Verbandes an die Arbeitgeber, verstärkt befristete Arbeitsverträge einzugehen, sei deshalb mit dem Risiko behaftet, daß diese im Wege der Rechtsprechung dann doch wieder zu Dauerarbeitsplätzen gemacht werden könnten.

Demgegenüber betonte der Parlamentarische *Staatssekretär im* Ar*beitsministerium*, Wolfgang Vogt, den Vorrang und zwingende Anwendung des BFG gegenüber tarifvertraglichen Regelungen. *Die* Zielsetzung des BFG, Neueinstellungen zu erleichtern und dadurch die im Zuge der konjunkturellen Erholung entstehende Mehrarbeit auf mehr Beschäftigte zu verteilen, wäre sonst gefährdet, erklärte Vogt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neue Börsenordnung bis zum Jahresende

Frankfurt (cd.) – Noch bis zum Jahresende würden die Voraussetzung für eine neue Börsenordnung in der Bundesrepublik geschaffen, die dafür sorgt, daß die acht Regionalbörsen zu einem Markt zusammenwachsen, der auch den internationalen Anforderungen gewachsen ist. Das kündigte F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, gestern an. Eine Reform sei viel zu lange durch Partikularismus und „kurzsichtiges Kirchturmsdenken" blockiert worden. Auf einer Pressekonferenz der Deutschen-Bank-Tochter DWS schätzte Christians die weiteren Kurssteigerungschancen an der deutschen Aktienbörse günstig ein.

Bahn mit sieben Prozent

Frankfurt (cd.) – Die Absatzchancen für die am Dienstag beschlossene und zunächst als unverkäuflich geltende *siebenprozentige zehnjährige* Bahnanleihe über 800 Mill. Mark, von der 650 Mill Mark zu pari zur Zeichnung angeboten werden, haben sich gestern verbessert. *Grund: Die leichte* Erholung des Rentenmarktes, wo der Anstieg der Pfandbriefrenditen auf 7,5 Prozent erstmals seit längerer Zeit lebhaftere Nachfrage ausgelöst hat.

BGH zu Philip Morris

Karlsruhe (dpa/VWD) – Der Kartellsenat des Bundesgerichtshof (BGH) hat die Rechtsbeschwerde im Falle des US-Zigarettenkonzerns Philip Morris und der zur südafrikanischen Rembrandt-Group gehörenden Rothmanns-Gruppe für gegenstandslos erklärt. Damit ist das Verfahren vor den deutschen Kartellgerichten noch nicht zu Ende. Der BGH sah sich nicht veranlaßt, über den ursprünglichen Zusammenschluß, der vom Bundeskartellamt im Februar 1982 untersagt worden war, zu entscheiden, da diese Fusion durch neue, im März 1984 geschaffene Beteiligungsverhältnisse bei Rothmans als erledigt betrachtet wurde. Damals hatte Philip Morris seine Beteiligung auf 30,8 Prozent des Nominalkapitals und etwa 24,9 Prozent der Stimmrechte reduziert. Das Bundeskartellamt hatte diese neue Konstruktion im Juli 1985 ebenfalls vorsorglich untersagt, um die gesetzlichen Fristen zu wahren. Gegen diese Untersagung ist Beschwerde der Unternehmen beim Kammergericht Berlin anhängig.

Hermes-Regeln begrüßt

Bonn (Mk.) – Die Neufassung der Ausfuhrgewährleistungen des Bundes (Hermes-Deckungen) ist in der Form, wie sie vom Wirtschaftsministerium vorgelegt wurde, nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wesentliche Forderungen der Wirtschaft seien allerdings unberücksichtigt geblieben. Positiv wird das Treuhandmodell bewertet, mit dessen Hilfe der deutschen Exportwirtschaft durch Nutzung ausländischer Kapitalmärkte Fremdwährungskredite zugänglich werden und für den neuen Auszahlungsmodus bei Exportkrediten je nach Fortschritt der Fertigstellung.

Ablehnung bekräftigt

Bonn (DW.) – Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU hat ihre ablehnende Haltung zum Entwurf des Landes Baden-Württemberg zur Novellierung des Ladenschlußgesetzes bekräftigt. „*Die* für die Klett-Passage in Stuttgart oder andere unterirdische Einkaufspassagen in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Möglichkeiten *zur verlängerten Ladenöff*nungszeit müssen unbedingt auf Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern beschränkt bleiben," schreibt der Bundesvorsitzende Gerhard Zeitel in einem Brief an die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Bundesländer.

IATA-Kongreß beendet

Hamburg (dpa/VWD) – Die internationalen Linienfluggesellschaften stehen vor der schwierigen Aufgabe, die wirtschaftlichen Probleme der Zivilluftfahrt zu lösen, die in den nächsten Jahren auf sie zukommen. Dies erklärte der neugewählte Präsident der International Air Transport Association (IATA), der Marokkaner Mohamed Mekouar, zum Abschluß der *dreitägigen 41. Generalversammlung* der Internationalen Lufttransport-Vereinigung in Hamburg.

WITAG

Klage der Anleger hatte Erfolg

AP, Köln

Die zur Kölner Unternehmensgruppe Rüger gehörende Westdeutsche Immobilien-Treuhand AG (Witag) muß nach einem Urteil des Kölner Landgerichts vom Mittwoch an 130 Anleger Einlagen in Höhe von mehr als 13 Millionen Mark zurückerstatten. Nach einem mehrjährigen Rechtsstreit entschied die 23. Zivilkammer am Mittwoch in erster Instanz, die Werbung der Witag für steuersparende Beteiligungen am Bau von zwei Hotelanlagen auf Gran Canaria Anfang der 70er Jahre habe falsche Angaben über die Absicherung der Kapitaleinlagen enthalten. Grundbuchrechtliche Sicherungen, wie sie den interessierten Anlegern von der Witag zugesichert worden seien, bestünden nach spanischem Recht überhaupt nicht, erklärte das Gericht in seiner Begründung. Die in den Prospekten enthaltenen *Zusicherungen seien* „jedoch *zumindest* mit ursächlich" für die Kapitalbeteiligungen der Anleger gewesen.

Die Kölner Anwälte des als Abschreibungsspezialist bekanntgewordenen 52jährigen Immobilienkaufmanns Detlev Renatus Rüger, der nach Überzeugung der Zivilkammer von Beginn an einen „entscheidenden Einfluß" auf die Konzeption der Spanien-Fonds gehabt habe, kündigten Berufung gegen dieses Urteil an.

Von insgesamt rund 1000 Anlegern der Witag-Fonds hatten 130 die Klage beim Kölner Landgericht eingereicht, nachdem sie von Rüger in den 70er Jahren mit Hinweis auf „hohe Finanzierungslücken" bei den beiden Hotelprojekten auf Gran Canaria zu mehreren nachträglichen Einlageerhöhungen aufgefordert worden waren.

THYSSEN STAHL / Nächste große Investitionsetappe durch noch mehr Umweltschutz verdoppelt die Betriebskosten

„Wir weisen auf die Zeichen an der Wand hin"

J. GEHLHOFF, Duisburg

Aus der dieser Tage im Bundesrat verabschiedeten neuen und abermals verschärften „Technischen Anleitung (TA) Luft" folge für die Thyssen Stahl AG, Duisburg, in den nächsten acht Jahren ein zusätzlicher Umweltschutz-Investitionsschub von 950 Mill. DM, nachdem in den letzten zehn Jahren insgesamt etwa 600 Mill. DM für diesen Zweck investiert wurden. Vor allem durch Anstieg von Kapitaldienst und „umweltverteuertem" Stromverbrauch sei zu erwarten, daß sich die laufenden Umweltschutz-Betriebskosten von derzeit etwa 50 DM je Stahltonne auf reichlich 100 DM verdoppeln und damit ein Zehntel des heutigen Produkterlöses erreichen.

Hauptsächlich zwei gewichtige Punkte hat der Vorstand des größten privatwirtschaftlichen Stahlproduzenten in der EG, der Duisburger Thyssen Stahl AG, an diesem nun vor der Presse *vorgetragenen Fazit* kritisch anzumerken. Vorsitzender Heinz Kriwet und sein Stellvertreter Karl-August Zimmermann betonen: Erstens bringe die verschärfte TA Luft bei Thyssens großen (Oxygenstahl-) *Hüttenwerken am Duisburger* Niederrhein aus nun erforderlichen „Nachbesserungs"-Investitionen an den Entstaubungsanlagen (pro Anlage zweistellige Millionenbeträge) nur eine „auch meßtechnisch kaum noch wahrnehmbare" Steigerung des Entstaubungsgrades von 99,86 auf 99,93 Prozent.

Angesichts so geringer Effizienz und einer (beispielsweise beim Schwefeldioxid) zur Hälfte durch widrige Winde aus den Kaminen lässigerer Ausländer in Ost und West importierten Verschmutzung des Himmels in der Bundesrepublik sieht Thyssens Stahlvorstand aus der neuen TA Luft „zum Teil krasse Fehlinvestitionen" auf das eigene Unternehmen wie auf die Branche zukommen.

Zweiter Kritikpunkt: Man würde diese Kostensteigerung aus „überzogenem *Umwelt-Perfektionismus"* (wie auch alle anderen Erhöhungen der Produktionskosten) mehr oder weniger klaglos schlucken, wenn wenigstens die nahe (EG-) Auslandskonkurrenz mit dem gleichen Schicksal lebte. *Doch ebenso wie beim im*mer noch – trotz der gestrigen EG-Beschlüsse – nicht ganz ausgestandenen Thema der EG-Stahlsubventionen zum Nachteil der Deutschen leben die *EG-Nachbarn, ob Belgier,* Briten, Franzosen oder Italiener, auch beim Umweltschutz „und auch in Zukunft" deutlich unter der hierzulande schon jetzt erreichten Kostenquote von 50 DM je Tonne Rohstahl.

Schlucken muß die Thyssen Stahl AG (die 1984/85 ihr gewinnträchtigstes Geschäftsjahr seit dem letzten Stahlboom von 1974 absolviert haben dürfte) den neuen Umwelt-Kostenschub natürlich ebenso wie die gesamte Branche. Dem Vorstandschef Kriwet (zugleich Vorsitzender des deutschen Stahlproduzentenverbandes) kam es bei der umfänglichen Präsentation von Thyssens Umweltschutzerfolgen in der Stahlerzeugung denn auch auf einen anderen Aspekt an:

„Wir stehen also neben der Belastung aus der im europäischen Vergleich so unterschiedlichen Subventionsgewährung vor einem anderen Aspekt der Politik in Bund und Ländern, *einfach wieder einmal zu testen,* wie belastungsfähig die deutsche Stahlindustrie eigentlich ist." Zwar scheute Kriwet die Voraussage, daß mit den kommenden Umwelt-Zusatzkosten bereits der Punkt erreicht werde, „an dem Teile der deutschen Stahlindustrie an dieser Belastungsprobe zerbrechen". In aller Regel spiele sich derartiges ja auch nicht als bruchartiger Prozeß ab, sondern als schleichende Entwicklung.

„Aber mir kommt es darauf an, die vielleicht noch etwas schemenhaften Zeichen an der Wand nicht zu verschweigen. Vielleicht vermögen unsere Politiker sie nicht zu sehen, vielleicht wollen sie es auch ganz einfach nicht sehen, und vielleicht spielen bei diesem Nichtwollen Wahltermine eine Rolle. Aber es soll der Industrie zumindest nicht nachgesagt werden, wenn vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt diese Zeichen an der Wand drastisch und plastisch mit all ihren Konsequenzen zu sehen sind, wir hätten nicht rechtzeitig darauf hingewiesen."

EG / Vier Jahre für Umsetzung in nationales Recht

Regeln für Investmentfonds

WILHELM HADLER, Brüssel

Über eine Koordinierung der Rechtsvorschriften für Investmentgesellschaften haben sich die EG-Regierungen verständigt. Die formelle Verabschiedung von zwei entsprechenden EG-Richtlinien hängt jedoch noch von der Zustimmung Dänemarks ab, das zuvor noch sein nationales Parlament konsultieren muß.

Ziel der Rechtsangleichung ist es, die *Zulassungsstrukturanlagepolitik* und Publizitätspflichten von „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren" so weit zu harmonisieren, daß Investmentgesellschaften ihre Anteilscheine auch in anderen Mitgliedstaaten frei anbieten dürfen. Das ist wesentlich für die Schaffung eines europäischen Kapitalmarktes.

Bisher unterscheiden sich die Zulassungsvorschriften in den einzelnen EG-Ländern noch erheblich, vor allem was die Pflichten angeht, die Investmentgesellschaften auferlegt sind und die *Kontrollen,* denen sie unterworfen werden. Die Neuregelung auf EG-Ebene soll einen einheitlicheren Schutz der Zertifikatinhaber ermöglichen. Für die Umsetzung in nationales Recht ist allerdings eine Frist von 48 Monaten vorgesehen.

Die Harmonisierungsrichtlinie schreibt vor, daß eine Investmentgesellschaft grundsätzlich für nicht mehr als fünf Prozent ihres Sondervermögens Wertpapiere ein und desselben Emittenten erwerben darf. Die Mitgliedstaaten können diese Grenze jedoch *bis zu zehn* Prozent anheben.

Beschränkt bleibt die Harmonisierung zunächst auf sogenannte Gesellschaften des nichtgeschlossenen Typs, die ihre Anteile beim Publikum vertreiben und deren einziges Ziel die Anlage in Wertpapieren ist.

HOCHSEEFISCHEREI / Kein Einheitsunternehmen

Bonn gewährt Starthilfe

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung hat eine Start- und Überbrückungshilfe von 35 Millionen Mark für die Umstrukturierung und den Zusammenschluß der Hochseefischerei beschlossen. In *den Bundeshaushalt 1986 sollen noch* Ausgaben von 15 Millionen und Verpflichtungsermächtigungen für die beiden folgenden Jahre von jeweils zehn Millionen untergebracht werden. Eine derartige Bundeshilfe soll „letztmalig" gewährt werden.

Damit soll die deutsche Hochseeflotte nach dem Verlust traditioneller Fangplätze aufgrund der Ausweitung der Seemeilenzone *in die Lage* versetzt werden, Fischerei auch in Zukunft betreiben zu können. Durch die Hilfe soll die Zusammenarbeit erleichtert werden. Und zwar ist an eine *gemeinsame Einsatzplanung* der Flotte und an eine gemeinsame Vermarktung gedacht. Der Rationalisierungseffekt wird in dem neuen Strukturkonzept, das im September vorgelegt *wurde, auf sechs Millionen Mark* jährlich veranschlagt. Die zunächst vorgesehene Einheitsgesellschaft soll es nicht geben, sondern drei Unternehmen an zwei Standorten.

Die Cuxhavener GmbH & Co. KG, an deren Kapital von 16 Millionen Mark Stadt und Land mit 46 Prozent und die Reedereien „Nordsee" (Unilever) und Nordstern mit jeweils 27 Prozent beteiligt sind, verfügt über fünf Froster und vier Frischfischfänger. An der Gesellschaft in Bremerhaven (Kapital von 3,2 Millionen) hat das Land Bremen einen Anteil von 49 Prozent, 51 Prozent liegen bei mittelständischen Firmen. Sie arbeitet mit einem Froster und drei Frischfischfängern. Dazu kommt noch die Scombrus KG in Bremerhaven (bereedert von der Firma Pichenpack) mit einem Froster.

Der Kapazitätsabbau sei unvermeidlich gewesen. Er dürfe nicht dazu führen, daß die Einrichtungen an Land nicht mehr ausreichend genutzt werden und für die Anlandungen kein Interesse mehr besteht.

DAL / ESSBERGER-GRUPPE / 100 jähriges Bestehen der Woermann-Linie

Flotte fährt wieder aus der Verlustzone

JAN BRECH, Hamburg

Die traditionsreiche Reederei-Gruppe Deutsche-Afrika-Linien (DAL)/Essberger hält sich im schwierigen Umfeld der internationalen Linienschiffahrt für gut gerüstet, um den Wettbewerb auch auf Dauer bestehen zu können. Nach Angaben der Geschäftsführung sind die vor gut einem *Jahr eingeleiteten Maßnahmen* zur Straffung der Gruppe abgeschlossen. Die Reederei werde 1985 mit einem insgesamt positiven Betriebsergebnis abschließen, das sich durch *außerordentliche Erträge noch* verbessere.

Rechtzeitig zum 100jährigen Jubiläum der Woermann-Linie ist die DAL/Essberger-Gruppe damit wieder aus der Verlustzone gefahren, in die sie 1983 und 1984 geraten war. Die 1885 gegründete Woermann-Linie und die fünf Jahre später dazugekommene Deutsche Ost-Afrika-Linie *sind die Wurzeln der heutigen* Gruppe, die sich im Besitz der Familie Rantzau-Essberger befindet. Mit einer Flotte von 47 Schiffen, von denen 37 im Besitz der Reederei sind, gehört DAL/Essberger zu den großen deutschen Linienreedereien. Der Umsatz betrug im Vorjahr 732 Mill. DM und wird 1985 die gleiche Höhe erreichen. Beschäftigt werden 1280 Mitarbeiter, davon 920 auf See.

Etwa 80 Prozent des Umsatzes fahren die Linienschiffe ein. Die DAL hält traditionsreiche Dienste in das südliche Afrika, nach West- und Ostafrika sowie in den Indischen Ozean. Probleme hat in den letzten Jahren aufgrund der Ereignisse in Nigeria vor allem die Westafrika-Fahrt gemacht, die auch 1985 ohne Gewinn *fährt.*

Die restlichen 20 Prozent entfallen auf die Tramp-, Tanker- und Zementfahrt. In der Bulkfahrt werden nach drastischen Einschnitten 1985 die Kosten wieder eingefahren. In der Tankfahrt hat sich die Reederei Essberger mit positivem Ergebnis auf die Transporte von Chemikalien in der Nord- und Ostsee konzentriert. Im Einsatz sind zur Zeit neun Schiffe. Die Flotte der neun Spezialtanker für Zement ist langfristig verchartert und leistet, wie es heißt, einen stabilen, positiven Beitrag zum Gesamtergebnis.

Britische Firmen optimistisch

fu, London

Das Ergebnis der jüngsten Quartalsumfrage des britischen Industrieverbandes CBI ist positiver ausgefallen als erwartet. Das verarbeitende Gewerbe meldet weiterhin eine Zunahme der Produktion und der Auftragseingänge. Das Ergebnis beruht auf einer Kostenentwicklung in diesem Sektor, die seit 18 Jahren nicht mehr so günstig war wie derzeit. Entsprechend heben weniger Unternehmen ihre Preise an. Die Voraussage des Schatzkanzlers, die Inflationsrate werde bis Mitte nächsten Jahres bis auf 3,5 Prozent gefallen sein, wird glaubwürdiger. Darum fordert das CBI eine „drastische" Zinssenkung, wobei mit drastisch wohl ein Rückgang von derzeit 11,5 auf 9,5 bis zehn Prozent *Basiszins gemeint ist.*

WESTLB-PROGNOSE / Günstige Einkommenentwicklung belebt den Konsum

Industrie bleibt auf Wachstumskurs

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Industrieproduktion dürfte 1986 um 3,5 Prozent steigen, nachdem sie im laufenden Jahr um etwa 4,5 Prozent wachsen wird. Das stellt die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, in ihrer jüngsten Branchenprognose fest. Angesichts der günstigeren Einkommensaussichten werde sich auch die Konsumnachfrage „deutlich beschleunigen". Damit bekomme die Industrieproduktion bei weiter hoher Auslandsnachfrage und reger Investitionstätigkeit im Inland 1986 ein breites Fundament. Das Institut geht von einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 2,5 (1985) und drei Prozent (1986) aus.

Die Analysten der Bank haben festgestellt, daß eine Reihe von Branchen, vornehmlich die, die stark im Export engagiert sind, über beachtliche Auftragsbestände verfügen. In Teilbereichen komme es bereits zu Kapazitätsengpässen.

Stark belastend wirkt sich der Prognose zufolge 1985 jedoch der Rückschlag in der Bauwirtschaft aus. Immerhin wird mit einem Rückgang der Bautätigkeit um sieben (plus 1,6) Prozent gerechnet. Auch 1986 dürfte sich das *Plus* nur um 0,5 Prozent bewegen. Voll davon getroffen sind vor allem die Industrie der Steine und Erden (minus zehn Prozent).

Produktionsrückgänge der ebenfalls vom Bau in Mitleidenschaft gezogenen Zulieferbranchen Feinkeramik und Stahlbau halten sich jedoch in Grenzen. Tief im Konjunkturschatten befindet sich die Möbelindustrie *(minus fünf Prozent). Für 1986* stehen die Zeichen mit plus drei Prozent jedoch wieder wesentlich besser.

Diese Negativfaktoren tragen für 1985 in der Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrie insgesamt dazu bei, daß die Produktion hier nur bescheiden (ein bzw. 0,5 Prozent) wächst, allerdings mit deutlich verbesserten Chancen (1,5 bzw. zwei Prozent) 1986.

Demgegenüber haben die Investitionsgüter-Branchen mit einem Plus von 8,5 Prozent (1985) und 5,5 Prozent (1986) geradezu Hochkonjunktur. Dabei weisen EDV, Elektrotechnik und Fahrzeugbau 1985 Wachstumsraten von jeweils zehn Prozent aus. Auch der Maschinenbau zeigte mit einem Plus von sieben Prozent ein Wachstum wie seit Ende der 60er Jahre nicht mehr.

Im kommenden Jahr wird die Industrieproduktion durch inländische Impulse und hier vor allem durch den privaten Verbrauch weiter vorankommen. Die Steuerreform, steigende Beschäftigung, bei den Tarifabschlüssen eher Lohnerhöhungen als Arbeitszeitverkürzungen sowie stärkere Anhebung der Sozialeinkommen werden zu einer Aufbesserung der verfügbaren Einkommen und der Ausgabenfreudigkeit führen.

Von dieser Konsumbelebung dürfte die Autoindustrie am stärksten profitieren. Die WestLB rechnet hier mit einer Steigerung der Inlandsneuzulassungen um zehn Prozent. Dagegen bleiben die Expansions-Chancen für andere Verbrauchsgüter – Textilien, Lederwaren und Druckerzeugnisse ausgenommen – durch den weiterhin hohen Importdruck in Grenzen. Nahrungs- und Genußmittel bleiben mit einem Plus von zwei Prozent 1986 leicht unter dem Vorjahr (2,5 Prozent).

„Entschuldung von Arbed nötig"

sz. München

„Keineswegs hoffnungslos" sind die Aussichten für die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, die in den letzten Jahren nur mit hohen staatlichen finanziellen Hilfen über Wasser gehalten wird, eines nicht allzu fernen Tages ein „subventionsfreies Leben" führen zu können. Diese Ansicht vertrat gestern in München Roland Berger, geschäftsführender Gesellschafter der gleichnamigen Unternehmensberatungsfirma, die vor wenigen Wochen mit der Erstellung eines Sanierungskonzeptes für Arbed beauftragt worden war.

Voraussetzung dafür sei eine radikale Entschuldung des Unternehmens. Bund, Land und die betroffenen Banken müßten sich auf eine „Konkurssimulation" verständigen, da Arbed weder konkurs- noch (wie AEG) vergleichsfähig sei; der juristische Weg berge „erhebliche Risiken". Zuvor müßte Arbed den beantragten Zuschuß von 350 Mill. DM aus den Staatskassen erhalten, um „die letzten Meter bis zum Gipfel bewältigen zu können". Allerdings sei neben einer drastischen Produktionsbereinigung ein Personalabbau von rund 3000 bis 3500 Mitarbeiter nötig.

KAUFHOF / Konzerngewinn auf Vorjahreshöhe

Mit Reno ins Schuhgeschäft

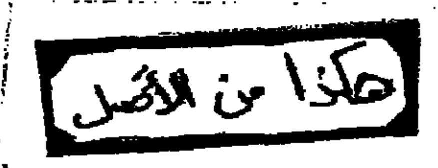
JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Die Kölner Kaufhof AG, Führungsgesellschaft des *zweitgrößten* deutschen Warenhauskonzerns, hat sich mit Wirkung vom 1. Januar 1986 mit 50 Prozent an dann 15 Mill. DM Stammkapital der Reno Versandhandel GmbH, Thaleischweiler bei Pirmasens, beteiligt und die Hälfte dieser Beteiligung mit Zustimmung des Bundeskartellamts bereits rückwirkend zum 1. Januar 1985 erworben. Verkäufer sind die beiden noch mit 50 Prozent beteiligten geschäftsführenden Gesellschafter Dieter Götz und Franco Prosser, mit denen zusammen der Kaufhof die Reno-Gruppe „in partnerschaftlicher Zusammenarbeit" führen will.

Die bei der „Versandhandel GmbH" konzentrierte Reno-Gruppe gilt nach stürmischer Expansion als größter deutscher Schuhversender. Der 1984 mit 740 Beschäftigten auf 270 (202) Mill. DM gesteigerte Umsatz, davon 57 (25) Mill. DM in eigenen Schuh-Fachmärkten, soll 1985 auf 365 *Mill. DM mit 108 Mill. DM Anteil des* stationären Handels steigen.

Der Kaufhof-Konzern sieht in diesem Engagement, wie Vorstandsvorsitzender Jens Odewald sagt, ein weiteres Stück seiner Diversifikationsstrategie auf einem Markt mit noch attraktiven Wachstumschancen. Zusammen mit den Schuhabteilungen seiner Kaufhöfe und Kaufhallen (1984er Umsatz 113 Mill. DM) steigt der Konzern durch das Reno-Engagement zum (nach der Deichmann-Gruppe) zweitgrößten deutschen Schuheinzelhändler empor.

In den ersten drei Quartalen 1985 hat der Konzern seinen Umsatz geringfügig um 0,4 Prozent auf 5,97 Mrd. DM gesteigert und die Personalkosten um 0,8 Prozent auf 1,16 Mrd. DM reduziert. Trotz immer noch anhaltender Kaufzurückhaltung der Kunden sei der Ertrag bisher auf Vorjahresniveau geblieben; so werde es wohl auch bis Jahresende („und vielleicht ein bißchen besser") sein, erwartet Odewald. Die Kaufhöfe erzielten bis Ende September 3,77 Mrd. DM Umsatz (minus 1,3 Prozent), die Kaufhallen 1,16 Mrd. DM (minus 1,9 Prozent), dagegen die Versand-Mehrheitsbeteiligung Wenz 364 Mill. DM (plus 2,8 Prozent).



HANDEL / Immer weniger Kunden in den Innenstädten

Verkehrsanbindung ungelöst

HANNA GIESKES, Köln

„Den deutschen Innenstädten droht die Verödung." Das ist das Fazit einer Untersuchung zum Thema „Kundenverkehr", die die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) jetzt vorgelegt hat. Danach habe sich der Besucherrückgang weiter verstärkt, teilt der Verband mit.

BAG-Vizepräsident Theodor Althoff lastet diese Entwicklung vor allem der vielfach unzureichenden Verkehrsanbindung und der großen Parkplatznot an: „Die Erreichbarkeit ist für den Einzelhandel ein entscheidender Wettbewerbsparameter im Vergleich zu anderen Vertriebsformen an der Peripherie"; jede Erschwerung der Verkehrssituation im Zentrum begünstige den Konkurrenten „auf der grünen Wiese".

Althoff befürchtet, „daß dieser Zusammenhang vielen Kommunalpolitikern auch heute noch nicht ausreichend deutlich zu sein scheint". Ihre teilweise „völlig konzeptionslose" Ansiedlungspolitik großer Verbrauchermärkte in den Außenbezirken, ihre vielfach autofeindliche Haltung „ohne ausgleichende Maßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr" hätten die Lage der Innenstädte weiter verschlechtert. Auch in Sachen Wohnungsbau sollten sich die Kommunalpolitiker etwas einfallen lassen, „um die Abwanderung aus den Zentren zu bremsen". Wohnen im Innenstadtbereich müsse wieder attraktiver gemacht werden.

An der Untersuchung, die die BAG jetzt zum sechsten Mal vorlegt, haben sich insgesamt 588 Unternehmen in 249 deutschen Städten beteiligt. An drei Tagen im Oktober 1984 wurden nahezu eine Million Besucher befragt; gezählt wurden 22 Millionen. Es ergab sich, daß die Gesamtzahl der Besucher im Vergleich zu 1980 am Donnerstag um 8,3 Prozent und am Freitag um mehr als zehn Prozent zurückgegangen ist.

Lediglich der lange Samstag brachte eine Zunahme um 2,1 Prozent, „weil die Leute dann mehr Zeit haben". Die Frage, ob mehr Zeit an einigen Abenden in der Woche durch eine Verschiebung des Ladenschlusses nicht auch mehr Besucher in die Innenstädte bringen könnte, wurde von Althoff verneint. Er ist vielmehr der Ansicht, daß dies vor allem den großflächigen Einzelhandelsbetrieben vor den Toren der Städte zugute käme, „und das trägt noch weiter zur Auszehrung der Citys bei". Im übrigen habe sich die Besucherfrequenz zeitlich vorverlagert. Die Spitzen liegen bei 13 und 16 Uhr, so daß auch von daher kein Anlaß zu abendlichem Verkauf bestehe.

Einen erheblichen Besucherzuwachs registrierten die Textilgeschäfte, heißt es weiter; am langen Samstag waren es 21,4 Prozent mehr als 1980. Kleinpreisgeschäfte indes hätten einen überdurchschnittlich hohen Rückgang hinnehmen müssen, „und das macht deutlich, daß der Kunde in den Innenstädten zunehmend ein hochwertiges Angebot erwartet". Der durchschnittliche Einkaufsbetrag sei allerdings auch 1984 weiter gesunken. Da in den Innenstädten die Verkaufsflächen nicht mehr wachsen, kann Althoff sich das nur mit der „allgemeinen Kaufzurückhaltung" erklären.

NAMEN

Anton Malburg ist zum Vorsitzenden des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) in Rheinland-Pfalz gewählt worden. Dr. **Egon Augustin**, Dr. **Günther Herzog** und Dr. **Karl-Heinz Seibold** wurden Stellvertreter.

Dr. Dr. **Herbert Berg**, Geschäftsführer der Wacker-Chemie GmbH, München, feierte am 26. Oktober seinen 80. Geburtstag.

Dr. **Hans Joachim Borst**, Vorstandsmitglied der Flughafen Frankfurt/Main AG, wurde in den regionalen Verwaltungsrat der europäischen Sektion der International Civil Airport Association gewählt.

Peter Stürmann wurde Geschäftsführer der von zur Mühlen'sche Unternehmensberatungsgesellschaft mbH. H. Sicherheitsberatung, Bonn.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: Nachl. d. Friedrich-Carl Alexander Struwe; Verlagsges. Gesundheit mbH; **Bersenbrück:** Hermann Kramer jun., Quakenbrück; Nachl. d. Helmut Landmeier, Merzen; **Düsseldorf:** Aluma Systems GmbH; top-conception Baubeteiligungs- u. Baubetreuungsges. mbH; **Heilbronn:** Eho-Wohnbau GmbH, Schwaigern-Massenbach; Ernst Forche, Inh. d. Fa. efo-Zeichengerätebau, Obersulm-Willsbach; **Idstein:** Schober Bauges. mbH; **Kehl:** Nachl. d. Albert Richard Olivon; **Oldenburg:** Wilhelm Gebken Fahrzeugbau (KG), Tweelbäke; **Stade:** Tierschutzverein Stade e.V.

Anschlußkonkurs eröffnet: München: Schwäbische Druckpapierverarbeitung WERPA Papierges. mbH & Co. KG, Gräfelfing.

Vergleich eröffnet: Worms: Corvus Chemische Fabrik Dr. W. Holthof GmbH.

Vergleich beantragt: Lampertheim: Möbel-Marsch GmbH, Biblis; **Reutlingen:** Texma H. Klotz GmbH u. Co. KG, Metzingen; Texma-Textilhandels-GmbH, Metzingen.

OTTO-VERSAND / Auslandsengagement weiter verstärkt – Erstmals hinter dem Branchenwachstum geblieben

Stagnation nach stürmischen Expansionsjahren

JAN BRECH, Hamburg

Der Otto-Versand, Hamburg, der einschließlich seiner Auslandsaktivitäten die zweitgrößte Versandhandels-Gruppe der Welt darstellt, verstärkt sein Auslands-Engagement. Wie der Vorstandsvorsitzende Michael Otto bei der Vorlage der Bilanz für das Geschäftsjahr 1984/85 (28. 2.) erklärte, seien im Prinzip alle westlichen Industriestaaten für Otto potentielle Märkte. Vor allem die europäischen und nordamerikanischen Märkte würden ständig beobachtet und analysiert.

Konkrete Schritte hat Otto bereits in der Schweiz und in Spanien eingeleitet. So hat die Tochtergesellschaft Heinrich Heine Versand Anfang dieses Jahres die Heinrich Heine AG in Zürich gegründet. Diese Gesellschaft hat von dem inzwischen liquidierten Seyffer-Versand, Zürich, rund 400 000 Versand-Adressen übernommen und testet gegenwärtig, ob ein Einstieg in den Schweizer Markt lohnt. In Spanien erwarb die 3 Suisse International, an der Otto zu 50 Prozent beteiligt ist, 50 Prozent des größten Versenders Venca. Bei Venca mit einem Umsatz von erst 43 Mill. DM sieht Otto noch erhebliche Wachstumsreserven.

Das Auslandsgeschäft wird in der Otto-Gruppe damit weiter an Gewicht gewinnen. Mit der Spiegel Inc., dem mittlerweile drittgrößten Versandhaus in den USA, 3 Suisse und deren Beteiligungen sowie dem holländischen Otto-Ableger macht das außerhalb Deutschlands abgewickelte Geschäft 1984/85 bereits 45 Prozent des Gesamtumsatzes aus.

Der Griff nach neuen ausländischen Märkten steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Versandhandels in der Bundesrepublik. Die Zeiten überdurchschnittlichen Wachstums sind in diesem Handelssektor vorbei, eine Erfahrung, die Otto im Berichtsjahr deutlich zu spüren bekommen hat. Nach vielen Jahren der stürmischen Expansion stagnierte der Konzernumsatz bei 4,4 Mrd. DM. Zum erstenmal blieb Otto auch hinter dem Branchenplus von 2,7 Prozent zurück. Michael Otto begründet den nicht prognostizierten Wachstumsstillstand einmal mit einem Einbruch im engeren Weihnachtsgeschäft 1984. Den rigorosen Preiswettbewerb habe Otto nicht mitgemacht und bewußt auf Umsätze verzichtet. Zum anderen umfasse das Otto-Geschäftsjahr die 1985 sehr nachfrageschwachen Wintermonate Januar und Februar.

Statt Umsatz um jeden Preis zu machen, habe sich das Unternehmen vorrangig an der Ergebnissicherung orientiert, erklärt Otto. Die Verbesserung des Brutto-Jahresüberschusses um elf Prozent und der Rendite von 3,8 auf 4,2 Prozent entspringt jedoch nicht dem operativen Geschäft. Im Ergebnis schlägt sich der aus steuerlichen Gründen vollzogene Verkauf der US-Gesellschaft Spiegel an die Gesellschafter des Otto-Versands mit einem außerordentlichen Ertrag von rund 22 Mill. DM nieder. Läßt man diese Transaktion unberücksichtigt, hat Otto die im Einzelhandel noch immer stattliche Rendite von 3,8 Prozent gehalten.

Was die Gesellschafter Otto AG für Beteiligungen (65 Prozent), die Verlagsgruppe Brost & J. Funke GmbH & Co KG (25 Prozent) und die KG Aurum Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH (10 Prozent) für die Übernahme von Spiegel in ihre Portefeuilles zahlten, fließt weitgehend in Form von Dividenden zurück. Aus dem Überschuß werden 36 Mill. DM der Rücklage zugeführt und 92 Mill. DM ausgeschüttet. Dazu kommen 33 Mill. DM aufgelöster Rücklagen.

Die im Berichtsjahr eingetretene Wachstumspause des Inlandskonzerns wertet Otto nicht als Indiz dafür, daß im deutschen Versandhandel keine Expansion mehr möglich sei. In diesem Bereich werde derjenige auch weiterhin Erfolg haben, der sich in seinen Marktsegmenten innovativ entwickele. Daß sein Haus dazu zählt, ist für Otto selbstverständlich, den Service bezeichnete Otto schlicht als den „besten in der Branche".

Die vorläufigen Zahlen für das neue Geschäftsjahr lassen allerdings noch nicht erkennen, ob Otto auf den Wachstumspfad zurückkehren wird. Das Frühjahr/Sommer-Halbjahr sei unbefriedigend, der Start in die Herbst/Winter-Saison gut gewesen, erklärt Otto. Per Ende Oktober lag das Umsatzplus allerdings nicht über 0,5 Prozent. Freundlicheres Klima für den gesamten Einzelhandel und damit auch den Versandhandel erwartet Otto erst im Jahr 1986.

Otto Versand	1984/85	±%
Gruppenumsatz		
(Mill. DM)	9394	+ 11,1
davon		
Otto Versand	3434	+ 0,1
Heine	390	+ 2,6
Schwab	623	+ 0,3
Fegro	410	- 0,7
Spiegel (USA)	2040	+ 18,0
3 Suisse (Frankreich)	2403	- 24,2
Otto (Holland)	95	+ 5,9
Belegschaft		
Gruppe	22 872	+ 4,2
Konzern	10 776	- 1,0
Jahresüberschuß	138	+ 11,8
in % vom Umsatz	4,2	(3,8)
Eigenkapital	348	+ 0,6
in % d. Bilanz-Summe	23,5	(22,0)

ITS-Reisen mit hohem Umsatzplus

dpa/VWD, Hamburg

ITS-Reisen, drittgrößter deutscher Touristikveranstalter, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 10.) das bisher beste Ergebnis erzielt. Wie das Unternehmen in Hamburg mitteilte, stieg die Zahl der Gäste mit 566 062 Buchungen um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Umsatz wuchs um 16 Prozent auf 510 Mill. DM. Der Geschäftserfolg ist vor allem auf das gute Abschneiden der Flugreisen (Anteil 68 Prozent) zurückzuführen. Hier betrug die Buchungssteigerung 10 Prozent. Autoreisen (Anteil 29 Prozent) wurden um 3 Prozent, Bahn- und Busreisen (Anteil 2 und 1 Prozent) um 15 beziehungsweise 24 Prozent mehr gebucht.

Aufkommenstärkstes Reiseziel blieb Spanien mit einem Anteil von 42 Prozent aller Buchungen (plus 1 Prozent). Die Verlierer waren bei ITS Österreich mit einem Minus von 16 Prozent und Frankreich mit 7 Prozent minus. Der Sommerurlaub 1986 bleibt bei ITS, das unter den Marken Kaufhof/Hertie-Reisen, ADAC-Flugreisen, Glücks- und Prima-Reisen verkauft, weitgehend preisstabil.

PIERBURG / Widersprüche über die Gespräche mit dem Gesellschafter Bosch

Übernahme durch Siemens fast perfekt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die schon auf der Frankfurter Automobilausstellung Mitte September umgehenden Gerüchte über den Einstieg der Siemens AG bei der Neusser Pierburg GmbH & Co. KG, haben feste Gestalt angenommen. Allerdings ist längst nicht mehr von einer Beteiligung, sondern von der Übernahme des gesamten Pierburg-Stammkapitals von 70 Mill. DM die Rede. Damit sind auch Planspiele über einen Gang an die Börse vom Tisch.

Die Verhandlungen zwischen beiden Unternehmen, das ist das einzige, was sie sich entlocken lassen, sind bereits sehr weit gediehen. Wenn es auch kein untrügliches Zeichen ist: Siemens hat beim Bundeskartellamt die Übernahmeabsicht angezeigt. Die Prüfung der Kartellhüter kann eine Woche, aber auch (maximal) zwei Monate dauern.

Bei den Verhandlungen geht es im Augenblick nur noch um Ausgestaltung der Verträge. Der Übernahmepreis für die 80 Prozent der Pierburg-Familien steht schon fest. Die Familien seien mit dem Preis auch zufrieden. Die im Unternehmen tätigen Manager und Namensträger Pierburg sollen ihre Positionen behalten. Gerade aber Nachfolgeprobleme sollen letztlich für den Verkauf entscheidend gewesen sein.

Fest steht auch, daß Siemens die 20 Prozent Bosch-Anteile an Pierburg haben will. Während jedoch Siemens Gespräche mit Bosch darüber bestätigt, wird das von einem Bosch-Unternehmenssprecher dementiert. So habe man sich auch noch keine Meinung über die grundsätzliche Frage bilden können. Mit Pierburg werden seit Jahren elektronische Vergasersysteme entwickelt. Bosch liefert auch die elektronische Steuerung für das Pierburg Ecotronic-Vergasersystem. Auch mit Siemens wird seit Jahren kooperiert.

Pierburg, mit Werken in Neuss, Nettetal und Berlin im Bereich der Vergasertechnik (45 Prozent des 550-Mill.-DM-Umsatzes), der Auto- und Flugzeug-Motorkomponenten (Kraftstoffpumpen, elektrische und hydraulische Steuerungs- und Regelungselemente sowie Abgasrückführungssysteme mit 35 Prozent) sowie der Meßgeräte tätig, beschäftigt rund 5500 Menschen. Außerdem produziert Pierburg in Frankreich, Spanien, Argentinien und Brasilien mit Hilfe von Beteiligungen für die Erstausrüstung dortiger Autohersteller.

Pierburg bezeichnet sich selbst als den größten Vergaserhersteller Europas und als Belieferer praktisch aller namhaften Autohersteller des europäischen Kontinents. Wettbewerber sind vor allem die italienische Weber-Gruppe (Fiat), Solex (Frankreich) und SU (England).

Für Siemens ist Pierburg auf dem Weg von der Autoelektrik (Kabel, Zündelektrik) zur Auto-Elektronik interessant, einem auf mittlere Sicht sehr aussichtsreichen Gebiet. Im Schnitt der letzten Jahre hat Pierburg jährlich 40 Mill. DM investiert und rund acht Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung ausgegeben.

KARSTADT

Einbußen bei Umsatz und Ertrag

Py. Düsseldorf

Mit der „enttäuschenden Entwicklung des warenhausrelevanten Konsums sowie Sonderbelastungen im Zusammenhang mit strategischen Umstrukturierungsmaßnahmen" begründet der Karstadt-Vorstand den gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Rückgang von Umsatz und Ertrag. In seinem Zwischenbericht für die ersten neun Monate dieses Jahres wird jedoch die Hoffnung auf mildernde Einflüsse für den Jahresabschluß durch ein reges Weihnachtsgeschäft geäußert. Den nicht näher bezifferten Ertragsrückgängen im Kaufhausbereich stehen jedoch bei den Tochtergesellschaften Neckermann Versand und NUR Touristik „deutliche" Ergebnisverbesserungen gegenüber.

Die 162 Karstadt-Verkaufshäuser mit rund 1,28 Mill. qm Verkaufsfläche verzeichneten einen Umsatzrückgang um 2,5 Prozent auf 6,1 Mrd. DM. Ohne Veränderung der Verkaufsfläche wäre der Umsatz um 1,6 Prozent zurückgegangen. Die Karstadt-Reisebüros steigerten dagegen den Umsatz um 4,9 Prozent auf 329 Mill. DM. Neckermann hatte einen Umsatzzuwachs von 4,8 Prozent auf 1,13 Mrd. DM, NUR Touristik buchte Reisen im Wert von 1,23 Mrd. DM (plus 9,3 Prozent). Der Konzern beschäftigt zur Zeit 7150 Mitarbeiter.

FINANZANZEIGEN

DAIMLER-BENZ AG
Stuttgart

Angebot
an die Aktionäre der
AEG Aktiengesellschaft,
Berlin und Frankfurt am Main

Die Daimler-Benz AG beabsichtigt, an der AEG Aktiengesellschaft eine maßgebliche Beteiligung zu erwerben. Das hierzu erforderliche Verfahren vor dem Bundeskartellamt ist eingeleitet.

Die Daimler-Benz AG hat am 14. Oktober 1985 rd. nom. DM 205 Mio neue Aktien der AEG zum Preis von DM 170,– je 50-DM-Aktie erworben; das sind 24,9 % des derzeitigen Grundkapitals der AEG. Diese Aktien wurden mit Zustimmung von Aufsichtsrat und Vorstand der AEG unter teilweiser Ausnutzung des für Kooperationszwecke geschaffenen genehmigten Kapitals bereitgestellt.

Ferner hat die Daimler-Benz AG Vereinbarungen getroffen, die – vorbehaltlich der Genehmigung des Bundeskartellamtes – den Erwerb der Mehrheit am Grundkapital der AEG sicherstellen. Diesen Vereinbarungen liegt ein Preis von DM 170,– je 50-DM-Aktie *zugrunde.*

Der Erwerb der Beteiligung erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Gesellschaften.

Die Daimler-Benz AG räumt hiermit auch allen übrigen Aktionären der AEG die Möglichkeit ein, ihr *AEG-Aktien zum Preis von DM 170,– je 50-DM-Aktie* zum Verkauf anzubieten. Aktionäre, die hiervon Gebrauch machen wollen, werden gebeten, ihre

AEG-Aktien mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1 – 20 und Erneuerungsschein
– Wertpapier-Kenn-Nummer 503 800 –
in der Zeit vom 15. November 1985 bis 31. Januar 1986

bei einem der nachstehend genannten Kreditinstitute während der üblichen Schalterstunden anzumelden und zur Verfügung zu stellen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG

Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische *Landesbank Girozentale*
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Deutsche Genossenschaftsbank
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Länderbank AG
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Der Erwerb der AEG-Aktien durch die Daimler-Benz AG steht unter dem Vorbehalt, daß das Bundeskartellamt hiergegen keine Einwände erhebt. Mit der Anmeldung erklären sich die AEG-Aktionäre einverstanden, daß ihre Aktien bis zum Abschluß des Verfahrens vor dem Bundeskartellamt, längstens jedoch bis zum 25. Februar 1986 einschließlich, zur Verfügung der Deutsche Bank AG gehalten werden.

Von der Aufhebung des kartellrechtlichen Vorbehalts *wird die Daimler-Benz AG die AEG-Aktionäre unver*züglich durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger unterrichten. In jedem Fall wird die Daimler-Benz AG jedoch ihre Entscheidung über den Erwerb der ihr angebotenen Aktien spätestens am 25. Februar 1986 bekanntgeben; bis zu diesem Zeitpunkt sind die *AEG-Aktionäre an ihr Angebot gebunden.*
Der Kaufpreis für AEG-Aktien, die die Daimler-Benz AG durch Annahme von Kaufangeboten erwirbt, ist spätestens am 27. Februar 1986 fällig. Die Daimler-Benz AG kann ihr angebotene AEG-Aktien bereits vor Ablauf der Angebotsfrist erwerben und bezahlen, sobald der kartellrechtliche Vorbehalt zum Erwerb der Aktien gegenstandslos wird. Der Verkauf der Aktien ist für die AEG-Aktionäre provisions- und börsenumsatzsteuerfrei.

Die Daimler-Benz AG verpflichtet sich, alle Aktionäre der AEG, die ihre Aktien aufgrund dieses Angebots veräußern, durch eine zusätzliche Entschädigung *(Nachbesserung) solchen Aktionären gleichzustellen,* die etwa künftig aufgrund eines von der Daimler-Benz AG oder eines ihr nahestehenden Dritten abgegebenen öffentlichen Kauf-, Umtausch- oder Abfindungsangebots einen höheren Erlös für die Veräußerung ihrer AEG-Aktien erzielen sollten. Diese Verpflichtung *gilt bis zum 30. September 1987.*

Stuttgart-Untertürkheim, im Oktober 1985

Der Vorstand

Internationale Ausschreibung betreffs Lieferung von Stahlrohrleitungen

Die Industries Chimiques du Senegal (ICS) errichten mit Finanzierung durch die Weltbank ein Werk zur Valorisierung von feinen Phosphatrückständen im Senegal.

Diese Anzeige betrifft die Lieferung der Rohrleitungen für die Beförderung der verschiedenen flüssigen Stoffe dieses Werks. Das zu liefernde Material umfaßt:

Stahlrohre und Zubehör nach den Normen NFA 49150
Durchmesser 200 bis 700 mm
Gesamtlänge ca. 10 000 m

Die Verlegung gehört nicht zur Lieferung.

Firmen, die an dieser Ausschreibung interessiert sind, können die entsprechenden Ausschreibungsunterlagen gegen einen Beitrag von 500,00 FF. oder 25 000 F.CFA ab 4. November 1985 von einer der unten angegebenen Adressen anfordern.

Die Angebote müssen den in den Ausschreibungsunterlagen angegebenen Bedingungen und Fristen entsprechen.

– Industries Chimiques du Senegal
M'bao (Senegal), Telex 287

– Industries Chimiques du Senegal
62, rue Jeanne d'Arc, 75646 Paris Cedex 13, Telex 2 00 191

Spezialist f. Schwimmbadtechnik
langjähr. Erfahrung in öffentl. u. priv. Bereich, f. Neubau u. Sanierung.
Hilft Ihnen bei Behördenabwicklung, Planung u. Ausschreibung nach dem neuesten Stand der Technik, Bauleitung, Gutachten.
Angebote erbeten unter T 6474 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bekannter Münchner Bauträger sucht:
seriöse, umsatzstarke
Vertriebsgesellschaften/Anlageberater
für attraktive, steuerbegünstigte Immobilienanlagen in hervorragenden Citylagen Münchens. Eigenkapital 10 Prozent, 100prozentige Finanzierung bei entsprechender Bonität. Mietgarantien bankverbürgt.
Kontaktaufnahme erbeten unter X 6478 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Funk-Alarm-System
Wir haben das technisch perfekte Produkt der Sicherheitstechnik. Hinter diesem System steht eine Erfahrung von über 12 Jahren. Wir suchen seriöse Vertriebspartner für einen expansiven Markt in allen „PLZ-Gebieten". Unser Angebot: hohe Rendite, geringer Investitionsschub.
INAU-Elektronik
Postfach 50 13 09, 5000 Köln 50

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen. Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

CITY BÜROS
Hamburg-Innenstadt
mit Fullservice: Tel., Telex u. -fax., Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

Export-Kaufmann
Hamburg, offeriert Dienste auf freiberufl. Basis (15 J. Export Übersee). Zuschr. erb. u. V 6476 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BRASILIEN
Wir sind eine anerkannte Consulting Company in Rio und bieten deutschen Industrie-, Schiffahrts- und Handelsunternehmen unsere Brasilien-Erfahrung an. Konsultieren Sie uns!
KEF Administracao e Participacoes Ltda., Rio de Janeiro, Av. Mal. Camara 160, Tel. 2 62 – 92 09, Telex (0 21) 3 52 21, Geschäftsführungsmitglied bis 13/11 über HH 5 38 – 32 48 erreichbar.

Firmendomizil in Bonn
Günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 5300 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 69 61, Telex 2 283 718

NEU: Arabische Anzeigen-Broschüre
Wir übersetzen und veröffentlichen Ihre Werbeanzeige für den arabischen Raum! Herausgeber: Arabisches Übersetzungsbüro, Postf. 10 19 45, 2000 Hamburg 1.

USA/Westküste
Export-Kaufmann, 38 J., verlegt Wohnsitz Anfang 1986 nach Californien, welche Firma wünscht Repräsentanz?
Zuschr. erb. u. U 6475 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft Berlin

Wertpapier-Kenn-Nummern
530 300 — 530 303

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der
am Mittwoch, dem 18. Dezember 1985, 11.00 Uhr,
im Internationalen Congress Centrum Berlin, Saal 1, am Messedamm, D-1000 Berlin 19, stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes mit dem Bericht des Aufsichtsrates für das am 30. Juni 1985 abgelaufene 56. Geschäftsjahr.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes.
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und der Mitglieder des Aufsichtsrates.
4. Wahl des Abschlußprüfers.

Weitere Angaben zur Tagesordnung sind im Bundesanzeiger Nr. 204 vom 30. Oktober 1985 veröffentlicht.

Die Aktionäre, die an der Hauptversammlung stimmberechtigt teilzunehmen wünschen, müssen ihre Aktien, soweit es sich um Inhaberaktien handelt, bis spätestens Mittwoch, den 11. Dezember 1985, während der üblichen Geschäftsstunden bei einer der im Bundesanzeiger genannten Stellen hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung belassen.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn die Inhaberaktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Im Falle der Hinterlegung der Inhaberaktien bei einem Notar ist die Bescheinigung des Notars über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder in Abschrift bis spätestens Donnerstag, den 12. Dezember 1985, bei der Gesellschaft einzureichen.

Für Namensaktien gilt folgendes: Aktionäre, die im Aktienbuch eingetragen sind, müssen ihre Teilnahme an der Hauptversammlung spätestens bis zum Freitag, dem 13. Dezember 1985, bei unserer Gesellschaft anmelden.

Berlin 30. im Oktober 1985
Stauffenbergstraße 26

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

EINLADUNG
zur Gesellschafterversammlung der Pommerschen Saatzucht GmbH, Uelzen,
am Montag, dem 9. Dezember 1985, um 13.30 Uhr
in Hamburg, Hotel „Reichshof"

Tagesordnung
1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
2. Feststellung des Abschlusses des Geschäftsjahres 1984/85
3. Entlastung der Verwaltung
4. Beschlußfassung über eine Gewinnausschüttung
5. Neuwahlen im Gesellschafterausschuß
   Die Herren Konrad-Tessen von Heydebreck und Dr. Tessen von Heydebreck bieten ihren Rücktritt turnusgemäß an. Wiederwahl ist zulässig.
   Für den durch Tod ausgeschiedenen Herrn Dobimar von Kameke wird Ersatzwahl gemäß § 7 Ziffer 3 unserer Satzung erforderlich.
6. Verschiedenes

Anmeldung zur Teilnahme an die Pommersche Saatzucht GmbH, Farinastr. 37, 3110 Uelzen 1, erbeten.

Die Geschäftsführung — Der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses

Mercedes-Automobil-Holding Aktiengesellschaft

Wir laden hiermit unsere Aktionäre ein zu der
am Freitag, dem 13. Dezember 1985, 10 Uhr,
im Großen Saal der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, Junghofstraße 11, stattfindenden
Ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung
1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 30. September 1985
2. Verwendung des Bilanzgewinns
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985/86

Der vollständige Wortlaut der Einladungsbekanntmachung ist im Bundesanzeiger Nr. 205 vom 31. Oktober 1985 veröffentlicht.

Frankfurt am Main, 31. Oktober 1985

Der Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

„Unsere letzten ‚Urwälder' müssen endlich unter Naturschutz gestellt werden."


Heinz Sielmann, Filmautor und Mitglied des WWF.

Es gibt noch urwaldartige Gebiete in Deutschland. Mit einer üppigen Pflanzen- und Tierwelt: die Auwälder. Früher einige tausend Quadratkilometer groß, heute nicht einmal mehr hundert.

Ähnlich wie die tropischen Mangrovenwälder von Ebbe und Flut, sind die euro-

Rodung und Staustufen gefährden die Flußauen.

päischen Auen von einem unregelmäßig wechselnden Hoch- und Niedrigwasser gekennzeichnet. Auf dem außerordentlich nährstoffhaltigen Boden gedeiht eine *nahezu paradiesische* Wildnis voller Pflanzen und Tiere. So blühen in den Auwiesen im Mai und Juni sogar noch seltene Orchideenarten. Und hier sind unzählige Tiere zu Hause, die von der Ausrottung bedroht sind: Biber, Fischotter, Storch, Schwarzmilan, Laubfrosch und zahlreiche Libellenarten.

Auwälder gibt es heute in ganz Westeuropa *nur noch* am mittleren Oberrhein, an der Donau und March sowie

Unzählige Tier- und Pflanzenarten bedroht.

an Elbe, Isar und Inn. Doch auch diese letzten natürlichen Überbleibsel sind in höchster Gefahr: Statt sie unter Naturschutz zu stellen,


Solche Auwälder sind Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

werden viele Baum für Baum abgeholzt, um schnellwachsende Pappeln in Reih und Glied zu pflanzen. Oder um *Mais- und Getreidefelder* anzulegen. Außerdem fallen dem Kiesabbau unaufhörlich wertvolle Auenflächen zum Opfer.

Der WWF klärt auf und handelt.

Noch gefährlicher für die Auen Mitteleuropas sind die Bauvorhaben von weiteren Staustufen. Denn dort, wo eine Staustufe gebaut wird, ist die Au für immer zerstört. Nicht nur weil die Altarme abgeschnitten, die Auwälder abgeholzt, neue Straßen gebaut und schnurgerade Kanäle gezogen werden, sondern vor allem weil ohne die natürliche Überflutung viele typische Tier- und Pflanzenarten ihre Lebensmöglichkeit verlieren.

Das muß verhindert werden. Schon seit Jahren engagiert sich die Umweltstiftung WWF-Deutschland (World Wildlife Fund, die größte private Naturschutzorganisation der Welt) für die Erhaltung der Auen und anderer Feuchtgebiete. Durch Pflege und Betreuung

Retten Sie mit dem WWF unsere letzten Auen.

gefährdeter Gebiete, durch Gutachten, Verhandlungen mit Behörden und sogar durch Landkäufe. Denn oft ist dies die einzige Möglichkeit, langfristig wirksame Schutzmaßnahmen umsetzen zu können. Dafür ist Ihre finanzielle Unterstützung dringend erforderlich.

Ich bitte Sie deshalb: Helfen Sie dem WWF bei seiner Arbeit. Ich versichere Ihnen, daß der WWF jede Spende vollständig und ausschließlich für konkrete Naturschutzarbeit einsetzt.

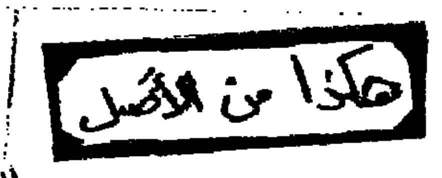
Ja, ich will helfen, daß die letzten natürlichen Feuchtgebiete in Deutschland erhalten bleiben. Bitte geben Sie mir Informationen, wie ich den WWF bei seiner Arbeit unterstützen kann.

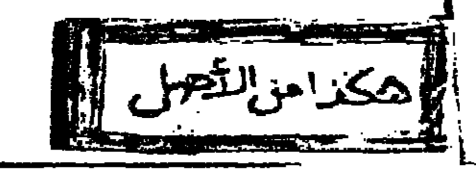
Name ______
Straße ______
PLZ/Ort ______

Diese Anzeige wurde von Ogilvy & Mather, Frankfurt, ohne Honorar gestaltet.
Sie ist nicht aus Spendenmitteln finanziert.



Umweltstiftung WWF-Deutschland
Telefon 069/77 06 77
Spendenkonto 2000
Commerzbank Frankfurt





Renten weiterhin uneinheitlich

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt stand einerseits noch unter dem Schock des für November geplanten Volumens an DM-Auslandsanleihen von mehr als 7 Mrd. DM. Ein Betrag, der in Kreisen der Kapitalmarktexperten als völlig unrealistisch bezeichnet wird. Positiv auf die Stimmung wirkte sich andererseits der leichte Zinsrückgang in den USA sowie die reibungslose Unterbringung neu emittierter US-Staatspapiere aus. Bei den deutschen öffentlichen Anleihen lagen die Kurse teilweise bis zu 0,40 Prozentpunkte fester. Es gab hier aber auch noch weitere Abschläge.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Aktienkurse explodierten

Neue Kaufwelle aus dem Ausland sorgte für Rekordstand

DW. – Massive Kaufaufträge aus dem Ausland setzten den Haussezug am deutschen Aktienmarkt wieder in Bewegung. Besonders bei Siemens, Deutsche Bank, Daimler und Mercedes gab es hohe Tagesgewinne. Daneben lagen auch die Maschinenbauaktien ungewöhnlich fest. Nach einer kurzen Konsolidierungsphase stand auf der bisherigen Kursbasis kaum noch Material zur Verfügung, so daß erhebliche Konzessionen gemacht werden mußten, dadurch erreichten die deutschen Aktienkurse einen neuen Nachkriegsrekord.

Deutschen Banken wurden zeitweise um mehr als 30 DM über Vortagsstand gehandelt. Hier war eine besondere markttechnische Situation dadurch eingetreten, daß es wegen der bevorstehenden Kapitalerhöhung zum Ausgabekurs von 450 DM Positionslösungen gegeben hatte. Die Verkäufer waren offensichtlich davon ausgegangen, das zur Verfügung gestellte Material während der Kapitalerhöhung billiger zurückkaufen zu können. Angeheizt durch die Nachrichten über den rasch wachsenden Auftragsbestand der Maschinenbauer kam es in den Maschinenbauaktien zu geballten Käufen inländischer Investoren. Dadurch erreichte der Klöcknerkurs nach langer Zeit endlich wieder die 100-DM-Marke. Auch an der Mittwochbörse brodelte die Gerüchteküche weiter. Der Anstieg des Rheinmetallkurses wird mit Aufkäufen eines großen deutschen Stahlkonzerns begründet.

Frankfurt: Rheinmetall setzen ihren Kursanstieg um 42 DM fort, Cassella erhöhten sich um 40 DM, und Mainkraft befestigten sich um 26 DM. Adler wurden um 17 DM höher taxiert. Buderus verminderten sich um 8 DM.

Düsseldorf: Alexander befestigten sich um 3 DM, Kabelmetall erhöhten sich um 4 DM, und Kochs Adler zogen um 6 DM an. Bilfinger sanken um 3 DM, DAB verminderten sich um 2 DM, und Gerresheimer Glas gaben um 1,70 DM nach.

Hamburg: Hapag Lloyd stiegen um 12 DM, Beiersdorf wurden mit plus 5 DM gehandelt, und Bremer Vulkan wurden um 2 DM höher taxiert. Unverändert blieben HEW. Reichelt wurden mit plus 1 DM bezahlt.

Berlin: Rheinmetall St. verbesserten sich um 22 DM. Schering erhöhten sich um 5 DM, und Orenstein legten 6 DM zu. Herlitz St. wurden unverändert notiert. Deutsche Hypo gaben um 5 DM nach, und Berliner Kindl verloren 1,60 DM.

München: Bay. Lloyd befestigten sich um 3,50 DM, Deckel legten 2 DM zu, und Erlus verbesserten sich um 10 DM. Aigner sanken um 3 DM, Audi AG wurden um 4 DM niedriger taxiert, und Süd Chemie verminderten sich um 10 DM.

Stuttgart: Porsche verbesserten sich um 15 DM, IWKA legten 12 DM zu und Schwabenzell gewannen 8,40 DM. Müller-Weingarten zogen um 7,50 DM an. Württ. Feuer stiegen um 75 DM an.

Nachbörse: bombenfest

WELT-Aktienindex: 248,22 (242,83)
WELT-Umsatzindex: 11485 (6455)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

	30.10.	29.10.
H Aach M Betl. 10	2050	1987
H Aach. M. Vers. 7	1400	1250
D Aach. Rück. 9	3300	3060
D Aseag *4	430T	440T
M Ack-Gögg. 6	148	147,5bG
H Adca 3	156	151
D Adler 9	381T	300G
F Adt 0	55bG	54,5
F AEG 0	272,5	275
D AEG KABEL 9	350T	360T
S Aesculap 9	468	462

	30.10.	29.10.
D Colonia 5	640	650
D Commerzb. 6	268	258
D Cobk.Rental0 RM	17T	17T
D Conc. Chem. 4,5+3	340G	340bG
B Conc. Spinne * 0	410	405T
D Contigas 7,5	365	355
D Conti Gummi 3	166	164
D Dahlb. St. 7,65	285	290
D dgl. Vz. 14,56	425T	430T
S Daimler 10,5	1142	1118
M Deckel AG 0	206	204
D Dt. Atl. Tel.10+1	570G	570G
H Doag 5	340,5	346,5
D Dt. Babcock St. 3	229,5	225
D dgl. Vz. 3,5	225	218

	30.10.	29.10.
D Hamb. Berg 7+1	256	256
H Hb.Hochb. *4+0,64	98	99bB
H HEW 5	117,5	117,5
H Hdt. Ulb. 9	390G	390bG
Hn Hann. Papier 5,5	133,8	135
H Harmstorf 0	106	105,5
D Harpener 11	361	356,5
F Hartm. & B.St. 4	895	895
F dgl. Vz. 4	815	805G
M Hasen-Bräu 9	1850G	1050G
S Heidelb. Zem. 7	408bG	420
M Heilit & W. 5	298	295B
D Hein. Lehm. *0	270T	270T
D Heier. Ind. *14+4	590T	595
H Hemmoor 12,3	260G	260G

	30.10.	29.10.
F Mainkraft *15	600	574
F MAB 6,5+1	365G	365G
F dgl. Vz. 6,5+1	325B	325B
D Mannesmann 4	258,5	253,5
F Mannh. Vers. 8	775	765
H Markt & K. 7	209	215
F MAN St. 8	205	197
F dgl. Vz. 0	185	184,5
F MAN-Rol. 20,2	529bB	510T
S M.Mill.Weing. *0	315,5	308
D Mauser 0	108	105
F Mercedes 10,5	1048	1011
F Metallges. 0	338	320
S Met. u. Lack 8	116	120G
S Mögg 6,5	420G	420G

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Sydney

Oslo

Tokio

Stockholm

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

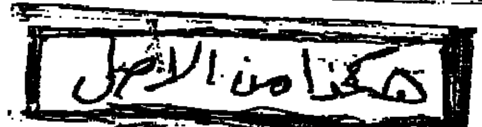
Frankfurt: 30. 10. 85

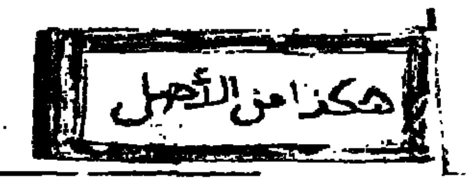
4460 Optionen = 258 300 (214 950) Aktien, davon 501 Verkaufsoptionen = 25 250 Aktien

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte





SIEMENS

Der neue Mehrplatz-PC von Siemens. Für den Anfang. Und für später.

Normalerweise kann ein PC nur wachsen, wenn Sie einen zweiten, dritten oder vierten hinzukaufen. Einschließlich Software, versteht sich. Beim Mehrplatz-PC von Siemens verläuft das Wachstum ein bißchen anders. Er hat einen Prozessor, der einen kontinuierlichen Ausbau der Computer-Arbeitsplätze zuläßt. *Beim MX2 auf 6, beim MX4 auf 16 Plätze.*

SINIX, das Mehrplatz-Betriebssystem für Siemens *PC* sorgt dafür, daß die Software für alle angeschlossenen Geräte gleich ist. *Das bedeutet: Alle vorhandenen* Programme können von allen Mitarbeitern genutzt werden. Und zwar gleichzeitig.

Auch umfangreiche Programme sind kein Problem. Der 32-bit-Prozessor hat genügend Verarbeitungsleistung, um damit fertig zu werden.

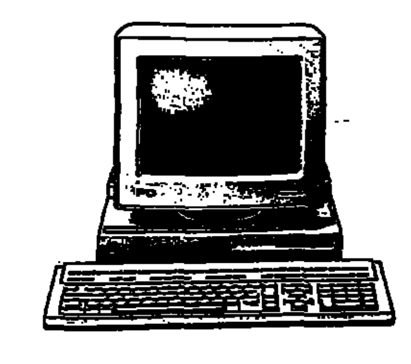
Das Software-Angebot für die Mehrplatz-PC ist äußerst vielseitig, denn SINIX ist UNIX-* kompatibel. Dadurch haben Sie Zugang zu über 1.000 Programmen. Sie reichen von der Standard- und Branchen-Software bis hin zu speziellen Programmen für die Software-Entwicklung.

Damit Ihre Mitarbeiter mit dieser Software besonders gut umgehen können, haben diese PC eine Reihe von Bedienhilfen. Zum Beispiel Masken, Benutzerführung, Tasten für Direktbefehle und »Help«. Und damit Ihre Mitarbeiter bei der Arbeit *immer die neuesten Daten haben,* können die Mehrplatz-PC an alle großen Siemens-Computer angeschlossen werden und die dort gespeicherten Daten abrufen.

Von Ihrem MX4-Arbeitsplatz aus können Sie sogar verschicken, was Sie ausgearbeitet haben: Per Teletex.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 13/1298 Postfach 156, 8510 Fürth.

Lieber gleich die Richtigen. Die Siemens PC



A 19100-D-Z-108

*UNIX ist ein Warenzeichen der Bell Laboratories

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigt ging Silber aus dem Markt, mit größeren Gewinnen Kupfer. Kräftige Einbußen mußte Kaffee hinnehmen. Knapp behauptet war Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	29.10.	28.10.
Dez.	318,50	317,25
März	324,25	324,00
Mai	311,50	311,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	266,75	266,55
Am. Durum	265,49	265,49

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	29.10.	28.10.
	39,00	39,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	20,75	20,75

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Goldmünzen

Geldmarktsätze

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

RE 9 DM 2,65627

RE 9 DM 2,62969

ECU

Junge Aktien

WELT-Aktien-Indices

Kursgewinner:

Kursverlierer:

ECU-Tageswerte

FF	6,74089	
Lira	1493,03	
I£	0,715048	
Bfr	1,81750	
öS	15,5456	
Peseta	135,677	
Skr	6,64155	
Nkr	6,63965	
Kan-$	1,14821	
Esc	137,332	
Fmk	4,74501	
Yen	178,710	
Drachme	129,945	

Dr. med. Ilse Reichel

geb. Robert-Bode

* 31. Oktober 1920 † 27. Oktober 1985

In tiefer Dankbarkeit für die Liebe und Fürsorge, mit der sie unser Leben begleitet hat.

Peter Reichel
Ilse Reichel-Kanfhold
Raimund Kanfhold
Ilse Bode geb. Beindorff
und alle Angehörigen

2000 Hamburg 52, Marconistraße 7

Die Beerdigung findet im engsten Familienkreise statt.
Anstelle zugedachter Blumenspenden bitten wir die Endo-Klinik, Konto Deutsche Bank (BLZ 200 700 00) Nr. 0 606 194, zu bedenken.

Hans Feldbausch

Konteradmiral a. D.

* 5. Oktober 1891 † 20. Oktober 1985

Nach einem erfüllten Leben hat Gott der Herr ihn heimgeholt in seinen Frieden.

Wir danken ihm für seine liebevolle Fürsorge und Treue.

Fritz und Inge Blohm,
geb. Feldbausch
Fritz und Margot Kellinghusen,
geb. Feldbausch
Uta und Erwin
Günter und Andrea
Rüdiger
Helmut
Reinhard und Brigitte
Hermann Feldbausch
Brigitte Feldbausch mit Michael

Rotdornweg 15, 2081 Bönningstedt
Reinbeker Weg 65, 2050 Hamburg-Bergedorf

Die Beisetzung fand im Familienkreise auf dem Friedhof in Hamburg-Bergedorf statt.

Am 27. Oktober 1985 verstarb unser hochverehrter Seniorchef, Herr

Karl Georg

im Alter von 85 Jahren.

Sein Leben war geprägt von einer unermüdlichen Schaffenskraft. Das von ihm gegründete Unternehmen hat er sechs Jahrzehnte lang mit Weitblick und beruflichem Können aufgebaut und geführt. Sein beispielhaftes Pflichtbewußtsein und die Forderungen, die er bis ins hohe Alter an sich selbst stellte, bleiben für uns alle Zeit ein verpflichtendes Vorbild. Wir danken für den klugen Rat, mit dem er bis kurz vor seinem Tod die Aktivitäten seiner Mitarbeiter beeinflußte.

Wir nehmen Abschied von einem außergewöhnlichen Menschen, der für uns in lebendiger Erinnerung weiterleben wird.

**Belegschaft der Firma
Karl Georg
Neitersen**

In Verehrung verabschieden wir uns von

Heins von Have

Er hat als Vorsitzender unseres Verbandes sowie seiner Gremien Menschlichkeit und unternehmerischen Weitblick bewiesen. In Fernost wie in Deutschland fand er Freunde.

Um die deutsche Ostasienwirtschaft hat er sich verdient gemacht.

Vorstand, Beirat, Geschäftsführung, Mitgliedschaft
des
OSTASIATISCHEN VEREINS E. V.

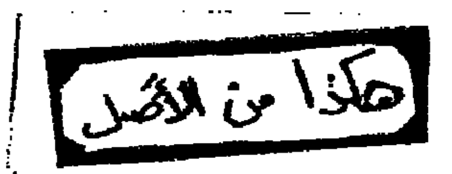
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449



Und der Betzenberg in Kaiserslautern heißt jetzt „Fritz-Walter-Stadion"

Von RUDI MICHEL

Er ist der Kapitän jener Fußball-Weltmeister-Elf, die 1954 den Deutschen angeblich zu einem neuen Selbstwertgefühl verholfen hat. Der Slogan „Wir sind wieder wer" hallte damals aus dem Berner Wankdorf-Stadion bis in die Straßen der noch halbzerstörten Städte. Das ist nicht vergessen; 31 Jahre lang nicht, bis auf den heutigen Tag.

Fritz Walter war der Dirigent, der Regisseur der Mannschaft. So nannten sie ihn in den Medien, denn der Begriff des Spielmachers gehörte noch nicht zum Reporter-Repertoire. Aber Spielmacher war er wohl in erster Linie, und alle Mitspieler haben seine Führungsrolle anerkannt – bis auf den heutigen Tag.

Er war ein Gentleman auf dem Feld und ist es geblieben – bis auf den heutigen Tag. Wegen seiner Noblesse und seiner Bescheidenheit, seiner Haltung und Charakterstärke. Heute wird das Stadion am Betzenberg, in dem er 1938 im Alter von 17 Jahren zum ersten Mal in der ersten Mannschaft des 1. FC Kaiserslautern spielte, in „Fritz-Walter-Stadion" umbenannt. Welch große Ehre für diese wahrhaft große Persönlichkeit des deutschen Sports. So etwas gab es hierzulande noch nie.

Sepp Herberger, legendärer Trainer der WM-Elf von 1954, sagte über Fritz Walter: „Er war mein Stellvertreter auf dem Feld und in meinen Augen der größte Fußballer seiner Zeit. Auf der Höhe seiner Leistung wäre er in einer Welt-Auswahl erster Anwärter auf jeden der drei Posten im Innensturm gewesen." Der Krieg brachte dem Nationalspieler Fritz Walter eine Zwangspause von neun Jahren. Ohne diese Unterbrechung wäre der Fritz mit größter Wahrscheinlichkeit Rekord-Nationalspieler, und mit hoher Wahrscheinlichkeit würde er sogar den Rekord an Länderspielen in der ganzen Welt halten. So brachte er es auf 61 Spiele und 33 Tore.

Die Popularitätskurve des Fritz Walter tangierte zeitweise jene des Max Schmeling, der lange das letzte

STAND ● PUNKT

Sport-Idol der Deutschen war – bis Michael Groß und Boris Becker die Blicke auf sich lenkten.

Aber es bleibt ein Phänomen, daß bei Umfragen nach den bekanntesten Sportlern neben Becker, Beckenbauer, Seeler und Schmeling immer noch der Name Fritz Walter auftaucht. Auch für die junge Generation, die ihn nicht mehr spielen sah, ist der Kaiserslauterer offenbar ein Begriff mit Wertvorstellungen. Fritz Walter selbst sagt dazu: „Sicher zählen nicht nur die sportlichen Erfolge bei mir. Ich bin immer mit beiden Beinen auf dem Boden geblieben, bin ein normaler Mensch geblieben, habe keine Starallüren gekannt und Heldenverehrung verachtet."

Wehe, ein junger Nationalspieler oder einer aus dem derzeitigen Lauterer *Talentschuppen würde ihn bei* einer Stippvisite in der Kabine mit „Herr Walter" anreden. Da kommt spontan die Feststellung: „Ich bin der Fritz." Punkt. Wie Seeler „uns Uwe" ist oder Beckenbauer „Kaiser Franz" *bleibt.*

Der Vorname reicht zur Identifikation. Der Fritz wird heute 65. Er ist mit unbekanntem Ziel vereist, um „irgendwo im kleinsten Kreis" zu feiern. Das paßt zu ihm, so ist der Fritz.

Rudi Michel (64), Leiter der Sport-Redaktion des Südwestfunks, ist einer der profiliertesten deutschen Fußball-Kommentatoren.

Drei Idole, drei Zeitabschnitte deutschen Fußballs: Fritz Walter, Franz Beckenbauer, Uwe Seeler. Ein Nachfolger ist nicht in Sicht. FOTO: RZEPKA

ITALIEN

Grenzen dicht für Littbarski und Rudi Völler?

dpa, Rom

Möglicherweise wird Italiens Fußball die Grenzen für Ausländer nicht wie geplant 1986, sondern erst ein Jahr später öffnen. Eine Sprecherin des italienischen Verbandes erklärte, eine Entscheidung darüber werde erst nach der Weltmeisterschaft im nächsten Jahr fallen. Damit ist auch für deutsche Spieler eine unsichere Situation entstanden. Rudi Völler (Werder Bremen) und Pierre Littbarski (1. FC Köln) werden Abwanderungsgedanken nachgesagt.

„Unser Manager hat mir gesagt, daß die Entscheidung bereits zu 90 Prozent dahingehend gefallen ist, die Grenzen 1986 nicht zu öffnen", sagte der für Inter Mailand spielende Karl-Heinz Rummenigge beim Trainingslager der deutschen Nationalmannschaft in Herzogenaurach. *In fast* allen Vereinen seien die Schlüsselpositionen mit Ausländern besetzt. Dies beeinträchtige die Qualität der Nationalmannschaft sehr. Rummenigge war 1984 bei der letzten Öffnung des italienischen Fußball-Marktes von Bayern München für 11,4 Millionen Mark zu Inter Mailand gewechselt.

Littbarski sagte zu der neuen Situation: „Ich habe mit Rummenigge schon beim Portugal-Spiel in Stuttgart darüber gesprochen. Solange keine Entscheidung gefallen ist, äußere ich mich zu diesem Thema nicht. Das ist mir im Moment zu heikel." Werder Bremens Vizepräsident *Klaus-Dieter Fischer erklärte: „Die* Entwicklung in Italien ist für den Verein völlig neu. Völler hat einen Vertrag bis 1987. Er kann bei uns so lange spielen, wie er will." Die stille Hoffnung von Werder war bisher, Völler im nächsten Jahr für eine Summe nicht weit unter zehn Millionen Mark abzugeben. Mit AC Mailand, AC Turin und Genua hatten schon mindestens drei Vereine ihr Interesse an dem Bremer Torjäger bekundet.

„Ich habe von den Bestrebungen in Italien gehört. Doch das wirft mich nicht um und beunruhigt mich noch nicht einmal", sagte Völler. Zwar habe in seinen Planungen Italien im nächsten Jahr „bei einem entsprechenden Angebot" eine Rolle gespielt. „Doch ich könnte auch noch bis 1987 warten. Mit 25 Jahren bin ich *noch jung genug. Für einen* Wechsel besteht keine Eile."

NACHRICHTEN

Ende der Karriere

Bremen (sid) – Dieter Burdenski von Werder Bremen denkt daran, seine Karriere mit der Fußball-Saison 1985/86 zu beenden. Der 35 Jahre alte Torwart spielte zwölf Mal für die deutsche Nationalmannschaft.

Istanbul bestraft

Zürich (dpa) – Die Kontroll- und Disziplinarkommission des europäischen Fußball-Verbandes hat den Verein Fenerbace Istanbul wegen „unsportlichen Verhaltens der Mannschaft und der Offiziellen" beim Spiel im Europacup der Landesmeister gegen IFK Göteborg (0:4) bestraft. Der Verein muß 75 000 Schweizer Franken zahlen.

Düsseldorf: Gewinn

Düsseldorf (sid) – Fortuna Düsseldorf, Tabellenletzter der Fußball-Bundesliga, erwirtschaftete im Geschäftsjahr 1984/85 einen Gewinn in Höhe von 318 000 Mark. Die Schulden des Vereins belaufen sich jetzt auf etwa 1,6 Millionen Mark.

Marina Kiehl Erste

Bern (sid) – Fünf Männer und vier Frauen des Deutschen Ski-Verbandes werden bei den Rennen der alpinen Saison 1985/86 in der ersten Gruppe starten. Das geht aus den Ranglisten des internationalen Verbandes hervor. Marina Kiehl wird im Super-Riesenslalom als Nummer eins geführt. Am stärksten vertreten ist der DSV in dieser Disziplin bei den Männern mit Peter Roth (3), Hans Stuffer (7) und Markus Wasmeier (8), der im Riesenslalom auf Platz vier rangiert.

Piggott besiegt

Nottingham (sid) – Lester Piggott, einer der besten Jockeys aller Zeiten, beendete sein letztes Rennen in England mit einer Niederlage. Auf dem 5:2-Favoriten Wind from the West belegte er bei einem Provinzrennen in Nottingham Platz zwei. Piggott, der am 5. November 50 Jahre alt wird, startet zum Abschluß seiner Karriere jetzt noch in Australien und den USA.

Kristens dritter Sieg

Dortmund (sid) – Der Kölner Josef Kristen feierte seinen dritten Sieg bei einem Sechstagerennen. Zusammen mit Partner Roman Hermann (Liechtenstein) gewann er das Rennen in Dortmund vor den Belgiern Stan Tourne und Etienne de Wilde.

ZAHLEN

TENNIS

Internationales Turnier der Damen in Zürich, 1. Runde: Mandlikova (CSSR) – Schropp (Deutschland) 6:3, 6:2, Garrison (USA) – Jausovec (Jugoslawien) 6:1, 6:1, Sukova (CSSR) – Karlsson (Schweden) 6:4, 6:3, M. Malejeva – K. Malejeva (beide Bulgarien) 6:0, 6:3, Potter (USA) – Ruzici (Rumänien) 6:2, 7:6, Shaefer (USA) – Bartos-Cserepy (Schweiz) 6:7, 7:6, 6:2, Tanvier (Frankreich) – McNeil (USA) 6:3, 6:2, Tauziat (Frankreich) – Huber (Österreich) 6:3, 6:3, Marsikova (CSSR) – Amiach (Frankreich) 6:3, 6:2. – **Einladungsturnier in Antwerpen, 1. Runde:** Slozil (CSSR) – Panatta (Italien) 7:5, 6:3, Dickson (USA) – Schapers (Holland) 3:6, 7:5, 9:7, Leconte (Frankreich) – Davis (USA) 6:3, 6:0, Gerulaitis (USA) – van Langendonck (Belgien) 6:2, 6:1.

TISCHTENNIS

DTTB-Pokal, Vorrunde: Reutlingen – Düsseldorf 5:2.

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 9. Spieltag: Zwickau – Dresden 1:1. – **Freundschaftsspiel:** Rinteln – Hannover 96 1:12.

RAD

44. Dortmunder Sechstagerennen. Endstand: 1. Kristen/Hermann (Deutschland/Liechtenstein) 684 Punkte, zwei Rd. zur.: 2. Tourne/de Wilde (Belgien) 633, vier Rd. zur.: 3. Roche/Doyle (Irland/England) 387, sechs Rd. zur.: 4. Pijnen/Knetemann (Holland) 366, sieben Rd. zur.: 5. Schlaphoff/Vallet (Deutschland/-Frankreich) 423, 13 Rd. zur.: 6. Giebken/Wiggins (Deutschland/Australien) 433, 14 Rd. zur.: 7. Frank/Marcussen (Dänemark) 319, 16 Rd. zur.: 8. Betz/Bolten (Deutschland) 393.

HANDBALL

Weltmeisterschaft der Juniorinnen in Seoul. Finale: UdSSR – Südkorea 27:25, um Platz 3: Polen – „DDR" 30:29, um Platz 5: Norwegen – China 35:27, um Platz 7: Rumänien – Jugoslawien 20:15, um Platz 9: Deutschland – Frankreich 25:22.

FUSSBALL / Pokalverteidiger ausgeschieden

Uerdingen: „Blamiert bis auf die Knochen"

BERND WEBER, Uerdingen

Was in Uerdingen geschah, könnte selbstverständlich mit Spott und Vergleichen ganz einfach abgetan werden. Warum soll den Uerdingern nicht recht sein, was dem Hamburger SV billig gewesen ist? Über den hatte sich seinerzeit ganz Fußball-Deutschland schief gelacht, weil er im DFB-Pokalwettbewerb gleich zweimal, beim VfB Eppingen und beim SV Sandhausen, gegen Amateure ausgeschieden war. Immerhin, der HSV konnte damals wenigstens noch den Hauch einer Entschuldigung für die Blamagen anführen. Die Niederlagen ereilten ihn in Auswärtsspielen, vor fanatischen Zuschauern in vollbesetzten, engen Stadien. Pokalverteidiger Bayer 05 Uerdingen jedoch hat am Dienstagabend beim 0:3 gegen die biederen Amateure von Eintracht Trier neue Maßstäbe gesetzt und im eigenen Stadion für die größte Sensation gesorgt, die es im Pokalwettbewerb je gegeben hat: Nie zuvor war ein Amateurklub bei einem Titelverteidiger siegreich. Und dies geschah auch noch nach einer kräftigen Vorwarnung. Denn schon im Hinspiel hatte David Trier dem vermeintlichen Goliath Uerdingen ein 0:0 abgetrotzt.

Arno Eschler, Vorsitzender von Bayer Uerdingen, sagte nach dem Heimspiel-Debakel: „Ich bin seit 1974 im Amt, ich habe seitdem schon einige schwarze Stunden im Verein erlebt, aber dieses war die mit weitem Abstand dunkelste. Unsere Mannschaft hat sich blamiert bis auf die Knochen. Sie hat aber nicht nur sich selbst, sie hat dem gesamten deutschen Profi-Fußball schweren Schaden zugefügt."

Tatsächlich gerieten die 90 Minuten vor nur knapp 3000 Zuschauern in der Krefelder Grotenburg-Kampfbahn zu einer Fallstudie über die Moral oder – wenn man so will – über die Unmoral von Fußball-Profis. Überheblich, ohne jede Bereitschaft, kämpfen zu wollen, gingen die Uerdinger zu Werk. Geradezu anfängerhaft ließen sie sich bei Kontern der Trierer ausspielen. Und die Feststellung, der Sieg der Amateure sei eher noch zu niedrig ausgefallen, ist keineswegs übertrieben. Hätte nämlich nicht Bayers junger Torhüter Manfred Kubik ein paarmal schneidig gerettet, wäre der Pokalverteidiger noch übler unter die Räder geraten.

Jürgen Roth hingegen, der Torwart von Eintracht Trier, wurde kaum geprüft. Erwin Hermandung, einst Profi bei Alemannia Aachen, der früher einmal für Trier gespielt hatte, kommentierte nach dem Schlußpfiff bissig: „Trier hat nicht gegen Bayer 05, sondern gegen den FC Großkotz gewonnen."

Vielleicht, so glaubten einige Beobachter, wäre das Debakel nicht geschehen, wenn Uerdingens Trainer Karl-Heinz Feldkamp auf der Bank gesessen hätte. Der aber lag zu Hause grippekrank im Bett, hatte sich am Mittag vor dem Spiel mit hohem Fieber abgemeldet und ließ sich von seinem Co-Trainer Bernd Lehmann vertreten. Mag sein, daß Feldkamp in der Halbzeitpause (da stand es noch 0:0) kräftiger Fraktur geredet hätte, als es Lehmann getan hat. Mag sein, daß der Chef seine Leute noch rechtzeitig wachgerüttelt hätte. Doch diese Annahme bleibt reine Hypothese. Und zudem: Die Bayer-Profis, hochbezahlt allemal, sollten eigentlich erwachsen genug sein, um zu wissen, daß zuallererst ihr eigenes Image auf dem Spiel steht.

Nach dem Spiel standen alle ziemlich betröppelt da. Das heißt, sie verließen den Tatort, sogar von ihren bisher treuesten Fans heftig beschimpft, mehr oder weniger fluchtartig. *Mannschaftskapitän Mathias* Herget sagte nur „Kein Kommentar" – und verschwand. Lediglich Wolfgang Schäfer, der gefeierte Torschütze beim 2:1-Finalsieg in Berlin gegen Bayern München, und Rudi Bommer ließen sich auf Gespräche mit Zuschauern und Journalisten ein. Beide gaben kleinlaut zu: „Wir haben uns durch unsere Leistung zu den neuen Trotteln der Nation gemacht."

Und die Trierer? Sie konnten ihr Glück kaum fassen. Trainer Horst Brand sagte gestern zur WELT: „Wir waren nachts um zwei Uhr zu Hause. Aber ich habe noch nie erlebt, daß es in unserem Bus so ruhig zugegangen ist wie bei dieser Heimfahrt. Ich glaube, wir alle brauchen lange Zeit, um den Abend in Uerdingen richtig zu verarbeiten."

Morgens um sieben saß Brand schon wieder am Schreibtisch seines Betriebes, einer Speditionsfirma, und auch Mittelstürmer Harald Kohr, der durch seine beiden Treffer in der 62. und 77. Minute den K.o. der Gastgeber eingeleitet hatte (das dritte Tor erzielte Reiner Brinsa Sekunden vor dem Abpfiff), ging schon am Vormittag wieder seinem Job als Technischer Zeichner nach. Nur nicht abheben, jetzt so tun, als sei nichts Besonderes passiert, das war das Motto aller Spieler des Tabellendritten der Amateuroberliga Südwest. Kohr sagt warum: „Wir wollen in die Zweite Liga aufsteigen, und wir müssen jetzt zu unserem Angstgegner Elversberg, gegen den haben wir seit vier Jahren nicht mehr gewonnen."

Gleichwohl, die Freude über den Triumph war unbändig. Und die Kampfkraft von Eintracht soll jetzt *auch der nächste Pokalgegner Bayer Leverkusen* im sicherlich ausverkauften *Moselstadion* zu spüren bekommen. Die Leverkusener übrigens müssen alle Plakate wegwerfen, die sie bereits vorzeitig drucken ließen. Auf ihnen war ein neues Bayer-Werkduell als großer Pokalhit der nächsten Runde angekündigt worden...

TENNIS / Wimbledonsieger verlor Schaukampf in Barcelona mit 2:6, 5:7

Plötzlich stand John McEnroe vor ihm – und Boris Becker wurde nervös

dpa, Barcelona

Auch Boris Becker mußte erkennen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Innerhalb von nur vier Tagen zeigten die beiden führenden Weltranglistenspieler Ivan Lendl (CSSR) und John McEnroe (USA) seine Grenzen auf. Der Halbfinal-Niederlage gegen Lendl beim Grand-Prix-Turnier in Tokio folgte jetzt bei einem Schaukampf in Barcelona eine 2:6, 5:7-Niederlage gegen John McEnroe. Ursprünglich hatte Becker gegen den Schweden Mats Wilander antreten sollen, doch der mußte wegen einer Zerrung kurzfristig absagen.

Der *als Ersatzmann engagierte* John McEnroe erwies sich dann als eine Nummer zu groß für Wimbledonsieger Becker, der auf McEnroe nicht vorbereitet war. Der deutsche Jungprofi hatte sich den ganzen Vormittag über auf Mats Wilander als Gegner eingestellt und wurde erst nach dem Training im Hotel von der Nachricht des Spielerwechsels überrascht. Dieser Umstand sowie die üblichen *Mätzchen des Amerikaners,* der seinen Gegner und die 3500 Zuschauer eine halbe Stunde warten ließ, machten Becker nervös.

Als das Spiel begann, wirkte er vollkommen unkonzentriert. Ganz anders McEnroe, der erst um 20.00 Uhr, gemeinsam mit Freundin Tatum O'Neal aus Paris kommend, in Barcelona eingetroffen war. Er wirkte konzentriert und schien entschlossen, das Spiel schnell und erfolgreich zu beenden. In nur 29 Minuten gewann er den ersten Satz fehlerfrei mit 6:2 und veranlaßte einen spanischen Journalisten zu der Feststellung: „Während Becker noch lernt, unterrichtet McEnroe seit langem."

Erst im zweiten Satz fand Becker zu seinem Spiel und bot mehr Widerstand. Um so größer war die Enttäuschung unter seinen zahlreichen Fans, als er auch den zweiten Satz knapp mit 5:7 verlor. Die meisten Zuschauer hatten auf einen Sieg Bekkers gehofft, zumal McEnroe erst in der letzten Woche in einem Schaukampf gegen Henri Leconte (Frankreich) verloren hatte. Der Franzose behauptete anschließend: „McEnroe ist langsam geworden und hat Fett angesetzt."

Leconte hatte sogar schon einen klaren Sieg Beckers über McEnroe vorausgesagt für den Fall, daß beide im Halbfinale des mit 2,3 Millionen Mark dotierten Einladungsturniers in Antwerpen aufeinandertreffen sollten. In Antwerpen wird Boris Becker heute sein erstes Spiel bestreiten. Er trifft dort auf den 31 Jahre alten Amerikaner Vitas Gerulaitis, der in dieser Saison bereits zweimal gegen Bcker verlor und daher seine Siegchancen gering einschätzt: „Bei Boris ist alles besser. Er hat den besseren Aufschlag, den besseren Drive und er ist viel schneller als ich. Nur am Netz, da hat er noch einiges zu lernen – da liegt auch meine einzige Chance."

Becker ist momentan die Nummer fünf der Welt. Diesen Platz nimmt er sowohl in der Rangliste als auch in der Grand-Prix-Wertung ein. Die Grand-Prix-Wertung entscheidet über die Teilnahme am New Yorker Masters-Turnier im Januar und über *die Höhe des Anteils am sogenannten* Bonus-Pool.

FUSSBALL

DFB wächst und wächst

sid, Frankfurt

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wächst und wächst. Im Jahr 1985 stieg die Zahl der Mitglieder um 7430 auf 4 683 857, 142 Vereine wurden neu gegründet (jetzt 21 085). Im Bereich des Damen-Fußballs gab es 4887 neue Mitglieder und 13 neue Mannschaften. Einen Rückgang gab es *lediglich* bei der Zahl der Mannschaften, die regelmäßig am Spielbetrieb teilnehmen. Sie sank um 2059 auf 127 107. Die Ursache dafür sieht der DFB im Zusammenhang mit den nachrückenden geburtenschwächeren Jahrgängen für die Schüler- und Jugendmannschaften.

Der DFB ist der größte Mitgliederverband im Deutschen Sport-Bund und der größte Sportfachverband der Welt. *Sein größter* Landesverband ist Bayern mit 1 003 622 Mitgliedern und 24 795 Mannschaften vor Westfalen (577 659).

LEICHTATHLETIK

Zola Budd und das Geld

SAD, London

Für einen 3000-Meter-Lauf, der rund achteinhalb Minuten dauerte und in dem sie nur Vierte wurde, hat die aus Südafrika stammende Läuferin Zola Budd (19) in London umgerechnet 360 000 Mark kassiert. Das wurde erst jetzt auf einem Kongreß des europäischen Leichtathletik-Verbandes bekannt. Das Preisgeld ist von einer amerikanischen Fernsehgesellschaft bezahlt worden. Die Amerikanerin Mary Decker, die das Rennen im Juli in London gewann, wurde mit 215 000 Mark honoriert.

Mary Decker, Favoritin auf derselben Strecke bei den Olympischen Spielen, war in Los Angeles von Zola Budd unfreiwillig ins Stolpern gebracht worden und ausgeschieden. Das Londoner Zusammentreffen im Juli dieses Jahres wurde vom US-Fernsehen daher als „Revanche für Los Angeles" vermarktet.

„Von einem, der auszog“: Neue ZDF-Jugendreihe

Schattiertes Kammerspiel

Der Regisseur und „Friseur“ des Drehbuchmaterials für 6 mal 45 Minuten zum Thema „Einer, der auszog . . .“ (das Gruseln zu lernen) heißt Eberhard Pieper. Schade, daß er sich auch als Pressetexter für die Vorberichterstattung in eigener Sache bemühen darf. Der Werbung für das Filmprodukt können seine vollmundigen Worte über die Möglichkeiten, hierzulande das Gruseln zu lernen, leider nicht dienen. Um so weniger, als er selbst nicht genau herausgefunden haben will, was das eigentlich sei.

Von einem, der auszog – ZDF, 18.10 Uhr



Trügt die Harmonie zwischen Mutter (Judy Winter) und Sohn (Daniel Hajdu)? FOTO: KINDERMANN

Immerhin läßt sich so viel herauslesen, daß es die Eltern, die Reichen, die Mächtigen, die Industrie und die Militärstrategen sind, die sich gruseln sollen, die gruseln machen.

Die ZDF-Redaktion „Kirche und Leben“ als Geburtshelfer der Serie ist mit gedanklichem Nachhilfeunterricht eingesprungen, um den ersten faden Eindruck von filmischer Schwarzweißmalerei zu kolorieren: hie die schimmernde, ach so verderbte Glimmerwelt der Industrie am Beispiel Studio Hamburg, dort Einfalt und wahres Menschentum bei igelköpfigen Punker-Look-Leuten im schicken Lederwams auf dem Kraftrad, das die Industrie unbescholten zur Lebensqualität beisteuern darf.

Worum geht es? Der 17jährige Sohn Mark (Daniel Hajdu) aus behütetem Hause zürnt der Managermutter (Judy Winter), weil sie ihm kein neues Lebenskonzept serviert. Das alte gefällt ihm aber nicht mehr, da er „gegenüber der Vernünftigkeit und vorgeplanten Sicherheit im Leben des Vaters mißtrauisch geworden ist“.

Immerhin: Zu einem Trip in die weite Welt reicht die väterliche Vorsorge noch. Und in Hamburg gibt es mit der Mutter als Filmproduzentin eine Anlaufstelle, wo man sich – solange der Kabelträger-Job im Studio Hamburg reicht – behaglich einnisten kann. Leider läßt die mütterliche Dame verhaltenspsychologisch zu erwartende Gefühle nur zögernd zu. Der junge Mann stört sie schlicht bei ihrer Arbeit und ihrer Liebesbeziehung zu einem Hamburger Snob aus der Kaufmannsbranche.

Der zieht aber dann doch den kürzeren, Mutter und Sohn einigen sich auf seine Kosten beim Dreierschmaus im Nobelrestaurant. Und Mark kann beruhigt zu weiterer Feriengestaltung aufbrechen. Er weiß jetzt, „daß die alltägliche Lebensangst nicht durch Flucht zu bewältigen ist, sondern durch gegenseitiges Verständnis“. So simpel klingt das.

Aber so simpel wird es dann doch nicht gefilmt. Judy Winter – ihr herber Charme ist durch den häufigen Bildschirmeinsatz noch nicht verbraucht – ist eine Meisterin der nuancierten Gefühle und als solche damit betraut, Beziehungen zwischen Menschen hier und heute zu zeigen. Die Annäherung von Mutter und Sohn – Daniel Hajdu sehr sympathisch, seinerseits ganz und gar kein jugendliches Rauhbein-Klischee – bringt schattiertes Kammerspiel ohne Worte zustande.

Auch die junge Schauspielerin Anke Sevenich als „Punkerin“ Coco überzeugt in ihrer Brückenfunktion zwischen den Welten des vom Vater geprügelten Kindes und der empfindsamen Freundin. Ihre Erfahrungen mit der Brutalität in ihrem Elternhaus haben sie nicht abgestumpft, haben sie vielseitig verletzlich belassen. Coco ist die interessanteste Figur in der Geschichte um die Selbstfindung junger Menschen heute. Sie verhilft dem Versuch eines filmischen Entwicklungsromans zu einer tragfähigen Grundlage.

INGRID ZAHN

KRITIK

Die Werte der Jungen

Vom sogenannten „Jahr der Jugend“ halten sie wenig, von persönlicher Freiheit zur Selbstfindung eine Menge. „Treue“ und „Vertrauen“ sind die Spitzenreiter ihrer mentalen Hitparaden, keine fixe Wahl allzu schlapper Vorbilder auf Zeit: Ideale statt Idole sind angesagt, so scheint's, und da hat bei manchem und mancher auch Religiöses Platz.

Wir merken: nach abgegrasten Nordländern wie Bremen, Berlin und Hessen (im Ersten) war nun, als einer der Beiträge zum Thema Jugend im ZDF, **Direkt** mit einem „Spektakel“ aus München dran, untertitelt „Nur Äktschen bringt Sätisfäktschen“.

Doch, doch, im Süden geht das tatsächlich alles ein wenig anders, sagen wir: weniger chaotisch über die Fernseh-Bühne. Doch wer nach dem Untertitel 90 Minuten Plädoyer für puritanische Leistungsethik befürchtete, durfte ganz beruhigt sein.

Eine ausgeruhte Sache spulte da ab, sanft, aber – wie uns schien – doch füchsisch clever gesteuert von einem wahren Beckenbauer der Moderation. Der Mann heißt Wolfgang Lörcher, ein souveräner Dirigent, Regisseur und Themen-Steuermann, der trotz aller öffentlich-rechtlichen Ausgewogenheit in Mund und Schädel dennoch aus dem Abend ein attraktives Spektrum zu machen verstand.

Als Spektrum, das thematisch vier Schwerpunkte zeigte: modernes Schubladendenken, Kriegsangst, „Beziehungskisten“ und „Orientierungen“, sprich: die Frage nach den Werten der Jungen.

Dazwischen wuselten in guter bis prächtiger Form Musikgruppen umher, „live“ pinselten junge Künstler Konkretes wie Abstraktes an die Wände, Sketche führten auf die Themen zu, und das Publikum, zugegeben schon ein bißchen „brav“, äußerte sich zu Modeschablonen, Hungersnot und Kräftegleichgewicht, zu Kommunikations-Sehnsüchten und Wert-Zeichen eigener Biographie.

„Direkt“ also war das alles schon, nur – das erwartete Münchener „Spektakel“ aus dem Obertitel, das fand dann, auch an der Isar, ein paar Meter weiter weg statt: in der „Rocky Horror Picture Show“, ab kurz nach zehn.

ALEXANDER SCHMITZ

Afghanisches Wechselbad

Ein Wechselbad bereiteten zwei Sendungen in WEST III den an Afghanistan interessierten Zuschauern. Sie konnten am frühen Abend Sandy Galls Reportage im **Auslandsreporter** über den Kampf der Mudschahedin gegen die sowjetische Militärmacht erleben und dabei deren Todesmut bei bewaffneten Überfällen auf Konvois und beim Versuch kennenlernen, schwer gepanzerte Hubschrauber abzuschießen. Kurz vor Mitternacht aber wurde in der Sendung **Festung Kabul** reine Propaganda für das Regime in Kabul serviert.

Was beschrieben wurde, waren die von Kabul seit Jahren propagierten, von der überwältigenden Mehrheit der Afghanen aber abgelehnten „Leistungen“: Landreform, Frauenemanzipation, Bildung und Kampf gegen den Feudalismus.

Dabei wurden die alten Märchen aufgetischt: Die sowjetischen Interventionstruppen seien auf Einladung der Afghanen ins Land gekommen, um Babrak Karmals „neue Gesellschaft“ vor den Konterrevolutionären zu schützen.

Eine afghanische Ministerin konnte unwidersprochen behaupten, das „demokratische Afghanistan“ erlaube den Freunden aus der Sowjetunion einen Abzug erst, wenn die Einmischung von außen aufhöre.

Ein General der afghanischen Regierungsarmee, die während des fast sechsjährigen Krieges 100 000 Mann durch Desertion zu den Freiheitskämpfern verlor, stellte fest, das sowjetische Truppenkontingent schütze Afghanistan vor ausländischen Invasoren, der Westen betreibe einen unerklärten Krieg gegen das Land, und die Führer des Widerstandes seien von der CIA ausgebildet, um Terror gegen friedliche Menschen zu betreiben.

In dem Film fehlte es an Bildern der harten und blutigen afghanischen Realität, nicht aber an harmlosen und beschönigenden Sentenzen: Da sah man volle Läden und Märkte, afghanisch-sowjetische Zusammenarbeit in Universitäten und Fabriken, in Kabul flanierende Sowjetarmisten. Die Anwesenheit der Sowjets wurde mit der Bemerkung verniedlicht, Kabul gelte unter den Russen als zwar langweiliger, doch beliebter Aufenthaltsort.

WALTER H. RUEB

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Der Kampfschwimmer
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.35 Tagesschau
15.45 Wir am Klavier
Spaß und Musik mit Eugen Cicero und Horst Jankowski
Regie: Dieter Finnern
16.30 Denkste!?
Ein Schüler namens Achmed – oder Wie baut man einen Türken
Buch und Regie: Hans-Henning Borgelt
17.25 D 1 – Der deutsche Weg ins All
17.35 Akzentsendung zum Reformationstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Titel, Thesen, Temperamente
Die umstrittene Premiere: Der neue Fassbinder – Ein Bericht vom Abend / Bukarest: Sanierung auf rumänisch / Zwerenz-Werke: Porträt eines Schriftstellers
21.00 ARD-Wunschkonzert
Moderation: Dagmar Berghoff und Max Schautzer
Regie: Ekkehard Böhmer
Aufzeichnung aus der Ostseehalle in Kiel
22.30 Tagesthemen
23.00 Unternehmen Arche Noah
Fernsehfilm von Elke Heidenreich
Mit Karin Baal, Fritz Lichtenhahn, Therese Lohner u. a.
Regie: Konrad Sabrautzky
Die Feinkosthändler Werner und Gisela Schlegel sind seit kurzem stolze Besitzer eines Schutzbunkers . . .
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

14.05 Programmvorschau
14.10 Deutsche Wissenschaftler im Weltraum
14.20 Schüler als Meister
Internationales Konzert junger Solisten
16.00 heute
16.04 Bild(n)er der Chemie
Robert Bunsen – Leuchtsignale aus dem Mikrokosmos
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Mit Tieren leben: Hunde (5)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Der Schritt ins Leben
Junge Menschen zwischen Schule und Beruf
17.50 Highlights aus „Up with people“
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.10 Von einem, der auszog
Neue sechsteilige Serie von Eberhard Pieper
19.00 heute
19.15 Liebe ist stark wie der Tod
Meditation zum Reformationstag
Mit Pincas Lapide
19.30 Aus Bremen: Show & Co. mit Carlo
Made in Germany
Mit Carlo v. Tiedemann
21.00 Kontakte
„Das erste Mal über 130 gefahren“
Von Unfallopfern und ihren Familien
Film von Katrin Seybold
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Die große Bilderflut
Jugend und Medien
Moderation: Michael Albus, Otto Wilfert
Anschl. heute

SAT 1

13.30 Kum Kum
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Slehstel
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Kobra, übernehmen Sie
18.00 Abenteuer Wildnis
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Die Trapp-Familie in Amerika
Deutscher Spielfilm (1958)
20.30 High Chaparral
21.30 APF blick
22.15 Was gibt's Neues, Pussy?
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Peter O'Toole, Peter Sellers, Romy Schneider u. a.
0.00 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Der Spitzel
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Aus Forschung und Technik
Raumfahrt im Rückblick
22.45 Messias oder Der Marsch ins Morgenland
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.20 Filmvorschau
20.30 Killer Kid
22.05 RTL-Spiel
22.10 Typisch RTL
22.40 Die Schulschwänzerin
0.10 Horoskop
0.15 Betthupferl

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Eheposse
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Mit Claudette Colbert, Ray Milland, Brian Aherne
Regie: Mark Sandrich
21.45 Diakonissen – frei für andere oder die ewigen Töchter?
22.15 Man läßt sich fallen, und man fängt sich auf
Norbert Elias, Menschenwissenschaftler
23.00 Deutsche Kunst 1945–1985
23.50 Tips für Leser
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Formel Eins
19.15 Wo Tiere noch unter sich sind: Eulen in Schottland
19.45 Vogelschwärme im Wattenmeer
20.00 Tagesschau
20.15 Duell
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Regie: Steven Spielberg
21.40 Bücher-Journal
22.30 200. NDR-Jazzworkshop
23.30 Nachrichten

HESSEN

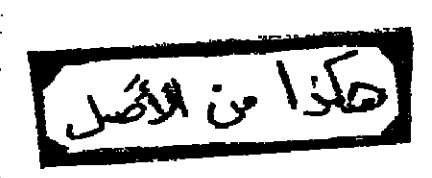
18.30 SFB-Computer-Club (2)
19.05 Autoreport
19.20 Vater der Braut
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Spencer Tracy u. a.
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
Requiem für Jerzy Popieluszko
22.30 Delle und Brenton (6)

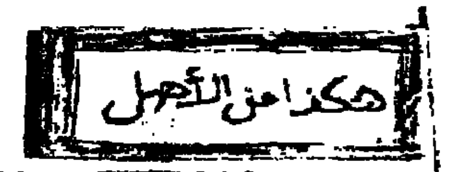
SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der Schinderhannes
Volksstück von Carl Zuckmayer
21.15 Frau Luther und ihr Martin
Szenen einer Ehe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Vis-à-vis
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Kultur-Kalender
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Martin Luther
Letzter Teil: Das Gewissen
20.40 Z. E. N.
20.45 Usikirika wa Neema
21.30 Rundschau
21.45 Das historische Stichwort
Vor 90 Jahren: Erste öffentliche Filmvorführung im Berliner Wintergarten
21.50 Die Herrin von Thornhill
Englischer Spielfilm (1967)
Mit Julie Christie, Peter Finch, Alan Bates u. a.
Regie: John Schlesinger
0.25 Rundschau
0.30 Actualités





Rowohlts Öko-Coup

mar – Die Herren vom Rowohlt Verlag lesen nicht nur in den eigenen Büchern. Offensichtlich ist einem von ihnen ein Band Erich Kästners, der bei der Konkurrenz verlegt wird, in die Hände gefallen. Und da muß demjenigen jener berühmte, inzwischen Volksweisheit gewordene Spruch des Dichters im Gedächtnis geblieben sein: „Es gibt nichts Gutes / außer man tut es!"

Also entschloß man sich im Reinbeker Verlagshaus, etwas zu tun, und zwar etwas Gutes in Sachen Umwelt. Deshalb erreichte uns jetzt ein Band, auf dessen Bauchbinde mitgeteilt wird: „Jedes Jahr werden in der Bundesrepublik Deutschland Millionen von Büchern verkauft. Alle in Plastik eingeschweißt. Die Folie schützt das Buch, aber leider nicht die Umwelt. Wir möchten, daß sich etwas ändert. Deshalb haben wir bei diesem Buch auf die Plastikfolie verzichtet. Das ist zumindest ein Anfang. Helfen Sie mit, daß aus dem kleinen Schritt ein großer wird. Rowohlt Verlag". Als kleine Fußnote wird dem noch hinzugefügt: „Und tragen Sie dieses Buch bloß nicht in einer Plastiktüte nach Hause."

Soviel Umweltbewußtsein muß imponieren. Und „Das ökologische Heimwerkerbuch", das uns mit dieser Bauchbinde für ganze 29,80 Mark nicht nur den Umgang mit umweltfreundlichen Werkstoffen, sondern auch gleich noch mit dem Geigerzähler lehrt, um üblen Strahlungen auf die Spur zu kommen, ist gewiß das richtige Objekt dafür.

Trotzdem spüren wir gewisse Hemmungen, ob dieser Tat in Jubel auszubrechen. Das Buch kam nämlich nicht allein. Es erreichte uns mit einer ganzen Kiste von Rowohlt-Neuerscheinungen. Und unter diesen war nur das Öko-Buch nackt und bloß – die anderen waren, was wir schon ahnten, stramm in Kunststoffolie eingeschweißt.

Michael Ciminos Film „Im Jahr des Drachen"

Der Clan der Chinesen

Er ist ein enfant terrible des amerikanischen Kinos, viel bewundert und ebensoviel gescholten: der 42jährige New Yorker Michel Cimino. *Er hat bislang erst vier Spielfilme gedreht*, aber alle haben sie Schlagzeilen gemacht, nicht zuletzt, weil sie amerikanische Mythen oder auch amerikanische Traumata beschwören. Sein neuester Film, „Im Jahr des Drachen", macht da keine Ausnahme.

Cimino ist in seiner kurzen filmischen Karriere buchstäblich von einem Extrem ins andere gefallen. Seine zweite Regiearbeit, das bittere Vietnam-Epos „Deer Hunter" („Die durch die Hölle gehen") war der fünffache Oscar-Sieger von 1978. Sein dritter Film, der Spätwestern „Heaven's Gate", war eines der größten finanziellen Desaster der Filmgeschichte. Die großen Produktionsfirmen stellten den Regisseur daraufhin fünf Jahre lang ins Abseits. Jetzt versucht Cimino ein Comeback.

„Im Jahr des Drachen", eine Gangsterballade aus unseren Tagen, spielt im Chinatown von New York City. Und dieser Schauplatz ist auch die eigentliche, um nicht zu sagen, die einzige Attraktion des Streifens. Wir erleben dieses Viertel so, wie es sich kaum je dem Weißen präsentiert: mit seinen privaten Nachtclubs, den schummrigen Spielhöllen und Kneipen, den in Kellern installierten Sojabohnen-Fabriken, den Nähereien, Wäschereien und zahlreichen Restaurants, schließlich den rivalisierenden Gangs, die das Viertel gnadenlos kontrollieren.

Lampionpracht und Karnevalstreiben. Intrigen, Messerstechereien und Meuchelmord. Und immer wieder werden Begräbnisse zelebriert, wozu Cimino ein ganzes Meer von Blumen, Fahnen und Girlanden, weißgekleidete Chinesen mit schwarzen Regenschirmen, ein buntes Gedränge chinesischer Passanten, neugieriger Touristen und jede Menge berittene weiße Polizisten aufbietet.

Doch dieses Chinatown – so malerisch es aussieht, so atmosphärisch dicht es Kameramann Alex Thomson eingefangen hat –, Cimino präsentiert es, ein durchaus reizvoller Gegensatz, als Brutstätte einer neuen Spielart des organisierten Verbrechens, der „gelben Mafia", die in puncto Brutalität und Gewalt den Clan der Sizilianer weit hinter sich läßt. Ein gesellschaftspolitisch heißes Eisen, das denn auch prompt die Chinesen auf den Plan gerufen hat, die dem Opus – zu Unrecht, wie wir meinen – Rassismus vorwarfen und es streng boykottieren.

Held des Films ist Stanley White, ein ehemaliger Vietnamveteran, der sich von seinem alten Kriegstrauma nicht lösen kann und durch den Großstadt-Dschungel von Chinatown wie über ein vietnamesisches Schlachtfeld streift, besessen von dem Wunsch, den chinesischen Großmogulen des Heroinhandels den Garaus zu machen.

Gewiß, dieser zynische, fluchende, sich kräftig in der Fäkalsprache ergehende White, der mit sich und der Welt uneins ist, der für nichts und von niemandem Respekt hat, White, der höchstdekorierte, abgefeimteste und von den Verbrechern gefürchtetste aller New Yorker Polizisten, mag die Chinesen nicht, aber auch mit den weißen Amerikanern geht er nicht zimperlich um. Bei seinen Kollegen ist er verhaßt. „Vietnam hat dich kaputt gemacht", sagt ihm seine Freundin, eine Fernsehjournalistin, und tatsächlich kann er den Psychopathen nicht leugnen.

Michael Rourke ist glänzend als Stanley White, ein brillanter Mime und eine neue Variante in jener langen Reihe von „cops", die Hollywood in letzter Zeit so sehr liebt. Aber der Film hilft leider seinem grandiosen Helden nicht allzu sehr auf die Sprünge. Denn er erzählt langatmig und weitschweifig und verliert sich immer wieder in modischen Effekten, die auf die Nerven gehen.

Da ist die elegante, kühl gestylte Wohnung der Fernsehjournalistin; da sind blaugetönte, träumerisch verbrämte Silhouetten von Manhattan, die ein Amerika heraufbeschwören sollen, das es gar nicht mehr gibt; da sind *Impressionen aus dem indonesischen Dschungel*, wo der junge Boß der Heroingang von Chinatown seinen „Stoff" einkauft. Wenn sich die Gangsterbosse Chinatowns treffen und übers „Geschäftliche" reden, so geschieht das gar in chinesischer Sprache (deutsch untertitelt), was die Geduld des Zuschauers ziemlich strapaziert.

Nein, „Im Jahr des Drachen" ist kein filmisches Meisterwerk, nicht einmal ein unterhaltsamer Publikumsrenner, obwohl sich das Genre doch dafür angeboten hätte. An seinen Oscar-Ruhm kann Hollywoods Ex-Wunderkind Cimino auch mit diesem *Film nicht wieder anknüpfen.*

DORIS BLUM

„Los Iberos": Spanische Archäologie in Brüssel

Bartbinde für Kentauren

Sie lebten kurz vor den Säulen des Herkules, hinter denen eine schreckliche, unbekannte Welt begann. Aber da man von ihrem Reichtum an Kupfer und Silber wußte, wagten sich immer wieder mutige Seefahrer an die Küsten der Iberer. So mischten sich dort, ehe das Gebiet in die Auseinandersetzungen zwischen Rom und Karthago gezogen wurde, griechische und phönikische Elemente mit autochthonen Überlieferungen. Das dokumentiert im Rahmen der „Europalia" in Brüssel die Ausstellung „Los Iberos" im Museum für Kunst und Geschichte mit Grab- und Grabungsfunden aus dem zehnten bis dritten vorchristlichen Jahrhundert.

Es sind ungewöhnliche Beispiele einer frühen Kultur, die – trotz der allgemeinen Begeisterung für die Archäologie – uns noch längst nicht allgemein vertraut sind. Deshalb bietet die Ausstellung manche überraschenden Einsichten.

Die Übersicht beginnt mit dem Goldschatz von Villena (10. bis 8. Jh.), Bechern, Armbändern, Ringen und einigen nicht zu bestimmenden Teilen mit einfachen Noppenornamenten. Dazu kommen schlichte Bronzewaffen. Aus dem 6. und 5. Jahrhundert stammen denn die etwa 11 cm hohen Bronzefigürchen eines Kentauren mit einem dekorativen Vollbart und eines tanzenden Silen, die deutlich griechischen Einfluß verraten. Damit unterscheiden sie sich von den etwa gleichalten und gleichgroßen Votivfiguren und Grabbeigaben, die Männer und Frauen mit zur Opferung vorgestreckten oder zum Gebet erhobenen Händen darstellen.

Bei ihnen fällt zum einen die Variationsbreite der Ausdrucks- und Gestaltungsformen auf, zum anderen, daß Frauendarstellungen fast noch häufiger als Männer sind. Dasselbe gilt für die großen Kalksteinplastiken. Auch hier handelt es sich vorwiegend um Frauen. Das legt den Schluß nahe, daß den Frauen in der iberischen Kultur damals eine besondere Rolle zukam.

Während die Vasen und anderen Keramikgefäße nur sehr einfache Formen und eine recht schlichte, rein ornamentale Bemalung aufweisen, sind diese Plastiken sehr genau gearbeitet. Sie geben die einfallsreichen Haartrachten ebenso detailgetreu wie den reichen Schmuck oder den Faltenwurf der Kleidung wieder. Darüber hinaus zeigen sie eine Geschlossenheit der Form, die ihnen, unabhängig von ihrem eigentlichen Zweck als Grab- oder Kultbild, eine hohe ästhetische Kraft verleiht.

So wird diese Ausstellung, die scheinbar nur einen Randaspekt spanischer Vorgeschichte aufgreift, zu einem besonderen Erlebnis. (Bis 22. Dez., Katalog 500 BF)

PETER DITTMAR

Wie wirken Computer und Kabelfernsehen auf die Erziehung? – Zu einigen Thesen H. von Hentigs

Die Wirklichkeit verschwindet nicht

Mit der Jugend umgehende Erwachsene haben heute oft eines gemeinsam: Sie trauen der neuen Generation zu wenig zu. Das gilt besonders für Pädagogen. Ein Deutschlehrer zum Beispiel, der seine Schüler kein einziges Gedicht auswendig lernen läßt, muß deshalb nicht Goethes Lyrik verachten, er fühlt viel eher *Mitleid mit seiner Schar, der er auf* keinen Fall „Gedächtnisdrill" zumuten möchte.

Ein Pfarrer, der mit seinen Konfirmanden nicht mehr die Bibel liest, sondern lieber gesellschaftskritische Filme zeigt, muß nicht zwangsläufig Anhänger der Gott-ist-tot-Theologie sein, er hat oft ganz einfach Angst vor gähnenden *Gesichtern, ja, fürchtet* womöglich einen Aufstand. Und ein Schulleiter, der sich mit der unleserlichen Klaue seiner Leistungskursschüler widerspruchslos zufrieden gibt – er hat ja eine Lupe zu Hause –, kann auf Konferenzen für durchaus konservative Erziehungsgrundsätze eintreten.

Siebzehnjährigen Schmierfinken die Annahme der Klausur zu verweigern, sie gar mit einer „Sechs" zu zensieren, könnte bei diesen ja einen seelischen Schock auslösen, also drückt man lieber beide Augen zu. So gewöhnt man sich an Schlamperei und Flüchtigkeit der Schüler. Auch Hartmut von Hentig scheint in diese Gewöhnungsgesellschaft zu gehören. Zur Zeit macht er sich Sorgen über den Einzug des Computers in den Schulunterricht, warnt davor in seinem unlängst erschienenen Buch „Das allmähliche Verschwinden der Wirklichkeit".

Das neue Medium, so glaubt der Bielefelder *Reform-Pädagoge*, verführe Jugendliche zu der Illusion, sie könnten das Lernen künftig Apparaten überlassen. Verantwortungslose Werbung verleite zu dem Fehlschluß: Wozu sich Wissen überhaupt noch aneignen, da es sich doch in Computern grenzenlos speichern und beliebig abrufen läßt? Bloß – welcher Schüler glaubt das ernstlich noch? Ist nicht mit dem Unterrichtsfach Informatik der Computer längst selbst Lerngegenstand geworden?

Statt Schüler zur Faulheit zu vergattern, werden sie in dem neuen Fach auf eine Weise in die Pflicht genommen, wie es Latein- und Mathematikstunden kaum besser vermögen. Wer sich nämlich den Computer dienstbar machen will, muß geistige Disziplin aufbringen, muß klügeln und klauben. Er muß das Programm, das er eingeben will, in kleinste Einzelschritte zerlegen. Das schult nicht nur das Denken, sondern es verlangt ebenso Geduld, Ausdauer und *Arbeitsdisziplin.*



Der Computer erzieht zu Teamgeist und diszipliniertem Arbeiten: Moderner Unterricht im 12. Schuljahr FOTO: MANFRED VOLMER

Wenn Hentig klagt, der Terminal zerschneide den menschlichen Bezug *zwischen Lehrer und Schüler*, so kommt er damit um Jahrzehnte zu spät. Denn längst hat die technische Überflutung des Schulbetriebs mit Projektoren, Laborkabinen, Kopfhörern, Tonbändern und Videoprogrammen eine „unmittelbare" Lernatmosphäre fast unmöglich gemacht. Der Computer scheint umgekehrt dazu geeignet, Lehrer und Schüler wieder näher zueinander zu bringen. Programmierung erfordert nämlich Teamgeist; auch ist die Arbeit so kompliziert, daß der Lehrer ständig von Terminal zu Terminal wandert, um sich mit Ratschlägen über jeden einzelnen Schüler zu beugen. Informatikstunden wirken darum alles andere als unpersönlich.

Daß an der allgemeinen Entfremdung des Lerngeschehens andere Leute schuld gewesen sind als die Erfinder der Computertechnik, scheint auch Hentig klar, klagt er doch selbst, die Schulreform sei „nicht pädagogisch genug" gewesen.

Er will in seinem Buch letztlich auf etwas anderes hinaus. Denn neben *„neuen" Medien gibt es für Hentig* auch noch „neueste" Medien, nämlich das Kabelfernsehen. Mit dieser Einrichtung droht der zivilisierten Gesellschaft – wollen wir den Warner beim Wort nehmen – der Abstieg in Sklaverei und Untergang.

Schon heute besitzt Hentig nur deswegen ein Auto, weil die Tyrannen Technik und gesellschaftliche Zwänge ihn dazu verdonnern. Bald wird er sich auch zum Kabelanschluß verurteilt sehen, denn die „Scheinfreiheit", der sich der Bürger hierzulande erfreut, wird ihm gar keine Wahl lassen.

Den Teufel, der seine Opfer mit Lockrufen und Drohgebärden zugleich bearbeitet, haben wir uns laut Hentig leibhaftig vorzustellen, nämlich als unseren Bundespostminister, der ja sehr sinnig „Schwarz"-Schilling heißt. Dem geht es mit seinem tückischen Unternehmen, Wähler ans Kabel festzuschnüren, gar nicht schnell genug. Bald werden also alle Straßen leer sein, denn niemand braucht mehr vors Haus zu treten: Einkäufe, Besuche, Bankgeschäfte, Bürodienst, alles das tut man künftig daheim vor dem Bildschirm. Man verreist auch nicht mehr, denn die schönsten Postkartenansichten aus allen Enden der Welt liefert der Bildschirm. „Auch Sonne, Luft und *Meer?" möchte man dem realitätsfer*nen Kritiker zurufen.

Kommunikation wird es für Hentig gleichfalls nicht mehr geben, denn da jeder sein eigenes Fernsehprogramm sehen wird, woher soll dann der gemeinsame Gesprächsstoff kommen? Dieses Argument erscheint noch einigermaßen stichhaltig, schafft doch *heute die allgemeine* Verärgerung über schlechte Fernsehdarbietungen und unwahre Darstellungen durch die bisher dominierenden drei öffentlich-rechtlichen Programme im Publikum tatsächlich eine gewisse Solidarität, allerdings eine ohnmächtige, solange Fernsehen weitgehend das Monopol linkslastiger Meinungsmacher bleibt.

Die Möglichkeit, daß die Zulassung privater, von politischen Parteien unabhängiger Programme dem Zuschauer endlich die Wahrnehmung politischer Gegendarstellungen erlaube, wischt der Professor vom Tisch: Wer nähme sich denn die Zeit, sich die zwei-, dreifache Darstellung ein und derselben Angelegenheit anzusehen, fragt er Zustimmung heischend?

Nun, schon richtig. Doch wie sich der normale Zeitungsleser stets dasjenige Blatt ins Haus kommen läßt, das ihm politisch am besten zusagt, könnte sich der Bürger künftig ja den Sender einschalten, dessen Redakteure ihm in der Wiedergabe politischer Sachverhalte als die redlichsten erscheinen. Doch diese Mündigkeit spricht Hentig seinen Mitmenschen gerade ab: Geistig Anspruchsvolles (denkt er an die hochtrabenden, niemand verständlichen Funkkollegs?) werde untergehen, das Gemeine, das den *Massen gefalle*, triumphieren.

Zum Schluß riskiert er noch eine überraschende Kehre: Die ganze an sich mißliche Entwicklung, meint er, käme wenigstens – dem Sex zugute! Denn ein gerüttelt Maß „Heim-Sexualität", durch entsprechende Pöbel-Programme und Videorekorder ins Wohnzimmer getragen, werde der Gesellschaft die „hartnäckige christlich-bürgerliche Prüderie austreiben" und den Bundesbürgern endlich ein „entkrampftes Zeitalter bescheren". Der Leser staunt. Keiner sollte künftig mehr behaupten, fortschrittliche Pädagogen von heute sähen die Zukunft grundsätzlich schwarz!

HANS-JÜRGEN SCHMELZER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Konfliktforschung

Vom Freistaat Platania

Krieg und Frieden sind eng aufeinander bezogen. Auch die Kriegsforschung (Polemologie) steht der Friedensforschung gar nicht so fern. Mit fast verdächtigem Eifer befassen sich die Friedensforscher mit Kriegsgerät aller Art, während die Polemologen eine Vorliebe für die politischen, psychologischen, ideologischen *Aspekte des Völkerringens* zeigen. Wird dieses Ringen zur subversiven, verdeckten, indirekten Auseinandersetzung, dann wird es Gegenstand der Konfliktforschung, einem international verbreiteten Forschungszweig.

Kriegsforschung und Friedensforschung sind auch im Ziel nicht sehr verschieden. Geht es der Friedensforschung um „die wissenschaftliche Begründung der friedlichen Weltordnung" (N. Sombart), so möchte auch die Kriegsforschung den Krieg vermeiden helfen. Der Unterschied liegt in der Methode. Gilt für die normativ eingestellte Friedensforschung das *Wort des Kulturphilosophen Rudolf* Pannwitz (1881–1969). „Wir mögen alle Gründe gegen den Krieg haben – was hilft es uns, wenn wir nicht sagen können, was der Frieden ist, sein kann, sein soll", so hält sich die Konfliktforschung höchst empirisch an das Wort des Livius „Si vis pacem, para bellum" in der polemologischen Abwandlung „Wenn du den Frieden willst, so lerne den Krieg kennen" (G. Bouthoul).

In einem besteht jedoch zwischen Kriegs- und Friedenswissenschaft ein himmelweiter Unterschied: Die Friedensforschung ist seit Gustav Heinemann an vielen Universitäten vertreten, die Kriegs- und Konfliktforschung ist auf die allgemeine Publizistik angewiesen. Zu ihr gehören auch die vierteljährlichen „Beiträge zur Konfliktforschung" (Markus-Verlag, Hohenzollernring 85/87, 5000 Köln 1), die den Begriff recht weit fassen.

In 1985/2 + 3 finden wir Untersuchungen über die Hungerkrise in Afrika (O. Matzke) und den BND (G. Wessel), über die Kremlologie (A. v. Borcke) und die Sicherheits- und Außenpolitik der griechischen Pasok-Regierung (G. Manousakis), über die Weltjugendfestspiele (W. Oschlies) und die Abrüstungs- (J. Todenhöfer) *und Gewaltverzichtsproblematik* (K. Dicke). Im letzten Heft eines jeden Jahrgangs wird die Konfliktforschung von H. v. Löwis of Menar in Gestalt einer annotierten Bibliographie der Neuerscheinungen des Jahres präsentiert. Dokumentationen – über die Swapo-Hilfe der Evangelischen Kirche, die „Freistadt Platania" am Kölner Kaiser-Wilhelm-Ring und die sowjetischen Stellungnahmen zum 8. Mai – tragen sonst nicht so leicht erreichbare Quellen zusammen.

Einem immer noch heißen Eisen wendet sich Boris Meissner zu. Es ist die Frage, ob Jalta die heute noch andauernde Teilung Europas verursachte. De Gaulle, Mitterrand, Helmut Schmidt gingen davon aus. Vor allem Amerikaner führten die Teilung Europas auf einen sowjetischen Bruch des Abkommens, speziell der „Deklaration über das befreite Europa", zurück.

Stalin, der nur solche Konzessionen machte, die seine Kriegsbeute nicht schmälerten, scheint die Erklärung, die den Europäern eine freie Regierungswahl zugestand, in diese Rubrik eingeordnet zu haben. Meissner schreibt: „Jalta hat die Spaltung Europas nicht bewirkt. Die Westmächte sind jedoch im polnischen und deutschen Fall ihren eigenen Prinzipien untreu geworden und haben durch Unterlassungen sowie schwächliche Reaktionen die Entwicklung, die zur Teilung Europas führen sollte, wesentlich gefördert."

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Das „Centro Milanese per lo Sport e la Ricreazione" veranstaltet vom 5. bis 7. Dezember als Wettbewerb der zwölf EG-Länder den „Ambrogino für neue Kinderlieder".

Zum „Stadtzeichner von Nürnberg" für 1986 ist der 32jährige Sam Szembek aus Nürtingen (bei Stuttgart) gewählt worden.

Ein Museum für Industrie- und Alltagskultur soll dem Kieler Stadt- und Schiffahrtsmuseum angegliedert werden. Die Eröffnung ist zum 750jährigen Stadtjubiläum 1992 geplant.

Ein Otto-Modersohn-Kabinett wird am 4. November als Dauerausstellung im Historischen Museum der Stadt Wertheim eröffnet werden.

Mammutschau in Bonn: „Aus den Trümmern"

Aufbruch ins Abstrakte

Einen originellen Beitrag zum überall eifrig abgehandelten Jahresthema 1985, nämlich „Deutschland vor vierzig Jahren", liefert jetzt das Rheinische Landesmuseum in Bonn mit der Ausstellung „Aus den Trümmern – Kunst und Kultur im Rheinland und in Westfalen 1945–1952". Hinter einem lindgrünen Ford *Taunus, Baujahr 1950, entfaltet sich* ein vielfältiges Panorama dessen, was damals als Kunst und Design der Stunde Null empfunden wurde.

Eine „Stunde Null" freilich hat es nie gegegeben, wie nicht zuletzt diese Schau wieder einmal zeigt. Und die größte Kontinuität gab es ausgerechnet bei der Architektur. Wiederaufgebaut im exakten Sinne wurden nach dem Kriege meist nur Schlösser und Kirchen, wobei man die Innenräume häufig im Sinne der Neuzeit behutsam umgestaltete. Die Alltagsarchitektur vergangener Epochen wurde dagegen noch sehr lange ohne Bedenken niedergelegt, um Neubauten errichten zu können.

Der Baustil bewegte sich dabei zwischen Anpassung und Tradition. Insbesondere Bauten der öffentlichen Verwaltung übernahmen noch häufig das Formenrepertoire der 30er Jahre. Die neue Bonner Hauptpost etwa enthüllte unübersehbar Anklänge an die Erweiterungsbauten in der Berliner *Reichskanzlei.*

Eine große Abteilung bilden in der Bonner Schau die Fotos. Die bedeutenden Schöpfungen von Albert Renger-Patzsch und Chargesheimer haben sogar die Grafik an den Rand gedrängt. Unbefriedigend die Skulpturen. Sie wirken wie mit dem Salzstreuer über die ganze Ausstellung verteilt, während die Malerei ihrerseits einen gut geordneten wichtigen Schwerpunkt bildet. Damals ging es ja um die Entscheidung Abstrakt oder Figürlich, und so mancher mittelmäßige Figurenmaler entpuppte sich über Nacht als Abstrakter.

Es gibt hier übrigens so manche deutlich resignative Arbeit zu sehen (Franz M. Jansen), neben dem entschlossenen Aufbruch in eine neu gewonnene, künstlerische Freiheit, die sich spielerisch in freien Rhythmen verwirklichte und für die schöne Bilder u. a. von Hubert Berke und Leo Breuer zeugen.

Aber auch aus dem Geist der Klassik heraus sind damals durchaus noch künstlerische Ansätze unternommen worden, und es wäre hoch *an der Zeit, diese „inoffizielle"*, sich neben den von der damaligen Kritik abgesegneten Gleisen entfaltende Kunst einmal ausführlich zu würdigen. Werner Gilles etwa oder auch Bruno Goller schufen Werke, deren Zeitgenossenschaft und deren hohes Niveau erst in der Rückschau voll gewürdigt werden können.

Das macht auch eine parallele Ausstellung im Städtischen Kunstmuseum bewußt, die die Zeitproblematik im Spiegel der Kunst im engeren Bonner Raum dokumentiert. Mit Leo Breuer und Hubert Berke kann man sich hier noch intensiver auseinandersetzen. Aber auch mit Josef Faßbender und Hann Trier, dem Beidhandvirtuosen des Informel.

Der Beitrag solcher Maler wie Otto Coenen, Herm Dienz, Paul Magar oder Hans (Juan) Dotterweich zum Kulturleben ihrer Landschaft wird eindrucksvoll dokumentiert, auch wie sich durch Vermittlung dieser Künstler die Moderne in der Provinz *ausbreitete. Wer noch mehr ins ein*zelne gehen möchte, der hat dazu Gelegenheit in der Galerie Hennemann, die die „Donnerstagsgesellschaft" (sprich Faßbender, Trier und Berke) mit interessanten Bildern in Erinnerung ruft.

GERHARD CHARLES RUMP

Rheinisches Landesmuseum: bis 8. 12., danach in Düsseldorf und Bochum; Katalog (erst im November fertig) 38 Mark; Städtisches Kunstmuseum, bis 8. 12., Katalog 20 Mark; Galerie Hennemann bis 9. 11.; „Raum 41", vom 16. 11. bis 31. 12.



Der abstrakte Stil zog auch in die Keramik ein: Wandplatte „Picture" (1952). Aus der Bonner Ausstellung FOTO: KATALOG

JOURNAL

Mosaiken von Ravenna durch Nässe gefährdet

AFP, Ravenna

Die aus dem sechsten Jahrhundert stammenden Mosaiken von San Vitale in Ravenna sind von der Zerstörung bedroht. Mosaiksteine lösen sich aus dem feuchten Mauerwerk. Nach Meinung von Experten müssen die Mosaiken in der Kirche abgenommen, die einzelnen Steine besonders behandelt und neu eingesetzt werden. Die Steine brechen unter dem Einfluß chemischer Reaktionen, die durch Nässe ausgelöst werden. Auch die Mosaiken im orthodoxen Baptisterium von Ravenna sind angegriffen. Die Feuchtigkeit in den frühchristlichen Bauwerken rührt vom instabilen Untergrund der Stadt her, die über einem Grundwassersee erbaut wurde.

Film über erotische Holzschnitte verboten

AFP, Tokio

Ein Film über erotische Holzschnittarbeiten alter japanischer Meister ist von einem Gericht in Tokio mit der Begründung verboten worden, daß er das Publikum erotisch erregen könnte. Es handelt sich um Arbeiten von Utamaro Kitagawa und Kunisada Utagawa aus der Edo-Periode im 18. und 19. Jahrhundert. Die Holzschnittoriginale, die sich in privaten Sammlungen befinden, dürfen aufgrund der strengen Gesetzgebung gegen Pornographie in japanischen Museen nicht ausgestellt werden. Der Produzent Shuichi Tsuchikawa ließ den Film in den USA herstellen, weil japanische Labors den *Auftrag verweigerten. Tsuchikawa* will gegen das Gerichtsurteil Berufung einlegen.

Neumeiers „Amleth" in Kopenhagen

Reg. Kopenhagen

Mit einem abendfüllenden „Amleth", der auf Shakespeares „Hamlet" und auf einer alten Sage fußt, eröffnet John Neumeier am 2. November die Ballettspielzeit im renovierten Theater an Kopenhagens Kongens Nytorv. Im März will Alvin Ailey für das Königlich Dänische Ballett ein neues Stück choreographieren. Weitere Einstudierungen bestreiten Dinna Bjørn, Nils Christe, Flemming Flindt und Robert North. Die Oper steuert in dieser Saison eine neue „Mirandolina" von Yngve Jan Trede, „Kloven Toto or Kanal Otte" von Bent Lorentzen, „Sandhedens Hævn" von Ib Nørholm, „Saul und David" von Carl Nielsen sowie einen „Lohengrin" (Regie: Nicolas Joël) und eine „Elektra" (Ingrid Bjoner) bei.

Der Tanz-Concours von Paris

Reg. Paris

Die Stadt Paris veranstaltet unter dem Titel „Danse à Paris" vom 13. bis zum 16. Februar einen Internationalen Wettbewerb, an dem sich alle Choreographen beteiligen können, die älter als achtzehn Jahre sind. Als Auszeichnung verleiht die Jury einen „Grand prix de la ville de Paris".

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Baden-Baden: Räume heutiger Zeichnung/Werke aus dem Basler Kupferstichkabinett – Staatliche Kunsthalle (bis 1. Dez.)

Braunschweig: Thomas Lange – Kunstverein (bis 8. Dez.)

Bonn: Max Ernst/Landschaften – Städtisches Kunstmuseum (8. Nov. bis 26. Jan. 1986)

Bielefeld: Constant/Arbeiten auf Papier 1949–1985 – Kunstverein (bis 24. Nov.)

Zur Weltsicht des Expressionismus – Kunsthalle (16. Nov bis 26. Jan. 1986)

Berlin: Whistler – Haden und die Blüte der Graphik in England – Kupferstichkabinett (bis 9. Febr. 1986)

Bremen: Paula Modersohn-Becker/Das Frühwerk – Kunsthalle (bis 26. Jan. 1986)

Dortmund: Das Aktfoto – Museum der Stadt (bis 8. Dez.)

Frankfurt: Die Kunst des Lesens – Museum für Kunsthandwerk (bis 26. Jan. 1986)

Hannover: Finden Sie das etwa komisch? – Wilhelm-Busch-Museum (bis 29. Dez.)

Köln: Roelant Savery in seiner Zeit – Wallraf-Richartz-Museum (bis 24. Nov.)

Schmuck aus 5000 Jahren – Kunstgewerbemuseum (bis 12. Jan. 1986)

Mainz: Friedrich Justin Bertuch – Gutenbergmuseum (8. Nov. bis 30. Dez.)

Münster: Frühe Phöniker im Libanon – Westfälisches Museum für Archäologie (bis 5. Jan. 1986)

München: Carl Spitzweg – Haus der Kunst (23. Nov. bis 2. Febr. 1985)

Volkstümliche Keramik aus Ungarn – Bayerisches Nationalmuseum (bis 12. Jan. 1986)

Nürnberg: 3. Internationale Triennale der Zeichnung – Kunsthalle (bis 16. Feb. 1986)

Meisterwerke europäischer Malerei aus ungarischen Museen – Germanisches Nationalmuseum (9. Nov. bis 26. Jan. 1986)

Paris: Klee et la musique – Centre Pompidou (bis 1. Jan. 1986)

Matta – Centre Pompidou (bis 16. Dez.)

Schleswig: Graphische Meisterwerke aus dem schleswig-holsteinischen Landesmuseum – Schloß Gottorf (3. Nov. bis 23. Febr. 1986)

Stuttgart: Francis Bacon – Staatsgalerie (bis 5. Jan. 1986)

„Dies ist ein Nachbeben des Glykol-Skandals“

Vor allem kleine Winzerbetriebe verwendeten Natriumazid

KURT POLLAK, Wien

Droht ein neuer Weinskandal der österreichischen Weinindustrie endgültig den Todesstoß zu versetzen? Diesmal steht nicht Diethylenglykol im Mittelpunkt einer Neuauflage der sattsam bekannten Weinpanscher-Affäre, sondern – Sprengstoff in des Wortes wahrster und doppelsinniger Bedeutung.

Österreichs „Weindetektive“ haben vorerst in Proben von 1000 Hektolitern beschlagnahmten glykolversetzten Weines noch zwei andere Stoffe gefunden, die nichts darin zu suchen haben: Natriumazid und Monobromessigsäure – zwei hochgiftige Chemikalien, die als Weinkonservierungsmittel verwendet wurden, obwohl dies gesetzlich verboten ist.

Chemiker der landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt in Wien erklärten: „Wir untersuchen zur Zeit massiv den Wein auf diese Zusätze. Schließlich liegt es in der Natur dieser beiden Chemikalien, daß sie weit giftiger sind als beispielsweise Diethylenglykol.“

In den österreichischen Weinprüfungslabors klingeln pausenlos die Telefone. Verängstigte Konsumenten wollen erfahren, ob sie Gefahr laufen, *nach dem Genuß einer Flasche Wein* etwa zum lebenden Molotow-Coctail zu werden. In dieser Frage konnten die Überängstlichen beruhigt werden. Natriumazid dient wohl in größeren Mengen zur Sprengstoffherstellung, mit dem Wein zu sich genommen, kann diese Substanz allerdings Vergiftungserscheinen hervorrufen. Als Konservierungsmittel wurde es, wie bis jetzt fest steht, in einem Mischungsverhältnis 1:1 000 000 verwendet.

Der Direktor der landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt in Wien, Hofrat Walter Beck, verwies darauf, daß man erst am Beginn der Untersuchungen sei. Das Ausmaß der Affäre könne daher erst nach Wochen abgeschätzt werden. „Es handelt sich hier um ein Nachbeben des Glykol-Skandals“, meinte der Chemiker. Beide Substanzen wurden verwendet, um eine Nachgärung zu verhindern.

In großen Kellereien gibt es Anlagen, um eine Nachgärung zu verhindern – entweder werden bei der Filterung keimtötende Schichten in der Filteranlage verwendet oder der Wein wird für Sekundenbruchteile auf 130 Grad erhitzt, damit die Keime abgetötet werden. Nach den bisherigen Ermittlungen waren diesmal nicht professionelle Weinpanscher am Werk, sondern kleine Winzerbetriebe mit einer „schlampigen“ Kellerwirtschaft.

In einem Gespräch mit der WELT nahm der österreichische Agrarminister Günther Haiden zu der neuen Hiobsbotschaft Stellung: „Die Sache wurde unverantwortlich hochgespielt. Natürlich ist ein Körnchen Wahrheit daran, aber die Beigabe von Natriumazid und Monobromessigsäure wird keineswegs die Ausmaße des Diethylenglykol-Skandals annehmen. Auch in Deutschland, Frankreich und den USA werden Konservierungsstoffe für Wein verwendet, vor denen man Angst haben müßte und die dort erlaubt sind.“

In Österreich fürchtet man dennoch, daß der Ausspruch eines „kleinen Weinbauern“ aus dem Burgenland zur schrecklichen Wahrheit werden könnte: „Wenn tatsächlich nun rigoros der Wein nach diesen beiden Substanzen untersucht werden sollte – immerhin sind 4,6 *Millionen Liter* Frostschutzwein beschlagnahmt und jederzeit auf andere Substanzen überprüfbar –, dann marschieren die Bewohner ganzer vom Weinanbau lebender Ortschaften hinter Gitter.“

Wie wirkt das Natriumazid?

Natriumazid, NaN_3, ist – als Salz der Stickstoffwasserstoffsäure – eine recht einfach aufgebaute Verbindung aus einem Natrium- und drei Stickstoffatomen. Das farblose, kristalline Pulver zersetzt sich bei etwa 300° C. Natriumazid verpufft erst beim stärkeren Erhitzen und zersetzt sich auf Schlag.

Die Verbindung, so weisen toxikologische Lehrbücher aus, wirkt stark blutdrucksenkend. Vergiftungen mit Natriumazidlösungen wurden gelegentlich beobachtet. Es kam zu Übelkeit, Erbrechen, Kopfschmerzen, Durchfall und länger andauerndem, starkem Durst. Nach vier Wochen waren die Erscheinungen abgeklungen.

In der analytischen Chemie kommt eine 0,02prozentige wäßrige Lösung bei der sogenannten Säulenchromatographie zur Trennung von Stoffgemischen zum Einsatz. Hier unterbindet Natriumazid ein unerwünschtes Bakterienwachstum. Beim Wein verhindert es die Nachtrübung und Nachgärung in der Flasche.

Durch den Umsatz wäßriger Lösungen von Natriumazid und Bleinitrat, einem Blei-Salz der Salpetersäure, wird heute in großtechnischem Maßstab der Initialsprengstoff Bleiazid hergestellt, der dann in Sprengkapseln eingelagert wird. Bereits bei der Bleiazid-Entstehung aus Natriumazid vermeidet man die Bildung großer Kristalle, da schon das Zerbrechen von Kristallnadeln zur Explosion führen kann. D. T.

WETTER: Neblig-trüb und kälter

Lage: Bei geringen Luftdruckgegensätzen verbleibt Deutschland im Bereich kühler und feuchter Luft. In der zweiten Tageshälfte greift eine schwache Kaltfront auf den Norden über.

Vorhersage für Donnerstag: Im gesamten Bundesgebiet überwiegend starke Bewölkung, dabei vor allem vormittags verbreitet neblig-trüb. In der zweiten Tageshälfte in Norddeutschland leichter Regen. Höchste Temperaturen bei 5, Tiefstwerte nachts nahe null Grad. Im Norden auflebender Wind um West.

Weitere Aussichten: Überwiegend stark bewölkt, gelegentlich Niederschlag, in den Mittelgebirgen zum Teil als Schnee, auch weiterhin kühl.

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.14 Uhr, Untergang: 16.56 Uhr; **Mondaufgang:** 18.29 Uhr, Untergang: 11.22 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 31. Okt., 7 Uhr

Hochdruckzentrum, Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	6	bw
Bielefeld	4	bd
Braunlage	4	wl
Bremen	6	bd
Dortmund	4	bw
Dresden	3	bd
Düsseldorf	4	bd
Erfurt	0	bd
Essen	2	bd
Feldberg/S.	9	he
Flensburg	6	bd
Frankfurt/M.	1	bd
Freiburg	4	bw
Garmisch	4	he
Greifswald	6	bw
Hamburg	6	he
Hannover	5	bd
Kahler Asten	5	he
Kassel	3	bd
Kiel	6	bd
Koblenz	3	bd
Köln-Bonn	3	bw
Konstanz	4	bd
Leipzig	1	Ne
List/Sylt	10	bw
Lübeck	3	Ne
Mannheim	3	bd
München	0	bd
Münster	4	bd
Norderney	8	he
Nürnberg	1	bd
Oberstdorf	7	he
Passau	4	bw
Saarbrücken	0	bd
Stuttgart	1	bw
Trier	1	bd
Zugspitze	-1	he

Ausland:

Algier	21	bw
Amsterdam	5	bd
Athen	19	he
Barcelona	19	he
Belgrad	10	bw
Bordeaux	8	bd
Bozen	14	bw
Brüssel	3	bw
Budapest	2	bd
Bukarest	9	he
Casablanca	22	he
Dublin	11	bd
Dubrovnik	17	R
Edinburgh	11	he
Faro	22	bw
Florenz	14	bd
Genf	8	he
Helsinki	11	bw
Hongkong	27	he
Innsbruck	12	he
Istanbul	14	he
Kairo	25	he
Klagenfurt	5	bd
Konstanza	9	bw
Kopenhagen	8	bd
Korfu	29	bd
Las Palmas	24	he
Leningrad	6	bd
Lissabon	29	wl
Locarno	9	Sp
London	10	bd
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	-1	bd
Madrid	17	he
Mailand	11	Sp
Malaga	21	he
Mallorca	21	he
Moskau	-4	S
Neapel	23	he
New York	4	he
Nizza	10	bd
Oslo	10	bw
Ostende	4	bd
Palermo	27	he
Paris	2	bd
Peking	11	bd
Prag	1	bd
Rhodos	22	wl
Rom	20	bw
Salzburg	2	bd
Singapur	29	Gw
Split	20	bw
Stockholm	10	he
Straßburg	4	bd
Tel Aviv	29	he
Tokio	22	Rs
Tunis	24	he
Valencia	20	he
Varna	12	bw
Venedig	11	bd
Warschau	4	bd
Wien	5	he
Zürich	4	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

Firmenkonsortien legen heute Pläne für eine feste Verbindung über den Ärmelkanal vor

Beim Projekt der Gruppe Euroroute sind neben einem Eisenbahntunnel über die gesamte Kanalbreite Autobahnbrücken-Verbindungen geplant zu künstlichen Inseln in der britischen und französischen Kanalhälfte und von dort aus jeweils spiralförmige Anbindungen an einen 19 Kilometer langen Tunnel im Mittelteil des Kanals (rechts ein Modell). Bei einer Realisierung des Projekts verringert sich die Zeit für die Kanalüberquerung auf etwa 30 Minuten. FOTO: AP

Brücken und Tunnel gegen die „splendid isolation“

WILHELM FURLER, London

Bis heute müssen die Firmenkonsortien, die eine feste Kanalverbindung zwischen Großbritannien und Frankreich (Entfernung: 33 *Kilometer*) planen, ihre Konstruktions- und Finanzierungspläne bei den Regierungen in London und Paris eingereicht haben.

Bislang war die Realisierung des Vorhabens an den enormen Kosten sowie an der Weigerung Großbritanniens gescheitert, seine Insellage – die „splendid isolation“ – durch eine feste Verbindung mit dem Kontinent abzuwerten. Erst Premierministerin Margaret Thatcher gab grünes Licht, das Projekt in Zusammenarbeit mit Frankreich zu verwirklichen – falls es ihre Regierung und die Steuerzahler kein einziges Pfund kosten würde.

Spätestens am 31. Januar kommenden Jahres wollen London und Paris ihre Entscheidungen getroffen haben, welchem Projekt der Vorzug gegeben werden soll:

- einer kombinierten Brücken-Tunnel-Konstruktion des Euroroute-Konsortiums für den Straßen- und Schienenverkehr;
- einer Tunnelversion ausschließlich für den Schienenverkehr mit zwei parallelen Röhren der Channel Tunnel Group;
- einer Autobahn-Hängebrückenversion mit 18 jeweils zwei Kilometer langen Segmenten des „Linkintoeurope“-Konsortiums.

Wie es aussieht, dürfte das Kabinett in London dem Brücken-Tunnel-Projekt den Vorzug geben, obwohl es mit großem Abstand am teuersten ist. Aber da eine der Hauptbedingungen lautet, daß die Finanzierung ohne jede staatliche Hilfe zu erfolgen hat, steht der Kosten-Gesichtspunkt nicht unbedingt im Vordergrund.

Die Finanzierung des Brücken-Tunnel-Projekts dürfte 25 Milliarden Mark kosten. Dagegen würde der Doppeltunnel der Channel Tunnel Group einen Finanzierungsbedarf von rund 15 Milliarden Mark erfordern. Die Baukosten der Hängebrükken-Version sollen zwischen neun und zehn Milliarden Mark liegen.

In Londoner Regierungskreisen mißt man vor allem dem Argument Bedeutung bei, daß mit der kombinierten Brücken-Tunnel-Version für Bahn und Straßenverkehr eine Verbindung weitgehend *frei* von Gewerkschafts-Einfluß geschaffen würde. Im Thatcher-Kabinett wird nämlich befürchtet, daß eine reine Bahnverbindung der Willkür der Eisenbahner-Gewerkschaften auf beiden Seiten ausgesetzt wäre, die bei jeder Auseinandersetzung den Kanaltunnel als ideales Erpressungsmittel mißbrauchen könnten.

Für das ehrgeizigere Projekt spricht auch, daß angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage in Großbritannien und der nicht viel besseren Situation in Frankreich bis zu 100 000 Arbeitskräfte eingesetzt würden, während für das reine Channel-Tunnel-Projekt nur etwa die Hälfte benötigt würden.

Schließlich dürfte auch die Tatsache ins Gewicht fallen, welches Projekt höhere Einnahmen bringt. Nach Ablauf einer Konzessionszeit gehen die Benutzungsgebühren nicht mehr an die Konsortien, sondern an die Staatskassen der beiden Länder. Auch hier behauptet Euroroute, eine höhere Rendite garantieren zu können.

Kurz vor Meldeschluß haben in den letzten Tagen drei bedeutende britische Unternehmen ihre Beteiligung am Euroroute-Projekt angekündigt, da sie offenbar von dessen Favorisierung ausgehen. Dabei handelt es sich um die Betriebsgesellschaft von 19 britischen Häfen mit Southampton als größtem Einzelhafen, den erst im vergangenen Jahr privatisierten Fernmelde- und Kommunikationsreisen British Telecom sowie den Elektrokonzern General Electric Company. Sie haben sich entschlossen, sich mit jeweils zehn Prozent am Euroroute-Konsortium zu beteiligen.

Darüber hinaus gehören Euroroute auf britischer Seite der große Bau- und Mischkonzern Trafalgar House, die Staatskonzerne British Steel und British Shipbuilders, etliche Bauunternehmen sowie die größte britische Bank Barclays und die Merchant Bank Fleinwort Benson an. Auf französischer Seite gehören zu Euroroute die Großbanken Societe Generale und Paribas.

Das Channel-Tunnel-Konsortium wird auf britischer Seite von den beiden Großbanken National Westminister und Midland sowie den fünf großen Bauunternehmen Balfour Beatty, Costain, Tarmac, Taylor Woodrow und Wimpey gebildet; auf französischer wird es von den beiden größten verstaatlichten Großbanken BNP und Credit Lyonnais sowie von der zur Suez-Gruppe gehörenden Indo-Suez getragen.

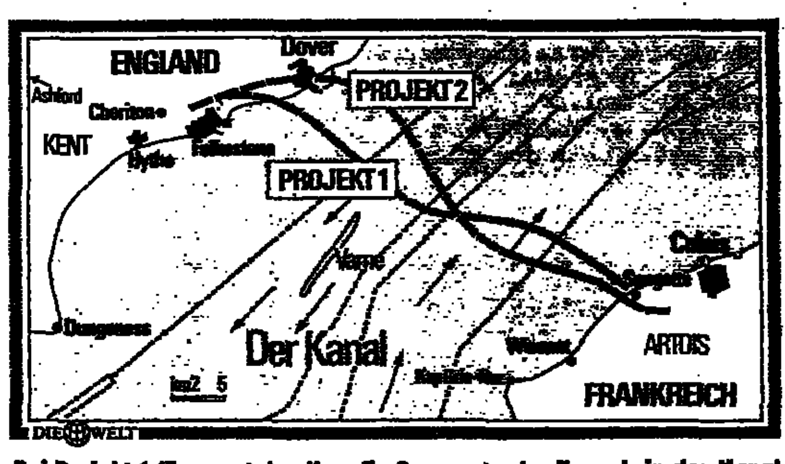
In jüngster Zeit sind Meldungen aufgetaucht, wonach der Reederei-Konzern Sea Containers einen vierten Vorschlag – Doppelröhren-Tunnel mit zweispuriger Autobahn und in den Seitenstreifen Eisenbahngleise – eingereicht hat. Dieser dürfte allerdings kaum eine Chance haben, da der „Tunnel-Effekt“ auf einer dann immerhin rund 40 Kilometer langen Distanz für etliche Autofahrer psychologisch kaum zu überwindende Schwierigkeiten bringen würde. Auch das Belüftungsproblem dürfte kaum lösbar sein.

Eine Kommission aus britischen und französischen Regierungsbeamten wird ab heute die eingereichten Projekte studieren und bewerten. Für ihre Entscheidung haben sie „höchstens 100 Tage“ Zeit.

Wenn London und Paris die Verträge ratifiziert haben werden, müssen in beiden Parlamenten spezielle Gesetze für den Bau der festen Kanalverbindung verabschiedet werden. Das dürfte etwa ein Jahr dauern. Bis mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden kann, dürften noch Jahre vergehen.

Die Gebührensätze sollen unter den von den Kanalfähren verlangten Preisen (Channel Tunnel) oder auf gleicher Höhe (Euroroute) liegen. Da anzunehmen ist, daß sich die Fährgesellschaften nach Fertigstellung der festen Kanalverbindung zu einer Reduzierung ihrer Preise entschließen werden, kann dann von einer Verbilligung der Kanalreisen ausgegangen werden.

Die Konsortien rechnen für ihre festen Verbindungen mit einem Anteil am gesamten Kanal-Passagier- und Pkw-Verkehr von rund 50 Prozent.



Bei Projekt 1 (Euroroute) sollen die Segmente des Tunnels in den Kanal abgetaucht, bei Projekt 2 (Channel Tunnell Group) soll der Tunnel unter dem Meeresgrund vorgetrieben werden.

Bereits der dritte Anlauf am Kanal

Wer je als *erster* vom Festland über das Wasser zur Insel kam, ist heute nicht mal in einer Sage überliefert – sicher ist nur: Er kam mit einem Boot. Die Idee freilich, den Kanal trockenen Fußes zu passieren, hat ebenfalls eine lange Geschichte:

1798 bereits schlägt der französische Bergwerkingenieur Albert Mathieu vor, unter dem Meeresgrund einen Stollen zu bohren.

1803 sind es die Engländer, die eine Röhre einspülen wollen. Licht und Frischluft? Fackeln sollen den Gang erhellen, die lebenswichtige Frischluftzufuhr ist (noch) kein Thema der „Constructeurs“ und Erfinder.

1856 fertigt der Franzose Thomé de Garond erstmals einen Bauplan an – vier Jahrzehnte lang arbeitet er an diesem Projekt, das Kaiser Napoleon III. und Königin Victoria billigen; bilaterale Kommission wird gegründet.

1870 tauschen London und Paris erstmals offizielle Noten über das Tunnelprojekt aus. Einige Themen: Wo verläuft die Grenze im Tunnel, wann darf er im Kriegsfall geflutet werden? Es kommt zum Vertragsentwurf.

1872 stimmen beide Regierungen der Inangriffnahme des Tunnelbaus grundsätzlich zu; eine englische „Tunnelgesellschaft“ wird gegründet, ihr folgt drei Jahre später ein französisches Pendant.

1881: Spatenstich bei Calais und Dover. Proteste erzwingen ein Jahr später den Abbruch bei Baukilometer zwei – auch in Frankreich.

1907 scheitert der Gesetzentwurf für einen erneuten Tunnelbau bereits im britischen Unterhaus.

1955 erst beschäftigt sich London wieder mit der Frage eines Tunnelbaus. Der Verteidigungsminister fordert die Zurückstellung militärischer Bedenken gegenüber wirtschaftlichen Argumenten.

1957 werden wieder eine bilaterale Studiengruppe und

1961 zwei Tunnelgesellschaften gebildet. Zwischen „Brücke oder Tunnel?“ fällt

1964 die Entscheidung der Verkehrsminister für einen Eisenbahntunnel.

1971 übertragen die Regierungen einem Bankenkonsortium den Auftrag, mit den Bauvorbereitungen zu beginnen.

1972 wird ein definitiver Zeitplan beschlossen: Sicherung der Finanzierung bis 1973; Beginn der Bauarbeiten 1975; Eröffnung 1980.

1973 erfolgt in beiden Ländern der „zweite“ Spatenstich.

1975 stoppt Harold Wilson das Projekt bei Baukilometer 0,8 auf britischer und 1,2 auf französischer Seite.

1982 Wiederaufnahme des „Projekts Kanaltunnel“. hkl

Pöhlkes Pistole als Tatwaffe identifiziert

dpa, Großbottwar

Nach einer ballistischen Überprüfung ist Norbert Pöhlkes Dienstwaffe in mindestens zwei „Parkplatz“-Mordfällen als Tatwaffe identifiziert worden. Auch ist nach Angaben der „Soko-Hammer“ Pöhlkes Blut mit der Blutspur identisch, die der „Hammer“-Täter bei einem der Banküberfälle und im Wagen eines Mordopfers hinterlassen hatte. Ferner habe die Polizei in Pöhlkes Haus in Backnang-Stümpfelbach Gelddepots entdeckt, in denen 180 Zwanzigmarkscheine lagen. Ferner hätten Zeugen erklärt, daß Pöhlke einen Vorschlaghammer besitze, wie er bei den Banküberfällen benutzt worden war. Der mit rund 300 000 Mark verschuldete Polizeibeamte habe bei seinen Raubzügen rund 85 000 Mark erbeutet.

Makler muß zahlen

rtr, Köln

Der Kölner Immobilien-Unternehmer Detlev Renatus Rüger muß nach einem gestern von einer Zivilkammer des Kölner Landgerichts verkündeten Urteil an 130 ehemalige Anleger Schadenersatz in Höhe von 13 Millionen Mark zahlen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Rüger und seine Firma, die Westdeutsche Immobilien und Treuhand AG (WITAG), schuldhaft falsche Verträge für den Bau einer Hotelanlage auf Gran Canaria abgeschlossen und die 130 Anleger in Millionenhöhe geschädigt zu haben.

Wieder Beben in Mexiko

dpa, Mexiko-Stadt

In Mexiko-Stadt wurde erneut ein Erdstoß der Stärke 5,7 Grad auf der Richter-Skala registriert. Nach vorliegenden Meldungen gab es keine Sach- oder Personenschäden.

Verfahren eingestellt

dpa, Herborn

Die Staatsanwaltschaft in Limburg hat das Ermittlungsverfahren gegen zwei Beamte der Polizeiautobahnstation Herborn (Lahn-Dill-Kreis) eingestellt. Die beiden Männer waren beschuldigt worden, in erpresserische Machenschaften im Zusammenhang *mit der „Wegezollaffäre“* bei der Autobahnpolizei verwickelt gewesen zu sein.

Todesschützen suspendiert

F. D. Berlin

Die Berliner Polizei hat gestern die beiden Polizeibeamten, die am 20. Oktober auf einem Firmengelände einen 33jährigen Drucker nach einer Betriebsfeier erschossen haben, vom Dienst suspendiert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die beiden Beamten wegen des Verdachts eines Tötungsdeliktes.

Sierra-Rückruf

dpa, Köln

Die Kölner Ford-Werke rufen vorsorglich alle zwischen Juni 1982 und dem 22. April 1984 gebauten Sierra-Modelle zu einer kostenlosen Sicherheitsüberprüfung in die Werkstätten: Wie das Unternehmen gestern mitteilte, sollen die *Gurtschlösser* kontrolliert und – wenn nötig – ausgetauscht werden. Untersuchungen hatten ergeben, daß bei einem Teil der Fahrzeuge der Niet des Gurtschlosses am Sitzbeschlag bei Extrembelastungen wie etwa Seitenüberschlag wegen fehlerhafter Härtung brechen könne.

ZU GUTER LETZT

„Die Kinder sollen zur Eröffnung der weihnachtlichen Kaufsaison in die Stadt gelockt werden.“ Erklärung der linken Lehrergewerkschaft GEW zu einem von der Berliner Schulverwaltung und privaten Organisatoren geplanten Laternenumzug von Kindern auf dem Kurfürstendamm.

Brillen für Revolutionäre

tho. Miami

Der New-York-Aufenthalt des Staatschefs von Nicaragua, Daniel Ortega, war von einer amerikanischen Public-Relations-Firma sorgfältig organisiert worden. Der mittelamerikanische Marxist erschien mit kurz geschnittenem Haar. Er legte die Uniform ab und schlüpfte in einen Anzug, was ihm prompt ein Kompliment des Bürgermeisters Edward Koch bescherte: „Sie sehen so friedlicher aus.“ Er joggte in Adidas-Schuhen durch den Central Park, erläuterte den Schülern einer Privatschule den Nicaragua-Konflikt aus seiner Sicht („Die US-Regierung trägt die Schuld“) *und schüttelte seinem* Amtskollegen Ronald Reagan bei einem Empfang demonstrativ die Hand.

Ein Auftritt Ortegas sollte jedoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden: der Besuch eines vornehmen Optiker-Geschäftes. Der Revolutionär hatte die 17 Wagen seiner Fahrzeugkolonne vor „Cohen's Fashin Optical Store“ stoppen lassen, um einige Einkäufe zu tätigen. Er kaufte sechs modische Brillen zu je 300 Dollar. Dann durfte sich seine Frau Rosario Murillo drei paar Designer-Brillen der Marke Gucci aussuchen. Einer ihrer Töchter besorgte sie noch drei weitere Brillen, von dem Haus Fiorucci entworfen. Die Rechnung kam auf 3500 Dollar. Kein Problem: Der Präsident zahlte mit der Kreditkarte der nicaraguanischen UN-Mission und verabschiedete sich dankend.

Während die Comandantes im westlichen Ausland das Image der Bescheidenheit verbreiten und immer wieder die Armut der Nation und der Bevölkerung betonen, leben sie auf großem Fuß: schöne Häuser, schöne Autos und anderer Luxus. Ortega ist kürzlich bei einer Begegnung mit dem Fußvolk gefragt worden, warum die Führungselite besser gestellt *ist als der Normalbürger*. Besonders die Tatsache erregt Anstoß, daß einige Commandantes in den früheren Villen der Somoza-Clique luxuriös logieren. Der Präsident erläuterte, die Sandinisten hätten Anspruch auf solche Privilegien, solange sie der Regierung und dem Volk dienen würden. Wenn diese Dienste einmal abgeschlossen seien, würde sie darauf verzichten.

So braucht Daniel Ortega nicht die in Managua offerierten Ostblock-Brillen zu tragen, sondern darf westliche Exemplare beanspruchen. Designer-Brillen für die Revolution. (SAD)

LEUTE HEUTE

Pippo mit Katja

Italien steht kopf. **Pippo Baudo**, der bekannteste Fernseh-Showmaster des Landes, und Opernstar **Katja Ricciarelli** wollen heiraten. Der populäre Pippo und die gefeierte Sängerin lernten sich in der antiken Kirche neben dem römischen Kapitol kennen, wo Katja ein Konzert *gab*. Pippo: „Sie ist so zart wie eine Porzellantasse.“ In seinen Show-Sendungen will er nun Rockgetöse durch Opernmusik ersetzen.

Heino gegen Heino

Volkslieder-Barde **Heinz-Georg Heino Kramm** gegen **„Heino“ Norbert Hähnel** aus Berlin hieß es gestern vor dem Bonner Landgericht. Der „wahre Heino“ mit dem flachsgelben Haar und der unvermeidlichen Sonnenbrille schickte seinen Anwalt, der „neue“ Heino erschien persönlich. Gestritten wurde darum, ob „Heino“ Hähnel gegen eine Einstweilige Verfügung verstieß, als er bei Interviews als satirische Heino-Imitation auftrat ohne zu erklären „wer er wirklich ist“. Die Posse war perfekt: 15 „Heinos“ saßen unter den Zuschauern. Das Urteil soll Ende November ergehen.

Der Frachter „Nefertiti“ – ein wahrer Seelenverkäufer

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Zum ersten Mal hat gestern ein deutscher Richter ein ausländisches Schiff beschlagnahmt, weil von ihm eine Gewässerverunreinigung ausgegangen ist. Der Hamburger Amtsrichter Evert Sanders ordnete die Einziehung des ägyptischen Frachters „Nefertiti“ als Tatwerkzeug an. Der Chefingenieur des Schiffes wurde mit zehn Monaten Haft, der 4. Ingenieur mit drei Monaten Haft bestraft. Beide Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Die mit 6320 Bruttoregistertonnen (BRT) vermessene „Nefertiti“ hatte am 8. Oktober in der Deutschen Bucht ein Öl-Wasser-Gemisch außenbords gepumpt. Dabei entstand ein sechs Seemeilen langer und 50 Meter breiter Ölteppich auf dem Wasser. Der Vorgang wurde von einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes *beobachtet*. Ölproben aus dem verschmutzten Meer und aus dem Schiff sicherten die Identität des Ölsünders. Im Prozeß stellte sich heraus, daß die „Nefertiti“ ein wahrer Seelenverkäufer ist. Die Abfahrt von Alexandria nach Hamburg hatte sich um mehr als zwei Monate verzögert, weil das Schiff nicht seetüchtig war. Als es endlich in See stach, waren alle Pumpen an Bord mit Ausnahme der Feuerlöschpumpe defekt.

Durch zahlreiche Lecks drangen täglich mindestens 35 Tonnen Wasser in das Schiff ein. Sie sammelten sich unter dem Maschinenraum. Um eine Überflutung der Motoren zu verhindern, mußten sie abgepumpt werden. Das Dilemma: Die einzige einsatzbereite Pumpe konnte nur außenbords pumpen – und nicht in den Schmutzwassertank. So ließ der 4. Ingenieur, der 35jährige Bardan Zaharri, den Schmutz einfach ins Meer laufen.

Die „Nefertiti“ (zu deutsch Nofretete) liegt derzeit in Bremen, wo sie repariert werden soll. Da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, darf ihre Eignerin, die ägyptische Staatsreederei, das Schiff vorläufig weiterbenutzen – gegen eine Sicherheitsleistung von 100 000 Mark. Diese Summe verfällt, wenn das Urteil rechtskräftig wird und sich das Schiff nicht mehr in deutschen Gewässern aufhält. Zahlt die Reederei die Sicherheitsleistung jedoch nicht, wird das Schiff zugunsten der Staatskasse versteigert.

